
14 Jahre
Judenrepublik
2. Band
von
Dr. von Leers

14 Jahre Judenrepublik

Die Geschichte eines Rassenkampfes

von

Dr. Johann von Leers

2. Band

(1933)

„Es war lediglich meine Absicht, zu bestreiten, daß die Emanzipation der Juden ein Fortschritt war . . .“

(Bismarck im ver. Landtag 1847)

1. Auflage

NS.-Druck und Verlag, Berlin-Schöneberg

Inhalt.

Vorwort.

Der vorliegende zweite Band will, nachdem im ersten Bande die Vorgeschichte der Errichtung einer Judenherrschaft in Deutschland gegeben ist, eine knappe Darstellung des politischen Kampfes bis zum Siege der nationalsozialistischen Bewegung bringen.

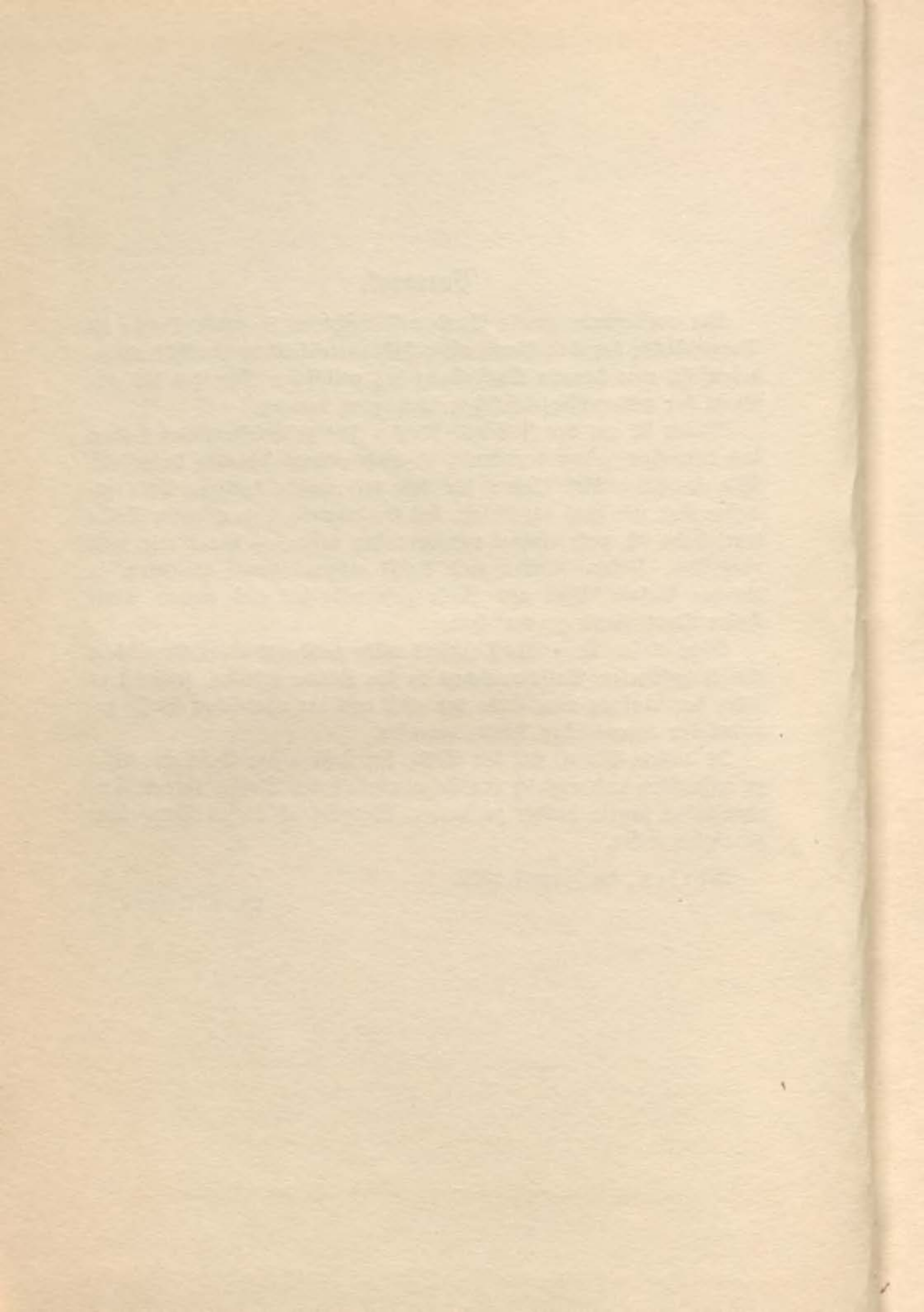
Vieles ist aus der Zeit und für die Zeit geschrieben; vieles aber, das vergessen zu werden droht, ist noch einmal lebendig dargestellt. Wie furchtbar diese Jahre für das artbewußte deutsche Volk gewesen sind, wie groß die Gefahr des Seelenmordes an unserem Volke war, habe ich noch einmal vorüberziehen lassen — damit wir nicht vergessen! Unsere Kinder und Enkel mögen einmal erkennen, in welcher Gefahr Volk und Rasse geschwebt hat und wovon Adolf Hitler Deutschland gerettet hat.

Ohne diesen Sieg Adolf Hitlers wäre nicht nur Deutschland dem jüdisch geführten Bolschewismus in die Hände gefallen, sondern es wäre der Anfang vom Ende der einst von der nordischen Rasse gegründeten europäischen Kultur gewesen.

In diesem Sinne, mit der Bitte, die Lehren der Geschichte nicht zu mißachten und zugleich der Schwierigkeit des Stoffes manche Unebenheiten zugute halten zu wollen, übergebe ich diesen Band dem geneigten Leser.

Berlin, im August 1933.

Dr. v. Leers.



Der große Gegenstoß.

Aus der winzigen nationalsozialistischen Bewegung, welche am 5. Januar 1919 in einem kleinen Bräuzimmer in München gegründet wurde, sollte sich die Abwehr gegen jahrhundertelange Überfremdung und die Neugestaltung auf der Grundlage arteigenen Rassetums entwickeln. Die ersten Ansätze waren nicht übermäßig glänzend. Der beste Kenner der Frühgeschichte dieser nationalsozialistischen Bewegung, der Gauleiter von Ostpreußen und jetzige Oberpräsident dieser Provinz, der hochverdiente deutsche Sozialist Erich Koch, schreibt in seinem Buch „Die NSDAP," (Reihe „Männer und Mächte"; Verlag R. Kittler, Leipzig):

„Für den Liebhaber genauer Daten sei noch angeführt, daß die Münchener Nationalsozialistische Partei aus dem am 7. März 1918 von dem Schlosser Anton Drexler gegründeten „Freien Arbeitsausschuß für einen guten Frieden" hervorging, in den obengenannter Schriftsteller Harrer später eintrat. Am 5. Januar 1919 wurde dann von beiden die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (vorher „Deutsche Arbeiterpartei") gegründet, deren erster Vorsitzender Anton Drexler wurde. Neben der Partei, die damals 24 Mitglieder zählte, bestand der „politische Arbeiterzirkel", gewissermaßen als eine Art Funktionärschule. In ihm trat Adolf Hitler als siebentes Mitglied ein."

Einstweilen ist diese Partei noch winzig und außerhalb Münchens überhaupt nicht bekannt. Vom Programm bis zur Schreibmaschine fehlt ihr einstweilen noch alles. Wer die Einzelheiten über ihre Gestaltung weiterlesen will, findet sie bei Adolf Hitler in „Mein Kampf" zusammengestellt. Hier findet sich auch die schließlich weltumstürzende Gestaltung der neuen Idee, die berufen sein sollte, Deutschland dem deutschen Volke wiederzugewinnen. Adolf Hitler ging dabei bewußt von der Erkenntnis von der Verschiedenheit der Rassen aus. Er formulierte die neue Weltanschauung aus allen

jenen Erkenntnissen, wie sie über Fichte, Bopp, Chamberlain, Gobineau, Lagarde, Schemann, Judengegner der Vorkriegszeit, den hochverdienten Kämpfer gegen die Judenmacht Theodor Fritsch, gefunden waren, zu einer einheitlichen politischen Erneuerungsidee, die zuerst das Prinzip des Rassekampfes zum tragenden Prinzip einer politischen Idee erhebt. Adolf Hitler erklärt:

„Alles, was wir heute auf dieser Erde bewundern — Wissenschaft und Kunst, Technik und Erfindungen — ist nur das schöpferische Produkt weniger Völker und vielleicht ursprünglich einer Rasse. Von ihnen hängt auch der Bestand dieser ganzen Kultur ab. Gehen sie zugrunde, so sinkt mit ihnen die Schönheit dieser Erde ins Grab.

Wie sehr auch zum Beispiel der Boden die Menschen zu beeinflussen vermag, so wird doch das Ergebnis des Einflusses immer verschieden sein, je nach den in Betracht kommenden Rassen. Die geringe Fruchtbarkeit eines Lebensraumes mag die eine Rasse zu höchsten Leistungen anspornen, bei einer anderen wird sie nur die Ursache zu bitterster Armut und endlicher Unterernährung mit all ihren Folgen. Immer ist die innere Veranlagung der Völker bestimmend für die Art der Auswirkung äußerer Einflüsse. Was bei den einen zum Verhungern führt, erzieht die anderen zu harter Arbeit.

Alle großen Kulturen der Vergangenheit gingen nur zugrunde, weil die ursprünglich schöpferische Rasse an Blutvergiftung abstarb.

Immer war die letzte Ursache eines solchen Unterganges das Vergessen, daß alle Kultur von Menschen abhängt und nicht umgekehrt, daß also, um eine bestimmte Kultur zu bewahren, der sie erschaffende Mensch erhalten werden muß. Diese Erhaltung aber ist gebunden an das eherne Gesetz der Notwendigkeit und des Rechtes des Sieges des Besten und Stärkeren.

Wer leben will, der kämpfe also, und wer nicht streiten will, in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht. Selbst wenn dies hart wäre — es ist nun einmal so! . . . Der Arier gab die Reinheit seines Blutes auf und verlor dafür den Aufenthalt im Paradiese, das er sich selbst geschaffen hatte. Er sank unter in der Rassenvermischung, verlor allmählich immer mehr seine kulturelle Fähigkeit, bis er endlich nicht nur geistig, sondern auch körperlich den Unterworfenen und Ureinwohnern mehr zu gleichen begann als seinen Vorfahren. Eine Zeitlang konnte er noch von den vorhandenen

Kulturgütern zehren, dann aber trat Erstarrung ein und endlich Vergessenheit.

So brechen Kulturen und Reiche zusammen, um neuen Gebilden den Platz freizugeben. Die Blutvermischung und das dadurch bedingte Senken des Rasseniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens alter Kulturen; denn die Menschen gehen nicht an verlorenen Kriegen zugrunde, sondern am Verlust jener Widerstandskraft, die nur dem reinen Blute zu eigen ist. Was nicht gute Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu" („Mein Kampf", S. 324).

Im Juden erkennt Adolf Hitler als erster die Gegenrasse, die bewußte Zerstörung des deutschen Volkskörpers. Er erkennt ihn einmal als junger Arbeiter in Wien, wo er stets aufs neue hinter der Sozialdemokratie das Judentum als eigentlichen Treiber zur Zerstörung des deutschen Volkes sah: „Nur die Kenntnis des Judentums allein bietet den Schlüssel zum Erfassen der inneren und wirklichen Absichten der Sozialdemokratie" („Mein Kampf", S. 54).

Im Marxismus faßt Adolf Hitler den bewußt eingesetzten zerstörerischen Willen des Judentums gegen die organischen Grundlagen jedes Volkes. Er schreibt: „Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an Stelle des ewigen Vorrechtes der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht. Sie leugnet so im Menschen den Wert der Person, bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur. Sie würde als Grundlage des Universums zum Ende jeder gedanklich für Menschen faßlichen Ordnung führen. Und so wie in diesem größten erkennbaren Organismus nur Chaos und Ergebnis der Anwendung eines solchen Gesetzes sein könnte, so auf der Erde für die Bewohner dieses Sternes nur ihr eigener Untergang.

Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen.

Die ewige Natur rächt unerbittlich die Übertretung ihrer Gebote.

So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn" („Mein Kampf", S. 69/70).

Adolf Hitler faßt den Juden als den „gewaltigsten Gegensatz zum Arier“ auf. Er erkennt in ihm die ungeheure Fähigkeit zur Anpassung an fremde Lebensformen, verbunden mit der Tatsache, daß er niemals eine eigene Kultur besaß. Er sieht, daß der so bewunderte jüdische Intellekt niemals aus eigenem geschöpft, sondern sich stets an der ihn umgebenden Kulturwelt entwickelt und geschult hat. Im Selbsterhaltungstrieb des jüdischen Volkes, der gegenüber den anderen Rassen überentwickelt ist, sieht er zwar eine Stärke des Judentums, spürt aber mit außerordentlicher Feinfühligkeit, daß dahinter die allerwesentlichste Voraussetzung für ein Kulturvolk, die idealistische Gesinnung fehlt. Nackter Selbsterhaltungstrieb, der gemeinsame Wille zur Beherrschung der anderen Völker hält das Judentum zusammen.

„Sein Aufopferungssinn ist nur ein scheinbarer. Er besteht nur solange, wie die Existenz jedes einzelnen dies unbedingt erforderlich macht. Sobald jedoch der gemeinsame Feind besiegt, die allen drohende Gefahr beseitigt, der Raub geborgen ist, hört die scheinbare Harmonie sofort auf, um den ursächlich vorhandenen Anlagen sofort wieder Platz zu geben. Der Jude ist nur einig, wenn eine gemeinsame Gefahr ihn dazu zwingt oder eine gemeinsame Beute lockt; fallen beide Gründe weg, so treten die Eigenschaften eines krassesten Egoismus in ihre Rechte und aus dem einigen Volk wird im Handumdrehen eine sich blutig bekämpfende Rotte von Ratten“ („Mein Kampf“, S. 331).

Aus dem Mangel an Idealismus erklärt Adolf Hitler auch das Fehlen einer arteigenen jüdischen Kunst, vor allem einer ursprünglichen Musik und Architektur. Alles ist beim Juden aus zweiter Hand abgeleitet, „entweder Verballhornisierung oder geistiger Diebstahl“. Mit Recht tritt Adolf Hitler der Auffassung entgegen, es handle sich beim Judenvolk um Nomaden. In der Tat haben wir gesehen, daß mit dem arbeitenden Viehzüchter, der für seine Herden ein ziemlich großes Landgebiet braucht, das er aber durchaus als Heimat empfindet, der Jude kaum irgendeine Berührung hat. Die großen Nomadenvölker der Geschichte sind immer wieder als Reichsgründer und Kulturschöpfer aufgetreten; das reinblütige Beduinentum Arabiens hat die Grundlage aller islamischen Reiche und Hochkulturen gelebt, nomadisierende Türkenstämme haben das seldschukische und osmanische Türkenreich gegründet, die einen eine herrliche Kunst, die andern ein kunstvolles Staatsgebäude errichtet,

nomadische türkische Stämme haben als Mandschu das chinesische Reich auf die Höhe einer überragenden politischen Macht und geistigen Kraft jahrhundertelang geführt, bis ihr Blut erlosch, die großen Mongolenherrscher haben Weltreiche gegründet. Mit Recht kann der Historiker Adolf Hitler beipflichten: die Nomadenvölker, die reinblütigen, kriegerischen Herren der Steppe, brauchen es sich nicht gefallen zu lassen, daß man das Judentum ihnen zurechnet. Der Nomadenbestand, den das Judentum aus der wüstenländischen Rasse einmal besessen hat, repräsentiert auch heute einen seiner immerhin noch besseren Teile. Die vielfach betonte Höherwertigkeit der sephardischen Westjuden beruht unzweifelhaft auf dieser Beimischung des reineren Beduinenblutes. Der Jude in seinen Massen aber ist, wie Hitler feststellt, niemals Nomade gewesen, sondern Parasit. Der asoziale Mensch ist parasitär von Natur, er gleicht sich die Parasiten der einzelnen Volkskörper an, wie ja einst auch das altägyptische „Pöbelvolk" der ägyptischen Großstädte sich dem Judentum anschloß und seinen Zug nach Palästina mitmachte. Der Jude lebt nicht wie der Nomade, auf einem bestimmten Gebiet umherwandernd mit seinen Viehherden, sondern er braucht Kulturvölker, auf denen er lebt. „Er ist und bleibt," schreibt Adolf Hitler, „der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt. Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab.

So lebte der Jude zu allen Zeiten in den Staaten anderer Völker und bildete dort seinen eigenen Staat, der allerdings solange unter der Bezeichnung „Religionsgemeinschaft" maskiert zu segeln pflegte, als die äußeren Umstände kein vollständiges Enthüllen seines Wesens angezeigt sein ließen. Glaubte er sich aber einmal stark genug, um der Schutzdecke entbehren zu können, dann ließ er noch immer den Schleier fallen und war plötzlich das, was so viele andere früher nicht glauben und sehen wollten: der Jude.

Im Leben des Juden als Parasit im Körper anderer Nationen und Staaten liegt eine Eigenart begründet, die Schopenhauer einst zu dem schon erwähnten Ausspruch veranlaßte, der Jude sei der „große Meister im Lügen". Das Dasein treibt den Juden zur Lüge,

und zwar zur immerwährenden Lüge, wie es den Nordländer zur warmen Kleidung zwingt" („Mein Kampf", S. 334/335).

Adolf Hitler entlarvt die Täuschung der anderen Völker durch die Behauptung, es handele sich beim Judentum um eine Religion und nicht um eine Rasse. Tatsächlich ist „die jüdische Religionslehre in erster Linie eine Anweisung zur Reinhaltung des Blutes des Judentums sowie zur Regelung des Verkehrs der Juden untereinander". In außerordentlich plastischer Weise zeigt Adolf Hitler die Formen, in denen das Judentum stets in andere Völker eingedrungen ist. Mit dem Entstehen der ersten festen Siedlungen ist der Jude einstweilen noch als fremder Händler, der von den gastfreien arischen Völkern gerade als Fremder freundlich empfangen wird, da. Dann beginnt er sich als Händler fest in die Wirtschaft einzuschalten, der Handel wird immer mehr sein Monopol, „er beginnt mit dem Verleihen von Geld, und zwar wie immer zu Wucherzinsen. Tatsächlich führt er den Zins auch dadurch ein". Endlich ist er vollkommen seßhaft geworden, hat überall in den Städten sein besonderes Judenquartier errichtet und faßt nun den Handel und sämtliche Geldgeschäfte als seine Domäne auf. Von dort aus versucht er den Grund und Boden, die eigentliche Basis des fremden Volkstums, zum verkäuflichen Objekt zu machen. Die Gegnerschaft gegen ihn entsteht und wächst immer mehr. Das nichtjüdische Volk fühlt, daß er stets die dem Gastvolke allein entsprechende Lebens- und Wirtschaftsordnung auflöst. Die ersten Judenverfolgungen setzen ein. Aber „in wenigen Jahren schon taucht er in dem kaum verlassenen Ort neuerdings auf und das alte Leben beginnt von neuem. Keine Verfolgung kann ihn von seiner Art der Menschenausbeutung abbringen, nach jeder ist er in kurzer Zeit wieder da, und zwar als der alte." Zum Schutz seiner Ausbeutung läßt er sich jetzt von den Fürsten Freibriefe und Privilegien für seine Tätigkeit erteilen, beteiligt diese durch „Judengelder" an seiner Volksausbeutung und läßt sie dafür den Widerstand der Volksmassen niederzwingen. Adolf Hitler schreibt („Mein Kampf", S. 340): „Den deutschen Fürsten ist es zu danken, daß die deutsche Nation sich von der jüdischen Gefahr nicht endgültig zu erlösen vermochte. Leider hat sich darin auch später nichts geändert, so daß ihnen vom Juden nur der tausendfach verdiente Lohn für die Sünden zuteil wurde, die sie an ihren Völkern einst verbrochen haben. Sie verbündeten sich mit dem Teufel und landeten bei ihm." So entsteht

der Hofjude, dessen Weg wir hier für Deutschland geschichtlich nachgezeichnet haben. Von dort aus versucht das Judentum nun, sich äußerlich dem Deutschtum anzugleichen.

„Der Grund, warum sich der Jude entschließt, auf einmal zum „Deutschen" zu werden, liegt auf der Hand; er fühlt, wie die Macht der Fürsten langsam ins Wanken gerät und sucht deshalb frühzeitig eine Plattform unter seine Füße zu bekommen. Weiter aber ist seine geldliche Beherrschung der gesamten Wirtschaft schon so fortgeschritten, daß er ohne den Besitz aller „staatsbürgerlichen" Rechte das ganze ungeheure Gebäude nicht mehr länger zu stützen vermag, auf alle Fälle keine weitere Steigerung seines Einflusses mehr stattfinden kann. Beides aber wünscht er; denn je höher er klimmt, um so lockender steigt aus dem Schleier der Vergangenheit sein altes, ihm einst verheißenes Ziel herauf, und mit fiebernder Gier sehen seine hellsten Köpfe den Traum der Weltherrschaft schon wieder in faßbare Nähe rücken. So ist sein einziges Streben darauf gerichtet, sich in den Vollbesitz der staatsbürgerlichen Rechte zu setzen. Dies ist der Grund zur Emanzipation aus dem Ghetto" („Mein Kampf", S. 343).

Nun macht er sich „zum Wortführer einer neuen Zeit" — d. h. er reißt die politische Führung des liberalen Bürgertums an sich. „Endlich aber wächst die jüdische Einflußnahme auf wirtschaftliche Belange über die Börse nun unheimlich schnell an. Er wird zum Besitzer oder doch zum Kontrolleur der nationalen Arbeitskraft.

Zur Stärkung seiner politischen Stellung versucht er, die rassischen und staatsbürgerlichen Schranken einzureißen, die ihn zunächst noch auf Schritt und Tritt beengen. Er kämpft zu diesem Zweck mit aller ihm eigenen Zähigkeit für die religiöse Toleranz — und hat in der ihm vollständig verfallenen Freimaurerei ein vorzügliches Instrument zur Verfechtung wie aber auch zur Durchschiebung seiner Ziele. Die Kreise der Regierenden sowie die höheren Schichten des politischen und wirtschaftlichen Bürgertums gelangen durch maurerische Fäden in seine Schlingen, ohne daß sie es auch nur zu ahnen brauchen" (Adolf Hitler, „Mein Kampf", S. 345).

Der Jude bemächtigt sich der Presse und verheiratet seine Töchter mit Angehörigen der führenden Schicht anderer Völker. „Allein, er erhält seinen männlichen Stamm grundsätzlich immer rein. Er vergiftet das Blut der anderen, wahrt aber sein eigenes. . . . Sein

Endziel in diesem Stadium aber ist der Sieg der Demokratie, oder wie er es versteht: die Herrschaft des Parlamentarismus. Sie entspricht am meisten seinen Bedürfnissen; schaltet sie doch die Persönlichkeit aus — und setzt an ihre Stelle die Majorität der Dummheit, Unfähigkeit und nicht zum letzten aber der Feigheit" (Adolf Hitler, „Mein Kampf", S. 348).

Zugleich organisiert der Jude im Marxismus den nachrückenden Arbeiterstand. Adolf Hitler sieht hier den eigentlichen Ansatzpunkt zur Aufrichtung der Judenherrschaft, stellt fest, daß sich im Arbeiter der Jude seine eigentliche Kampftruppe schaffen möchte, ja zum Teil schon geschaffen hat und daß man seine Herrschaft nur beseitigen kann, wenn man vom Arbeiter aus ihn aus den Sattel hebt. „Eines aber ist sicher: der neue Stand besaß nicht die schlechtesten Elemente in seinen Reihen, sondern im Gegenteil auf alle Fälle die tatkräftigsten. Die Überfeinerungen der sogenannten Kultur hatten hier noch nicht ihre zersetzenden und zerstörenden Wirkungen ausgeübt. Der neue Stand war in seiner breiten Masse noch nicht von dem Gifte pazifistischer Schwäche angekränkelt, sondern robust und, wenn nötig, auch brutal" (Hitler: „Mein Kampf", S. 349).

Diesen Arbeiter spannt der Jude für sich ein — Adolf Hitler selbst hat es in seiner Wiener Zeit mehr als einmal erlebt. Klar erkennt er die Absichten des Judentums mit dem deutschen Arbeiter. „Kaum daß der neue Stand sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Umbildung herausentwickelt, sieht auch der Jude schon den neuen Schrittmacher zu seinem eigenen weiteren Fortkommen klar und deutlich vor sich. Erst benützte er das Bürgertum als Sturmbock gegen die feudale Welt, nun den Arbeiter gegen die bürgerliche. Wußte er aber einst im Schatten des Bürgertums sich die bürgerlichen Rechte zu erschleichen, so hofft er nun, im Kampfe des Arbeiters ums Dasein, den Weg zur eigenen Herrschaft zu finden.

Von jetzt ab hat der Arbeiter nur mehr die Aufgabe, für die Zukunft des jüdischen Volkes zu fechten. Unbewußt wird er in den Dienst der Macht gestellt, die er zu bekämpfen vermeint. Man läßt ihn scheinbar gegen das Kapital anrennen und kann ihn so am leichtesten gerade für dieses kämpfen lassen. Man schreit dabei immer gegen das internationale Kapital und meint in Wahrheit die nationale Wirtschaft. Diese soll demoliert werden, damit auf ihrem

Leichenfeld die internationale Börse triumphieren kann" („Mein Kampf", S. 350).

In dieser organisierten Zusammenfassung der Arbeiterschaft unter seiner Führung ersetzt nun der Jude den bis dahin vertretenen Gedanken der Demokratie durch den Gedanken der Diktatur des Proletariats. Er entfaltet die Fahne des Klassenkampfes, er zersetzt Sittlichkeit, Moral, Religion, Kunst, er zerstört die nationalen Wirtschaften — endlich setzt er an zum letzten großen Sprung. „Nun beginnt die große, letzte Revolution. Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten, und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung" (Adolf Hitler, „Mein Kampf", S. 358).

Das ist der Bolschewismus, die letzte konsequente Vollendung einer Judenherrschaft — der Materialismus triumphiert über alle höheren Werte, die Träger jeder Kultur werden geknebelt, getötet und ausgerottet, die Arbeiterschaft erst mißbraucht und dann niedergeworfen und über ihr erhebt sich die Vollendung der jüdischen Weltherrschaftsträume; der Jude als einzige geistige Führung an der Spitze des Verbrechertums organisiert die Welt nach seinem Willen, das Reich der Finsternis hat begonnen, der Rassetod, der Seelentod, der Jude ist der Herr der Welt.

Glasklar sieht Hitlers Auge die Entwicklung. Aus der kleinen unbedeutenden Gruppe schmiedet er die Kampfwaffe gegen die jüdische Gefahr, gegen die Pläne zur Vernichtung der Lichtrasse. In allen Formen organisiert er die Partei so, daß jede jüdische Einbruchstelle ausgeschlossen ist. Kein Jude, kein Judenstämmling, kein Freimaurer kann in sie eintreten. Sie bleibt Rassepartei. Das demokratische System der Mitgliederabstimmungen und -ausschüsse lehnt Adolf Hitler ab. Die Partei wird einheitlich nach dem Führerprinzip organisiert. Niemand kann sich hinter der Ausrede verstecken, er habe diese oder jene Maßnahme nicht gewollt, sondern sei nur durch die Mehrheit dazu gezwungen worden. So wird Verantwortung erzeugt, die Partei wird zur Partei der Verantwortlichen.

Treue gegen den Führer wird zum Leitsatz gemacht. Es gibt keinen Nationalsozialismus ohne Adolf Hitler. Damit wird jede

Spaltung und Zerreißung der Organisation unmöglich gemacht. Die Partei wird zur Partei der Getreuen.

Es wird eine gemeinsame Tracht, das Braunhemd, geschaffen, das schon von weitem jeden Mitkämpfer kenntlich macht. Jede Stunde ist er gezwungen, für seine Weltanschauung einzutreten — so wird die Partei die Partei der Tapferen.

Eine besondere Ordnertruppe wird aufgebaut, aus der sich die spätere SA. entwickelt. Sie muß den Terror der marxistischen Massen zurücktreiben und brechen, sie kämpft um die Straße — so wird die Partei die Partei der Kameradschaft.

Über den Reihen der Bewegung erhebt sich die große rote Fahne mit dem Hakenkreuz auf schneeweißem Grund — so wird das uralte Zeichen der nordischen Wiedergeburt, das Zeichen des Lichtes, das nicht sterben kann, gewandt gegen das Volk der Finsternis.

Und nun setzt der heroische Kampf durch 14 Jahre zwischen dem Deutschtum unter Hitlers Fahnen und den Juden, Judenknechten und Judenduldern ein. Dieser Kampf wird zum Leitmotiv der Geschichte, er beginnt in der Unbekanntheit und Dunkelheit und er erhebt sich zur strahlenden Höhe des endgültigen Sieges. Wir werden ihn von Jahr zu Jahr durch die Geschichte Deutschlands in einer kurzen Zusammenfassung der Dinge verfolgen; tausend Fragen spielen hinein, aber sie alle finden ihre Lösung und Bestimmung in diesem grandiosen Kampf, den der unbekannte Soldat des Weltkrieges Adolf Hitler gegen das Judentum entfesselt in einem Augenblick, wo dieses sich bereits als Sieger fühlt und wo es die Ernte in seine Scheuern bringen möchte.

Da steht das Problem der deutschen Wehrlosigkeit — aber es ist nicht nur ein außenpolitisches Problem allein: die Weimarer Gewalthaber und ihre jüdischen Auftraggeber haben ein Interesse daran, daß Deutschland wehrlos bleibe.

Da steht das Problem der deutschen Reparationsbelastung — aber es ist nicht ein finanzpolitisches allein; die jüdische Hochfinanz will durch die Reparationen das deutsche Volk ausrauben, das Weltjudentum will sie benutzen, um die Wirtschaft der Welt zu zerstören und den Bolschewismus durchzusetzen.

Da steht das Problem des deutschen Volkssterbens, der Entartung und des Verfalls der deutschen Volkskraft, des Rückganges seiner biologischen Grundlagen — aber es ist nicht nur ein bevölke-

rungspolitisches Problem; das Judentum wünscht die deutsche Volkskraft schwach und entartet, um dieses Volk, das ihm immer noch gefährlich erscheint, unschädlich zu machen.

Da steht das Problem der deutschen politischen Uneinigkeit — aber es ist nicht nur ein Problem des deutschen Parteiwesens, sondern der Jude hat ein Interesse daran, daß das deutsche Volk parteipolitisch zerrissen und gespalten ist, damit es nie mehr seine Volkskraft zur Abwehr vereinigen kann. Der Arbeiter und der Mittelständler, der Hausbesitzer und der Kaplan, jedermann hat seine Partei im deutschen Volke, nur für das deutsche Volk selbst darf es keine Partei geben, die seine Interessen wahrnimmt.

Da erhebt sich das Problem der deutschen Wirtschaft — aber es ist kein Problem der Wirtschaftsorganisation allein; das deutsche Volk hat für alles Wirtschaftsverbände, zum Schutz der Schwerindustrie und der leichten Industrie, der Handschuhmacher und der Strumpfwirker. Nur zum Schutz der gesamten nationalen Arbeit gibt es keine Zusammenfassung, sondern diese reibt sich in gegenseitigen wüsten Kämpfen auf, erstickt am Wucher, verkommt in leichtfertigen Streiks und Aussperrungen, wird in Inflation und Deflation immer wieder aufs neue ausgeplündert und immer mehr überfremdet.

Der Kampf, den Hitler hier aufnimmt, wird damit zu einem Kampf von weltweiter Bedeutung.

Wir werden sehen, wie er zuerst kaum Beachtung findet, wie die Zerstörung des deutschen Volkes von Jahr zu Jahr zunimmt, wie die Auflösung der sittlichen Grundlagen zielbewußt durchgeführt wird und wie jede Gegenwehr hoffnungslos erscheint.

Wir werden dann erleben, wie die aufsteigende nationalsozialistische Bewegung zuerst verleumdet wird, wie man es dann versucht, sie totzuschweigen und einfach aus dem öffentlichen Leben Deutschlands zu streichen, zu tun, als ob sie nicht da wäre und den alten jüdischen Fluch an ihr zu vollziehen: „Sein Name soll nie mehr genannt werden."

Als dies unmöglich wird, versucht man die unbequeme Bewegung totzuschlagen, der Mordterror wird gegen sie in Bewegung gesetzt, der Verbrecher, des Juden Bundesgenosse seit Jahrtausenden, stürzt sich auf ihre Mitkämpfer.

Endlich versucht man es mit Verboten, mit Beschlagnahmen, mit

Mißbrauch der Justiz und der Verwaltung, der Jude verhöhnt die demokratischen Prinzipien, die er einst proklamiert hatte und endlich erliegt er doch.

Neben diesem geschichtlichen Ablauf des Kampfes steht der Rassekampf auf den übrigen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Da arbeiten große jüdische Verbände an der Zerstörung der Wehrhaftigkeit, da rast das Bestechungsunwesen, die Vernichtung der wirtschaftlichen Moral in Wirtschafts- und Staatsleben, und nur allzuviele Nichtjuden beteiligen sich aus schmutziger Habgier an dieser Zerstörung der sittlichen Grundlagen der Wirtschaft, da arbeitet die Entsittlichungspropaganda, da lügt die jüdische Presse — mit hundert Köpfen beißt die Hydra des Judentums nach den Fäusten des erwachenden Volkes.

Alle bösen Neigungen des deutschen Volkes selbst stellen sich dem Nationalsozialismus entgegen, rohe Verhetzung und entartetes Wohlgefallen an eigener Minderwertigkeit, Stumpfsinn und Geldgier — bis endlich doch die neue Idee siegt.

*

Der Kampf des Jahres 1919.

Der spartakistische Terror steigt inzwischen immer höher. Am 10. Januar wird von der USPD. und KPD. gemeinsam in Bremen die Räterepublik ausgerufen, im Ruhrgebiet brandet ein ungeheurer Bergarbeiterstreik, am 12. Januar wird dort der jüdische Landrichter Ruben zum Volkskommissar für die Sozialisierung des Bergbaus ernannt. Am 15. Januar werden von der Gardekavallerie-Division die Führer des Kommunismus Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und ins Edenhotel gebracht. Liebknecht und Rosa Luxemburg werden beide getötet, Liebknecht beim Transport im Tiergarten erschossen, Rosa Luxemburg im Auto erschossen und in den Landwehrkanal geworfen. Die USPD. ruft zum Generalstreik auf. Die Franzosen verlangen die Auslieferung einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Vom 16. bis 18. Januar toben wilde Streiks in Deutschland; in Halle, Düsseldorf, Leipzig herrscht offener Spartakusterror. Am 18. Januar finden deutsch-polnische Waffenstillstandsverhandlungen in Lissa statt; der Vormarsch der deutschen Grenzschutztruppen wird durch die Regierung aufgehalten.

Am 19. Januar finden die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung statt: es erhalten die SPD. 163 Mandate, USPD. 22, Demokraten 75, Deutschnationale 42, Zentrum 71, Deutsche Volkspartei 21, Bayrische Volkspartei 18. Die Nationalversammlung wird auf den 6. Februar nach Weimar einberufen. Inzwischen erfolgt ein neuer Spartakistenputsch in Bremen und Hamburg.

Der Jude Dr. Preuß legt den Entwurf der neuen Reichsverfassung vor, der zuerst eine Zerstückelung Preußens vorsieht. Der Eisenbahnverkehr muß wegen der Ablieferung der Lokomotiven und Wagen an die Siegermächte auf das äußerste eingeschränkt werden. Am 25. Januar, dem Geburtstage Friedrichs des Großen, wird unter dem Vorsitz des Juden Preuß eine Kommission der Vertreter der deutschen Einzelstaaten zur Beratung des Verfassungsentwurfes eingesetzt. Am 27. Januar erfolgt ein neuer Spartakistenputsch in Wilhelmshaven; kommunistische Banden setzen sich in den Besitz von Gotha. Am 30. Januar nimmt der Staatsrat von Deutsch-Österreich einstimmig einen Gesetzentwurf an, der die Zugehörigkeit von Deutsch-Österreich zum Deutschen Reiche bestimmt. Inzwischen breiten sich die marxistischen Unruhen aus, das Telegraphenamt in Eisenach wird durch USPD.-Leute besetzt, die Soldatenräte des 15. und 11. Armeekorps in Eisenach lehnen den Schutz der Nationalversammlung in Weimar ab.

Es haben sich überall Freikorps gebildet, die dem marxistischen Terror entgegentreten. Die Division Gerstenberg erobert nach schweren Kämpfen, bei denen auf beiden Seiten Artillerie eingesetzt wird, Bremen.

In der Nationalversammlung wird der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David (übrigens kein Jude) am 7. Februar zum Präsidenten gewählt. Am 9. Februar fallen Koburg und Lübeck durch Wahl in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit, in Braunschweig wird der Landtag unter Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt. Am 12. Februar wird der Leiter der kommunistischen Propaganda Karl Radek in Charlottenburg verhaftet; er heißt eigentlich Jude Sobelsohn. Am 13. Februar wird das neue Reichskabinett gebildet, Scheidemann wird Präsident des Reichsministeriums, der Jude Preuß übernimmt das Reichsinnenministerium, der Jude Landsberg das Justizministerium, der Sozialdemokrat Bauer

das Arbeitsministerium, Robert Schmidt das Ernährungsministerium, ferner gehören zur Regierung noch die Zentrumsleute Giesberts (Reichspost), Bell (Kolonien), Graf Brockdorff-Rantzau (Außenminister). Scheidemann eröffnet mit wüsten Beschimpfungen die Versammlung und erklärt: „Die Zeiten der Gewaltherrschaft (!!!) sind ein für allemal vorüber. Die alten Gewalten waren im Rechtsbewußtsein des Volkes schon tot, als sie noch scheinlebendig waren.... Als entgegen allen Voraussetzungen unserer U-Boot-Propheten — (Lahmlegen des U-Boot-Krieges vergaß Scheidemann!) — das Heer der Feinde im Westen um Millionen anwuchs und schließlich der geniale Hasardeur des Weltkrieges Ludendorff (!!!) den Bankerott erklärte, fiel es wie eine Binde von den Augen des deutschen Volkes. Deutschland war reif geworden für den 9. November. . . . Es ist unser aller Ehrgeiz, in der Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es kein anderer Staat der Welt kennt" (!!!).

Die Polen setzen inzwischen, trotzdem die Deutschen auf Anweisung der Entente ihren Vormarsch einstellen mußten, die Feindseligkeiten fort.

Hindenburg protestiert in einem Schreiben an Scheidemann gegen die Beschimpfung Ludendorffs und erklärt: „General Ludendorff ist ein glühender Patriot und hat nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kraftvollen Art erstrebt. Das gewissenlose oder leichtfertige Wesen eines Hasardeurs liegt ihm ganz fern." Scheidemann antwortet darauf, er könne in der Sache von seinem Wort nicht abgehen.

Durch Wahlen am 16. Februar fällt Schaumburg-Lippe in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit. Im Ruhrgebiet rufen die Kommunisten zum Generalstreik auf, der erst bei Einsatz von Militär niederbricht. Unter Mißbrauch der alten burschenschaftlichen Tradition beschließt der Staatenausschuß die Einführung der schwarzrot-goldenen (schwarz = Zentrum, rot = Sozialdemokratie, gold = jüdische Großfinanz) Fahne als Nationalfarbe.

Erzberger denunziert den Industriellen Hugo Stinnes bei der Entente, weil Stinnes bei stattgefundenen Verhandlungen in Spa sich für Deutschland gewehrt hat. Erzberger erklärt: „Ich habe seine Abberufung durchgesetzt, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen ist, wie Hugo Stinnes,

und der die hauptkreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen“ (!).

Der Jude Kosmanowski (Kurt Eisner) hat inzwischen in Bayern eine vollkommen wahnsinnige Mißwirtschaft eingeführt — am 31. Februar wird er von dem Grafen Arco umgelegt. Darauf bricht in München die Räterepublik aus, Geiseln werden verhaftet und die Bewaffnung des Proletariats proklamiert. Am 22. Februar rufen die Kommunisten in Mannheim eine kurzlebige Räterepublik aus. In Braunschweig wird eine Regierung gebildet, die gemeinsam von Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten zusammengesetzt ist — das „Verteidigungs“ministerium übernimmt der Jude Undeutsch. Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin ergeben eine Mehrheit von 93 Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten gegen 51 Vertreter der anderen Parteien. In Leipzig und Thüringen bricht der Generalstreik und kommunistischer Terror aus, in Braunschweig wird die Räterepublik durch die Kommunisten am 28. Februar ausgerufen. In Berlin bricht vom 3. bis 8. März ein schwerer kommunistischer Aufstand aus, im Lichtenberger Rathaus werden Freiwillige ermordet; nach schwerem Kampf wird die Unruhe niedergeschlagen. Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen bringen ebenso wie in Bremen marxistische Mehrheiten, während in Sachsen-Weimar und Waldeck der Marxismus in der Minderheit bleibt. Schwarzburg-Rudolstadt und Hamburg gehen ebenfalls in die Hand der Marxisten über. In Sachsen wird der Jude Dr. Gradnauer zum Ministerpräsidenten gewählt. In Bayern radikalisiert sich die Lage immer mehr; einstweilen steht einer wachsenden kommunistisch-unabhängigen Bewegung ein sozialdemokratisches Kabinett Hoffmann entgegen.

Die deutsche Handelsflotte wird am 21. März ausgeliefert, das Reichsschatzministerium dem Juden Gothein übergeben; im Rheinland betreibt das Zentrum eine leidenschaftliche Propaganda für Bildung einer „Rheinischen Republik“ in Zusammenarbeit mit französischen Stellen, es enthält sich der Stimme, als am 24. März in der preußischen Landesversammlung eine Entschließung gegen alle Loslösungsbestrebungen von Preußen angenommen wird.

Im Ruhrgebiet brandet der Aufruhr, Regierungstruppen rücken ein, sie besetzen unter Führung des Generals von Watter das Ruhrgebiet; Severing wird zum Reichskommissar ernannt. In Württemberg wird am 31. März gleichfalls der Generalstreik proklamiert.

Die deutschen Finanzsachverständigen zur Abwickelung der aus der Vorbereitung des Friedens sich ergebenden Finanzfragen reisen nach Paris ab; an ihrer Spitze stehen die beiden Juden Max Warburg und Dr. Melchior — auf amerikanischer Seite ist Finanzsachverständiger der Bruder Max Warburgs, Felix Warburg aus New York.

Ein Putsch in München fegt am 7. April die Regierung Hoffmann hinweg, die sich nach Bamberg begibt. Die neue Regierung setzt sich aus Kommunisten und Unabhängigen zusammen.

In Braunschweig bricht am 9. April ein neuer Generalstreik aus, der zur Besetzung der Stadt Braunschweig in der Nacht vom 16. zum 17. April durch die Truppen des Generals Maercker führt. — Die kommunistische Regierung unter Schneider Merges und dem früheren Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (Jude) wird verjagt.

Inzwischen halten die Unruhen in Sachsen und Bayern an, der sächsische Kriegsminister Neuring wird in Dresden von Kommunisten in die Elbe geworfen und durch Schüsse getötet; in München gelangt durch einen kommunistischen Putsch die vollziehende Gewalt an einen Vollzugsrat mit den Juden und Freimaurern Lewien und Leviné an der Spitze. Die Juden Toller und „Wadler" (W. Adler) übernehmen die Kampfleitung der Kommunisten; Stadtkommandant wird der Matrose Eglhofer. Reichstruppen setzen sich in Marsch auf München; zehn Angehörige einer völkischen Studiengesellschaft werden von jüdischen Tschekisten im Luitpoldgymnasium ermordet. München wird durch Truppen unter Generalleutnant von Oven, Generalmajor Möhl und General Ritter von Epp vom kommunistischen Terror befreit. Schwere Kämpfe bei Starnberg und Dachau gehen dieser Befreiung voraus. Die jüdischen Führer können zum Teil gefaßt werden, der Blutjude Landauer wird von Soldaten niedergemacht, Sontheimer, ebenfalls ein blutiger Deutschenmörder, standrechtlich erschossen, Leviné, Axelrod und Toller festgenommen; Toller, den Kriegssänger der Kommunisten, fand man in einem Wäscheschrank versteckt mit falscher Perücke und „unsauberen Beinkleidern".

Die vollkommene Zerstörung der deutschen politischen Macht und die Unmöglichkeit, bei der dauernden Sabotage durch den Marxismus Widerstand zu leisten, ermutigt die Entente zu weit über die ursprüngliche Absicht hinausgehenden Forderungen. Schon am 14. April hatte

der Jude Kautzky auf dem zweiten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gefordert, daß die Führung der Außenpolitik einen Frieden nicht durch Widerstand gegen Forderungen der Siegermächte verhindern dürfe. Daraufhin erklärte nun Clemenceau: „Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen," und überreicht am 7. Mai ein Exemplar des Friedensdiktates. Auf deutsche Einwände, daß die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen sei, lehnt er am 7. Mai eine Erörterung der grundsätzlichen Bedingungen ab. Graf Brockdorff-Rantzau überreicht am 27. Mai die deutschen Gegenvorschläge und fordert die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichts.

Inzwischen fallen „schwarze" Verräter dem deutschen Reich in den Rücken. In Landau fordert eine Abordnung unter Führung des gekauften Juden und Zentrumsmannes Dr. Haas auf Veranlassung des französischen Generals Girard die Ausrufung der Pfalz zum selbständigen neutralen Staat (!). Als diese Verbrecher vom Regierungspräsidenten eingesperrt werden, setzte die französische Besatzungsbehörde sie am 22. Mai wieder in Freiheit. In Wiesbaden versucht, ebenso wie in Speyer, separatistisches Gesindel die Losreißung vom Reich durchzusetzen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie erläßt eine Proklamation an das Proletariat und fordert bedingungslose Unterzeichnung des Friedensdiktates (17. Juni).

Graf Brockdorff-Rantzau tritt aus dem Kabinett aus und erklärt in einem Schreiben an Ebert: „In vollem Bewußtsein ihrer Tragweite habe ich für den kommenden Frieden gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernstzunehmenden Politiker selbst auszuschalten. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustand unseres schwergeprüften Volkes es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann."

Darauf tritt das Kabinett Scheidemann zurück, ein neues Kabinett unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer wird gebildet, dem Erzberger und Bell als Zentrumsleute angehören. Am gleichen Tage versenkt Admiral von Reuter die in der Bucht von Scapo Flow internierte deutsche Kriegsflotte — in all der Zersetzung und Auflösung ein Zeichen tapferer Haltung und Ehre. Der Admiral erklärt,

daß er die Versenkung vorgenommen habe auf Grund eines früheren kaiserlichen Marinebefehls, nach dem Kriegsschiffe nicht in die Hand der Feinde fallen dürfen.

Die Nationalversammlung nimmt auf Antrag Bauers mit 237 gegen 138 Stimmen den Beschluß an: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden." Damit ist die Schächtung des deutschen Volkes unterschrieben.

Soldaten der Berliner Freikorps holen, ehe sie ausgeliefert werden müssen, die 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen aus dem Berliner Zeughaus und verbrennen sie vor dem Denkmal Friedrichs des Großen; eine ungeheure Erregung geht durch die Truppen, auch Hindenburg erklärt sich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages, aber General Groener telegraphiert an den Reichspräsidenten Ebert, es sei zu hoffen, daß die Offiziere auch nach der bedingungslosen Unterzeichnung weiterhin ihre Pflicht tun würden. Hindenburg legt hierauf den Oberbefehl nieder, nachdem er noch am 17. Juli die Möglichkeit eines Widerstandes in folgender Weise umrissen hatte: „Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen."

Gleichzeitig setzt sofort der spartakistische und marxistische Verrat wieder ein. In Hamburg brechen kommunistische Unruhen aus, im Rheinland entfaltet der Separatismus, vom Zentrum begünstigt, aufs neue seine verbrecherische Tätigkeit. Noch besteht die Möglichkeit, die Unterschrift unter das Diktat zu verweigern und Widerstand zu leisten, wobei wahrscheinlich ein besserer Friede zu erreichen gewesen wäre, aber der jüdische Marxismus verhindert diese Möglichkeit.

Zur selben Zeit weigert sich die türkische Nation mit nur 12 Millionen Menschen gegen den Willen ihrer Regierung und ihrer geistlichen Führung, ohne Industrie, ohne Waffen und Munitionsversorgung in ausreichendem Maße zu besitzen, unter der Führung des Generalleutnants Mustafa Kemal Pascha, das Friedensdiktat von

Sèvres an sich vollziehen zu lassen und organisiert, trotzdem Kleinasien von fremden Militärmissionen überschwemmt ist, den bewaffneten Widerstand. Marschall Kiasim Karabekir Pascha geht mit rasch zusammengerafften Freiwilligen gegen die von der Entente gegründete armenische Republik vor.

Die deutsche Nation aber mit 65 Millionen Menschen, Industrie, Bewaffnung, wenn auch nicht mehr voll ausreichend, war durch den Marxismus völlig demoralisiert und lahmgelegt; trotz des Willens eines großen Teiles der Armee wagte sie nicht, noch einmal Widerstand zu leisten. So wurde am 28. Juni von Hermann Müller und dem Zentrumsmann Dr. Bell in Versailles das „Friedens"-Diktat unterzeichnet. Es kostete dem Deutschen Reich die Wehrhoheit, die Hoheitsrechte auf Rhein und Elbe, ferner Memelland, fast ganz Westpreußen, fast ganz Posen, das Hultschiner Ländchen, Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy; über das Schicksal von Oberschlesien, Teilen Ostpreußens, Nordschleswig sollte eine Volksabstimmung entscheiden — das Saargebiet wurde bis 1935 unter Völkerbundsverwaltung gestellt. Es gingen ferner verloren: die gesamten Kolonien, die als Mandate vom Völkerbund verteilt wurden, die Handelsflotte, soweit noch nicht ausgeliefert, die Kriegsflotte, die Seekabel und unermeßliche volkswirtschaftliche Werte. Französische, englische, amerikanische und belgische Besatzungsarmeen blieben im Rheinland und in der Pfalz und lebten auf Kosten des deutschen Volkes einen herrlichen Tag.

Das Deutsche Reich wurde durch eine unbegrenzte „Wiedergutmachungspflicht" zum Tributstaat gemacht; durch das System der Reparationslasten erzielte die Hochfinanz auf Kosten des schaffenden deutschen Volkes ungeheuere Gewinne.

Über dem so geschaffenen Sklavenstaat wird die schwarz-rot-goldene Judenfahne als Siegerfahne gehißt. Lediglich die Handelsflagge bleibt schwarz-weiß-rot mit einer Gösch in schwarz-rot-gold. Die oberste Heeresleitung in Kolberg wird aufgelöst. Die Auspressung des Volkes kann beginnen: bereits am 8. Juli legt Erzberger sein neues Steuergesetz in der Nationalversammlung vor. Der Reichswirtschaftsminister Wissel tritt am 12. Juli zurück als einer der wenigen Sozialdemokraten, die erkennen, daß nunmehr irgendein Sozialismus unter dieser politischen und wirtschaftlichen Versklavung nicht mehr verwirklicht werden kann.

Versammlungen, die in Berlin gegen den unmöglichen Friedensvertrag stattfinden, werden von Kommunisten und Unabhängigen gesprengt, diese erklären sich damit bewußt für das Versailler Diktat (21. Juli).

Die Weimarer Verfassung wird am 31. Juli 1919 angenommen, am 11. August vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und der bisherige Präsident des Reichsministeriums Bauer zum Reichskanzler ernannt. Am 18. August erheben sich in Oberschlesien die Polen, nach wenigen Tagen können Regierungstruppen die Ordnung wiederherstellen.

Die deutschen Truppen im Baltikum, die dort auf Grund der ihnen von der lettischen Regierung gemachten Zusagen Siedlungsland verlangen, werden von der Reichsregierung im Stich gelassen, sie verweigern der „Regierung" den Gehorsam.

Am 2. September fordert die Entente einen Verzicht Deutschlands auf die Vorschrift des Artikels 61 Abs. 2 der Reichsverfassung, der den Anschluß von Deutsch-Österreich an Deutschland vorsieht. Deutschland muß auch hier nachgeben und Zugeständnisse machen und in einer diplomatischen Urkunde auf die Forderungen der Entente hin erklären, daß dieser Artikel so lange kraftlos bleibt, als nicht der Rat des Völkerbundes eine Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs zustimmt.

Zur Überwachung der militärischen Ausführungsbestimmungen des Friedensdiktates treffen fremde Militärmissionen als „Interalliierte Militärkommission" unter der Leitung des französischen Generals Nollet in Berlin ein.

Das Jahr geht still und kläglich zu Ende, wirtschaftliche Not, vorübergehende Einstellung des Eisenbahnverkehrs, Schleichhandel und Preistreiberei verelenden die Bevölkerung immer mehr. Am 18. November müssen sich Hindenburg und Ludendorff vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Juden Sinsheimer und Cohn „verantworten". Der Jude Kautsky veröffentlicht eine tendenziös zusammengestellte Aktensammlung des Auswärtigen Amtes, die wieder einmal dazu dienen soll, Deutschland zu belasten und besonders den früheren Kaiser herabzusetzen. Scheidemann wird zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt — er beginnt seinen „Dienst am Volke" damit, die Möbel des Schlosses Wilhelmshöhe für seinen Privatgebrauch abholen zu lassen. Gegen Ende des Jahres steigern sich die

Unruhen, die schwere wirtschaftliche Not und die Hetze der Kommunisten treiben immer wieder die enttäuschten Massen auf die Straßen, die doch noch versuchen wollen, ein Stück der vielen Versprechungen ihrer Bonzen zu erreichen.

*

Die Ereignisse des Jahres 1920.

Am 10. Januar wird das Protokoll des Friedensvertrages unterzeichnet. Inzwischen geht durch Deutschland ein allgemeiner Eisenbahnerstreik; vor dem Reichstag schwere Zusammenstöße, im ganzen in Berlin 42 Tote und 105 Verletzte, Ausnahmezustand wird verhängt.

Die preußische Regierung hatte schon anfangs 1919 die Grenzbehörden angewiesen, der Einwanderung von „schutzsuchenden" Juden aus Polen keine Schwierigkeit zu machen. Ostjuden überfluten Berlin und die großen Provinzstädte.

Trotz allem hatte aber doch der nationale Widerstand sich soweit schon gekräftigt, daß wenigstens einer der schlimmsten Reichsverderber, Erzberger, gezwungen wird, den gegen ihn gerichteten Angriffen, zu deren Vertreter sich der Abgeordnete Helfferich machte, vor Gericht entgegenzutreten. Am 19. Januar begann der Prozeß Erzbergers gegen Helfferich, der Erzberger besonders vorgeworfen hatte, daß er, abgesehen von einer Anzahl anderer Schiebungen, bei der Tiefbaugesellschaft Julius Berger (Jude) am 24. Mai 1917 als Schiedsrichter zwischen Berger und der Behörde tätig gewesen und, nachdem er für die Firma entschieden hatte, bereits am 14. Juni 1917 in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eingetreten sei. Helfferich stellte nun weiter unter Beweis, daß der Eintritt Erzbergers in den Aufsichtsrat der Firma bereits im Frühjahr 1916 in Aussicht genommen war. Erzberger hatte trotzdem noch in drei Fällen als Schiedsrichter in Streitfällen zwischen dem Reich und der Firma „selbstverständlich" gegen das Reich entschieden, was diesem mindestens 1 Million Mark gekostet hatte. Außerdem hatte Erzberger, trotzdem er an der Gesellschaft geschäftlich interessiert war, den Chef des Unternehmens als Mitglied der Versailler Aufbaukommission berufen. Dies war um so auffälliger, als Julius Berger während des Krieges wegen mehrfacher Unzuverlässigkeit von Kriegslieferungen ausgeschlossen worden war. Erzberger hatte sich auch noch für die Verleihung des Eisernen Kreuzes

an den Juden eingesetzt. Als Helfferich den Zeugen General von Oldershausen fragte: „Sind dem Zeugen andere Fälle bekannt, daß das Kriegsministerium bei ihm für die Beantragung des Eisernen Kreuzes von Unternehmern intervenierte?" antwortete der General: „Nicht ein einziger! Der Fall Erzberger—Berger war der einzige" (Lachen im Zuhörerraum). Der Zeuge Jonquière bekundete, daß Erzberger bereits im Jahre 1913, also vor dem Kriege, als Schiedsrichter pflichtwidrig für die Firma Julius Berger tätig gewesen sei.

Dazu kamen noch andere unglaubliche Schiebungen. Im Falle der Hustenmittelfabrik „Pnigodin" hatte Erzberger für diese Firma, an der er beteiligt war, Staatsunterstützung nachgesucht, seine Anteilscheine an der Firma mit der Begründung, sie seien wertlos, nicht versteuert, sie dann aber erfolgreich über Pari verkauft. Neben all diesen unsauberen Handlungen fällt es nicht weiter auf, daß Erzberger außerdem in einem Artikel Helfferich bei der Entente denunziert. Obgleich der Erzberger-Skandal offenkundig war, wurde der Konjunkturpolitiker Erzberger am 4. Februar doch wieder in seine Ämter eingesetzt. Wie groß die Erbitterung im Volke wirklich war, zeigte das Attentat auf den Erzschieber am 26. Januar. Die Reichsregierung aber — erließ einen „Aufruf gegen politische Verhetzung" (!!!).

Deutschlands systematische Auspowerung und Zerstückelung ging immer weiter; die Abstimmung in der ersten Zone Schleswigs brachte durch eine unmögliche Grenzziehung den Verlust nicht unerheblichen rein deutschen Gebietes, darunter auch der Stadt Tondern, obgleich sich dort am 10. Februar eine Mehrheit von 2503 Wählern gegen 751 für Deutschland erklärte. Lediglich die Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher" konnte verhindert werden, aber das deutsche Heer mußte bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann herabgesetzt werden. Erzberger aber hielt sich immer noch, trotzdem in den „Hamburger Nachrichten" und anderen Tageszeitungen aktenmäßig seine Steuerhinterziehungen nachgewiesen worden waren.

Am 12. März erfolgte endlich das Urteil gegen Helfferich, das tatsächlich die moralische Verurteilung Erzbergers bedeutete. Helfferich wurde zwar wegen formaler Beleidigung zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt, die Urteilsbegründung aber besagte: „Der Angeklagte (Helfferich) wirft dem Nebenkläger vor: 1. Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen (Geschäftspolitik), 2. Unwahrhaftigkeit, 3. Unanständigkeit, 4. politische Tätigkeit zum Nachteile

Deutschlands." — Erzbergers Revision wurde vom Reichsgericht verworfen; — erst dann, am 21. Dezember 1920, reichte endlich Erzberger sein Rücktrittsgesuch ein.

Die Erregung über den Erzberger-Skandal, der fast völlige sittliche Verfall, die Forderung auf Auflösung der Freikorps, die Herabsetzung des Heeres und die Weigerung, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk vollziehen zu lassen, führt zum Konflikt zwischen der Regierung und den Freikorps. Nach vergeblichen Verhandlungen erfolgt als erster Gegenstoß der Kapp-Putsch; am 13. März, früh 6 Uhr, besetzt die Brigade Ehrhardt Berlin; eine neue Regierung unter Leitung des Generallandschaftsdirektors Kapp wird gebildet; die Regierung Ebert flieht zuerst nach Dresden und dann nach Stuttgart. Da aber sowohl die Beamtenschaft sich weigert, Kapp zu dienen, als auch die Gewerkschaften den Generalstreik proklamieren und die Kapp-Regierung sich nicht auf eine konstruktive politische Idee stützt, mißlingt der Putsch; am 17. März tritt Kapp zurück; die Truppen ziehen nach schweren Kämpfen gegen kommunistische Banden aus Berlin ab und die Kommunisten benutzen die günstige Gelegenheit zu neuen Vorstößen, die in Miteldeutschland und vor allem im Ruhrgebiet zu furchtbaren Greueln durch eine sogenannte „Rote Armee" und zum zeitweiligen Übergang der politischen Macht in die Hand der Kommunisten führen. Nach schweren Kämpfen erst können die Kommunisten im Ruhrgebiet niedergeworfen werden.

In Bayern ist inzwischen eine Regierung der Bayrischen Volkspartei unter Dr. v. Kahr als Ministerpräsident gebildet worden.

Für wen die Sozialdemokraten in Wirklichkeit tätig sind, zeigt sich am 19. März, als die alliierten Geschäftsträger der Reichsregierung ihre Glückwünsche wegen der raschen Beendigung des Kapp-Putsches überreichen. Der Jude Weismann wird zum Staatskommissar für die öffentliche Ordnung ernannt. Das Kabinett Bauer tritt am 26. März zurück und wird durch das erste Kabinett Hermann Müller ersetzt.

In Preußen wird das Kabinett des Juden Hirsch durch ein Kabinett Braun-Severing abgelöst mit Sozialdemokraten als Ministerpräsident, Ministern des Inneren, der Finanzen und für Landwirtschaft.

Die Unruhen halten inzwischen an, der Kommunistenführer Max Hölz setzt sich vorübergehend in den Besitz des Vogtlandes und pro-

klamiert dort die Räterepublik. Bemerkenswert ist, daß einer seiner Aufrufe, der die Sprengung von Häusern und Villen androht, ausdrücklich die Schonung der Banken befiehlt. Auch hier zeigt sich wieder der Zusammenhang zwischen Kommunismus und Hochfinanz.

Die Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Lotterwirtschaft und Mißregierung nimmt immer stärker zu. Am 28. April müssen schließlich Reichstagswahlen für den 6. Juni 1920 ausgeschrieben werden. Die Freikorps werden inzwischen überall aufgelöst. Die Reichstagswahl bringt eine Niederlage der Weimarer Koalition von Sozialdemokraten und Zentrum; es zeigt sich aber auch eine starke Radikalisierung des Volkes. Die sozialdemokratischen Mandate sinken von 163 auf 122, dagegen nimmt die Zahl der „Unabhängigen" von 22 auf 81 zu, das Zentrum verliert ebenfalls und kann statt 89 nur noch 68 Abgeordnete in den Reichstag entsenden. Die Zahl der deutschnationalen Abgeordneten steigt von 42 auf 66. Das Kabinett Hermann Müller ist durch diesen Wahlausgang zum Rücktritt gezwungen; am 21. Juni wird ein neues Kabinett unter dem Zentrumsmann Fehrenbach gebildet, dem keine Sozialdemokraten angehören.

Die wirtschaftliche Verschuldung Deutschlands wird immer katastrophaler, zumal die Konferenz in Spa vom 5. bis 16. Juli ohne praktische Ergebnisse bleibt; es wird lediglich beschlossen, die Wiedergutmachungsfrage auf einer besonderen Konferenz zu beraten, die aber nicht zustande kommt. In dieser verworrenen politischen Lage bringt die Volksabstimmung in West- und Ostpreußen, die einen ungeheuren Erfolg des Deutschtums darstellt, eine schwache Hoffnung. Dagegen steht die Volksabstimmung in Eupen-Malmedy so sehr unter dem Druck der belgischen Behörden, die jeden, der sich für Deutschland einsetzt, mit Ausweisung bedrohen, daß sie für Deutschland ungünstig ausgeht. In Oberschlesien bringt der 17. Juni einen zweiten Polenaufstand, der unter der Führung Korfantys vorübergehend bis zum 28. Juni einen Teil der oberschlesischen Landkreise mit Ausnahme des Industriegebiets in die Hände der Polen liefert. Der preußische Innenminister Severing warnt dringend vor einer gewaltsamen Gegenwehr der deutschen Bevölkerung. Der Druck der Entente wird immer unerträglicher, sogar die Auslieferung von Dieselmotoren wird gefordert. Ein besonderer französischer Gesandter wird nach München

geschickt, um in Bayern für die Loslösung vom Reiche Stimmung zu machen.

Das Jahr 1920 bringt als bisheriges Ergebnis der Ausplünderung Deutschlands folgende Verluste an Volksvermögen: es wurden abgeliefert: 17,8 Millionen Tonnen Kohlen, 19 000 Tonnen Ammoniak-Sulfat, 2 Millionen Tonnen Seeschiffe, 38 000 Tonnen Flußschiffe, 360 000 Haustiere, 6,8 Millionen Kilogramm Sämereien, 4571 Lokomotiven, 129 555 Waggons, 5000 Lastwagen, 140 000 Tonnen Eisenbahnmaterial, 131 505 Tonnen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, 10,7 Millionen Kilogramm Farbstoffe, 57 000 Kilogramm pharmazeutische Produkte, die Unterseekabel Emden—Vigo, Emden—Brest, Emden—Teneriffa, Emden—Azoren, Azoren—New York, Teneriffa—Monrovia—Lome—Dualla, Monrovia—Pernambuco, Konstantinopel—Konstanza, Jap—Schanghai, Jap—Guam, Jap—Menado.

Zu diesen Verlusten kommt noch die Ablieferung ungeheurer Mengen Kriegsmaterials auf Grund des Waffenstillstandes.

*

Die Ereignisse des Jahres 1921.

Obgleich Deutschland völlig unter dem Druck der ungeheuren Tributlasten steht — geht die politische Zersetzung und Zersplitterung unaufhaltsam weiter. In Mecklenburg-Schwerin wird aufs neue am 17. Januar ein rein sozialdemokratisches Kabinett gebildet; der Demokrat Böß wird am 20. Januar zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt.

Endlich gelingt die Anklageerhebung gegen Erzberger wegen Meineides in fünf Fällen.

Eine vom 24. bis 29. Januar in Paris tagende interalliierte Reparationskonferenz kommt zu dem Ergebnis, Deutschland 42 Jahreszahlungen aufzuerlegen, und zwar in den ersten beiden Jahren je 2 Milliarden Goldmark, in den drei folgenden je 3, in den drei nächsten je 4, in den drei weiteren je 5 und in den 31 letzten je 6 Milliarden Mark. Im deutschen Reichstag weigert sich der Außenminister Simons, diese unerhörten Forderungen anzunehmen. In der Aussprache erklären die Redner aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, die sich also wieder als Büttel der Entente erweisen,

die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser dem deutschen Volke von der Entente zugemuteten Tributzahlungen.

Als am 19. Februar die Alliierten vor der Reparationskommission vollkommen unmögliche „Schadenersatzforderungen“ aufstellen, verläßt Boyden, der Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Kommission.

Am 8. März werden Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von alliierten Truppen zwecks Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen besetzt. Der Reichstag nimmt „in Ausführung des Friedensdiktates“ ein Verbot aller Selbstschutzorganisationen an.

Am 20. März fällt die Abstimmungsentscheidung in Oberschlesien mit 717 000 Stimmen für Deutschland gegen nur 433 000 Stimmen für Polen. Danach hätte, da die Abstimmung über die Zugehörigkeit von Gesamtoberschlesien entscheiden sollte, das Gebiet bei Deutschland bleiben müssen, aber der polnische Führer Korfanty ruft zum bewaffneten Kampf für ein polnisches Oberschlesien auf. Wieder fällt der Marxismus dem deutschen Volk in den Rücken: in Hamburg rufen die Kommunisten den Generalstreik aus; blutige Unruhen brechen in Eisleben, Geesthacht und im Ruhrgebiet aus. Diese Gelegenheit benutzen die Polen, um am 3. Mai in Oberschlesien den dritten Polenaufstand zu beginnen, während die Entente am 25. April die deutsche Tributlast auf 132 Milliarden Goldmark festsetzt.

Das Kabinett Fehrenbach tritt, nachdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Vermittlung abgelehnt haben, zurück; die Alliierten fordern durch Ultimatum vom 5. Mai die Anerkennung der Reparationsschuld von 132 Milliarden.

Das neugebildete Kabinett Wirth nimmt das Ultimatum an; die marxistischen Parteien, das Zentrum und ein Teil der Demokraten erklären sich für die Annahme. Zugleich muß Deutschland einwilligen, die Grenze zwischen Oberschlesien und Deutschland für nachrückende deutsche Freikorps zu sperren, die dort den Schutz des Deutschtums übernehmen. Trotzdem glückt es den deutschen Truppen am 23. Mai, den Annaberg zu stürmen und die Polen in Oberschlesien zurückzutreiben. Am 27. Mai besetzen alliierte Truppen, die bis dahin zum Schutz der Abstimmung in Oberschlesien standen, die deutschen Stellungen und zwingen die Deutschen, sich zurückzuziehen. Zugleich wird die Zahlung von einer Milliarde Goldmark an die Reparationskommission erpreßt.

Inzwischen verläuft das Meineidsverfahren gegen Erzberger im Sande und das Zentrum nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis. Erzberger erklärt, daß er seine politische Tätigkeit wiederaufnehmen wolle, wird aber am 6. August als Volksschädling von den beiden jungen deutschen Offizieren Schulz und Tillessen auf dem Kniebis im badischen Schwarzwald umgelegt. Die marxistischen Parteien fordern von der Reichsregierung „Anwendung aller staatlichen Mittel zur Bekämpfung der rechtsbolschewistischen Mordhetze", und am 29. August wird eine Ausnahmeverordnung zum Schutz der Republik gegen das erwachende deutsche Volk erlassen.

In München wächst unterdessen die nationalsozialistische Bewegung aus einer winzigen Gruppe zu einer wohlformierten Partei. Adolf Hitler greift unentwegt in vielen Versammlungen die Kapitulationspolitik der Regierung an.

Am 20. Oktober fällt die Entscheidung über Oberschlesien, das trotz der für Deutschland günstigen Abstimmung zerrissen wird; der wertvollste Teil kommt an Polen. Darauf tritt am 22. Oktober das Kabinett Dr. Wirth zurück und wird unter Hinzuziehung der Sozialdemokratie unter Dr. Wirth neu gebildet; ihm gehören vier Marxisten an, unter ihnen der spätere Schieberkönig Bauer. Die Entwertung der Mark führt zur Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Am 14. Dezember ist die Regierung gezwungen, an die Reparationskommission einen Antrag auf Stundung der Tributzahlungen zu richten.

*

Die Ereignisse des Jahres 1922.

Auf einer Konferenz in Cannes soll versucht werden, eine „endgültige" Lösung der deutschen Reparationsfrage zu finden, deutscher Vertreter ist der Jude Walther Rathenau.

Mitten in dieser schwierigen und bedrohlichen Zeit verübt der Marxismus einen neuen Dolchstoß: auf dem Parteitag der USPD. erklärt der „deutsche" Abgeordnete Crispien: „Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, unser Vaterland ist das Proletariat." Die Inflation überschwemmt Deutschland mit wertlosem Papiergeld — und Walther Rathenau — der internationale Jude — wird Außenminister.

Infolge der Hetze der Unabhängigen und Kommunisten bricht am 1. Februar ein neuer schwerer Eisenbahnerstreik aus, dem sich am 5. Februar ein Streik der Elektrizitäts- und Gasarbeiter in Berlin anschließt; der Lebenshaltungsindex ist im Jahre 1921 nach Berechnung des Statistischen Reichsamtes um 73,7 Prozent weitergestiegen.

Walther Rathenau befürwortet am 7. März im Reichstag die Aufnahme einer riesigen Reparationsanleihe, wodurch die politischen Forderungen in private Forderungen umgewandelt werden sollen. Immer neue Steuervorlagen werden vom Reichstag angenommen. Die Konferenz von Genua am 10. April führt zu dem Vertrag von Rapallo, einem auf die Dauer brauchbaren Ausgleich zwischen Deutschland und der Sowjet-Union, wobei vor allem ein Verzicht der Sowjet-Union auf Kriegszahlungen erreicht wird.

Am 19. April wird ein Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands eingesetzt, das allein vom 1. Mai 1921 bis zum März 1922 an Tributen 1,9 Milliarden Goldmark bezahlt hat.

Inflation und Verarmung nehmen katastrophale Formen an; der Plan einer internationalen Anleihe zerschlägt sich. Deutschland soll noch mehr zermürbt werden.

Im Rheinland wird der Separatismus offiziell von den Franzosen geschützt. Das deutsche Volk und seine Jugend verfällt dumpfer Verzweiflung. — Da wird der jüdische Außenminister Rathenau, der das Wort von den „300, die die Welt regieren" prägte, am 24. Juni 1922 von Kern und Fischer erschossen. Diese Ehrentat führt zu brutalster Unterdrückung der deutschbewußten Teile des Volkes; Reichskanzler Dr. Wirth erklärt im Reichstag: „Der Feind steht rechts!" — Eine Verordnung zum Schutz der Republik knebelt die national erwachten Teile des Volkes, und bei dem Begräbnis des jüdischen Großkapitalisten Rathenau demonstrieren sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, um ihre innere Verbundenheit mit dem Judentum zu zeigen. Sozialdemokraten und Unabhängige schließen sich aufs neue zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Durch Deutschland rast eine Welle marxistischen Terrors, um Rathenau, den „Großen in Israel", zu rächen; Kern und Fischer fallen am 17. Juli auf Burg Saaleck im Kampf gegen Polizei, ihr Grab wird zur Wallfahrtsstätte der kleinen Gruppen des erwachenden Deutschlands.

Von der Deutschnationalen Volkspartei spaltet sich ein völkischer

Flügel ab. Bayern, das sich zuerst gegen das Republikschutzgesetz gewehrt hatte, gibt rasch nach. Die Geldentwertung führt zu chaotischen Zuständen. Im September vereinigen sich Sozialdemokraten und USPD., und das Reichskabinett verlängert, ohne sich um den Willen des deutschen Volkes zu kümmern, die Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert.

Am 14. Oktober fällt der Staatsgerichtshof Zuchthausurteile gegen die Helfer der „Rathenaumörder", wobei in der Begründung der Gerichtshof es wagt, „antisemitische Gesinnung als ehrlos" zu bezeichnen. Immer drückender wird die wirtschaftliche Verelendung des Volkes, im November kommt es zu Teuerungsunruhen; das Kabinett Wirth tritt am 14. November zurück und an seine Stelle tritt ein Koalitions-Kabinett, das vom Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei unter dem Reichskanzler Cuno gebildet wird. Die Franzosen kündigen eine Besetzung des Ruhrgebietes an, die Inflation nimmt immer größere Ausmaße an, so daß am 22. Dezember der Reichsrat feststellen muß, daß infolge der Geldentwertung ein fester Haushaltsplan des Reiches nicht mehr möglich ist.

Poincaré verlangt immer ungeduldiger die Besetzung des Ruhrgebietes und die Wegnahme produktiver Pfänder als „Sicherheiten".

*

Die Ereignisse des Jahres 1923.

Am 9. Januar gelingt es Poincaré in der Reparationskommission wegen angeblichen Ausbleibens deutscher Lieferungen an Holz und Telegraphenstangen mit drei Stimmen gegen England einen Beschluß zu erreichen, Deutschland habe sich einer „Verfehlung" gegen das Versailler Diktat schuldig gemacht.

„Niemals," so erklärte entrüstet der englische Delegierte, „seit den Tagen des trojanischen Pferdes ist Holz zu einem so niederträchtigen Zweck benutzt worden. Denn wir wissen wohl, was Sie mit diesem Beschluß erreichen wollen!"

Bereits am 10. Januar rücken französisch-belgische Truppen ins Ruhrgebiet ab, am 11. Januar werden Essen und Gelsenkirchen von Franzosen besetzt; die Reichsregierung protestiert am 12. Januar durch Noten an Belgien und Frankreich gegen diese Gewaltherrschaft. Im Reichstag stellt sich zwar die Volksvertretung hinter die Regierung,

aber der Marxismus bereitet einen neuen Dolchstoß vor. Zwölf kommunistische Stimmen und 16 sozialdemokratische Stimmenthaltungen, die gegen den Widerstand fallen, zeigen Frankreich, daß die Landesverräter dienstbereit geblieben sind.

Am 10. Januar haben zugleich litauische Truppen bei Laugszargen die Grenze des Memelgebietes überschritten. Die französische Besatzung räumt vor ihnen die Stadt Memel und das deutsche Memelland fällt gegen den Willen seiner Bevölkerung in litauische Hände. An der Ruhr führen die Franzosen systematisch ihren Raub durch, besetzen Gruben und Werke, verhaften deutsche Beamte und Betriebsinhaber, darunter am 20. Januar Fritz Thyssen. Die Reichsregierung erläßt einen Befehl an die Beamten und Bahnangestellten, französischen Anordnungen den Gehorsam zu verweigern. Die Franzosen schieben darauf die deutschen Beamten und Bahnangestellten rücksichtslos ab, sperren das Ruhrgebiet und unterbrechen die Bahnlinie Frankfurt—Basel durch Besetzung von Offenburg und Appenweier. Durch brutalsten blutigsten Terror wird das Ruhrgebiet geknebelt, alle Zeitungen verboten und am 31. März auf deutsche Arbeiter der Kruppwerke in Essen geschossen, 13 Deutsche fallen.

Und wieder stößt der Marxismus dem deutschen Volke den Verräterdolch in den Rücken. Die nationalsozialistische Partei war bereits in Preußen verboten, nunmehr verbietet der marxistische Innenminister Severing auch die „Deutsch-Völkische Freiheitspartei" mit der Begründung: „weil sie nur eine Fortsetzung der verbotenen NSDAP. ist", und während der französische Terror im Ruhrgebiet immer grauenhafter wütet, fordert am 11. April der „Vorwärts" die Reichsregierung auf, mit Frankreich zu verhandeln.

Zu gleicher Zeit besetzen Separatisten rheinische Ortschaften, ihr Versuch, auch Trier in die Hand zu bekommen, scheitert am 19. Mai an dem Widerstand der nationalen Bevölkerung. Im Ruhrgebiet haben die Franzosen die deutsche Polizei abgeschoben; in Gelsenkirchen und Dortmund entwickeln sich unter dem Schutz der Franzosen kommunistische Unruhen, bei denen es zu schweren Zusammenstößen mit der deutschgesinnten Bevölkerung kommt. Da der „passive" Widerstand — mit dem Marxismus im Rücken — von vornherein nicht aussichtsreich war, organisierten Kämpfer der deutschen Freikorps einen „aktiven" Widerstand gegen die französische Besatzung;

durch Sprengung von Bahnen und Angriffen auf einzelne Teile der Besatzung versuchten sie den Franzosen Schwierigkeiten zu machen.

Albert Leo Schlageter, der schon in Oberschlesien gegen die Franzosen Widerstand geleistet hatte, wird am 9. Mai vom französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und am 26. Mai vom französischen Militär auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen.

Wie bewußt die Sozialdemokratie jeden nationalen Widerstand bekämpfte, zeigte ein Verbot der Thüringer Regierung gegen Nationalsozialisten, die daran gehindert wurden, sich ins Ruhrgebiet zu begeben; im Reichstage aber beschimpfte ein Sozialdemokrat offen den deutschen Helden Albert Leo Schlageter als Verbrecher.

Der auf dem Ruhrgebiet lastende Druck führt am 20. Juni zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahl auf eine halbe Million Menschen, am 4. Juni zur Beschlagnahme aller Kohlenvorräte im besetzten Gebiet. Zugleich zeigt der Prozeß gegen die „schwarzen" Separatisten Georg Fuchs, Machhaus und Kühles in München, daß klerikale katholische Gruppen zusammen mit den Franzosen auf Loslösung Bayerns vom Reich hinarbeiteten.

Am 11. August stellt die sozialdemokratische Partei einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Cuno, und am 12. August wird ein neues Kabinett Stresemann gebildet, in dem der Jude Hilferding — (wegen seines negerhaften Aussehens von seinen eigenen Genossen „Henrik Witboy" genannt) — Finanzminister wird. Überall setzen neue Streiks ein, die Katastrophe erfaßt die ganze deutsche Wirtschaft, im August beträgt der Wert eines Dollar 4,6 Millionen Mark.

Von Sachsen aus sabotiert zugleich eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung den weiteren Widerstand an der Ruhr. Auch sie erhebt die Beschuldigung, daß die Reichswehr in Verbindung mit rechtsradikalen Organisationen stehe. Ja, in ihrem Willen jeden nationalen Widerstand abzuwürgen, macht sie sich die Auffassungen zu eigen, die schon am 14. Mai 1923 der sozialdemokratische Abgeordnete Henkel im Reichstag ausgeführt hatte:

„In der vorigen Woche hat in Düsseldorf ein Prozeß vor einem französischen Kriegsgericht stattgefunden. Angeklagt war eine Anzahl von Leuten, die der Organisation Heinz angehören. Dieser Herr Heinz ist uns ja genügend bekannt aus seiner Tätigkeit in Oberschlesien, an der Ruhr usw. Die Leute, die vor dem französischen Gericht standen, hatten sich Sprengungen bei Kalkum, Kettwig und

im Stadtwald Essen zuschulden kommen lassen. Sie hatten mit 30 Kilo Dynamit versucht, eine Brücke in die Luft zu sprengen. Sie hatten von einem Tunnel aus eine Bombe auf den Zug Essen-Paris geworfen. Sie hatten zweifellos die größten Schandtaten (!) begangen. . . . Meine Damen und Herren! das sind ganz konkrete Angaben. Deshalb habe ich sie hier verlesen. Sie beweisen uns, daß die Vertreter dieser Mörder- und Verbrecherorganisation Heinz (!) aus Landsknechten besteht, die aus irgendwelchen Gründen, meist wohl aus Erwerbsgründen, in die Organisation hineingegangen sind, die, wie ich eben dargetan habe, auch einen Mord nicht scheuen. . . Und nun vor allen Dingen noch das ein. Von diesen Leuten, die aus irgendeinem Grunde in diesen Sumpf hineingekommen sind, die — das ist unsere sozialdemokratische Auffassung von jeher gewesen — nicht als Mörder, nicht als Verbrecher geboren sind, sondern die durch die sozialen Verhältnisse, unter denen sie gelebt haben, die durch den Krieg, den sie mitgemacht haben, die durch die Schulung, die sie unter dem Heinz genossen haben, zu solchen Verbrechern geworden sind — von diesen Leuten ist der eine zum Tode, der andere zu lebenslänglichem, wieder ein anderer zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit, einer zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden. . . . Gibt es noch andere solcher Verbrecherorganisationen? Dürfen die da an Ruhr und Rhein solche Sabotageakte ausüben? Man kannte doch zweifellos die Leute dort."

Ganz allgemein entfaltete sich im September aufs neue der marxistische Terror. Aber auch die nationalsozialistische Bewegung, die unter dem Eindruck der Unfähigkeit der Regierung und der Auflösung aller sittlichen Ordnung immer stärker zunahm, greift bereits in großen Kundgebungen an. Unter Beteiligung von über 100 000 Menschen fand am 2. September in Nürnberg ein „Deutscher Tag" statt, auf dem leidenschaftlich gegen die Kapitulationsabsichten der Reichsregierung gesprochen wurde. Der Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Kräften um die Regierung von Kahr in Bayern verschärft sich, die immer ungeduldiger die Schaffung einer bayrischen Monarchie und die Loslösung Bayerns vom Reich verlangen. Dazu entfalten die Separatisten, von Frankreich bezahlt, am 23. und 24. September, aufs neue ihre verbrecherische Tätigkeit in der Pfalz und im Rheinland; sie werden aber in Trier, Köln und Wiesbaden von der Bevölkerung zurückgewiesen. Am 26. Septem-

ber bricht Deutschland den passiven Widerstand an der Ruhr ab, der im ganzen 132 Getötete, daneben zahllose Verurteilungen, die Ausweisung von 150 000 Deutschen und einen Schaden von 4 Milliarden Goldmark mit sich gebracht hat, ohne daß ein Erfolg erzielt werden konnte. Die bayrische Regierung verhängt am gleichen Tage den Ausnahmezustand, wobei sie bekennt, daß auch sie dem Abbruch des Ruhrkampfes zugestimmt habe. Die Wogen der Erregung steigen aufs äußerste, in Düsseldorf werden deutsche Polizeibeamte von Separatisten ermordet; zum Schutz der Ostgrenze aufgestellte Arbeitskommandos unter Major Buchrucker in Küstrin versuchen einen nationalen Putsch, der durch Verhaftung Buchruckers fehlschlägt. In Thüringen stellen die Kommunisten proletarische Hundertschaften auf, in Sachsen treten sie in die Regierung ein; der sozialdemokratische Ministerpräsident Zeigner, dem später vielfache Schiebungen nachgewiesen werden, denunziert die Reichsregierung, indem er offen die Entente auffordert, der „Schwarzen Reichswehr" ein Ende zu machen. Auf diese schamlose marxistische Tat verlangt die Reichswehr eine Säuberung in Sachsen. Am 21. Oktober rücken Reichswehrtruppen in Sachsen ein.

Adolf Hitler klagt im „Völkischen Beobachter" die Kapitulationspolitik Stresemanns an. Darauf verlangt die Reichsregierung ein Verbot des „Völkischen Beobachters", das auszuführen der Kommandeur des Wehrkreises VII, General v. Lossow, sich weigert, wodurch es zu offenem Konflikt zwischen der Reichsregierung und Bayern kommt.

Im ganzen Rheinland setzt, als in Bayern unter nationalsozialistischem Druck und Antrieb sich deutscher Widerstand zu sammeln beginnt, sofort ein Vorstoß der Separatisten ein. Unter dem Schutz der französischen Besatzung in Koblenz, Bonn, Trier und Wiesbaden, unter dem Schutz der belgischen Besatzung in Aachen rufen die Separatisten die „Rheinische Republik" aus, wobei die deutschen Verteidiger von den Franzosen entwaffnet werden. In Hamburg tobt vom 22. bis 24. Oktober ein wüster Kommunistenaufruhr, in der Pfalz versuchen drei sozialdemokratische Führer, der frühere bayrische Ministerpräsident Hoffmann, Bürgermeister Kleefoot-Ludwigshafen und Rechtsanwalt Wagner aus Speyer im Einvernehmen mit dem französischen General de Metz, der eigentlich Levi heißt, die Pfalz von Bayern zu trennen. Der Kreistag der

Pfalz verweigert ihnen jedoch das Wort. In Sachsen wird von der Reichswehr die Regierung Zeigner abgesetzt — die neue sozialdemokratische Regierung unter Fellisch ist aber um kein Stück besser. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschließt den Austritt der Parteiminister aus der Reichsregierung.

Am 5. November brechen unter französischem Schutz separatistische Banden aus dem Rheinland in die Pfalz ein und besetzen bis zum 10. November die gesamte Pfalz trotz Widerstandes der deutschen Bevölkerung. Der Verbrecher Heinz-Orbis ruft am 12. die Pfälzische Republik im Verband der rheinischen Republik aus.

Deutschland steht in schwerster Gefahr, es ist von allen Seiten, von marxistischer und separatistischer, mit Auflösung bedroht; in Bayern droht die außerordentliche Gefahr, daß der stündlich sich zuspitzende Konflikt zwischen dem Reich und der Regierung von Kahr die Loslösung Bayerns vom Reich zur Folge haben kann. Immer deutlicher zeigt sich, daß gewisse einflußreiche Interessentengruppen um die Regierung v. Kahr nicht ein machtvolles, von Juden- und Schädlingsherrschaft befreites Deutschland, sondern die Wiederherstellung der Bayrischen Monarchie wünschen und verlangen. Adolf Hitler als deutscher Staatsmann sieht und erkennt die Notwendigkeit, die Führung bei der Auseinandersetzung mit der unter marxistischem Druck stehenden Reichsregierung zu übernehmen. Am 8. November abends bei einer Rede Kahrs erscheint Adolf Hitler im „Bürgerbräukeller" und proklamiert die nationale Revolution gegen die Berliner Judenregierung. Er erhält von Kahr, Lossow und Seißer die Zusage, daß sie zu ihm stehen wollen, wobei Kahr den Vorbehalt macht, daß er als Statthalter der Monarchie die Leitung der Staatsgeschäfte übernehme. Leider gelingt es Kahr und seinen Leuten, wieder Bewegungsfreiheit zu erlangen — sie brechen sofort die gegebene Zusage, mobilisieren die Polizei und ziehen Truppen nach München. Kahr gibt Hitlers Adjutant Siry gegenüber die freche Erklärung: „Mit Rebellen wird nicht verhandelt!" Als am 9. November Adolf Hitler und Ludendorff unter dem Jubel der Münchener Bevölkerung mit mehreren tausend Mann Nationalsozialisten durch München marschieren, schießt an der Feldherrnhalle auf Befehl Kahrs und Lossows die Reichswehr; 16 Nationalsozialisten fallen, Ludendorff geht durch den Feuerhagel hindurch und wird gefangen, Adolf Hitler rettet einen verwundeten Knaben und wird nach

zwei Tagen in Uffing verhaftet. Ein nationalsozialistischer Aufstandsversuch in Augsburg scheitert kurz darauf. Stresemann erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter". Dieser Aufruf fällt zusammen mit einem Besuch des französischen Botschafters bei Stresemann, bei dem der Franzose auf die Beunruhigung hinweist, die in Frankreich durch Gerüchte über politische Vorgänge in Deutschland entstanden sei.

Die nationalsozialistische Bewegung ist vorübergehend unter dem Jubel der Juden und Schwarzen zusammengeschlagen, die Judenpresse und alle marxistischen Volksfeinde triumphieren. Stresemann erreicht am 20. November das Geschick; die Sozialdemokratie entzieht ihm, den sie nicht mehr braucht, das Vertrauen. Er taucht aber schon am 23. November im neugebildeten Kabinett Marx als Außenminister wieder auf. Nun erst wird die Währung stabilisiert, eine neue Goldwährung mit stark deflatorischem Charakter beendigt den „Tanz der Billionen". Es tritt eine politische Beruhigung ein, Poincaré erklärt sich im Dezember zu Verhandlungen bereit, die Reparationskommission ernennt die Mitglieder der Sachverständigenausschüsse. Das Jahr 1923 endet mit einem Niederbruch der nationalsozialistischen Bewegung, deren Trümmer der getreue Rudolf Heß im stillen zu sammeln versteht, ehe auch er verhaftet wird.

*

Die Ereignisse des Jahres 1924.

Während der rheinische Separatismus bereits Ende 1923 durch innere Spaltungen und durch den heldenhaften Widerstand der treudeutschen Bevölkerung, die schon am 16. November 1923 am Aegidienberge im Siebengebirge eine tausend Mann starke Separatistenhorde vernichtet hatte, in sich zerfällt, wird durch Nationalsozialisten am 9. Januar 1924 der Präsident der separatistischen Pfalzregierung, der Pestträger Heinz-Orbis, im „Wittelsbacher Hof" in Speyer umgelegt. Die deutsche Bevölkerung stürmt am 12. Februar das Bezirksamt von Pirmasens, erschlägt die darin zusammengezogenen Separatisten oder wirft sie in die Flammen des brennenden Bezirksamtes. Überall erhebt sich die Bevölkerung gegen die Separatistenherrschaft, so daß am 16. Februar die letzten Separatisten aus der Pfalz abziehen und teilweise nach Frankreich flüchten.

Die Inflation hatte zugleich eine völlige Entwertung aller in Hypotheken, Anleihen und Grundschuldbriefen angelegten Sparvermögen gebracht. Hier wird nun durch die 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar eine Regelung getroffen, welche eine Aufwertung erst einmal auf 15 Prozent des Goldwertes vorsieht — damit werden 85 Prozent der bisherigen Belastungsgrenze zur Neubeleihung durch die internationale Hochfinanz frei, mithin begründet die Vernichtung des deutschen Sparvermögens zugleich eine Monopolstellung der großen Banken, die auf einen Schlag durch Inflation und 3. Steuernotverordnung ihren stärksten Konkurrenten, das ersparte Geld des kleinen Mannes, los werden. Für die Großfinanz eröffnet sich durch alle diese Maßnahmen ein neues ungeheuren Gewinn bringendes Geschäft.

Auch der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich wird nach Rücktritt des Generals v. Lossow und des Generalstaatskommissars von Kahr beigelegt — ein für das bayrische Volk sehr schädliches Konkordat mit der katholischen Kirche, das Bayern schwere Lasten auferlegt, ist das Ergebnis.

Vom 26. Februar bis 1. April findet in München der Prozeß gegen die nationalsozialistischen Führer statt. Adolf Hitler, Dr. Weber, Kriebel und Pöhner werden zu 5 Jahren Festungshaft, Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick zu 1 Jahr 3 Monat Festung verurteilt. In genialer Rede erklärt Adolf Hitler noch einmal die Gründe für sein Vorgehen, er wird aus dem Angeklagten zum Ankläger und der Hitler-Prozeß gewinnt der nationalsozialistischen Bewegung viele neue, wenn auch vorerst noch heimliche Freunde.

Im allgemeinen aber tritt eine Beruhigung ein, dazu wird der sogenannte Dawesplan am 9. April in der Form eines Sachverständigen-Gutachtens fertig, der feste Zahlungen vorsieht, die im ersten Jahr unter Zuhilfenahme einer Reparationsanleihe 1000 Millionen, im 2. Jahr 1220 Millionen, im 3. Jahr 1200 Millionen, im 4. Jahr 1750 Millionen, in den folgenden Normaljahren 2500 Millionen betragen sollen. Die Reparationskommission nimmt am 11. April dieses Sachverständigen-Gutachten an. Dr. Helfferich bezeichnet den Dawesplan als „Zweites Versailles“. Bei dem Eisenbahnunglück am 23. April in der Nähe von Bellinzona kommt er unter sehr verdächtigen Umständen ums Leben, denn er verbrannte bei lebendigem Leibe in seinem Zugabteil, aus dem er sich unerklärlicher-

weise — (vielleicht war der Wagen absichtlich fest verschlossen worden —?—) nicht befreien konnte.

Die Reichstagswahl am 4. März 1924 brachte ein starkes Ansteigen der Flügelparteien. Die Sozialdemokratie ging von 171 auf 100 Mandate zurück, die Deutsche Volkspartei von 66 auf 44, die Demokraten von 39 auf 28, dagegen stiegen die Deutschnationalen von 65 auf 96, die Deutsch-Völkischen von 3 auf 32, in ihren Stimmen waren auch die nationalsozialistischen Stimmen enthalten. Die Kommunisten nahmen von 17 auf 62 Mandate zu. Dieses Wahlergebnis steht an sich im Widerspruch zu der allgemein eingetretenen Beruhigung, jedoch bestätigt es die alte Erfahrung, daß sich bei Wahlen vielfach die Unzufriedenheit mit früheren Zuständen stärker widerspiegelt, als etwa eine eingetretene Wendung zum Besseren. Eine Masse von fast 40 Millionen Wählern ist mit den Mitteln parlamentarischer und propagandistischer Bearbeitung nur schwer beweglich und in ihren Entschlüssen klingen sehr oft die Zustände früherer Epochen viel stärker nach als die tatsächlichen Zustände zur Zeit der Wahl.

Das Kabinett Marx tritt zurück und wird neugebildet. Im Reichstag entwickelt sich über die Annahme des Dawesplanes nach langwierigen Verhandlungen in London (vom 5. bis zum 16. August) eine scharfe Debatte, nach der das Dawesgesetz angenommen wird. Bemerkenswert ist bei der Abstimmung über die Verpfändung der Eisenbahnen, daß entgegen der bisherigen Haltung der Partei 48 deutschnationale Abgeordnete mit „Ja" stimmen — die Namen dieser Abgeordneten sind bekannt und sollten nicht vergessen werden. . . .

Ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag wird vom Reichstag abgelehnt; die Dawesanleihe wird von den internationalen Banken aufgelegt, in Amerika durch Morgan, dem leider erst 1933 nachgewiesen werden kann, mit welchen Mitteln der Schiebung und Bestechung er damals gearbeitet hat. Die Banken übernehmen die Anleihe zum Kurse von 87 Prozent; da sie zu 92 verkauft wird, verdient die internationale Hochfinanz sogleich 5 Prozent.

Am 20. Oktober wird der Reichstag wieder aufgelöst und bei der Neuwahl am 7. Dezember wirkt sich nun die Wahlmüdigkeit des deutschen Volkes aus. Die SPD., die nach der Gründung des zum Schutze der Judenherrschaft am 22. Februar 1924 ins Leben gerufenen

Reichsbanners immer mehr zur Partei der Sklavenruhe und der Zuchthausordnung gegen das deutsche Volk wird, steigt noch einmal von 100 auf 131 Abgeordnete. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei nehmen zu, während die vereinigten Nationalsozialisten und Deutsch-Völkischen auf 14 Mandate (darunter 4 Nationalsozialisten) zurückgehen. Im preußischen Landtag vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung.

Ein vom 9. bis 23. Dezember stattfindender Prozeß des Reichspräsidenten Ebert führt zur richterlichen Feststellung, daß Ebert im strafrechtlichen Sinne durch Führung beim Munitionsarbeiterstreik 1918 Landesverrat begangen habe. Das Jahr geht still zu Ende. In Bayern gewährt die reaktionäre bayrische Regierung den wegen Beteiligung an der Münchener Räterepublik verurteilten Juden Mühsam, Fechenbach und Konsorten Bewährungsfrist. In Berlin platzt der ungeheure Barmatskandal. Es stellt sich heraus, daß die Juden Julius Barmat und seine Brüder mit Empfehlungen von Ebert und Otto Bauer nach Deutschland gekommen sind, hier einen schwindelhaften Konzern aufrichteten, die preußische Seehandlung sowie die Reichspostkasse aufs schwerste geschädigt haben und eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sowie deren Geldgeber gewesen sind.

*

Hier ist es jetzt geboten, einen knappen Überblick, der auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann, über die Zerstörung und Bolschewisierung des deutschen öffentlichen Lebens zu geben. Die politische Beruhigung nach den Stürmen des Jahres 1923 gab dem Judentum die Möglichkeit, seinem eigentlichen Ziele, der planmäßigen Auflösung der Grundlagen des deutschen Volkes, die bis dahin im Wesentlichen nur von unten her zerstört waren, näher zu kommen.

Zerstörung des Wehrwillens, konsequente Vernichtung des Staatsgedankens und seine Ersetzung durch Einführung des profitsüchtigen „Geschäftsgeists" in die Verwaltung, planmäßige Entsittlichung, planmäßige Überflutung Deutschlands mit primitiven, talmudistisch geschulten Ostjudenmassen — das waren die Mittel, die angewandt wurden.

*

Zerstörung des Wehrwillens.

Die Errichtung der Judenherrschaft ist nur dadurch möglich gewesen, daß das deutsche Volk seiner militärischen Widerstandskraft beraubt worden war, und sie war überhaupt nur gesichert, solange der Wehrwille des deutschen Volkes unterdrückt werden konnte. Soldatische Tugenden: Kameradschaft, persönliche Ehre, bereitwilliger Einsatz für die Gesamtheit können nicht materiell gewertet werden. Auf ihrer Grundlage konnte das deutsche Volk sich immer wieder in Gemeinschaften zusammenfinden, die unmaterialistisch und darum unzersetzbar sind, und daher mußte den Trägern der Judenherrschaft daran liegen, solche Gefahren ein für allemal auszuschließen. Soldatische Kameradschaft beruht aber auf dem Vertrauen von Führern und Geführten zueinander. Dieses Vertrauen galt es in erster Linie zu zerstören. Das deutsche Volk ist seiner Natur nach friedliebend. Es ist viel zu rechtlich denkend, um leichtfertig blutige Konflikte zu suchen. Wird es jedoch angegriffen und sieht es keinen anderen ehrenvollen Ausweg mehr, so setzt es sich mit einer gewissen schweren Wuchtigkeit zur Wehr. So sehr es Ordnung und Disziplin liebt, so gern es sich eingliedert — die Freude am Militärmarsch ist eine typisch deutsche Freude — so ernsthaft sucht es unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Die urnordische Achtung vor dem Leben steckt ihm tief im Blute. Diese schöne Eigenschaft wurde nun bewußt zur Vernichtung des Wehrwillens mißbraucht, es wurde versucht die Friedlichkeit des deutschen Volkes in landesverräterischen Pazifismus umzubiegen. Der Zerstörung jedes Vertrauensverhältnisses zwischen Führern und Geführten sollte eine mit den gemeinsten Lügen arbeitende Hetze gegen das Offizierkorps des Weltkrieges dienen. Bewußt wurde verschwiegen, wie ausgezeichnet das Verhältnis der alten Offiziere der Friedensarmee und des überwiegenden Teiles auch der späteren Offiziere zu ihrer Mannschaft war, einzelne Entartungen in den letzten Jahren des Krieges wurden in böswilliger Weise verallgemeinert, übertrieben und entstellt. Auf diese Weise entstand in Deutschland unter der Duldung, ja Förderung der „roten" und „schwarzen" Regierungen eine unvorstellbare Hetze gegen Heer und Wehrwillen. Deutschland wurde dasjenige Land, in dem die Begriffe Pazifismus und Landesverrat praktisch eins wurden.

Man glaubt heute kaum noch, was damals in Deutschland an gemeinster Beschimpfung einer tapferen Armee geschrieben und gedruckt werden konnte. Am 9. November 1920 gab der sozialdemokratische „Fürstenwalder Volksfreund“ folgende Kriegsschilderung: „Ferne von den Wahnsinnsschreien der Angst aber, die das Donnergrollen der Granaten durchschnitten, johlte eine saufende, hurende und fressende Offiziersmeute. Sie hohnlachte unser“. Diese schmutzige Beschimpfung wurde allerdings vom Schöffengericht Frankfurt a. d. O., wenn auch nur mit einer Geldstrafe geahndet. Der Pazifist Hello von Gerlach schrieb — er selber kein Jude, aber ein Judenknecht übelster Art —: „Meine Herren Franzosen! Ich verstehe die Stimmung, aus der heraus die Beschlüsse von Paris geboren sind. Sie wissen, daß unsere Regierenden Ihnen 1914 den Krieg aufgezwungen haben, daß sie entschlossen waren, Ihnen lieber Toul und Verdun abzuverlangen, ehe sie die Neutralität Frankreichs duldeten. Sie wissen, daß bei uns die mächtigsten Wirtschaftsverbände im Annexionswahnsinn gegen Frankreich schwelgten. Sie wissen, daß unsere Militärs durch die Deportation Ihrer Zivilbevölkerung, durch die planmäßige Verwüstung des Sommegebietes, durch die Zerstörung Ihrer Fabriken und Kohlengruben sich unsagbare Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, für die noch keiner zur Rechenschaft gezogen worden ist. Sie haben mit Ingrimm den Zustand Ihres verödeten Ostens und Nordens mit dem blühenden Rheinland verglichen. Sie leiden jetzt wirtschaftlich und finanziell mindestens so wie wir.“

Derselbe Hello v. Gerlach schrieb und besorgte damit die Geschäfte Frankreichs in der „Welt am Montag“ vom 2. Januar 1922: „Frankreich brauche keinen Pazifismus, weil ihm die Abneigung gegen den Krieg eine Selbstverständlichkeit sei. (!?) Auch der Weltkrieg sei Frankreich nur aufgezwungen worden, selbst wenn ihn Poincaré und ein paar andere Leute gern gesehen haben sollten. Nur aus Sorge vor einem neuen Kriege bestehe Frankreich auf seiner militärischen Sicherung!“

Eine besondere Gemeinheit leistete sich im Jahre 1922 die jüdische Pazifistin Steinitz, die in England in öffentlichen Vorträgen folgendes erklärte: „Ich danke den Alliierten für die Gabe des Versailler Friedens, einer der gesegnetsten Gaben, die Deutschland je empfangen hat, denn er verringerte das deutsche Heer auf 100 000 Mann.

Das einzige, was ich daran auszusetzen habe ist, daß er Deutschland überhaupt ein Heer beließ."

Bei einer Besprechung einer Wiederaufführung des Theaterstückes „Rosenmontag" schrieb der Jude Hans Siemsen (Simonsohn) in der „Freiheit", dem Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie: „Wenn Hartleben mit seiner Schilderung recht hat (und es ist anzunehmen, daß er recht hat, denn man merkt hinter manchem seiner Worte eine Art von Sympathie für diese Offiziere), wenn er recht hat, dann beweist dieses Stück, daß das preußische Offizierkorps vor dem Kriege die Kloake der Nation war, in der sich Dummheit, Brutalität und Unmoral zu einer Atmosphäre von wahrhaft teuflischem Gestank vereinigten. Diese Leute haben Begriffe von Ehre und Pflicht, die tief unter dem Niveau eines Hundes stehen. Man glaubt sich ins dichteste Mittelalter — nein, in die Zeit der Menschenaffen zurückversetzt. Und wenn wir zehnmal 250 Milliarden dafür bezahlen müßten, daß uns die Entente von der Herrschaft dieser Uniformbestien befreit hat, das wäre immer noch nicht zuviel."

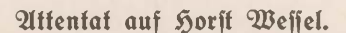
Hier spricht ein geradezu fanatischer Rassenhaß des Juden gegen das deutsche Volk. Mit vollem Recht betont darum auch Fritsch in seinem „Handbuch der Judenfrage", daß dieser ganze jüdische Pazifismus viel weniger einem ehrlichen Streben nach Frieden entspringt, als dem Streben nach Sicherung der Errungenschaften, die das Ende des Weltkrieges dem Judentum der ganzen Welt gebracht habe. „Wie sollte dieses Judentum," schrieb Fritsch, „das sich der gemeinsten und niederträchtigsten Mittel bediente, um unseren Gegnern den Sieg zu sichern, heute an der Haltung des Friedens nur eben um des Friedens willen ein Interesse haben! Nein, die jüdische Sehnsucht nach Frieden ist eine Sehnsucht nach den Errungenschaften des Krieges, denn der Machtzuwachs, der dem Judentum nach dem Weltkrieg in allen Ländern zuteil wurde, ist so groß, daß das Judentum nicht gern und freiwillig darauf verzichtet, sondern ihn vielmehr ausbauen und erweitern möchte."

Zu diesem Zweck wurde eine weit verbreitete Organisation lediglich zur Propaganda des Pazifismus, und zwar des bewußten und überlegten Landesverrates, gegründet. Die eigentliche Zentrale für diese Tätigkeit bildete die „Liga für Menschenrechte". Man wird sich hierbei erinnern, daß der Talmud schreibt: „Die Juden allein werden Menschen genannt, die Nichtjuden aber werden nicht Men-

schen, sondern Vieh genannt" (Baba bathra 114b, vgl. Jebamoth 61a, Kerithoth 6b, 7a). Die Führung dieser Liga bestand in diesem Sinne in Deutschland tatsächlich aus solchen „Menschen". In ihrem Vorstand saßen: der zu Unrecht zum Professor ernannte Jude und Beschimpfer der Weltkriegstoten Professor Gumbel, Dr. Oskar Cohn, der Finanzier der Novemberrevolte, Dr. Walther Levinthal, Lehmann-Rüßbüldt, Leopold Schwarzschild, Anna Siemsen, Dr. A. Kuczynski. In den politischen Beirat wurden gewählt: Holitscher, Finkelnburg, Karsen (Krakauer), Zimt, Löwenthal, Prof. Georg Bernhard, (der frühere Leiter der „Vossischen Zeitung"), und Kurt Tucholski. Weitere namhafte Mitglieder waren: Dr. Alfons Goldschmidt, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. Paul Levi (†), Erich Mühsam, Justizrat Werthauer. Hier war eine wirkliche Zentrale des Landesverrates organisiert. Tucholski sprach es offen aus: „Ich spreche hier mit dem vollen Bewußtsein dessen, was ich sage, aus, daß es kein Geheimnis der deutschen Wehrmacht gibt, das ich nicht, wenn es zur Erhaltung des Friedens notwendig erscheint, einer fremden Macht auslieferte. . . . Wir sind Landesverräter. Aber wir verraten einen Staat, den wir verneinen, zugunsten eines Landes das wir lieben, für den Frieden und für unser wirkliches Vaterland: Europa" („Weltbühne" Nr. 13, 27. März 1928).

Der Pazifist Küster unterstrich dann diesen Verrat noch, indem er im Dezember 1927 in Leipzig erklärte: „Landesverräter zu sein ist heute keine Schande mehr! Ich habe die Ehre, mich Ihnen als Schwerverbrecher vorzustellen, nämlich als Hochverräter und dreifacher Landesverräter. Obwohl gegen mich drei Landesverratsverfahren angestrengt worden sind, wird es für mich und meine Gesinnungsgenossen keine andere Parole geben als weiter machen!"

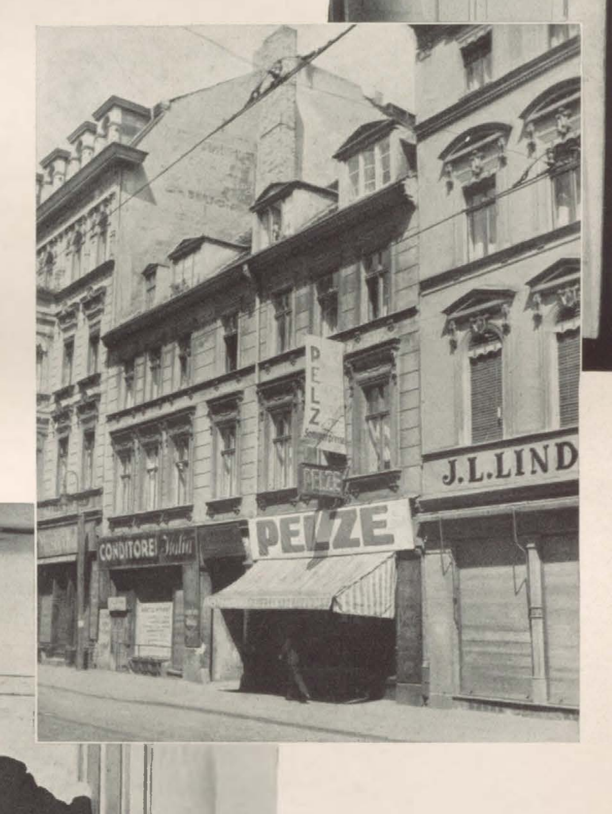
Ganz offiziell hat die sozialdemokratische Partei den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge sabotiert. Auf dem Internationalen sozialdemokratischen Kongreß in Hamburg im Herbst 1923 hat sie ausdrücklich die Kriegsschuldlüge anerkannt. Diese gab ja dem internationalen Judentum die moralische Möglichkeit, das deutsche Volk auszuräubern. Dieser Skandal darf nicht vergessen werden, wenn auch Gott sei Dank, die Sozialdemokratie verboten ist. Es muß festgestellt werden, bis zu welchem Grad menschlicher Verkommenheit eine jüdische Lehre deutsche Menschen bringen konnte. Der amerikanische „Milwaukee-Leader" vom 22. September 1923 be-



Attentat auf Horst Wessel.

Die Zeugin des Attentats auf Horst Wessel, Klara Rehfeld, erklärt, wie der Mord geschah ...

Das Haus in der Großen Frankfurter Straße, in dem Horst Wessel lebte. Hinter dem Fenster der Mansarde, rechts, ereignete sich das Verbrechen an dem nationalsozialistisch. Revolutionär.



Der schmale Korridorgang zum Zimmer Horst Wessels.



Einst: Der Jude Isidor Weiß läßt das nationalsozialistische Gaubüro in der Hedemannstraße schließen

richtet über den Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg, Herbst 1923: „Der amerikanische Arbeiterführer und Kongreßpräsident Victor L. Berger hat als Delegierter den Standpunkt vertreten: „Der Schuldanteil der alten deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges erscheint, verglichen mit der Schuld der anderen Mächte, als eine „quantité négligeable". . . . Nach den Veröffentlichungen der Sowjetregierung ist es eine Nichtswürdigkeit, wenn man an der Alleinschuld Deutschlands festhält." — Berger hat auch das deutsche Volk von der ihm zudiktierten Strafe, von Reparationsverpflichtungen ohne Grenzen und ohne Ende, d. h. von der Verpflichtung zu dauernder Sklavenarbeit und zu einem dauernden Verzicht auf Lebensfreude und die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse befreien wollen und den Antrag gestellt:

„Alle Reparationsverpflichtungen sind unter die am Kriege beteiligt gewesenen Nationen zu verteilen, im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl und ökonomischen Stärke oder im Verhältnis der von ihnen verwandten Soldaten und Kanonen!"

Dieser Antrag hatte ein merkwürdiges Schicksal. Der Belgier Vandervelde, der als Ministerpräsident den Vertrag von Versailles mit unterzeichnet hatte, hat sich, nach Berger, „vor Zorn wie rasend gebärdet". Die Franzosen haben französischer Gewalttaten, insbesondere des Endes ihres großen Landsmannes Jean Jaurès gedacht. „Wird ein derartiger Antrag angenommen, so können wir erwarten, daß man uns beim Betreten unseres Landes niederstößt." Die Engländer haben wenig gesagt, aber aufmerksam zugehört. Die Erklärung der deutschen Sozialdemokraten aber hat gelautet: „Ein solcher Antrag würde auch der deutschen sozialdemokratischen Partei schädlich sein. Die Partei hat die deutsche Schuld am Kriege und die Verpflichtung, Reparationen zu leisten, im Prinzip angenommen." Nach dieser Erklärung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie hat Berger seinen Antrag fallen lassen, es hat ihn auch kein anderer wiederaufgenommen."

Der „Vorwärts" vom 24. Juli 1924 schrieb: „. . . Wir deutschen Sozialdemokraten verstehen die Enttäuschung, die wir vielen von Euch, Genossen der vormals feindlichen Länder, bereiteten, wir verstehen Eure Erbitterung. Ihr saht nur das kaiserliche Deutschland, das in Euren Augen wie ein toller Hund über die Welt herfiel, Ihr

sahk nur den deutschen Militarismus, der auf fremdem Boden wütete, wie ein wildes Tier . . ." —

— — — Es ist diesen Kreisen kein Mittel zu schlecht gewesen, das deutsche Volk vor der Welt herabzusetzen, ihm den Widerstandswillen auszutreiben, ihm Ehre, Kameradschaft, Volkstum zu zerstören. Als die nationalsozialistische Bewegung einen starken und tapferen Geist der Vaterlandsliebe wiedererweckte, da wurde in Berlin nach dem Roman von Erich Maria Remarque der Film „Im Westen nichts Neues" gegeben. Dieser Film bemühte sich, die soldatische Haltung des Volkes im Weltkriege verächtlich zu machen. Mit zynischer Überlegung wurden alle niedrigen und minderwertigen Instinkte bewußt herausgestellt, der Krieg lediglich als eine sinnlose Schlächterei, die Soldaten als zur Schlachtbank getriebene hilflose Menschen und die Vorgesetzten als Schinder dargestellt. In wuchtigen Demonstrationen wehrte sich die nationalsozialistische Bewegung gegen diesen Schmutzfilm — darauf ließ der Polizeipräsident Bernhard Weiß mehrere Tausendschaften der Schutzpolizei zur Sicherung der Aufführung dieses rasseschänderischen Films aufmarschieren. Mit dem Gummiknüppel wurde die deutschgesinnte Jugend zusammengedroschen; trotzdem war der Protest so stark, daß der üble Film nur noch in geschlossenen Veranstaltungen gezeigt werden konnte.

Die nationalsozialistische Revolution hat diese organisierte Zerstörung der deutschen Wehrhaftigkeit und Ehre unmöglich gemacht. Die eigentlichen Träger dieser Propaganda, die sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die deutsche „Friedensgesellschaft", die „Frauenliga für Frieden und Freiheit" und die „Liga für Menschenrechte" sind mit Recht verboten. Das war um so nötiger, als von diesen Gruppen bewußt Kriegsdienstverweigerung, ja sogar Sabotage der Landesverteidigung getrieben wurde, um auf diese Weise die jüdische Herrschaft über das ihr unterworfene deutsche Volk durch Erhaltung seiner Wehrlosigkeit aufrechtzuerhalten. Schon im Jahre 1927 hatte Tucholski in der „Weltbühne" geschrieben: „Daß niemand gezwungen werden kann, einer Einberufungsorder zu folgen, — daß also zunächst einmal die selige Zwangsvorstellung auszurotten ist, die den Menschen glauben macht, er müsse, müsse, müsse traben, wenn es bläst. Man muß gar nicht. Denn dies ist eine simple, eine primitive, eine einfache Wahrheit: Man kann nämlich auch zu Hause bleiben. . . . Und man kann nicht nur

zu Hause bleiben. Wie weit zu sabotieren ist, steht in der Entscheidung der Gruppe, des Augenblicks, der Konstellation, das erörtert man nicht theoretisch. Aber das Recht zum Kampf, das Recht zur Sabotage gegen den infamsten Mord: den erzwungenen — das steht außer Zweifel."

Hiermit war tatsächlich eine gewissenlose Lebensbedrohung der Nation selbst gegeben, denn bei der an sich schon bestehenden Wehrlosigkeit muß das Vorhandensein einer derartigen Propaganda zum sofortigen praktischen Niederbruch der Verteidigung im Kriegsfalle führen. Die Judenherrschaft gipfelte damit in der bewußten Arbeit zur Vorbereitung der Ausrottung des deutschen Volkes, der Rassekampf gegen den nordischen Menschen ging damit seiner endgültigen Krönung entgegen. Kein selbstbewußtes Volk und kein ernsthafter Mensch in der Welt kann der nationalsozialistischen Revolution verdenken, daß sie ein für allemal und mit aller Energie die Fortsetzung solcher Zusammenbruchspropaganda unmöglich gemacht hat. Die bloße Duldung dieser Dinge aber belastet sämtliche Parteien und alle Regierungen der Weimarer Republik zur Genüge, um ihre unverzeihliche Schuld vor der deutschen Nation festzustellen und sie unbarmherzig zu ahnden. Hätten sie weiter nichts Schlimmeres verbrochen, als diese Propaganda zu dulden, so reicht dies bereits völlig aus, um die politische Vernichtung und die strengste Bestrafung aller Schuldigen in vollem Maße zu rechtfertigen.

Aber sie haben mehr getan, mehr geduldet und Schlimmeres verbrochen.

*

14 Jahre Herrschaft der Korruption.

Schiebertum und Bestechlichkeit im öffentlichen Leben, Schmiergelderwesen und Profitmacherei auf Kosten des Volkes hatten bereits in den Kriegsgesellschaften geherrscht. Ihre ersten Ursprünge gehen unzweifelhaft zurück auf die Zeiten des Hofjudentums, finden sich wieder in der Rothschildepoche nach 1814 und in der Gründerzeit nach 1870/71. Mit dem Augenblick der Aufrichtung der Judenherrschaft im November 1918 eroberte der Geist der Korruption das gesamte Staats- und Verwaltungswesen. Der materialistische Geist beherrschte Stadt und Land. Die programmgemäß materialistische, jüdisch geführte sozialdemokratische Partei war politisch ausschlaggebend ge-

worden, so daß jederzeit ein etwa auftauchender Widerstand gegen die Unsauberkeit im öffentlichen Leben, der sich etwa aus den Reihen der anständigen deutschen Beamtenschaft erhob, auf Geheiß der sozialdemokratischen Bonzen gebrochen werden konnte.

Hatte der jüdische Geist des Profitmachens ohne Rücksicht auf die Sicherung von Existenz und Nahrung der anderen die Wirtschaft erobert, und hatte der Marxismus aus demselben Geiste das materialistische proletarische Klasseninteresse dem ebenso rein materialistischen kapitalistischen Profitinteresse entgegengesetzt, so war doch der Staat immer noch etwas Objektives gewesen, eine Einrichtung, die der Gesamtheit und nicht der Bereicherung einzelner Volksgruppen dienen durfte. Hiermit wurde nun gebrochen; der neue Staat, als jüdische Schöpfung, proklamierte den demokratischen Grundsatz, daß dem Sieger die Beute gehöre, daß die „siegreichen" republikanischen Parteien die Posten nicht nur unter sich verteilten, sondern auch, daß sie bedenkenlos ihren Geschäftsfreunden und Geldmännern Vorteile auf Kosten des Staates zuwendeten. Es entstand die in einem ordentlichen Staat völlig unmögliche Verbindung zwischen Funktionären des Staates und der Geschäftswelt. Die Geldgebergruppen, welche die Parteien finanzierten, nahmen damit Einfluß auf die Politik, auf die Ämterbesetzung, auf die öffentliche Auftragserteilung. Der Staat, der nach germanischem Empfinden zum Schutz und zur Erhaltung der Nation bestimmt ist, wurde damit zum Geschäftsunternehmen. Der „Rattenkönig" der Schiebungen und der Korruption begann, in den Juden wie Nichtjuden verwickelt wurden, der die letzten sittlichen Grundlagen des Staatswesens und der Verwaltung bedrohte und nichts gelten ließ, als Cliquen interessierter Finanz- und Geldgruppen, die ihre „Beauftragten" in den Regierungsämtern unterbrachten, mit deren Hilfe sie durch gemeinen Betrug als Schmarotzer am Volke auf Gedeih und Verderb daraufloswirtschafteten. Auch hier ist deutlich der zurückgelegte Weg zu erkennen: von der geistigen Verjudung der Wirtschaft über die Verjudung der halbstaatlichen Kriegswirtschaft zur Verjudung und Korruptionierung des Staatswesens selbst.

Judenherrschaft und sittlicher Verfall gehören zueinander. Das klassische Altertum hat bereits jene Zersetzungserscheinungen wohl gekannt, die stets mit einer Demokratie, einer Herrschaft der vom Geldsack gegängelten unverantwortlichen Masse verbunden ist und

die stets unter den Einfluß der anwesenden Juden in dem betreffenden Lande gerät. Der römische Schriftsteller Gajus Sallustius Crispus schreibt im Jahre 86 v. Chr. über die Zustände des sich demokratisierenden Roms: „Die Gier nach Ämtern und Würden hat alles entsittlicht. Die Habgier verseucht die Würde und den Adel der Gesinnung und verdirbt überhaupt den ganzen Charakter des Menschen. Sie macht ihn brutal, rücksichtslos, schlecht und käuflich. Das Jagen nach Ämtern führt zur Unaufrichtigkeit und zur Heuchelei. . . . So sind die Zustände, die allmählich über uns gekommen sind. Was früher allgemein mißbilligt und verachtet war, ist jetzt wie eine seuchenartige Krankheit zu einem allgemeinen Übel geworden und droht das ganze Staatswesen zu untergraben. Solange der Ehrgeiz und nicht zugleich auch die Habgier die herrschende Leidenschaft war, konnte man wenigstens noch sagen, daß dieser Fehler durch etwas Tugend gemildert wurde, denn die Sucht nach Ehre ist immerhin verzeihlich. Aber die nackte Sucht nach Geld kann vor keinem Richterstuhl der Moral bestehen. Wie ein böses Gift durchdringt sie das Volk, erniedrigt und verweichlicht es, und sie findet außerdem weder im Überfluß noch im Mangel eine Grenze."

Genau das gleiche Bild entwickelte sich in Deutschland, beginnend mit der Rucksackrevolte von 1918, wachsend mit der Beruhigung im Jahre 1924, mit dem steigenden Zustrom der fremden Anleihen und dem Gefühl der Sicherheit im Lager der Novemberparteien und ihrer jüdischen Hintermänner.

Triumphierend hatte Julius Deutsch, Jude und Kriegsminister Österreichs, bereits im Dezemberheft der Zeitschrift „Kampf" im Jahre 1918 geschrieben: „In Deutschland, in Österreich, in Ungarn — Revolution, Republik. Was, seit wir denken können, wir glühenden Herzens erträumt und ersehnt haben, ist Wirklichkeit geworden. Jetzt sind wir Juden ganz oben, jetzt sind wir die Herren. Unsere glühenden Träume sind erfüllt."

Der Betrug am Volksgut, das Bestechungsunwesen, die Schiebung — alles, was in den Kriegsgesellschaften bereits entwickelt war, konnte nach Einrichtung der Judenherrschaft sich nun voll austoben. Die Sozialdemokratie, deren Parteileute alle politischen Posten stürmten, wurde in kürzester Zeit zu einer wahren Müllgrube des Verbrechens. Mit Entsetzen standen die deutschen Arbeiter, die so lange dieser Partei den Aufstieg ermöglicht hatten, vor der völligen

„Verbonzung", vor dem Übermaß an Bestechlichkeit, Unsauberkeit und Arbeiterverrat, welche diese Partei entwickelte. Der kraß materialistische Geist, den sie allein bei sich duldete, mußte mit Notwendigkeit dazu führen, daß die Führer dieser Partei, sobald die soziale Frage für sie gelöst war, überhaupt jeden Kampf um ihre Lösung aufgaben und sich „im Kapitalismus häuslich einrichteten". Wie dieses „Einrichten" bereits in den ersten Jahren aussah, zeigt eine ausgezeichnete Zusammenstellung von Alfred Miller in seinem kleinen Werk „Demokratie und Korruption" aus dem Jahre 1928:

„Der Regierungsrat und zugleich sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bendiner (Jude, d. Verf.), der das besondere Vertrauen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun genoß, wurde 1922 zu 6 Monaten Gefängnis und 35 000 Mk. Geldstrafe wegen Preiswuchers, Kettenhandels und unlauteren Machenschaften verurteilt. Er war auch Vorsitzender der Pressekommission des „Vorwärts".

Gegen den Willen der Kreistagsmehrheit wurde dem Kreis Rügen der sozialdemokratische Landrat Milenz aufgezwungen. Dieser Genosse Milenz hat eigenmächtig dem Kreiskommunal-Verband Rügen gehörige Gelder in der Höhe von 30 000 Mk. verteilt und sich dabei 2000 Mk. in die Tasche gesteckt. Und das, ohne den Kreisausschuß und den Kreistag zu fragen. Der Landrat blieb im Amte, obwohl ihm alles gerichtlich bescheinigt wurde.

Der sozialdemokratische Stadtrat in Kassel, Mitglied des preußischen Staatsrates und Kommunallandtags Christian Wittrock, ein Freund und Mitarbeiter Scheidemanns, wurde Ende Juni 1924 zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er in zwei Fällen des wissentlichen Meineides überführt wurde. Er wurde aber bald darauf begnadigt!

Im Februar 1922 wurde der beim preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung beschäftigte Jude Dr. Schwarz zum Regierungsrat beim Reichssicherheitskommissar ernannt. Ein gegen diesen Dr. Schwarz wegen ungehöriger Ausnutzung der Amtsbefugnisse auf Anordnung des damaligen Ministerpräsidenten Stegerwald angeordnetes Untersuchungsverfahren wurde niedergeschlagen, da Dr. Schwarz Intimus des bekannten jüdischen Großindustriellen Strauß (des Sozius von Otto Wolff. . . . . !!!, d. Verf.) war, der bekanntlich auch die „Kölnische Volkszeitung" des Zentrums mit Geldern unterstützte.

Das waren nur die kleinen Schieber und Betrüger in öffentlichen Ämtern. Welchen Umfang aber die Zerstörung der Beamtenschaft durch die Judenherrschaft angenommen hatte, zeigt folgende zahlenmäßige Zusammenstellung: In den drei letzten Jahren des Kaiserreiches kam von 3000 Beamten nur ein einziger Beamter wegen Vergehens im Amte vor den Richter oder vor die Disziplinarbehörde. In den Jahren 1921 bis 1924 aber waren es bereits 31 — die Zahl der ungetreuen Beamten hatte sich also verzehnfacht! Noch in der Zeit der alles überwuchernden Zersetzung durch die Kriegsgesellschaften hatten die Verluste durch veruntreute Gelder der öffentlichen Verwaltung sich in immerhin mäßigen Grenzen gehalten, in den beiden Jahren 1912 und 1913 vor dem Kriege hatten sie sogar nur 2,5 Pfennig auf den Kopf der Beamtenschaft betragen, nunmehr unter der alles auflösenden Judenherrschaft stiegen die Verluste durch Korruption auf 65 Mark auf den Kopf der Beamtenschaft in den Jahren 1923/24. Hatten vor dem Kriege die höheren Beamten nur einen Prozentsatz von 0,09 zur Zahl der wegen Amtsvergehen Bestraften gestellt, so betrug der Hundertsatz in den Jahren 1923/24 bereits 12,7 Prozent, d. h. die Masse der hineingeschobenen Parteibuchleute der Niederbruchsparteien und der Juden erhöhte die Zahl der verbrecherischen Elemente um das Zehnfache. Die Tatsache der jahrtausendelangen Verbindung von Judentum und Verbrechertum wirkte sich aufs neue aus. Es bewahrheitete sich furchtbar am Weimarer Staate die Wahrheit des Nietzsche-Wortes:

„Es gibt kein härteres Unglück in allem Menschenschicksale, als wenn die Mächtigen der Erde nicht auch die ersten Menschen sind. Da wird alles falsch und ungeheuer. Und wenn sie gar die letzten sind und mehr Vieh als Mensch; da steigt und steigt der Pöbel im Preise, und endlich spricht gar die Pöbel-Tugend: Siehe, ich bin allein die Tugend!"

Unter denen, die Deutschland von 1918 bis 1933 regierten, waren all zu viele „mehr Vieh als Mensch" — sie gingen in der Zerstörung aller sittlichen Grundlagen voran. Schon 1925 schrieb die französische Zeitung „Echo de Paris": „Das Weimarer Regime verfällt immer mehr der allgemeinen Verachtung; das ist die wahre Bedeutung der Skandale, in die sich die führenden Männer verwickelt haben."

In Schwanenwerder praßten die sozialdemokratischen Führer bei dem russischen Juden und Schieber Parvus-Helphant, der zeit-

weilig auch die sozialdemokratische Presse finanzierte; der Jude Sklarz wurde nach der Errichtung der Judenherrschaft Lieferant der Ordnungstruppen und verdiente ungeheure Summen. . .

Aus Litauen kam Iwan Kutisker mittellos im Jahre 1919 nach Deutschland, gründete einen Schwindel-Konzern und verstand es, von der Preußischen Seehandlung einen Kredit von etwa 20 Millionen Goldmark in einer Zeit zu erhalten, in der für alte reelle deutsche Firmen kein Pfennig Kredit zu haben war. Als die Angelegenheit näher untersucht wurde, zeigte sich, daß Iwan und sein Bruder Alexander Kutisker sehr nahe Verbindung zu dem sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt gehabt hatten. Anwalt Kutiskers aber war vor allem der „Gigant der Korruption" Justizrat Werthauer, der genau wußte und Vorteil davon hatte, daß der Verbrecher Kutisker die erschwindelten Gelder der Staatsbank weiterverlieh und dabei Tageszinsen von 22 Prozent nahm, und der alles nur Erdenkliche tat, um die Strafverfolgung zu erschweren. Der gerichtliche Handelssachverständige Dr. Baer hatte über den Wucher Kutiskers in einem Falle gutachtlich geäußert: „Die Handlungsweise des Beschuldigten stellt sich als Wucher schlimmster Art dar. Die Verwerflichkeit solchen Tuns ist umso größer, als bei Anwendung solchen Systems mit Sicherheit der Ruin des Schuldners in kürzester Frist vorhergesehen werden mußte, während der Gläubiger, auf Kosten des Schuldners und getrieben von seiner Habsucht, sich in ebenso kurzer Frist bereichert. Es kommt hinzu, daß der Beschuldigte ein aus dem Osten mit schlechten Handelsgepflogenheiten eingewanderter Mann ist, der nach Angabe des Anzeigers mit kaum nennenswerten Mitteln in kurzer Zeit es zu einem Vermögen gebracht hat, welches ihm ermöglichte, hinter dem Decknamen des stolzen adligen Namens seiner Bankfirma (Bank E. von Stein, d. Verf.) den gefährlichen Wucher zu treiben. . . ."

Baer regte damals an, Kutisker zu verhaften. Er wurde aber auf Betreiben des „Justizunrates" Werthauer nicht verhaftet — und die Berliner Handelskammer erklärte, die Wucherzinsen seien in Ordnung gewesen und forderte von dem betr. Landgerichtspräsidenten, den Sachverständigen Baer von der Liste der Sachverständigen zu streichen. . . . Als endlich wegen anderer Betrügereien Kutisker doch verhaftet wurde, schrieb der Sachverständige Baer an das Landgericht Berlin unter dem 30. Dezember 1924:

„Hätte man meiner Anregung vom Februar 1924 Folge gegeben, so wäre dadurch unmittelbar viel Unheil von einem Teil der Bevölkerung abgewendet worden und der Schaden, welchen die Staatsbank inzwischen erlitten hat, zu verhüten gewesen. Als Protest gegen die dem öffentlichen Wohle nachteilig gewesene Verkennung meines Standpunktes lege ich mein Amt nieder."

Über das merkwürdige Verfahren der Handelskammer Berlin unter seinem Eid vernommen, leistete der Staatssekretär Dr. Oskar Meyer, Erster Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer, Abgeordneter der Staatspartei und Jude, einen Meineid.

Hier muß mit tiefem Dank und dem Ausdruck der größten menschliche Hochachtung eines Kämpfers gegen diese grauenhafte Korruption Erwähnung getan werden — des alten Bücherrevisors Lachmann. Lachmann untersuchte eingehend die Geschäfte Kutiskers und klärte beim Prozeß ohne Rücksicht auf die hochgestellten Hintermänner den ganzen Rattenkönig von Schiebung und Bestechung auf. Darauf ließ der gleichfalls bestechliche und meineidige Staatssekretär Weismann dem alten Bücherrevisor seine amtliche Bestallung durch die Berliner Handelskammer (Vorsitzender: Bankier v. Mendelssohn) entziehen, ein unendlich verlogener Prozeß wegen „Erpressung" wurde gegen Lachmann angestrengt, Justizrat Werthauer bemühte sich, ihn für geisteskrank erklären zu lassen, aber Lachmann gab nicht nach, immer wieder beschuldigte er Weismann und Werthauer ihrer Verbrechen. Heute sind die beiden Schädlinge ins Ausland geflüchtet, Weismann hat sich nach Lugano, Werthauer nach Locarno zurückgezogen, um der verdienten Strafe zu entgehen. In jahrelangem Kampfe hatte der alte Bücherrevisor unter Preisgabe seines bißchen Vermögens als ein wahrer „Michael Kohlhaas" des Rechtes die hochgestellten Hintermänner und Hehler Kutiskers entlarvt.

Dieser alte Bücherrevisor Lachmann ist Jude — und es ist eine Pflicht der menschlichen Dankbarkeit des deutschen Volkes, anzuerkennen, daß hier einmal ein Jude gegen die bösartige Auflösung von Recht und Sittlichkeit in unserem Volke unter schwersten persönlichen Opfern Front gemacht und den Drachen der Korruption verwundet und gelähmt hat. Das sollte man ihm nie vergessen!

Diejenigen Juden aber, die durch die nationalsozialistische Revolution aus Amt und Würden gebracht sind, sollten sich fragen, warum sie nicht den schlichten Kampf ums Recht ihres alten Volksgenossen

mitgekämpft haben, warum sie ihn totschwiegen und warum sie seinen Kampf nicht zu dem ihren gemacht haben. Wenn sie sich diese Frage wahrheitsgemäß beantworten, werden sie wissen, warum das deutsche Volk ihnen einen Tritt versetzt hat. Gegen ein Judentum, in dem die Lachmanns überwogen hätten, würde es nirgends in der Welt eine judenfeindliche Bewegung geben — jedes Volk würde es sich zur Ehre anrechnen, solche Menschen unter sich zu haben; gegen ein Judentum, das von Joseph in Ägypten bis Kutisker in Berlin an der Not anderer Menschen gewissenlos verdient und dessen Angehörige sich gegenseitig decken, das ein Zersetzervolk geworden ist, wird es überall einen verzweifelten Kampf der Völker der nordischen Hochkultur geben.

Hinter Kutisker stand die herrschende Schicht der Weimarer Republik und hinter den Barmats stand sie erst recht! Die Brüder Barmat waren gleichfalls früher aus Rußland nach Holland gekommen; in Amsterdam betrieb Judko Barmat bei Beginn des Krieges einen kleinen Ramschladen. Dann witterte er Konjunktur. Am Hunger Deutschlands ließ sich gut verdienen. Er lieferte für die Kriegsgesellschaften Lebensmittel in immer größeren Mengen. Nach dem Kriege blühte erst richtig sein Geschäft. Der Staat, die Gemeinden, die Organe der Zwangswirtschaft waren seine Abnehmer. Barmat verdiente ungeheuer. Er hamsterte Devisen, und als die Deflation kam, kaufte er mit den flüssigen Mitteln Betriebe zusammen, verlieh Geld an notleidend gewordene Unternehmungen und schnürte den Schuldnern die Kehle zu. Auf diese Weise erwarb Barmat 10 Banken und mehr als 40 große Betriebe, die er zu einem Barmat-Konzern zusammenschloß.

Die Sozialdemokratie war sein eigentlicher Rückhalt. Wels, Bauer, Hermann Müller, Polizeipräsident Richter — die ganze maßgebende Führung der SPD. schlemmte in seiner Villa auf Schwanenwerder. Ebert und sein Privatsekretär, Ministerialrat Krüger, Heilmann, der Fraktionsführer der Sozialdemokratie im preußischen Landtag, besorgten Barmat und seiner Mischpoche Dauervisa zur Überschreitung der deutschen Grenzen. Als die öffentliche Meinung bereits die Schiebungen Barmats angriff, gab Heilmann im „Vorwärts" folgende freche Erklärung ab: „Ich bin seit vielen Jahren mit Julius Barmat eng befreundet und gedenke diese Freundschaft — — — — fortzusetzen. Diese Freundschaft ist schon

im Jahre 1920 in der Berliner Presse ausführlich erörtert worden. . . Ich gehöre einer großen Zahl von Aufsichtsräten an, teils Gesellschaften von öffentlichem Interesse, teils Gesellschaften des Barmat-Konzerns. Was meine Aufsichtsratsstellungen im Barmat-Konzern anbetrifft, so waren sie mir aus Freundschaft angeboten und sind von mir aus Freundschaft angenommen worden. Aufsichtsratstantiemen oder sonstige Vorteile materieller Art habe ich bisher daraus nicht gezogen."

Dabei hatte Heilman allerlei „Freundschaftsgeschenke" von Barmat erhalten! Er war nicht der einzige, den die Barmatsonne beschien. Der Polizeipräsident Richter erhielt ein Konto von Barmat und machte auf seine Kosten Vergnügungsreisen, der Ministerpräsident Hirsch gab zu, von Barmat 50 000 Mark für „wohltätige Zwecke" erhalten zu haben. Sie haben ihm wohlgetan. Der Reichskanzler Bauer von der SPD. bekam von Barmat sogar seidene Schlafanzüge und goldene Zahnstocher. Er wurde vollkommen zu Barmats Leibeunuchen. Barmat schrieb an diesen „Arbeiterführer":

„Wir legen einen Auszug aus Ihrer Rechnung bei, aus dem Sie zu ersehen belieben, daß Sie noch 1207,66 Dollar und 1 915 700 Mark zu bekommen haben. Dagegen haben Sie 910 holländische Gulden zu viel bekommen, so daß Sie im ganzen 830,31 Dollar und 1 915 000 Mark zu bekommen haben. Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Brief vom 12. September aussprechen, sind absolut unbegründet. Ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres heutigen Briefes, wie Sie aus dem Auszug ersehen können. Die ¼-proz. Umsatzprovision ist seit dem 1. April durch 300 hfl. monatlich ersetzt worden, so daß sie nicht mehr in Betracht kommt. Zinsen für die Beschaffung des Sechs-Milliarden-Kredits haben Sie nicht zu beanspruchen, da Ihnen dafür etwa 2000 Dollar gezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie ja selbst wissen, für Sie Devisen zu kaufen, nachdem Sie Ihre Devisen im Juni haben verkaufen lassen. Wir wollen ganz davon schweigen, welche kolossalen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentischen Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch unerwähnt lassen, die tausend holländischen Gulden, die Sie von Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben und die vielen hundert Gulden, die Herr Barmat Ihnen seinerzeit in Holland ohne jeden Grund gegeben hat, auch die vielen hunderttausend Mark, die Ihnen Herr Barmat seinerzeit gab, als

die Mark noch sehr viel Wert war, und die sechshundert Demag-Aktien, die Ihnen franko überlassen wurden, wollen wir jetzt nicht in Rechnung stellen. Wir erinnern Sie an all dies nur, damit Sie sehen, was Sie von Herrn Barmat bekommen haben und was Herr Barmat Ihnen zu verdanken hat."

Im übrigen hatte Bauer auch noch 57 000 Gold-Mark von Barmat bekommen — als Gegenleistung erhielt Barmat das Monopol für die Einfuhr von Fetten aus Holland. Barmat ließ sich auch sonst nicht lumpen — sein Hauptaufsichtsrat Heilmann wendete 50 000 Mark Barmatgeld der sozialdemokratischen Partei zu, in Amsterdam bekam die sozialdemokratische Zweite Internationale ein Bürohaus kostenlos von Barmat zur Verfügung gestellt und das sozialdemokratische Blatt Hollands „Voorwaarts", bekam noch einmal 380 000 Gulden von Barmat. Alles dies konnte Barmat tun, weil ihm unbegrenzte Gelder der preußischen Staatsbank durch Vermittlung der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung standen. Als die Bombe platzte, als der schwindelhafte Barmatkonzern zusammenbrach, verlor die Preußische Staatsbank fast 50 Millionen RM., der Gesamtverlust betrug für das deutsche Volk an die 100 Millionen.

Bezeichnend war auch, wie die jüdische Presse Barmat deckte. Am 11. Juli 1926 schrieb Stephan Großmann über Barmat und Kutisker: „Moralische Menschen haben recht auszurufen: Was für ein Schwindler! Ich für mein Teil muß vor allem gestehen: was für eine Energie." Von Kutisker meinte Großmann höhnisch: „er spricht, um es ganz kurz zu sagen, nur so viel deutsch, als zum Umgang mit den Direktoren der Preußischen Staatsbank notwendig war." Sonst ist es wahrscheinlich mit jiddisch besser gegangen. . .

Bezeichnend war auch der Fall des Minister Zeigner in Sachsen. Zeigner hat das Begnadigungswesen zu einem ertragreichen Geschäft ausgebaut. Alfred Rosenberg in der Sondernummer „Novemberverbrecher" der „Nationalsozialistischen Monatshefte" schildert Zeigners Verfahren in folgender Weise: „Ganze 19 000 Begnadigungen hat er in einem einzigen Jahr erlassen und alle Galgenvögel auf freien Fuß gesetzt, die unter der Flagge des Kommunismus Landstraßen und Geldschränke unsicher gemacht hatten. Es stellt sich aber noch mehr heraus: diese Begnadigungen waren nämlich nicht so ganz dem guten Herzen des Herrn Zeigner entsprungen, sondern er hatte sich auch gut dafür bezahlen lassen. Sein Büro, dessen Vorzimmer

von Verwandten der hinter eisernen Gardinen sitzenden Genossen überfüllt war, war zu einem richtigen Kramladen geworden: nahm der Herr Justizminister und spätere Ministerpräsident doch alles dankbar und mit Vergnügen entgegen, was nicht niet- und nagelfest war: Eier, Mehl, Butter, Geflügel, Anzüge, Mäntel, Schmucksachen und Geld. Wenn der Zudrang zu stark wurde, so verabredete sich Genosse Zeigner in einem Café, ja sogar an einer Straßenecke und ließ sich dort das Honorar für seine Begnadigungen auszahlen. Mit einem langen und weiten Radmantel bekleidet, nahm der Justizminister die Waren selbst eines Bäuerleins in Empfang, das wegen Getreidewuchers bestraft worden war. Wenn das Geschäft über die Kräfte eines Mannes ging, so besorgte Frau Zeigner die Entgegennahme der Gelder und Brillanten der Armen und Enterbten, mit denen geschmückt man sie später an der Seite ihres mit einem kostbaren Pelz bekleideten Gatten durch die Straßen wandern sah."

Der Sklarekskandal, bei dem die Berliner Stadtverwaltung unter dem Beistand des Oberbürgermeisters Böß und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion von Berlin die gesamte Kleiderbelieferung der Berliner Unterstützungsempfänger, Verkehrsbeamten und Polizei in die Hände dieser Schwindler ausgeliefert hatte, die auf diese Unterlage hin durch Bestechung riesige Kredite von der Berliner Stadtbank erhielten und schließlich die Berliner Stadtverwaltung vollkommen geschäftlich in ihre Hand gebracht hatten, bis das schwindelhafte Gebäude zusammenbrach, zeigte, wie völlig der Geist des Profitmachens um jeden Preis und der geschäftliche Korruption sich hineingefressen hatte in die einzelnen Verwaltungen und Gemeinden. Von der sittlichen Verkommenheit, die damals gang und gäbe war, kann man sich heute kaum noch einen Begriff machen. Deutschland war zu einer Hölle der sittlichen Entartung geworden.

*

Ostjuden marschieren.

Zur Unterstützung ihrer Position in Deutschland hatten die sozialdemokratischen Führer von Anfang an Wert darauf gelegt, ihre Reihen durch jüdische Elemente zu verstärken. Zu diesem Zweck wurden die Grenzen für die Einwanderung von Ostjuden weit aufgemacht zu einer Zeit, als das deutsche Volk wirtschaftlich in schwer-

ster Not war und unter höhnischer Betonung, daß trotzdem die Ostjudeneinwanderung stattfinden müsse. Bereits am 1. November 1919 erließ der preußische Minister des Innern Heine (Jude) folgenden Erlaß: „Dagegen verbietet es sich zurzeit und bis auf weiteres trotz der Nöte der inländischen Bevölkerung aus völkerrechtlichen und aus Gründen der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperre und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreise-Erlaubnis zu sein, eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurückzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhältnisse vielfach unmittelbar Gefahr für Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflicht-Entziehung ausgesetzt wären. . . . Unter diesen Umständen bleibt nur übrig, die vorgedachten Ausländer, soweit sie persönlich einwandfrei (!) sind, bis auf weiteres (!) im Lande zu dulden, auch wenn dadurch die Möglichkeit einer gewissen Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Inländer (!!) gegeben ist."

Dieser Erlaß wurde dann weiter dadurch ergänzt, daß solche Juden zwar ausgewiesen werden konnten, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten oder keine „nutzbringende Beschäftigung" hatten, aber: „Vor jeder Ausweisungs-Verfügung und in Aussicht genommenen Zwangsabschiebung ist der jüdischen Fürsorge-Organisation Gelegenheit zu geben, die Interessen der Betroffenen wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der jüdischen Fürsorge-Organisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit für den Beteiligten gesetzt worden ist und diese Frist fruchtlos verstrichen ist. . . . Um ihre polizeiliche Anmeldung zu ermöglichen, bestimme ich deshalb, daß denjenigen ausländischen Polen (!!), für deren Personalfeststellungen die in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen die Gewährleistung übernehmen, seitens der Paßbehörde Personalausweise gem. Ziffer 9 der Ausführungs-Vorschriften . . . . auszustellen sind, deren Geltungsdauer jedoch auf 6 Monate zu beschränken ist."

Auf diese Weise konnten nun auch die paßlosen Ostjuden, die sich in Polen der Militärpflicht entziehen wollten, in Deutschland sogleich Personalausweise bekommen. Wie sich das praktisch auswirkte, zeigen Berichte des Grenzpolizeikommissars Stein aus Pillau: „. . . . Als eine weitere nicht zu unterschätzende Tatsache muß ich

unterbreiten, daß die von der Landesgrenzpolizei in Königsberg als Grenzstadt wegen unerlaubten Grenzüberschritts aufgegriffenen Ostjuden, die dem hiesigen Polizeipräsidium abmachungsgemäß zugeführt werden, dort vermutlich ohne jede Prüfung der Person sofort Personalausweise erhalten und auf freien Fuß gesetzt werden."

Bericht vom 21. September 1920: „Bei der heutigen Kontrolle des Personendampfers „Odin" wurden folgende Ostjuden angetroffen, denen, obgleich sie sich nur einen Tag in Königsberg aufgehalten hatten, die für Ausländer vorgeschriebene Einreise-Erlaubnis bzw. der Sichtvermerk vom Polizei-Präsidium Königsberg zur Weiterreise nach dem Innern Deutschlands ausgestellt war. (Hier folgen die Namen). Sämtliche Juden gaben auf Befragen übereinstimmend an, daß sie ohne jede Legitimation die erforderlichen Ausweispapiere vom Polizeipräsidium Königsberg ohne Schwierigkeiten ausgestellt erhalten hätten."

Ein Bericht vom 22. September 1920, in dem auf eine ministerielle Verfügung Bezug genommen wird, lautet: „Die Durchführung vorstehender Verfügung ist in Königsberg nicht möglich, solange das hiesige Polizei-Präsidium: a) darauf besteht, alle ohne Ausweise pp. angetroffenen Ausländer ihm zuzuführen; b) es diese Ausländer anstandslos mit Ausweisen und den erforderlichen Papieren versieht und ihnen sonst jede nur mögliche Hilfe für ihren Aufenthalt in Deutschland, gemeinsam mit dem Jüdischen Hilfskomitee hierselbst, leistet."

Bericht vom 28. September 1920: „Die Einwanderung von Ostjuden auf dem Seewege ist zur Zeit gewaltig. Agenten der hiesigen jüdischen Organisationen, ausgerüstet mit einem Ausweis des Herrn Polizeipräsidenten, finden sich beim Anlegen jeden Dampfers ein, nehmen die ankommenden Juden in Empfang und bringen sie in die hier Naßgärter Feuerweg befindlichen Truppen-Überwachungs-Baracken. Hier werden sie verpflegt, erforderlichenfalls mit Geldmitteln und Kleidungsstücken versehen, es werden ihnen vom Polizei-Präsidium die nötigen Papiere besorgt und ihre Weiterreise nach Deutschland, die oft schon am nächsten Tage erfolgt, in die Wege geleitet. . . ."

In ungeheueren Schwärmen zog das Ostjudenpack nach Deutschland und besonders nach Berlin. Eine ostpreußische Grenzstelle berichtete bereits aus dem Jahre 1920: „Die von den in der Provinz

stationierten Grenzpolizeistellen im Frühjahr dieses Jahres ausgeübte Ausländerkontrolle hat z. B. für den Regierungsbezirk Königsberg ergeben, daß im Februar 3807 eingewanderte Ostjuden anwesend waren. Die Zahl stieg im März auf 6068, im April auf 6854. Bemerkt muß werden, daß durch die russische Offensive im Sommer der Flüchtlingsstrom erheblich zugenommen hat, so daß es nicht zu hoch bemessen sein dürfte, daß eine heutige Zählung die fünffache Ziffer ergibt, so daß man allein im Regierungsbezirk Königsberg mit rund 30 000 Ostjuden rechnen darf. Die Danziger Dampfer bringen Tag für Tag eine große Anzahl Ostjuden herein. Die Zahl der über die „grüne Grenze" einwandernden Flüchtlinge ist nicht annähernd abzuschätzen."

Diese Ostjuden waren zum großen Teil außerdem völlig bolschewisiert. Während ein Teil von ihnen, der mit dem Schacherpacken ankam, nach wenigen Jahren sich als „Wirtschaftsführer" in einer eleganten Villa in Berlin-Westend oder am Grunewald wiederfand, bezogen die jungen Juden vielfach mit Stipendien des preußischen Staates die Universitäten und Hochschulen; diese ostjüdische Intelligenz stellte dann die geistige Führung der kommunistischen Partei in Deutschland und bevölkerte die Redaktionsräume der „Roten Fahne", des „Vorwärts" und der bürgerlichen Judenpresse. Bis zu welcher Vollendung die Pläne zur bolschewistischen Niedermetzelung des deutschen Volkes gediehen waren, zeigt die Tatsache, daß in der Nacht vom 22. zum 23. Juli 1920, nach der „Magdeburgischen Zeitung" ein Kurier ein Exemplar einer Übereinkunft brachte, die am 17. Juli zwischen dem Gesandten der Sowjet-Regierung, dem Juden Joffe auf der einen Seite, den Vorsitzenden der USPD., und den Juden Hilferding (früher hieß er „Süßmilch") und Dr. Levi abgeschlossen wurde. In dieser Übereinkunft hieß es: „Nach Überschreitung der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, vorerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Stettin, Frankfurt (Oder), Ratibor, Gleiwitz, Stralsund usw. Das dazwischen liegende Gebiet und die vorgenannten Städte dienen als Operationsbasis und Aufmarschgebiet der sich dann sofort bildenden deutschen Roten Armee, die unter russisches Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Jentscheff. Verwaltung und Polizei: Es werden alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die nicht Mehrheitssozialisten sind, ihres Amtes



März 1933 — die schwarz-rot-goldene Überläuferfahne wird öffentlich verbrannt

Hetzausstellung gegen die Wehrhaftigkeit

Beschlagnahmte jüdische Schmutzschriften



Braune Kolonnen

entsetzt. Mehrheitssozialistische Beamte vorstehend aufgeführter Kategorien erhalten je einen Kommunisten und einen Unabhängigen als Beirat. Für die abgesetzten Beamten werden vorläufige Stellvertreter ernannt, die von dem großen Rat, der im Ständehaus zusammentritt, bestätigt werden müssen. Mittlere und höhere Beamte, sofern sie aktive oder Reserveoffiziere sind, sind zu entlassen.

Justiz: Revolutionstribunale treten als Volksgerichte sofort in Wirksamkeit. Abgeurteilt werden zunächst politische Verbrechen (d. h. alle Judengegner). Die Richter sind sofort auf die Sowjetregierung zu vereidigen.

Öffentliche Sicherheit: Den Sicherheitsdienst übernehmen mit der Polizei kommunistische Ordnungstruppen, die aus Leuten der deutschen Bataillone der Roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der Roten Armee gekämpft haben. Der bestehende Nachrichtendienst wird aufgehoben und neu organisiert. Er untersteht Regierungskommissaren, die für ihre Tätigkeit dem Obersten Rat persönlich verantwortlich sind. Die russische Armee schützt das Proletariat vor Ausbeutung durch den Unternehmer und sammelt um sich alle freiheitlich gesinnten Arbeiter, die zwangsweise zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Sie sorgt für Ruhe und Ordnung und schützt das „Eigentum des Proletariats". Sie verleiht den Maßnahmen des Staates und der Gemeinde den nötigen Nachdruck und rottet alles aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt."

Damit wurde die Judenherrschaft in Deutschland zu einer Weltgefahr. Gelang es dem Judentum, auch in Deutschland den Bolschewismus durchzusetzen und das deutsche Volk niederzuzwingen, dann mußte notwendigerweise die bolschewistische Welle ganz Europa umfassen. In einem Brief an Karl Marx (zitiert in der „Revue de Paris" 35, II S. 574) hatte der jüdische Führer Baruch Levi dieses Ziel bereits umrissen: „Das jüdische Volk, als Ganzes genommen, wird selbst sein Messias sein. Seine Herrschaft über die Welt wird erreicht werden durch die Vereinigung der übrigen menschlichen Rassen, die Beseitigung der Grenzen und der Monarchien, die der Wall des Partikularismus sind, und durch die Errichtung einer Weltrepublik, die überall den Juden die Bürgerrechte zubilligen wird. In dieser neuen Organisation der Menschheit werden ohne Opposition die Söhne Israels, die von jetzt an auf der

ganzen Oberfläche der Erde verstreut sind, überall das führende Element sein, besonders wenn es ihnen gelingt, die Arbeitermassen unter die feste Leitung von einigen der ihrigen zu bringen. Die Regierungen der Völker, die die Weltrepublik bilden, werden mit Hilfe des Sieges des Proletariats ohne Anstrengungen alle in jüdische Hände geraten. Das Privateigentum wird dann durch die Regierenden jüdischer Rasse unterdrückt werden können, die überall das Staatsvermögen verwalten werden. So wird die Verheißung des Talmud erfüllt werden, daß die Juden, wenn die Zeiten des Messias gekommen sind, die Schlüssel für die Güter aller Völker der Erde besitzen."

Man sieht im Ausland die Drohung viel zu wenig, die hinter der Auseinandersetzung in Deutschland gestanden hat. Die bis ins Mark verfaulte Weimarer Republik mußte eines Tages in sich zusammenbrechen, sie war von ihren Schöpfern unzweifelhaft nur als ein Übergang gedacht, nach dessen Abschluß die völlige Judenherrschaft und Ausrottung der dem Judentum noch widerstrebenden Elemente auf dem Wege des Bolschewismus beabsichtigt war. Wäre die nationalsozialistische Bewegung nicht gekommen, hätte Adolf Hitler nicht die Fahne des Hakenkreuzes erhoben, so wäre Deutschland unzweifelhaft in die Hand der kommunistischen Partei gefallen, eine furchtbare Zerstörung hätte eingesetzt und die blutige Dritte Internationale hätte ihre Fahnen über ganz Europa getragen. Es wären nicht, wie unfertige Ideologen annahmen, Fahnen einer deutschen Revolution in kommunistischem Kleide gewesen, sondern es wäre der Davidstern gewesen, der blutrot über dem uralten Heimatsgebiet der nordischen Lichtträgerrasse aufgegangen wäre. Adolf Hitler hat die Welt vor einem blutigen Purimfest bewahrt, bei dem, wie im Buche Esther, der jüdische Haß gestützt auf das Verbrechertum, sich ausgetobt hätte.

Dieser Kampf Adolf Hitlers und seiner nationalsozialistischen Bewegung gegen Juda füllt nunmehr, nachdem Adolf Hitler wieder aus der Festung Landsberg entlassen ist, die Jahre von 1925 bis 1933 aus. Alle anderen Dinge treten hinter diesem weltbewegenden Kampf zurück, der die Entscheidung der Frage bringen muß, ob die nordische Rasse noch so viel Lebenskraft besitzt, eines ihrer alten Stammländer zu verteidigen, oder ob die jüdische Maulwurfsarbeit

mit dem Siege des Bolschewismus gekrönt werden soll. Dieser Kampf setzt 1925 klein ein und steigert sich zu dramatischer Höhe bis zum Sturz der Weimarer Republik, bis zu „der Hyksos Ende".

*

Die Ereignisse des Jahres 1925.

Adolf Hitler war am 20. Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen worden; er fand einen Zustand völliger Beruhigung vor. Von seiner Partei waren nur noch geringe Trümmer vorhanden, jedoch die alten Getreuen der Bewegung fanden sich bei dem geliebten Führer wieder ein. Die Richtungsstreitigkeiten, welche die Trümmer der Partei zersetzt und zerrissen hatten, nahmen nach der vollzogenen Neugründung und Übernahme der Führung durch Adolf Hitler ein rasches Ende. Am 26. Februar 1925 erschien der „Völkische Beobachter", der während des Verbots der Partei nicht hatte erscheinen dürfen, aufs neue. Am 26. Februar fand wieder die erste nationalsozialistische Versammlung statt. Im Reich war aus der Umbildung der Regierung nach allen möglichen Schwierigkeiten anstelle des Kabinetts Marx am 15. Januar ein Kabinett Luther gebildet, dem die deutschnationale Partei beitrat. Es zeigte sich, wie wenig grundsätzlich die Opposition dieser wirtschaftsliberalen Partei gegen die Judenherrschaft war, für einige Posten und im übrigen für eine gute Entschädigung der Ruhrindustrie ging sie selbstverständlich in die Reichsregierung. Im preußischen Landtag wurde der Sozialdemokrat Otto Braun am 30. Januar aufs neue zum Ministerpräsidenten gewählt. Mitten in diese Beruhigungsatmosphäre traf der Tod des Reichspräsidenten Ebert. Mit diesem Augenblick wurde die Präsidentschaftsfrage akut; der erste Wahlgang am 29. März ergab kein klares Bild, weil kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hatte; es wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich. Wie schwach der Nationalsozialismus selbst unter Hinzuziehung der völkischen Gruppen damals noch war, zeigt die Tatsache, daß die Kandidatur Ludendorff nur 210 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der 2. Wahlgang erbrachte dann einen knappen Sieg des Generalfeldmarschalls von Hindenburg mit 14,6 Millionen Stimmen gegen den Zentrumsführer Marx mit 13,7 Millionen Stimmen. Die jüdische Presse tobte gegen Hinden-

burg, beruhigte sich aber bald, als es sich herausstellte, daß grundsätzlich nichts in der Haltung der deutschen Politik sich ändern würde. Das Jahr geht ruhig zu Ende, in immer stärkerem Maße strömen Auslandsanleihen herein und erhöhen für die Durchschnittsbevölkerung die Empfindung, daß man über den Berg sei, daß „Hindenburg und Stresemann es schon schaffen würden.“

Seit Januar 1925 zeigt die Beteiligung des Auslandes an der Deckung des Kapitalbedarfs der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft folgendes Bild (in Millionen Reichsmark):

	1925	1926
Januar	197,4	162,2
Februar	67,2	136,4
März	46,2	61,5
April	12,7	122,8
Mai	—	148,5
Juni	—	260,5
Juli	?	
August	49,4	
September	223,9	
Oktober	110,3	
November	292,9	
Dezember	331,5	

Im ganzen wurden im Jahre 1925 an Anleihen aufgenommen: Von den Ländern 138 Millionen, von den Städten 284 Millionen, von den öffentlichen Unternehmungen 391 Millionen, von den Privatunternehmungen 653 Millionen. Die Auslandsschulden der deutschen Wirtschaft aus der Zeit vor dem 1. Januar 1925 waren auf rund 1,6 Milliarden RM. zu veranschlagen. Die Verzinsung allein der 1925 gegebenen Anleihen betrug für die ausländischen Geldgeber durchschnittlich 7,75 Prozent, zu denen die „deutschen“ Anleihenehmer, nämlich die jüdischen Vermittlerbanken in Deutschland, noch die beträchtlichen Provisionsgewinne der ausländischen Emissionsbanken hinzurechneten. Provisionsgewinne der ausländischen Banken bewegten sich zwischen 5 und 7 Prozent, erreichten jedoch in vielen Fällen bis zu 11 Prozent. Die Hauptgewinner dieses riesigen „Rebbachs“ waren einige jüdische Emissionsbanken in Wallstreet und ihre jüdischen Vermittlerbanken in Deutschland. Wie stark die Position

dieses jüdischen Bankkapitals war, zeigt folgende Statistik: Im Jahre 1925 betrugen bilanzmäßig (!):

	Reingewinn in Mill. RM.	Aufsichtsratstantiemen
bei der Deutschen Bank	18,2	677 419
bei der Dresdner Bank	8,67	250 000
bei der Discontogesellschaft . .	10,7	490 000
bei der Darmstädter	9,12	360 000
Commerz- und Privatbank . .	5,12	230 000

Die Beherrschung des Wirtschaftslebens wird zugleich charakterisiert durch die Stellung der jüdischen Aufsichtsräte innerhalb dieser Wirtschaft. Wir geben lediglich eine Zusammenstellung aus dem Jahre 1925, welche den Übergang der deutschen Wirtschaft unter die Kontrolle des Judentums besser als alles andere zeigt. 1925 ist die Macht in der deutschen Wirtschaft folgendermaßen verteilt:

Steinthal, Max, ist sechszehnfacher Aufsichtsrat (Deutsche Bank).

Michalowsky, Hermann, ist achtzehnfacher Aufsichtsrat (Deutsche Bank).

Millington, Hermann, ist sechsundsechzigfacher Aufsichtsrat.

Schlitter, Oskar, ist siebenundfünfzigfacher Aufsichtsrat (Deutsche Bank).

Wassermann, Oskar, ist zwölffacher Aufsichtsrat (Deutsche Bank).

Mankiewitz, Julius, ist sechsfacher Aufsichtsrat (Deutsche Bank).

Nathan, Henry, ist achtundvierzigfacher Aufsichtsrat, Vorstandsmitglied usw. (Deutsche Bank).

Goldschmidt, Jakob, ist hunderteinfacher Aufsichtsrat, Vorstandsmitglied usw. (Darmstädter Bank).

Salomonsohn, Artur, ist neunundreißigfacher Aufsichtsrat, Vorstandsmitglied usw. (Disconto-Gesellschaft).

Solmßen, Georg, ist neunundvierzigfacher Aufsichtsrat, Verwaltungs- und Vorstandsmitglied (Disconto-Gesellschaft).

Frank, Theodor, ist siebenunddreißigfacher Aufsichtsrat (Disconto-Gesellschaft).

Pilster, Gustav, ist zwölffacher Aufsichtsrat (Commerz- und Privatbank).

Sobernheim, Kurt, ist zweiundsiebenzigfacher Aufsichtsrat (Commerz- und Privatbank).

Das deutsche Volk aber beruhigte sich — es waren jene Jahre, in denen die Silberstreifen über Deutschland aufgingen, in denen der deutsche Spießbürger beruhigt sich schlafen legte und der Überzeugung lebte: „Es wird schon besser werden". Unterdessen ging Stück für Stück des deutschen Volksvermögens in fremde Hände über. Die vom 5. bis zum 16. Oktober stattfindende Konferenz von Locarno brachte einerseits im Rheinpakt ein Abkommen über die Garantie der deutschen Westgrenzen, ferner Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechei und führte im Verlaufe zu Auseinandersetzungen, da die Deutschnationalen den Pakt, durch den weder das deutsche Recht auf die Räumung des Rheinlandes ausdrücklich anerkannt, noch die Entwaffnungsfrage gelöst war, verwarfen. Sie konnten ihn in dieser Form doch ihren Wählern nicht bieten. Trotzdem wird der Locarno-Vertrag im November angenommen und am 1. Dezember in London unterzeichnet. Das Kabinett Luther ist damit aber nicht länger zu halten.

*

Die Ereignisse des Jahres 1926.

Ein zweites Kabinett Luther, das nunmehr ohne Deutschnationale am 19. Januar gebildet wird, stützt sich bereits wieder auf die Duldung der Sozialdemokratie. Die erste Rheinlandzone wird bis zum Februar geräumt. Die immer größer werdenden Schieberskandale veranlassen die jüdische Presse, zur Ablenkung des Volkes in großem Maßstab den sogenannten „Femerummel" zu entfalten. Bei der „Schwarzen Reichswehr", den Arbeitskommandos zum Schutz der deutschen Ostgrenze, waren gelegentlich Verräter (weil es eine andere Justiz dort ja gar nicht gab und geben konnte, wollte man nicht diese Formationen dem Auslande verraten) erschossen worden. Um nun Ruhe für Barmat und seine Hintermänner zu erreichen, erpreßte die jüdische Presse dauernd die Öffentlichkeit mit Drohungen über Enthüllungen dieser „Fememorde". Bis über das Meer hin hetzte die Judenherrschaft jene Männer, die dort dem Schutz des Vaterlandes gedient hatten. Wie sehr Deutschland durch diese Methoden in der Welt verächtlich gemacht wurde, zeigt die moralische Abfuhr, welche die Judenregierung am 24. Dezember 1928

vom Staatsrat der Indianer-Republik Guatemala bekommen sollte. Dieser lehnte die ihm zugemutete Auslieferung des Leutnant z. S. Eckermann wegen „Fememordes" mit folgender Erklärung als Dokument moralischer Überlegenheit eines anständigen Staates über eine Judenherrschaft ab: „Da das Auslieferungsbegehren weder gemäß den gebräuchlichen Formen des internationalen Rechts gemacht wurde, noch den Bestimmungen unserer eigenen Landesgesetze entspricht, die wir in erster Linie zu berücksichtigen haben, so ist es nicht angängig, diesem Auslieferungsbegehren stattzugeben. . . . In bezug darauf, ob der vorliegende Fall ein politisches oder damit im Zusammenhang stehendes Verbrechen ist, kamen die Herren Räte überein, daß man in Betracht ziehen müsse, daß die Organisation der Schwarzen Reichswehr keinem individuellen oder persönlichen Interesse diente, sondern dem öffentlichen Interesse, das Vaterland zu verteidigen, falls es von den Nachbarn angegriffen würde, und um das Anwachsen des Kommunismus und des Bolschewismus zu verhüten, deren Ideen von den Staatsbürgern und Politikern eines Volkes als frevelhaft angesehen werden müssen. Es handelt sich aber nicht um unmoralische Ziele, die der strafgesetzlichen Ahndung durch die bürgerliche Rechtsprechung unterworfen sind. Sie verfolgten den Zweck, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Interessen des Vaterlandes zu verteidigen. Daraus ergibt sich unzweifelhaft, daß es sich um eine politische Tat handelt, die sogar in gewisser Hinsicht als im höchsten Grade verdienstvoll angesehen werden muß.

Wenn infolgedessen, um die Schwarze Reichswehr zu verteidigen, Personen sich durch die Umstände gezwungen sahen, strafbare Handlungen zu begehen, so müssen diese notwendigerweise als politische Vergehen gewertet werden. Für diesen Fall verbietet es uns der Artikel 30 unserer Verfassung ausdrücklich, einem Antrage auf Auslieferung stattzugeben. Dieser Artikel sagt: „Eine Auslieferung ist verboten, wenn es sich um ein politisches oder damit zusammenhängendes Verbrechen handelt" . . .

Die Herren Räte erklärten daraufhin einstimmig, daß eine Auslieferung des Lt. z. S. a. D. Richard Eckermann nicht in Betracht komme. In Anbetracht dessen, daß der genannte Herr bereits seit dem 18. Mai des laufenden Jahres in Haft sitzt, und ferner um eventuelle spätere Klagen oder Reklamationen zu vermeiden, und

schließlich, weil es die Gerechtigkeit verlangt, empfehlen sie dringend, ihn ohne Verzug in Freiheit zu setzen."

Neben diesem schandbaren „Femerummel" inszenierten die Kommunisten ein Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser, um auch den fürstlichen Landbesitz durch Verkauf und Verschleuderung dem jüdischen Händlertum genau so erfolgreich in die Hand zu spielen, wie bereits die gesamten Heeresbestände und Vorräte jüdischen Firmen fast entschädigungslos zur Auswertung überlassen worden waren. Eine Enteignung der Bank- und Börsenfürsten, wie die nationalsozialistische Partei sie vorschlug, lehnten die beiden marxistischen Parteien hingegen mit Entrüstung ab. Ebenso wehrten sie sich gegen eine entschädigungslose Enteignung ostjüdischer Schieber. Sie handelten dabei durchaus nach dem Grundsatz, den der Sozialdemokrat „Dr." Witkowski am 10. Juni 1920 in einer Volksversammlung ausgesprochen hatte: „Die Ostjuden gehören zu uns, sind Blut von unserm Blut, denn es ist gleich, wo wir geboren worden sind, ob in Frankreich, England oder Deutschland, wir bleiben Juden. Wir dürfen nie vergessen, daß vor 500 Jahren die Wanderung umgekehrt stattgefunden hat; sind nicht damals Tausende deutscher Juden aus dem Westen nach dem Osten ausgewandert?"

Erfreulicherweise mißglückte das kommunistisch-sozialdemokratische Volksbegehren und der Volksentscheid endgültig am 20. Juni.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die sich im Sommer 1925 von der sozialreaktionären „Deutsch-völkischen Freiheitspartei" getrennt hatte, die dann auch die Gruppe um General Ludendorff von sich entfernt hatte, holte nun immer stärker auf. Ihr am 4. Juli 1926 stattfindender Reichsparteitag in Weimar war bereits eine machtvolle Kundgebung der jungen Bewegung. Das nationalsozialistische Erwachen griff nunmehr auch nach Norddeutschland über, ja, dank der Energie des hochbegabten Dr. Goebbels entstanden im Ruhrgebiet, inmitten rein marxistischer Bevölkerung, die ersten stärkeren nationalsozialistischen Formationen.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am 5. September 1926 und das Gespräch von Thoiry erwecken zuerst einmal wieder Hoffnungen auf politische Beruhigung und stärken so die allgemeine Stimmung des Optimismus. Um so bemerkenswerter wird es, daß bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. Oktober die Nationalsozia-

listen mit ihrer noch winzigen Parteiorganisation immerhin bereits zwei Mandate gewinnen.

Inzwischen sabotiert konsequent die jüdische Presse jede sittliche Besserung im deutschen Volke. Gegen das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz, das bereits in einer Kompromißfassung vorgelegt wird, stimmen nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch die Demokraten enthalten sich der Stimme. Welchen Umfang die sittliche Verlumpung angenommen hatte, zeigt ein von Dr. Harmsen, dem Leiter der Arbeitsstelle für Volksgesundheit, verfaßter Bericht über die beim Berliner Polizeipräsidium eingerichtete „Deutsche Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften in Berlin“: Diese Stelle überwacht alle erscheinenden periodischen Druckschriften und hat dabei festgestellt, daß von der Gesamtzahl dieser Schriften erotisch betonte illustrierte Zeitschriften 5 Prozent sind, erotisch betonte nichtillustrierte Zeitschriften 4,8 Prozent, schundige Kriminal- und Skandalzeitungen 1,6 Prozent, Zeitschriften für Nacktkulturbewegung 1,6 Prozent, zusammen 13 Prozent! Von der gleichen Stelle wurde auch einmal der Inhalt einer größeren Anzahl von Schundschriften geprüft, und bei 2 Millionen Silben (d. h. auf höchstens 200 Druckseiten) wurden im einzelnen folgende Delikte festgestellt: dreizehn Brandstiftungen, zehn Münzverbrechen, drei Beschädigungen von Eisenbahnanlagen, eine Gefangenenmeuterei. Unter den Delikten gegen Leib, Leben und Ehre fanden sich 293 Morde, 107 Körperverletzungen, 81 Mordversuche, 56 Freiheitsberaubungen, 7 Bedrohungen mit Verbrechen, 21 Menschenraube, 5 Entführungen von Minderjährigen, 1 Sittlichkeitsverbrechen mit Notzucht. Außerdem wurden noch festgestellt Diebstahl in 65, Erpressung in 15, Unterschlagung in 15, Wucher in 5, Glücksspiel in 8, Betrug in 20, Raub in 25, Sachbeschädigung in 14 Fällen. Und von Schundheften solchen Inhalts kommen heute mindestens 50 auf den Kopf der Bevölkerung!

Zu diesem Thema äußerte sich im „Tagebuch“, der Wochenschrift der „Intellektuellen“ der Judenrepublik, der Jude Großmann: „Ganz unentbehrlich ist für die Jugend jedenfalls der Schmutz. Es steht in Wirklichkeit so, daß die Phantasie junger Menschen im Pubertätsalter und noch etwas nachher schmutzig ist — und diese Phantasie bedarf der Schmutzschriften, um ihre Erregung auf unschädliche Art

abzureagieren. Nimmt man der Jugend die Schmutzschriften, so wird die Zahl jugendlicher Sexualverbrecher furchtbar anwachsen — die Ventile sind geschlossen, der innere Druck muß zerstörend wirken. Für die Jugend bedeuten Schmutzschriften ebensoviel und noch mehr wie für den Erwachsenen die Zote."

Magnus Hirschfeld aber orakelte zum Thema „Schund und Schmutz" wie folgt: „Unsittlich sind weder Bücher noch Bilder noch Tänze, unsittlich sind nur die Verbote." — Er mußte es wissen . . .

In der „Roten Fahne" erschien ein wütender Kampfartikel der „linksgerichteten" Verleger gegen jede Beschränkung literarischer Schmutzproduktion: „Wir werden diese muckerische Handlung schon jetzt in Flugblättern geißeln! Wir werden in der Presse die Wähler immer wieder daran erinnern! Wir werden allen Interessenten: Papierfabrikanten, Papierhändler, Buchdrucker, Buchhändler, Buchbinder, Verleger, Autoren und Künstler, die durch dieses Schundgesetz schweren materiellen Schaden erleiden, mobilisieren, alle Abgeordneten denunzieren, die für dieses muckerische Gesetz gestimmt haben! Wir werden sofort nach Annahme dieses Gesetzes mit der Sabotage beginnen: Wir werden Schauspieler und Autoren auffordern, aus den Schriften, die auf der Schmutzliste stehen, öffentlich vorzulesen! Wir werden uns bemühen, die Listen in der großen Presse zum Abdruck zu bringen. Wir werden weder Kosten noch Strafen scheuen, um das Gesetz und die Gesetzgeber im In- und Auslande der Lächerlichkeit preiszugeben!"

Und so sah die Geistigkeit dieser „Intellektuellen" aus: Der Jude Kuttner dichtete in „Lachen links":

„Mutta jeht uff'n Strich —
Jroßmutter kann nicht mehr —
Icke aber, ick derf noch nich —
Ach ja, det Leben is schwer."

Das Kriegserlebnis des jüngsten Jahrganges 1899 — normalerweise stand er auch schon im Feld — „gestaltete" Erich Kästner im „Tagebuch" in folgender Weise:

„Wir haben die Frauen zu Bett gebracht,
Als die Männer in Frankreich standen.
Wir hatten uns das viel schöner gedacht.
Wir waren nur Konfirmanden.

Dann gab es ein bischen Revolution
Und schneite Kartoffelflocken;
Dann kamen die Frauen, wie früher schon,
Und dann kamen die Gonokokken . . ."

Wir versagen uns aus gutem Geschmack eine Fortsetzung dieser Blütenlese. — Nun gab es zu allen Zeiten, öffentlich oder geheim, eine derartige Literatur. Nur, daß sie öffentlicht verteidigt, daß ihre Bekämpfer öffentlich lächerlich gemacht werden konnten, war eine „Errungenschaft" des Weimarer Staatswesens.

Dieser Schund- und Schmutzliteratur konnte erst die nationalsozialistische Revolution ein Ende machen.

Das am 3. Dezember 1926 angenommene Gesetz bot, schon weil die Öffentlichkeit ruhig weiter unter marxistischem Einfluß blieb, zu wenig Raum zu einer wirklichen Bekämpfung des entsittlichenden Schmutzes.

Auch das Jahr 1926 ging still — unter den Erscheinungen der üblichen Kabinettskrise, die am 16. Dezember 1926 zum Sturz der Regierung Marx führte, zu Ende.

*

Die Ereignisse des Jahres 1927.

Über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung am Ende des Jahres 1926 und am Anfang 1927 berichtet das „Nationalsozialistische Jahrbuch 1928":

„In den letzten Monaten von 1926 und das ganze Jahr 1927 hindurch trat der aktivistische junge Geist, der unsere Bewegung durchlebt, allerorts hervor. Besonders in den marxistisch am meisten verseuchten Gebieten, wie im Ruhrgebiet und der Reichshauptstadt, kämpfte der Nationalsozialismus mit einer Zähigkeit, die keine andere Partei aufweisen kann. Der Erfolg war denn auch hier für uns groß . . ."

Aus der Kabinettskrise kam ein viertes Kabinett zum Vorschein, in das diesmal die Deutschnationalen wieder eintraten. Die Verhandlungen darüber waren außerordentlich schwierig, zum Schluß hatte das am 28. Januar gebildete neue Kabinett folgendes Gesicht: Reichskanzler: Dr. Marx, Außenminister: Dr. Stresemann, Innenminister: v. Keudell, Reichswehrminister: Dr. Geßler, Arbeitsminister:

Dr. Brauns, Wirtschaftsminister: Dr. Curtius, Justizminister: der Deutschnationale Hergt, der zugleich Vizekanzler wird, Ernährungsminister: Schiele. Die Deutschnationalen erkennen hierbei „die Rechtsgültigkeit der Verfassung" an und erklären ausdrücklich: „Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno wird sowohl völkerrechtlich wie verfassungsrechtlich nicht in Zweifel gezogen." Damit gaben sie ihre Opposition gegen diesen Vertrag auf, der sie am 25. Oktober 1925 zum Austritt aus der Regierung veranlaßte, und damit ging nun die radikale Opposition in die Hand der Nationalsozialisten über. Glücklich wurde die neue Regierungskoalition nicht, weil Herr von Keudell von vornherein von der Sozialdemokratie scharf angegriffen wurde. Die Konflikte zwischen den einzelnen Ministern rissen nicht ab.

Die nationalsozialistische Bewegung stieg immer höher. In Berlin gewann sie vor allem durch die Tätigkeit des neuen Gauführers Dr. Goebbels immer mehr an Boden. Wie verkommen Berlin geworden war, zeigt eine prachtvolle Skizze aus Berlin W, die Dr. Goebbels im „Buch Isidor" (Verlag Franz Eher Nachflg.) gab:

„Das ist Berlin W! Das steingewordene Herz dieser Stadt. Hier hockt in den Nischen und Ecken der Cafés, in den Kabaretts und Bars, in den Sowjettheatern und Beletagen die Geistigkeit der Asphaltdemokratie aufeinander. Hier, hier wird die Politik von 60 Millionen fleißiger deutscher Menschen gemacht. Hier gibt und holt man die neuesten Börsen- und Theatertyps. Hier schiebt man in Politik, Bildern, Kuxen, Aktien, Liebe, Film, Theater, Regierung, Wohlfahrt. Die Gedächtniskirche steht nie einsam. Vom Tage taucht sie ohne Übergang in die Nacht, und die Nacht wird zum Tag, ohne daß ein Augenblick um sie die große Stille kam. Jede Woche steht ein neuer auf unter denen, die unten gehen, reißt mit dem Maulwerk die flimmernden Sterne vom Himmel herunter, wird beklatscht und bejubelt von der Bestie Publikum, man schreibt von ihm in den Zeitungen, er ist der kommende Mann, le dernier cri, und dann versinkt er wieder in Nacht.

Die ewige Wiederholung von Fäulnis und Zersetzung, von Mangel an Genialität und wahrer Schöpferkraft, von innerer Leere und Trostlosigkeit, überfirnißt mit dem Talmiglanz eines zur widerlichsten Scheinkultur herabgesunkenen Zeitgeistes: das ist es, was rund um die Gedächtniskirche sein Wesen und Unwesen treibt. Man

möchte hier so gerne wahr haben, es sei die Elite des Volkes, die auf dem Tauentzien dem lieben Gott den Tag und die Nacht stiehlt. Es ist nur die Israélite. Dieses filzende Pack spielt sich auf als jeunesse dorée, und doch sagt das verkleisterte Ponim, für jeden Wissenden erkennbar, daß es nur die jeunesse isidorée ist. Hier ist das deutsche Volk fremd und überflüssig. . . .

Berlin W ist die Eiterbeule an dieser Riesenstadt des Fleißes und der Betriebsamkeit. Was die im Norden erarbeiten, das verjubeln die im Westen. Vier Millionen schaffen in dieser Steinwüste Leben und Brot, und darüber sitzen einige hunderttausend Drohnen, die ihren Fleiß verprassen und in Sünde, Laster und Fäulnis umsetzen.

Der Kurfürstendamm schreit laut heulend auf, wenn man einem dieser Blutsauger einmal auf die Hühneraugen tritt; dann ist die Menschheit in Gefahr. Einen kann man dort nicht leiden sehen, — wenn er vom Métier ist. Und lachend trägt man ein ganzes Volk zu Grabe.

Das ist nicht das wahre Berlin. Das sitzt anderswo und wartet und hofft und kämpft. Es beginnt, den Judas zu erkennen, der unser Volk für dreißig Silberlinge verkauft und verhandelt.

Das andere Berlin steht auf der Lauer, zum Sprung bereit. Tage und Nächte arbeiten einige Tausend, daß einmal ein Tag kommt. Und dieser Tag wird die Stätte der Fäulnis rund um die Gedächtniskirche zertrümmern, umgestalten und dann neu eingliedern in ein auferstehendes Volk.

Der Tag des Gerichts! Es wird der Tag der Freiheit sein!"

Die Erbitterung gerade der gesunden Jungarbeiterschaft gegen diese Welt des modernen Lasters vertiefte sich immer mehr. Kein Wunder also, daß die nationalsozialistische Bewegung sich auch auf der Straße gegen den kommunistischen Terror so kraftvoll durchsetzte. Der Kampf gegen die unter dem Juden Bernhard Weiß stehende Polizeiverwaltung kannte keine Unterbrechung mehr — die Kolonnen der Braunhemden auf den Straßen wuchsen von Woche zu Woche. Da bediente sich der Jude Weiß eines Provokateurs. Der trunksüchtige Sektenpfarrer Stucke, ein verkommenes Subjekt, fand sich bereit, in einer nationalsozialistischen Versammlung Lärm zu schlagen, und als er verdientermaßen hinausgesetzt wurde, verbot der Polizeipräsident am 7. Mai 1927 die NSDAP. in Berlin. Die Partei ver-

stärkte ihre politische Tätigkeit nunmehr außerhalb Berlins und umfaßte immer weitere Kreise der brandenburgischen Bauernschaft. In Berlin erhielt sie sich trotz Terror und Verfolgung nicht nur am Leben, ja, sie verstand es, durch die neugeschaffene Wochenzeitung „Der Angriff" ihre Agitation zu verstärken, obgleich der Druck auf die deutschgesinnte Bevölkerung besonders in Berlin immer härter wurde. Oberbürgermeister Böß und der preußische Ministerpräsident bedrängten selbst die Hotels, die schwarz-rot-goldene Überläuferfahne aufzuziehen. Das Jahr bringt keine große politische Entscheidung, so schwer auch im einzelnen gerungen wird.

Der Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg am 19. und 20. August aber zeigt, wie stark jetzt schon die junge Bewegung geworden war. Über 30 000 Braunhemden aus allen Teilen des Reiches marschieren am Führer vorüber — alles Kämpfer der schwersten Zeit, überzeugt, fanatisch, die Truppe des ersten Angriffs, Kämpfer aus einer Zeit, als es noch bitter schwer war, Nationalsozialist zu sein.

*

Die Ereignisse des Jahres 1928.

In diesem Jahr steigen die Wellen. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die auf Anleihen aufgebaute Scheinblüte der deutschen Wirtschaft ganz offenbar nicht dauerhaft ist. Schon am 21. Oktober 1927 hatte der Reparationsagent Parker Gilbert in anmaßender Weise gegen manche Dinge der deutschen Finanzpolitik seine warnende Stimme erhoben und damit denjenigen Kreisen neuen Grund gegeben, die seit langem auf eine Reichsreform hindrängten. Die Preuß'sche Reichsverfassung, die unbefriedigende Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, die Tatsache, daß eine stark deutschnational beeinflußte Reichsregierung einer von der Sozialdemokratie geführten preußischen Regierung gegenüberstand, war an sich bereits beunruhigend. Vom 16. bis 18. Januar tagte darum die Länderkonferenz in Berlin, ergab jedoch keine brauchbare Lösung der Reichsreform. Über das Schulgesetz kommt es zur Krise der Reichsregierung, die ihre Grundlage, die Koalition zwischen Zentrum und Deutschnationalen, verliert.

Dem Geschrei und der Vertuschung der Korruptionistenpresse glückt es, den Barmatprozeß so zu verschleiern, daß das unglaublich

milde Urteil gegen diese Schieber am 30. März für Julius Barmat nur 11 Monate, für Henri Barmat nur 6 Monate Gefängnis festsetzt — abgesessen haben sie diese Strafe natürlich nicht.

Am 31. März wird der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahl am 20. Mai steht völlig unter dem Eindruck der Vernebelung durch die Silberstreifen-Illusion und der verleumderischen marxistischen Hetze. Am 17. April hat in einer bemerkenswerten Anwandlung von Stärke der deutschnationale Reichsinnenminister von Keudell die Landesregierungen ersucht, den kommunistischen „Roten Frontkämpferbund" aufzulösen. Die sozialdemokratischen Landesregierungen lehnten (mit Ausnahme von Bayern und Württemberg) die Durchführung dieses Erlasses ab, und das Reichsgericht erklärte ihre Haltung für begründet. Der rote Mord blieb also weiter erlaubt und zugelassen — fast zur gleichen Zeit wurde der Nationalsozialist Heines, der später berühmte SA.-Führer, im Stettiner „Fememord"-Prozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter diesen Umständen zeigten die Wahlen nur, wie stark der marxistische Druck geworden war. Die Sozialdemokraten kamen von 131 auf 152 Mandate, die Kommunisten von 45 auf 54, während die Deutschnationalen von 103 auf 78 und die Deutsche Volkspartei von 51 auf 45 zurückgingen. Die Nationalsozialistische Partei erhielt im ganzen 12 Sitze im Reichstag, während bis dahin die verbündeten Nationalsozialisten und Deutschvölkischen 15 Abgeordnete hatten. Höhnisch schrieb damals das „Israelitische Familienblatt" vom 24. Mai 1928:

„Gab es im letzten Reichstag noch insgesamt 15 unentwegte (obzwar untereinander verfeindete) Hakenkreuzler, so werden von jetzt ab unter diesem Banner nur noch wohl abgezählte zwölf teutsche Männer, Hitlers reisiger Heerbann, streiten. Für die Vorzüge germanischer Rassenreinheit hat die Wählerschaft kein Verständnis mehr, Finis Germaniae!"

Ganz richtig war diese jüdische Rechnung nicht, denn innerhalb der sogenannten völkischen Gruppen erreichte der Nationalsozialismus immerhin 800 000 Stimmen und seine nächste Konkurrenz, die Deutschvölkische Bewegung, verschwand aus dem Reichstage, um von nun ab politisch bedeutungslos zu werden. Unglücklicher lag die Wahl in Preußen, wo ebenfalls die Sozialdemokratie einen starken Erfolg errang und von 114 auf 136 Abgeordnete stieg, während die Nationalsozialisten nur 6 Mandate erhielten. In Bayern stand die

NSDAP. mit 9 Mandaten gegenüber früher 23 außerordentlich geschwächt da, während die anderen Parteien aufholten. Immerhin hatte aber doch die nationalsozialistische Bewegung trotz des Verlustes in Bayern so fest Fuß gefaßt, daß sie im ganzen etwa 20 Abgeordnete auch in die Länderparlamente entsenden konnte. Im Reich forderte nunmehr nach ihrem großen Wahlerfolg die Sozialdemokratie aufs neue die Führung. Der 11. August wurde als Verfassungstag zum Nationalfeiertag erklärt und ein neues Kabinett unter der Führung der Sozialdemokratie mit dem Reichskanzler Hermann Müller (SPD.), Außenminister Stresemann, Innenminister Severing und Finanzminister Hilferding gebildet. Dieses neue Kabinett enttäuschte selbst die eigenen Anhänger. Die Sozialdemokratie, die sich bis dahin leidenschaftlich gegen den Bau eines notwendig gewordenen Panzerkreuzes eingesetzt und mit dieser Parole ihren Wahlkampf bestritten hatte, ließ schon am 10. August im Kabinett einen Beschluß zum Bau dieses Panzerkreuzers zu. Reichskanzler Hermann Müller blamierte sich auf der Septembertagung des Völkerbundes.

Die Kaufkraft der großen Massen sinkt immer mehr, entsprechend wachsen Unzufriedenheit und Not des Volkes, — gegen Ende des Jahres beginnen auch die Arbeitslosenziffern wieder schnell zu steigen. Der Reichshaushalt nimmt allein um 358 Millionen zu, davon 312 Millionen für gesteigerte Tributausgaben. Neue Steuern werden notwendig.

*

Die Ereignisse des Jahres 1929.

Severing als Reichsinnenminister kündigt am 18. Januar die Aufhebung des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung an — die Zustände, die bei diesem Kommissariat eingerissen waren, hatten ihm schon seit langem den Titel eines „Reichskommissariats für ordentliche Öffnung" (nämlich der Staatskassen) eingetragen. Der Druck der Steuerlast wirkt sich ganz allgemein aus — die Spitzenverbände der Wirtschaft lehnen in einer Entschließung vom 23. Januar jede Steuererhöhung ab und fordern Ausgleich des Haushaltes durch weitere Ausgabeneinschränkungen — d. h. sie regen an, die Beamtengehälter herunterzusetzen, damit sie auch die Arbeiterlöhne heruntersetzen können. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die

Wirtschaftskrise untragbar wird. Am 15. Februar ist die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 2,3 Millionen gestiegen, und die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung muß infolgedessen Reichskredite in Anspruch nehmen. Der Bevollmächtigte Morgans, Owen Young, wird zum Leiter eines Sachverständigenausschusses berufen, der die verfahrene deutsche Reparationsfrage aufs neue erörtern soll. Die Kabinettskrise wird permanent. Das Zentrum, das vorübergehend aus der Regierung ausgebrochen war, kehrte im April wieder heim, es findet ein steigendes Defizit im Reichshaushalt, das nunmehr schon die Höhe von 380 Millionen Mark erreicht hat. Die nationalsozialistische Bewegung gewinnt immer stärker an Boden, ihr Radikalismus und die Schärfe ihres Vorgehens gleichmäßig gegen Marxismus und Reaktion, lassen auch ihren Propagandaapparat im Volke immer größere Beachtung finden. Das Nationalsozialistische Jahrbuch für 1929 meldete:

„Die Zahl unserer Parteiblätter hat sich im Laufe des letzten Jahres bedeutend vermehrt. Ein Vergleich der Aufstellungen im Jahrbuch 1928 und der vorliegenden Ausgabe beweist dies am deutlichsten. Wöchentlich erschienen jetzt schon ungefähr 300 000 nationalsozialistische Zeitungsexemplare. . . . Der bisher 14täglich erschienene „Illustrierte Beobachter“ erscheint seit dem 1. Oktober 1928 wöchentlich. Dadurch sind alle unsere Parteigenossen von den gegnerischen Bilderzeitungen unabhängig gemacht worden.“

Die Kassenschwierigkeiten des Reiches verschlimmern sich unterdessen beängstigend, es ist am 24. April gezwungen, einen Kredit in Höhe von 170 Millionen Mark bei den Großbanken aufzunehmen. Da sich auf der Sachverständigenkonferenz der deutsche Delegierte Dr. Schacht entschlossen wehrt und bestimmte Forderungen für die deutsche Wirtschaft erhebt, darunter die Beseitigung des polnischen Korridors, eine Grenzrevision in Oberschlesien und die Rückgabe der Kolonien, erfolgt ein allgemeiner Sturm der Gläubiger, um diesen unerwarteten deutschen Widerstand niederzuzwingen. Zugleich beginnen kapitalkräftige Kreise, darunter überwiegend Juden, ihr Geld in der Schweiz und in Holland in Sicherheit zu bringen. Die Banken drücken auf die Arbeitgeber und veranlassen diese, am 29. April eine recht unsoziale Schlichtungsreform zu verlangen, die viel böses Blut macht. Die Kommunisten nehmen ihre alte Taktik wieder auf, gerade dann dem Reich in den Rücken zu fallen, wenn die deutsche

Wirtschaftslage gefährdet ist. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen in Neukölln und am Wedding, die erst am 4. Mai beendigt werden können, woraufhin nun endlich der Rote Frontkämpferbund am 6. Mai verboten wird. Das Volk beginnt jetzt wachzuwerden. Bei den sächsischen Landtagswahlen vom 12. Mai erkämpft die NSDAP. 5 Mandate statt bisher 2, während SPD. und KPD. verlieren. Vor allem ist die Lage der Bauernschaft immer verzweifelter geworden. In Schleswig-Holstein erfolgen mehrere Bombenanschläge der Landvolkbewegung, darunter am 23. Mai auf das Landratsamt in Itzehoe und am 30. Mai in Hohenwestedt. Trotz dieser steigenden Verzweiflungsstimmung unterzeichnen die Sachverständigen den Young-Plan am 31. Mai, der, mit jährlichen Zahlungen von 1700 Millionen Mark im Jahr beginnend und aufsteigend bis zu 2,3 Milliarden, Deutschland auf 65 Jahre versklaven soll. Die Empörung des Volkes steigt, Bombenanschläge auf Finanzämter und öffentliche Gebäude mehren sich in Norddeutschland. Eine von Hilferding aufgelegte Anleihe wird ein völliger Mißerfolg; eine beabsichtigte Reform der Arbeitslosenversicherung strandet im parlamentarischen Gezänk; die innere Lage wird immer verwirrter und gespannter. Unter diesen Umständen erkennt das Volk seine eigentlichen Helfer. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP. am 3. und 4. August 1929 zu Nürnberg kann Adolf Hitler vor 60 000 SA.-Männern und über 200 000 Parteigenossen in wuchtiger Kampfansage gegen das System das Hakenkreuzbanner als Fahne der werdenden Freiheit bezeichnen.

Als der Young-Plan in Paris am 7. Juni unterzeichnet wurde, brannte der Vorhang in dem großen Sitzungssaal in hellen Flammen wie ein Zeichen der kommenden Revolution. Am 9. Juni hatte die NSDAP. zusammen mit Deutschnationalen und Stahlhelm ein Volksbegehren gegen den Young-Plan angekündigt. Trotzdem wird am 31. August ein Abkommen über die Annahme des Young-Planes im Haag unterzeichnet. Am 1. September früh explodiert eine Höllenmaschine im Lichtschacht des Reichstages, am 6. September eine Bombe im Regierungsgebäude zu Lüneburg. Die NSDAP. rückt ausdrücklich von diesen terroristischen Attentaten ab, die nur dazu benutzt werden konnten, die Partei zu belasten, um sie aufs neue verbieten zu können. Sie bringt dafür nunmehr das Volksbegehren gegen den Young-Plan als „Gesetz gegen die Versklavung

des deutschen Volkes" heraus. Der Kampf gegen die Tributverschuldung wird damit durch den Nationalsozialismus zu einer Sache des gesamten Volkes gemacht und diese Frage in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

In Berlin explodiert die „Bombe" des ungeheuren Sklarekskandals. Diesen drei gerissenen jüdischen Brüdern Sklarek gelang es, die Berliner Stadtverwaltung weitgehend zu korrumpieren; sie kauften sich sogar den Oberbürgermeister Böß mit einem Nerzpelz für seine Frau, bestachen Berliner Stadträte und Stadtverordnete mit ungeheuren Zuwendungen und als Gegenleistung bekamen sie von der Berliner Stadtbank gänzlich ungedeckte Kredite. Es erweist sich, daß auch der Stadtkämmerer Dr. Lange, der sozialdemokratische Stadtrat Busch, der sozialdemokratische Bürgermeister Schneider, Berlin-Mitte, und andere leitende Beamte korrumpiert worden sind. Oberbürgermeister Böß, der sich auf einer Studienfahrt in den Vereinigten Staaten befindet, wird bei seiner Rückkehr in Berlin von der empörten Bevölkerung unter nationalsozialistischer Führung mit einem an der Stange getragenen Pelz und wuchtigen Gegendemonstrationen empfangen. Der Skandal erregt die Berliner Bevölkerung aufs äußerste, denn auch die kommunistischen Stadträte Gäbel und Degener, sowie der sozialdemokratische Generaldirektor Schüning von der „Behala" sind der Bestechlichkeit überführt.

Unter ungeheurer Anstrengung glückt es der nationalsozialistischen Bewegung, zum Volksbegehren gegen den Young-Plan am 4. November zusammen mit den übrigen Gruppen der Deutschnationalen und des Stahlhelm 4 135 000 Stimmen aufzubringen, so daß nunmehr der Volksentscheid stattfinden muß. Bei den Deutschnationalen bricht erst einmal eine Gruppe überzeugter Judenknechte aus der Front und macht sich als konservative Gruppe selbständig. Die Wirtschaftskrise steigt und steigt; mit ihr verbunden ist die stetige Steigerung der Arbeitslosenzahl und die wachsende Erkenntnis des Volkes, daß eine Besserung der Verhältnisse nur durch den nationalsozialistischen Kampf erwartet werden kann. Die Landtagswahl in Baden am 27. Oktober ergiebt ein Ansteigen der Nationalsozialisten von 0 auf 6 Mandate. Die schwere Finanzkrise des Reiches bewirkt endlich am 21. Dezember den Rücktritt des jüdischen Finanzministers Hilferding. Dagegen scheitert der Volksentscheid gegen den Young-Plan, der raffinierterweise auf den 22. Dezember, zwei Tage vor

Heiligabend, angesetzt war. Immerhin bringt er 5,8 Millionen Stimmen von überzeugten Gegnern des Systems. Da die Systemparteien wohl wußten, daß das Volk nicht für seine eigene Versklavung stimmen würden, hatten sie Wahlenthaltung proklamiert. So wurde also durch Volksbetrug die Durchführung des Young-Planes gesichert.

Einen besonders gemeinen Versuch zur Aufrechterhaltung der Judenherrschaft stellte die am 28. Dezember vollzogene Gründung des Christlich-Sozialen Volksdienstes dar, der mit heuchlerisch-frommen Phrasen das Volk über den Ernst der Lage hinwegtäuschen und belügen sollte. Wie gefährlich aber die Staatslage bereits geworden war, beweist ein vertraulicher Erlaß des Reichsfinanzministeriums an die Länderverwaltungen, worin es u. a. heißt, daß das Reich voraussichtlich Ende Dezember nicht mehr in der Lage sein werde, die Steuerüberweisungen für Länder und Gemeinden in vollem Umfange vorzunehmen.

Der große Schlußkampf 1930 bis 1933.

Die Ereignisse des Jahres 1930.

Gegenüber der steigenden Arbeitslosigkeit versagt die völlig unter sozialdemokratischem Einfluß stehende und von dem Juden Naphtali gegängelte deutsche Gewerkschaftsbewegung; die „freien" Gewerkschaften fordern, als ob Deutschland noch nicht genug durch Zinslasten erdrückt sei, Arbeitsbeschaffung durch Kapitalzufuhr aus dem Auslande — aber die Kreditquellen laufen spärlicher und spärlicher.

Im Haag wird am 20. Januar der Young-Plan endgültig angenommen und sein Schlußprotokoll unterzeichnet. Inzwischen erstarkte in Thüringen der Nationalsozialismus schon so sehr, daß am 23. Januar Minister Frick als Minister für Inneres und Volksbildung in die thüringische Regierung eintritt und mit der politischen Säuberung des Beamtenapparates beginnt. Besonders wird erst einmal die Mißwirtschaft des Juden Loeb in der Thüringischen Staatsbank beendet. Der Young-Plan kommt im Deutschen Reichstag am 11. Februar zur ersten Lesung. Im Reichsrat stimmen Thüringen, Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien gegen die Annahme des Planes. Einer der größten Schädlinge Deutschlands, der Reichstagsabgeordnete der SPD. Dr. Paul Levi, früherer Führer der USPD., der sogar in seinen eigenen Kreisen wegen der abgrundtiefen Verkommenheit seines Charakters unbeliebt war, stürzt sich im Fieberwahn aus dem Fenster und stirbt.

In Sachsen wird das Kabinett, weil die sächsischen Reichsratsstimmen für den Young-Plan abgegeben wurden, am 15. Februar gestürzt. Am 28. Februar muß der preußische Innenminister Grzesinski (zu deutsch „Sünderchen", dem Aussehen nach unzweifelhaft Rassejude) wegen seines aufgedeckten lasterhaften Lebenswandels zurücktreten. Der Senatspräsident Grützner, der in einem Brief an

den Ministerpräsidenten Braun gegen Grzesinskis üble Gewohnheit, seine Maitresse zu öffentlichen Veranstaltungen der Regierung mitzunehmen, Front gemacht hatte, wurde darauf aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen!

Die nationalsozialistische Idee hatte längst schon in der Reichswehr Anhänger gewonnen. In Ulm wurden mehrere junge Offiziere wegen nationalsozialistischer Gesinnung verhaftet. Reichswehrminister Groener veröffentlichte im Heeresverordnungsblatt einen Erlaß, in dem er Soldaten, die ihre nationalsozialistischen Kameraden wegen ihrer Gesinnung anzeigten, mit einer goldenen Uhr zu belohnen versprach! Seine Handlungsweise charakterisierte ihn und das System, dem er diente, und entsprach voll und ganz seiner Äußerung im Jahre 1918, daß der Fahneneid „nur eine Idee" sei.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt am 7. März seinen Rücktritt, weil er die Youngplan-Politik der Reichsregierung nicht mehr mitmachen könne. Trotz dieser Warnung wird am 11. März der Youngplan vom Reichstag angenommen. Die zu seiner Erfüllung notwendigen erhöhten Steuern sind immer schwerer aufzutreiben. Besondere Sorgen verursacht die Versorgung der Arbeitslosen, deren Zahl unaufhaltsam zunimmt. Unter dem doppelten Druck der Schwierigkeit in der Arbeitslosenversicherung und des sich immer mehr verschärfenden Konfliktes zwischen der Reichsregierung und dem Lande Thüringen, dem Reichsinnenminister Severing sogar zeitweilig die Polizeigelder sperrt, wird die Stellung der Regierung Hermann Müller unhaltbar. Obwohl sie gern in der Regierung bleiben möchte, muß die Sozialdemokratie dem Druck der Wählermassen nachgeben, die sich weitere Herabsetzungen und Verschlechterungen der Stellung der Arbeitslosen nicht gefallen lassen würden. Am 27. März 1930 tritt das Kabinett Hermann Müller zurück. An seiner Stelle bildet der Zentrumsabgeordnete Dr. Heinrich Brüning mit dem täuschenden Schlagwort: „Kabinett der Frontsoldaten" eine neue Regierung, die ihre Tätigkeit mit Steuererhöhungen beginnt, wodurch besonders scharf der Verbrauch der breiten Massen verteuert wird. Die jüdische Presse „macht in Entrüstung" über die Einführung von Schulgebeten für die Freiheit des Landes durch den nationalsozialistischen Innenminister Dr. Frick in Thüringen.

Zwischen dem neuen Reichsinnenminister Wirth und Dr. Frick in Thüringen kommt es zu einem weiteren schweren Konflikt.

Das Defizit im Reichshaushalt aber beträgt Ende Mai bereits wieder 700 Millionen Mark. . . .

Brüning versucht mit einer neuen Notverordnung vom 5. Juni durch Herabsetzung der Beamtengehälter die Krise aufzuhalten. Die Eisenindustrie der Gruppe Nordwest erreicht damit zugleich eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter, — mit diesem Herabdrücken der Kaufkraft steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Am 20. Juni tritt der Reichsfinanzminister Moldenhauer zurück, da er sich den Wünschen auf allgemeinen Lohnabbau aus der schwerindustriellen deutschen Volkspartei, der er angehört, nicht anschließen kann. An seine Stelle tritt Dietrich aus der Demokratischen Partei, der seit langem in dieser reinen Judenpartei auch als Nichtjude wegen seiner wirtschaftlichen Einstellung beliebt war.

Am 22. Juni aber zeigt die Landtagswahl in Sachsen, wieviel Verständnis das Volk bereits für den nationalsozialistischen Kampf gewonnen hat: die Nationalsozialisten kommen von 5 auf 14 Mandate und werden damit zweitstärkste Partei.

Endlich erfolgt nunmehr die Räumung der dritten und letzten Besatzungszone durch die Franzosen. Die deutsche Bevölkerung nimmt im Rheinland und in der Pfalz berechtigte Rache an den separatistischen Verbrechern. Dadurch aufgebracht, erläßt die unter Führung der Sozialdemokratie und des Zentrums stehende preußische Regierung ein Verbot für alle Beamten, an nationalsozialistischen Organisationen teilzunehmen, „weil deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung sei". Dies geschieht, obwohl Adolf Hitler immer wieder die Gesetzmäßigkeit des Nationalsozialismus erklärt hat. Immer höhere Wellen schlägt die Empörung im Volk, das nationalsozialistische Erwachen ergreift das Volk; trotz wüstesten kommunistischen Terrors, dem der junge Sturmführer Horst Wessel am Anfang des Jahres zum Opfer gefallen war, marschieren die braunen Kolonnen auf allen Straßen Deutschlands. Nichts zeigt besser die Zusammenarbeit von Juden und kommunistischen Verbrechern gegen die nationalsozialistische Bewegung, als der Tod Horst Wessels. Sein Kamerad Erwin Reitmann schildert in schlichter und erschütternder Weise, wie dieser junge Kämpfer der Bewegung fiel: „Horst Wessel hatte ein Zimmer von einer Frau Salm abgemietet. Seine Wirtin, eine Kommunistin, die mit kommunistischen Funktionären in Verbindung stand, trachtet danach, ihren Untermieter „los-

zuwerden". Eines Abends, am 14. Januar, ging sie in ein kommunistisches Lokal und teilte dort mit, daß Horst Wessel sich in ihrer Wohnung befände. . . . Bald darauf war eine auserlesene Verbrechergesellschaft unterwegs, alles vorbestrafte Individuen, an der Spitze der Zuhälter und Kommunistenführer Ali Höhler und ein Fräulein Cohn. Die Wirtin Salm führte die Verbrecher in die Wohnung, während unten etliche der Bande Schmiere standen.

Man klopfte an Horst Wessels Tür, und als dieser glaubte, sein Freund, der Sturmführer Fiedler, sei es, rief er: „Komm' doch herein, Richard!", ging zur Tür und öffnete.

In dem Moment feuerte man auf ihn. In den Mund getroffen, brach Horst Wessel blutüberströmt zusammen. . . ."

Am 1. März, einem grauen, schwarzen Tag, gab das deutsche Berlin dem toten Sturmführer das letzte Geleit. Die Polizei verbot einen Trauerzug, nur 10 Wagen durften dem Leichenzuge folgen. Selbst das Bedecken des Sarges mit der Hakenkreuzfahne untersagte man. Wir mußten uns beugen, wollten wir es nicht zu einem großen Blutvergießen kommen lassen. Polizei mit dem Gummiknüppel in der Hand begleitete den Zug. Schwarze Menschenmauern grüßten in den Straßen zum letzten Male den großen Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung.

In der Nähe des Kirchhofs hatte sich das organisierte rote Untermenschentum eingefunden und johlte, schrie und lachte, als der Zug vorüberkam. Als man den Trauerzug mit Steinen bombardierte und versuchte, den Leichenwagen umzustürzen, mußte Polizei eingreifen. Unter solchen beschämenden, schändlichen Umständen ging Horst Wessels letzte Fahrt vonstatten.

Frl. Cohn und Ali Höhler — diese Verbindung ist immerhin nicht neu!

Kamerad auf Kamerad fällt; um manche dunklen Stadtteile Berlins und Hamburgs ringt die SA. gegen den kommunistischen Terror beinahe wie in Kriegszeiten. Immer größere Abteilungen der anständigen Arbeiterjugend, die bis dahin aus revolutionärem Instinkt bei der kommunistischen Partei stand, gingen nun zum Nationalsozialismus über, angeekelt von der Verbrecherherrschaft und der Verbrecherwirtschaft in den kommunistischen Reihen. Immer unerträglicher wird die Wirtschaftsnot; Notverordnung auf Notverordnung hageln auf das Volk nieder — zum Schluß ist die Regierung

nicht mehr imstande, den Reichstag hinter sich zu halten. Am 18. Juli werden auf den Druck der Nationalsozialisten die Brüningschen Notverordnungen aufgehoben — darauf löst Reichskanzler Dr. Brüning den Reichstag auf.

Am 14. September 1930 erfolgt der historische Durchbruch des Nationalsozialismus. Mit 107 Mandaten geht die NSDAP. nach jahrelangem schwersten Kampf als nunmehr zweitstärkste Partei durchs Ziel. Im Sportpalast zu Berlin erlebt die Berliner Parteigenossenschaft unter rasendem Jubel der Anhänger den Siegestag — trotzdem tritt Brüning nicht zurück und bezeichnet, stark überheblich, den Sieg der Nationalsozialisten als „Fieberkurve". Die NSDAP. greift sofort nach der Wahl in einer riesigen Versammlungswelle das System Brüning aufs neue an.

Im Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere beeidet Adolf Hitler unter allgemeinem Aufhorchen des In- und Auslandes noch einmal den „legalen Weg der Bewegung". Trotzdem werden die Offiziere verurteilt.

Brüning setzt seine Politik der Gehaltskürzungen und Senkung der Lebenshaltung fort. Bei der Eröffnung des Reichstages am 14. Oktober, bei der die nationalsozialistischen Abgeordneten im Braunhemd erscheinen, versuchen kommunistische Provokateure durch einen Fenstersturm in der Leipziger Straße die nationalsozialistische Bewegung aufs neue zu belasten. Die NSDAP. stellt darauf im Reichstag eine Anzahl Anträge gegen den unerträglich gewordenen Wucher, darunter einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der gesamten Vermögen der Bank- und Börsenfürsten, der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen, ferner des seit diesem Tage durch Krieg, Revolution, Inflation oder Deflation erworbenen Vermögenszuwachses. Alle Großbanken sind ungesäumt in staatlichen Besitz überzuführen. Der höchst zulässige Zinssatz soll auf 5 Prozent festgesetzt werden, wovon mindestens 1 Prozent auf die Tilgung der Schuld zu verrechnen ist. Kapitalflucht wird wie Landesverrat mit Zuchthaus bestraft. Termin- und Blankogeschäfte an der Börse sowie der börsenmäßige Handel mit Wertpapieren sollen verboten werden.

In der Berliner Metallindustrie wird auf Grund der Brüningschen Gehaltskürzung der Beamten der Versuch gemacht, die an sich schon niedrigen Löhne der Metallarbeiter noch weiter zu senken.

Diese treten in den Streik, in dem gerade die nationalsozialistischen Betriebszellen sich durch entschlossenen Radikalismus des Kampfes rühmlich hervortun. Während die Gewerkschaften den Streik nach einem Abkommen ihrer jüdischen sozialdemokratischen Führung und des jüdischen Arbeitgebersyndikus Oppenheimer abblasen, steht die nationalsozialistische Arbeiterorganisation, die Betriebszellen, fest im Streik gegen den rassefeindlichen Kapitalismus.

In Preußen wird am 22. Oktober Severing zum Innenminister ernannt und der berüchtigte Maitressen-Grzesinski wird Polizeipräsident von Berlin „unter Aufsicht des Rabbinats" und des Vi-Po-Prä. Isidor Weiß.

Neue Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Nationalsozialismus setzen ein, die Holsteinischen Bombenleger der Landvolkbewegung, die ihre Höfe gegen den Wucher verteidigen wollten, werden zu Zuchthaus verurteilt. Das alles hält die Auflösung des Weimarer Systems nicht mehr zurück. Die Demokratische Partei muß sich zur Deutschen Staatspartei umtaufen, um überhaupt noch Stimmen fangen zu können. Am 15. November stehen 3 484 000 Arbeitslose auf der Straße. Bürgerschaftswahlen in Bremen zeigen, daß der nationalsozialistische Aufstieg anhält. Die NSDAP. kommt von 2 auf 32 Mandate in der Bremer Bürgerschaft. Der 1. Dezember bringt eine neue Brüningsche Notverordnung mit neuen erheblichen Gehaltskürzungen der Beamten, Heraufsetzung der Bürgersteuer und geringen Erleichterungen der Realsteuern. Am 3. Dezember wird ein nationalsozialistisches Lager bei Breslau von der Polizei überfallen und die Kameraden ins Gefängnis abgeschleppt. Trotz der nationalsozialistischen Anträge lehnt es der Reichstag ab, am 6. Dezember die Brüningsche Notverordnungen aufzuheben. Sichergemacht durch „diese Erfolge" wagen die Systemparteien den Film des Sudlers Remarque „Im Westen nichts Neues", in dem der deutsche Frontsoldat verächtlich gemacht und verhöhnt wird, im „Mozartsaal" in Berlin aufzuführen. Die Vorführung des Schmutzfilms wird von den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels und Münchmeyer unter jubelnder Begeisterung der erwachten deutschen Jugend verhindert, Neuaufführungen werden durch riesige nationalsozialistische Kundgebungen unmöglich gemacht. Endlich entschließt sich die Regierung unter dem Druck des empörten Volkes, den Volksschänderfilm nur noch in geschlossenen Veranstaltungen zuzulassen.

Ende Dezember stehen 3 977 000 Arbeitslose auf der Straße. Mit schweren Trommelschlägen der heranrollenden nationalsozialistischen Revolution kündet sich das Jahr 1931 an.

*

Die Ereignisse des Jahres 1931.

Das Jahr 1931 steht völlig unter dem Zeichen des Entscheidungskampfes zwischen Brüning und Adolf Hitler. Der Kommunismus wird dabei noch einmal zum Sturmlauf gegen die nationalsozialistische Bewegung eingesetzt. Wilhelm Fanderl schildert in seinem ausgezeichneten Werk „Von 7 Mann zum Volk" diese Epoche in folgender Weise:

„Der Marxismus begriff nämlich wohl, daß ihm in der Bewegung Adolf Hitlers ein Feind erstand, der ihm weltanschaulich weit überlegen war, und er mußte allmählich zu seinem Entsetzen überdies noch bemerken, daß sich gerade die Besten aus seinen Reihen um die Fahne Adolf Hitlers scharten. Unfähig, den Kampf auf geistiger Grundlage zu führen, griff er zu Dolch und Revolver. Täglich fielen SA.-Männer marxistischen Mordkugeln zum Opfer. Selten verging ein Tag, an dem sich nicht die blutroten Hakenkreuzfahnen vor einem Sarg neigten, den man vor einer trotzigen Kampfgemeinschaft in die Erde senkte. Denn die SA.-Männer waren nicht gesonnen, vor dem Terror zu kapitulieren. Sie nahmen den Kampf auf, den ihnen der Marxismus aufgezwungen hatte. Alles erduldeten sie und trugen es willig, weil sie wußten, daß einmal der Tag kommen würde, an dem sie Herren von Deutschland wären. Es gibt wenige unter der alten Parteigarde, die nicht in den Gefängnissen saßen, die nicht durch die Gerichtssäle geschleift wurden, die nicht Brot und Stellungen verloren. Aber nichts konnte sie in ihrem Vertrauen zum Führer erschüttern."

Am 16. Januar 1931 wird in Bremen ein Nationalsozialist zum Präsidenten gewählt. Der Druck der Brüningschen Notverordnungen, die sich unter der Einwirkung der Arbeitslosigkeit immer mehr verschärfen, radikalisiert das Volk in steigendem Maße. Der Nationalsozialismus konnte von diesem Jahr in seinem Jahrbuch 1932 mit Recht schreiben:

„Der organisatorische Aufbau der Partei machte mit jedem Monat im abgelaufenen Jahr erfreuliche Fortschritte. An den Wahlen

konnte man am besten ersehen, wie die Organisation gearbeitet hat. Unser engmaschiges Netz dürfte von keiner Partei, außer noch der SPD., erreicht werden.

Die Zunahme unserer Mitglieder betrug 1931 rund eine Viertelmillion, die Gesamtmitgliederzahl weit über 600 000! Wahrlich ein grandioser Aufschwung, wenn man sich immer wieder vor Augen hält, daß unser Führer erst vor zwölf Jahren als siebentes Mitglied die Partei zur deutschen Volksbewegung ausbaute!

Das „Braune Haus" zu München wurde zu Beginn des Jahres 1931 seinen Zwecken übergeben. Die Bewegung hat damit erstmals ein ihrer politischen Bedeutung entsprechendes Anwesen erworben. Aber nicht nur die Reichsleitung verfügt heute über ein eigenes sogenanntes Generalstabsgebäude, sondern auch fast jeder einzelne Gau hat eine Zentrale, die es ihm ermöglicht, die untergeordneten Dienststellen rasch zu leiten und zu informieren.

Die Parteipresse, die noch im letzten Jahrbuch mit 18 Tageszeitungen und 36 Wochenzeitungen und Monatsblättern verzeichnet war, ist inzwischen auf 35 Tages- und 50 Wochenzeitungen gestiegen. Auch hier machte sich der Erfolg bei den Wahlen bemerkbar."

Landtagswahlen in Baden, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg ergaben überall starke nationalsozialistische Erfolge. In Braunschweig brachten am 15. September 1931 Ministerwahlen im Landtag mit Minister Klagges wieder einen nationalsozialistischen Ministerposten, der Aufmarsch am 18. Oktober 1931 führte an die hunderttausend SA.- und SS.-Männer nach Braunschweig. Die Arbeitslosigkeit im Reiche nahm einen immer riesigeren Umfang an. Trotzdem schluckte die Sozialdemokratie alle Notverordnungen der Regierung Brüning, die versuchte, mit schärfster Bekämpfung des Nationalsozialismus sich an der Macht zu halten. 1931 war eines der schwersten Kampfjahre der Bewegung und leitete hinüber zu den Kämpfen des Jahres 1932. Die marxistische Regierung in Preußen verbot die nationalsozialistischen Uniformen und Abzeichen, beschlagnahmte nationalsozialistische Fahnen, besonders der Berliner Polizeivizepräsident Bernhard Weiß terrorisierte in unerhörter Weise die NSDAP., deren Führer von Gerichtssaal zu Gerichtssaal gezerrt wurden.

*

Die Ereignisse des Jahres 1932.

Dieses Jahr sollte die große entscheidende Auseinandersetzung bringen. Sowohl die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg als auch die Wahlperiode des Preußischen Landtages waren zu Ende. In zwei Wahlgängen wurde im März und April um die Stellung des Reichspräsidenten gerungen. Adolf Hitler erreichte im 1. Wahlgang 12 Millionen, im 2. Wahlgang am 10. April 1932 13,4 Millionen Wähler. Im ersten Wahlgang hatten sich ihm sämtliche Links- und Mittelparteien mit Ausnahme der Kommunisten, die ihren Führer Thälmann als Kandidaten aufstellten, für eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg entgegengestellt, daneben aber hatte der Stahlhelm in seinem rassisch halbjüdischen Führer Düsterberg noch eine besondere Neidkandidatur geschaffen. Im zweiten Wahlgang unterlag zwar Adolf Hitler gegen die Kandidatur Hindenburg, aber die starke Stimmenzunahme, die er erreichte, bewies, daß das Volk sich ihm in immer stärkerem Maße anschloß. Am 13. April verbot unter fadenscheinigsten Vorwänden und rasendem Jubel der Judenpresse die Reichsregierung Brüning durch ihren Wehrminister Groener die SA. und SS.; Groener stürzte bald darauf über diese politisch unsinnige Missetat am erwachenden Volke.

Immer schwächer wurde Brünings Position; Experimente, die er mit der Ostsiedlung versucht hatte, entzogen ihm die Sympathie der Kreise um den Reichspräsidenten und erzwangen seinen Rücktritt.

In Preußen hatte die Landtagswahl am 24. April zwar ein Steigen der nationalsozialistischen Abgeordnetenzahl von 7 auf 162 gebracht, aber durch niederträchtige Geschäftsordnungskniffe hielt sich die Regierung Braun-Severing gegen den unmißverständlichen Willen des Volkes an der Macht. Brünings Nachfolger wurde immer noch nicht Adolf Hitler, sondern Herr von Papen. Der frühere Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag Franz von Papen, diplomatisch gewandt, hob erst einmal das verfassungswidrige SA.-Verbot auf. Die SA. wurde von der Bevölkerung, als sie zum ersten Mal wieder auf der Straße erschien, mit Jubel begrüßt. Am 20. Juli setzte Reichskanzler von Papen außerdem das gänzlich unmöglich gewordene Ministerium Braun-Severing in Preußen ab. Ebenso wurden Maitressen-Grzesinski und der Jude Bernhard Weiß aus dem Berliner Polizeipräsidium entfernt. Das Volk empfand

ganz richtig, daß diese Vorgehen lediglich auf den Druck der nationalsozialistischen Bewegung zurückzuführen war. Statt aber nun in Preußen die Voraussetzung für die Bildung einer nationalen Regierung unter Führung der Nationalsozialisten zu schaffen, ließ Herr von Papen das Kabinett Braun-Severing als zwar einflußloses aber doch überflüssiges „Hoheitskabinett" bestehen. Eine Anzahl von Notverordnungen, welche Herr von Papen erlassen hatte, und die restlos kapitalistischen Geist atmeten, erbitterten das Volk auf das äußerste. Adolf Hitler hatte immer wieder die Übertragung der Reichskanzlerschaft an sich gefordert, jedoch hatte man versucht, ihn mit dem Vizekanzlerposten abzuspeisen. Die neue Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ergab noch einmal eine ungeheure Zunahme des Nationalsozialismus. Am 14. September 1930 hatte er 6,5 Millionen Stimmen und 107 gewählte Abgeordnete, zu denen noch 3 übergetretene hinzukamen, erreicht, nunmehr wählten 13,7 Millionen Deutsche nationalsozialistisch und 230 Abgeordnete zogen unter dem Jubel des erwachten Volkes in den Reichstag ein. Trotzdem fiel durch diesen großen Wahlsieg immer noch keine Entscheidung. Adolf Hitler lehnte am 13. August den angebotenen Vizekanzlerposten ab; der Kampf zwischen dem Nationalsozialismus und dem Nationalkapitalismus brach offen aus.

An der Stimmung des Volkes zeigte sich schon damals, daß man eine nationale Erneuerung in Deutschland niemals mit dem Wirtschaftsgeist des jüdischen Kapitalismus durchführen kann; gegen eine solche Verfälschung ihres Verlangens nach einem besseren, gerechteren Deutschland lehnte sich die Volksstimmung empört auf. Es kam im Reichstag zu einem dramatischen Zusammenstoß: mit 530 gegen 45 Stimmen der Deutschnationalen sprach die Volksvertretung dem Reichskanzler von Papen ihr Mißtrauen aus. Erst nach dieser vernichtenden Niederlage trat die Regierung zurück. Energisch weigerte sich der Nationalsozialismus — und das wird bei seinen Kämpfern unvergessen bleiben —, an einer kapitalistischen Restauration irgendeiner Art mitzuwirken. Er blieb dem Volke treu, denn er hatte im Kapitalismus ein rassefeindliches Prinzip als solches erkannt, das sich nur in der äußeren Form vom Marxismus unterscheidet.

Als unter dem Druck der jüdischen Großbanken durch sozialdemokratische Bonzen und profitgierige Bourgeois bei der Berliner Verkehrsverwaltung ein untragbarer Lohnabbau durchgeführt werden

sollte, nahm dort die nationalsozialistische Betriebsorganisation den Streik in die Hand und führte mit Entschlossenheit an der Spitze des arbeitenden Volkes diesen Kampf durch. Es besteht nicht der geringste Grund, diese Ruhmestat in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung, die im offenen Kampf der Habgier des Fremdgeistes entgegentrat, zu verschweigen. Der SA.-Trupp-Führer Reppich fiel von Polizei erschossen im Kampf für die Rechte des deutschen Volkes. Am 5. November 1932 stand der Streik auf dem Höhepunkt, am 6. November fand schon wieder Reichstagswahl statt, die zwar einen Rückgang der nationalsozialistischen Abgeordneten auf 196 mit sich brachte — aber auch gegen 196 Nationalsozialisten ließ sich so wenig regieren, wie gegen 230. Der Rückgang an Stimmen war kein Zeichen für eine falsche Taktik des Nationalsozialismus, sondern nur ein Zeichen dafür, wie sehr insbesondere weite bürgerliche Schichten, die immer noch nicht den nationalen Gedanken und die Interessen ihres eigenen Geldsackes auseinanderhalten konnten, durch Anpassung an den jüdisch-kapitalistischen Geist sittlich minderwertig geworden und entartet waren. Trotzdem war der Rücktritt Papens unvermeidbar. Die Stunde der Berufung Adolf Hitlers wäre da gewesen, jedoch unter dem Beifall der jüdischen Presse schaltete sich noch ein „Retter des Kapitalismus", General von Schleicher, als Zwischenkanzler ein. Aber eher als man gedacht hatte, hatte auch er abgewirtschaftet. Am 28. Januar 1933 trat auch Schleicher, dem der Reichspräsident von Hindenburg keine Vollmachten zum Weiterwursteln mehr geben wollte, zurück. Die Bahn war frei!

Am 30. Januar wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Zwar gehörte vorerst dem Kabinett noch der deutschnationale Parteiführer Hugenberg als Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister an, aber die Führung lag in den Händen Adolf Hitlers. Herr von Papen, der seine diplomatischen Fähigkeiten bei der Bildung des Kabinetts Hitler in dankenswerter Weise eingesetzt hatte, wurde Vizekanzler. Die Hakenkreuzfahnen gingen über Deutschland hoch. Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler in der Wilhelmstraße zusammen mit dem greisen Generalfeldmarschall den stundenlangen Fackelzug der SA. und SS., des Stahlhelms und der erwachten Nation abnahm, begann ein neues Deutschland. Vierzehn Jahre Entartung und Entsittlichung, vierzehn Jahre Judenherrschaft

und Volksvergiftung, marxistischer Terror und Erniedrigungen hatten durch den heroischen Kampf und den überwältigenden Sieg Adolf Hitlers ein Ende genommen.

Die braunen Kolonnen der SA. und SS. hatten den Sieg an die uralten Fahnen des wiederkehrenden Lichtes geheftet. Sie haben bis zur letzten Stunde Blutopfer gebracht. In der Nacht vom 30. Januar fiel in Charlottenburg als Opfer kommunistischer Mordschützen der tapfere junge Sturmführer „Hanne" Maikowski. Leben und Tod schlang sich in eins, in dieser Stunde, in der die Grundsteine zu einem neuen Deutschland enthüllt wurden. In die Freude der Fackeln sah das bleiche Gesicht des Toten hinein, gleichsam als Mahnung, über die Siegesfreude nicht den Ernst des deutschen Schicksals zu vergessen, nicht die Schuld eigenen Verfalls, die so viele brave Kameraden mit dem Tode für ihr Volk selbstlos gesühnt haben! Dieser Tod auf der Höhe des Sieges hat eine friderizianische Größe. Er drückt besser den schweren, bitterschweren Kampf, den Ernst dieser Bewegung und der Aufgaben aus, vor denen sie steht, als alle willige Begeisterung.

„Zündet keine Kerzen dem Sieger in der Schlacht,
danket Gott im Herzen, daß wir es vollbracht,
was wir errungen haben, das war wahrhaft Not —
Siege sind Himmelsgaben — denket an den Tod!".

(Theodor Fontane).

*

Die gesetzliche Regelung der Judenfrage.

Nach dem nationalsozialistischen Siege mußte auch die Rechtsstellung der Juden in Deuschland notwendigerweise geändert werden. Die politischen Machtpositionen, die das Judentum als Träger des Weimarer Staates in der Verwaltung gewonnen hatte, konnten ihm nicht belassen und die — (in der diesem Buch beigefügten Statistik nachgewiesene) — Überbesetzung der akademischen Berufe mit Juden konnte nicht länger geduldet werden, zumal ein großer Teil der jüdischen Ärzte und Zahnärzte von den unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Krankenkassen in jeder Weise bevorzugt worden war. Ferner mußte vor allem dem unerträglichen Überhandnehmen des Ostjudentums in Deutschland ein Ende gesetzt werden. Meistens war es möglich, erst einmal die paßlosen oder mit abgelaufenen

Pässen im Lande lebenden Ostjuden abzuschieben. Mehreren Tausend anderen Ostjuden, die persönlich unzuverlässig waren, wurde zunächst einmal der Handel verboten, so daß, ganz abgesehen von den vielfacher Verbrechen schuldigen und bisher unter dem alten System allzu schonend behandelten Ostjuden, die nunmehr eingesperrt werden konnten, ganz allgemein ein Herausdrängen dieser schädlichen und daher unerwünschten Elemente einsetzte. Viel schwieriger war es in solchen Fällen, in denen es sich nicht um staatenlose oder um von den bisherigen Regierungen zu Unrecht mit der deutschen Staatsbürgerschaft bedachte Ostjuden handelte, sondern um Juden polnischer, rumänischer oder ungarischer Staatsangehörigkeit. Hier war leider irgendein Vorgehen ausgeschlossen, da es sich durch internationale Abkommen von selbst verbot. Die beigefügte Statistik zeigt, wie zahlreich diese vielfach moralisch minderwertigen Juden fremder Staatsangehörigkeit allein in Berlin sind, wo sie sich zum Schaden der deutschen Einwohner in geradezu aufdringlicher Weise breit machten.

Die marxistischen Juden, die in der Führung oder Presse der besiegten marxistischen Parteien standen, dazu jene widerwärtige „Intelligenz" mit langen Haaren, Hornbrille und blaurasierten Backen, welche die Berliner Kommunistencafés bevölkerte und von dort seit Jahren gegen alles, was deutsch ist, gehetzt hatte, flohen wie ein verjagter Spatzenschwarm ins Ausland, um dort ihr Geschimpfe fortzusetzen. Bedauerlicherweise konnte man, da anfänglich die zuständige Stelle im Preußischen Innenministerium noch nicht in den Händen eines „scharfen Kutschers", sondern eines energielosen deutschnationalen Abgeordneten lag, dieser Flüchtlinge großenteils nicht habhaft werden. So konnten sowohl die Zeitungsjuden Theodor Wolff, Alfred Kerr und Georg Bernhard, wie auch der üble Tucholsky und der jüdische Hetzer Toller bedauerlicherweise ins Ausland entwischen. Ganz besonders schade ist es auch, daß Bernhard Weiß, der teuflische Quäler gefangener SA.-Männer in Berlin, entfliehen konnte. Wenn bei irgendeinem, so wäre bei diesem bösartigen Sadisten die Rache des Volkszornes berechtigt gewesen.

Diejenigen aber, deren man in Deutschland noch habhaft werden konnte, sind eingesperrt worden und man versucht, — (wenn auch sie zu bessern aussichtslos erscheinen dürfte) — sie nützlicher Tätigkeit zuzuführen.

Zugleich wurden selbstverständlich alle marxistischen Beamten, darunter auch die marxistischen Juden, aus dem Staats- und Gemeindedienst, alle marxistischen Lehrer aus der Lehrerschaft, alle marxistischen Studenten von den Universitäten und Hochschulen entfernt. Zur allgemeinen Regelung der Verhältnisse des Judentums in der Beamtenschaft wurden grundsätzlich nach Maßgabe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt I, S. 175) und den drei Durchführungsverordnungen vom 11. April, 4. Mai und 6. Mai 1933 (RGBl. I, S. 195, 233 und 245) folgende Bestimmungen getroffen, die durch ein „Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 13. Juni 1933“ ergänzt sind:

Beamte nichtarischer Abstammung sind in den Ruhestand zu versetzen, aber nicht solche nichtarischen Beamten, die bereits seit dem 1. August 1914 planmäßige Beamte gewesen sind. Den planmäßigen Beamten gleichgerechnet können nach Ermessen der Behörden diejenigen werden, die am 1. August 1914 sämtliche Voraussetzungen für die Erlangung ihrer ersten planmäßigen Anstellung erfüllt und zugleich die letzte hierfür erforderliche Prüfung erfolgreich abgelegt sowie sich während ihrer Beamtentätigkeit in hervorragendem Maße bewährt haben. Nicht in den Ruhestand versetzt werden ferner diejenigen nichtarischen Beamten, die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben. Als Frontkämpfer wird dabei angesehen, wer im Weltkrieg bei der fechtenden Truppe an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen hat. Es rechnen also nicht diejenigen hierzu, die sich, ohne vor dem Feind gekommen zu sein, während des Krieges aus dienstlichem Anlaß im Kriegsgebiet aufgehalten haben, d. h. die Leute auf Druckposten bleiben unberücksichtigt, während jeder, der einmal laut Eintragung in die Kriegsstammrolle an der Front gewesen ist, als Frontkämpfer gilt. Es ist diese Bestimmung von jüdischer Seite vielfach als etwas Entwürdigendes aufgefaßt worden, gleich als ob die jüdischen Kriegsteilnehmer nur der Vorteile wegen, später einmal Beamte bleiben zu können, ins Feld gegangen seien, während sie doch auch nur das Land hätten schützen wollen. Diese Auffassung ist irrig. Die Regelung zugunsten der Frontkämpfer trägt der Dankesschuld des deut-

schen Volkes Rechnung, die es gegenüber allen denen hat, die zur Verteidigung Deutschlands das Gewehr geschultert haben und an der Front standen. In Hinsicht auf diese moralische Verpflichtung des deutschen Volkes, die ihm heilig ist, ist darum auch das Prinzip der klaren Trennung vom Judentum in den Behörden durchbrochen worden. Das Weltkriegserlebnis ist so bedeutungsvoll für das deutsche Volk, daß eine solche Ausnahme wegen der Achtung vor einem Kameraden, der im gleichen Rock an der Front stand, geboten und notwendig erschien. Nicht in den Ruhestand versetzt werden ferner nichtarische Beamte, deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind. Diese Bestimmung ergibt sich aus dem gleichen Grunde, wie die Belassung der jüdischen Frontkämpfer in ihren Beamtenstellen.

Zu diesem Gesetz bemerkt die „CV.-Zeitung" (Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens): „Jüdische Kriegerwitwen, die Beamtinnen (z. B. Lehrerinnen, Wohlfahrtspflegerinnen usw.) geworden sind, müssen also in den Ruhestand versetzt werden, falls der Gesetzgeber sich dieser Fälle nicht noch besonders annimmt" („CV.-Zeitung" vom 11. Mai 1933).

Hier wird man aus Gerechtigkeitsgründen ruhig damit einverstanden sein können, daß jüdische Kriegerwitwen, die in ihrem Mann ja ihr Liebstes auf dieser Welt für Deutschland geopfert haben, genau so behandelt werden, wie jüdische Frontkämpfer, also in ihren Beamtenstellen bleiben können. Eine Regelung der Gesetzgebung in diesem Sinne wäre unbedenklich und von Herzen zu empfehlen.

Auf der anderen Seite gibt gegenüber solchen arischen Beamten, die, vielfach aus dem recht minderwertigen Motiv des Geldes oder der Beziehungen zum Weimarer Staate, sich jüdisch verheiratet haben, nur der § 4, der Entlassung wegen „politischer Unzuverlässigkeit" auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vorsieht, eine gewisse Handhabe. Hier wäre eine Ermessensvorschrift, die zur Versetzung solcher Beamten in den Ruhestand berechtigt, vielleicht eine notwendige Anregung.

Für die Neueinstellung von Beamten gilt auf Grund des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechtes vom 30. Juni 1933 (RGBl. I, S. 433) grundsätzlich, daß, wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet

ist, nicht als Reichsbeamter berufen werden darf. Reichsbeamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

Damit ist die Staatsverwaltung restlos dem Deutschtum wiedergewonnen, zumal dieselben Vorschriften entsprechend für das Beamtenrecht der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechtes gelten. Ein Gedanke Bismarcks ist so verwirklicht, den dieser am 15. Juni 1847 im Vereinigten Landtag aussprach:

„Wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würde, mit welchem ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht."

Der deutsche Staat in allen seinen Gliederungen ist ein arischer Rassestaat, er kann wohl nichtdeutsche, aber arische, von der gleichen nordischen Wurzel abstammende Volksgruppen einschließen, aber keine Juden nach seiner Umgestaltung vom liberalen Staatsbürgerstaat zum arischen Rassestaat mehr zu Beamten machen. Darum liegt in dem restlosen Ausschluß jeder Neuanstellung von jüdischen Beamten keine unbillige Härte gegen das Judentum, sondern nur eine Konsequenz der vom Nationalsozialismus verwirklichten Staatsauffassung.

Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Behördenangestellten und -arbeiter ist in ähnlicher Weise, wie die Regelung der Rechtsverhältnisse der nichtarischen Beamten geregelt worden. Auch hier bleiben die Frontkämpfer und diejenigen Nichtarier, deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind, im Dienst. Außerdem können bei wirtschaftlichen Betrieben, wenn zwingende Gründe vorliegen, Ausnahmen geschaffen werden. Die übrigen Dienstverträge mit Nichtariern werden gekündigt, wobei den Nichtariern noch auf drei Monate die bisherigen Bezüge weitergezahlt werden. Ferner erhalten sie außerdem drei Viertel der sonstigen klagbaren Bezüge, auf die allerdings Arbeitseinkommen aus Dienst-, Werk- oder Geschäftsbesorgungsverträgen angerechnet werden.

Bei den Rechtsanwälten (in Berlin über 50 Prozent jüdisch!) bleiben ebenfalls die Frontkämpfer, ferner diejenigen, die Väter oder Söhne im Felde verloren haben, endlich die bis zum 1. August 1914 zugelassenen auch weiter zugelassen. Die anderen verlieren die Vertretungsbefugnisse. Außerdem ist nichtjüdischen Rechtsanwälten die Bürogemeinschaft und die Sozietät mit diesen ausgeschlossenen Rechtsanwälten untersagt. Wichtig ist hier wieder die Regelung des Nachwuchses, d. h. die Tatsache, daß auf den Universitäten durch das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. 4. 1933 (RGBl. S. 225, 226) bestimmt ist, daß Neuaufnahmen nur 1,5 Prozent der Gesamtheit der Besucher jeder Schule an Nichtariern umfassen dürfen und für die übrigen bereits auf der Schule bzw. Hochschule befindlichen Nichtarier ein numerus clausus von 5 Prozent festgesetzt ist. Als Nichtarier werden nicht gerechnet und kommen auch bei Berechnung der Anteilzahl und Verhältniszahl nicht in Frage: „Reichsdeutsche nichtarischer Abstammung, deren Väter im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, sowie auch Abkömmlinge aus Ehen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen sind, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abkunft sind. Sie bleiben auch bei Berechnung der Anteilszahl und der Verhältniszahl außer Ansatz."

Damit sind auch Kinder jüdischer Eltern, wenn selbst beide Eltern jüdisch, aber jedenfalls zwei Großeltern nicht jüdisch sind, im Sinne dieses Gesetzes nicht als Nichtarier zu rechnen. Diese sehr entgegenkommende Regelung, die praktisch das Rassenprinzip beinahe aufhebt, ist noch einmal mit Rücksicht auf altansässigen jüdischen Bestand im Lande getroffen worden.

Bei den Ärzten, denen die Privatpraxis überhaupt freisteht, ist nur für die Kassenärzte ein Ausschluß der jüdischen Kassenärzte bestimmt (Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 24. April 1933). Zugelassen bleiben nur als Kassenärzte diejenigen Nichtarier, die schon vor dem 1. August 1914 niedergelassen sind, oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, oder an der Front oder in einem solchen Lazarett als Ärzte tätig gewesen sind. Bei dem Dienst als Ärzte an der Front wird man unzweifelhaft auch Dienst in Feldlazaretten und sonstigen ärztlichen Einrichtungen als Dienst an der Front zu rechnen

haben, wo Gefährdung durch feindliche Waffen vorgekommen ist, aber nicht Dienst in völlig ungefährdeten Etappen- und Heimatlazaretten, wo lediglich die üblichen Gefahren des ärztlichen Berufes vorlagen.

Die Grundzüge der in dieser Gesetzgebung entwickelten Rechtsidee, nämlich generell Juden von staatlichen und halbstaatlichen Institutionen auszuschließen, dagegen solche Juden, die entweder Frontkämpfer waren, oder vor dem 1. August 1914 zugelassen oder in ihrem Beruf tätig waren oder die Väter oder Söhne im Felde verloren haben, vor jeder Ausschaltung zu bewahren, wird man als den Grundgedanken der Judengesetzgebung auf dem Gebiet der staatlichen und halbstaatlichen Verwaltung ansehen dürfen. De lege ferenda wird man auch ruhig die gleiche Behandlung wie bei denjenigen, die Väter oder Söhne im Felde verloren haben, für jüdische Kriegerwitwen, die ihren Mann im Felde verloren haben, anregen dürfen.

Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Ausbildung gibt das Gesetz über den numerus clausus (Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen) eine im allgemeinen brauchbare Regelung. Auf wirtschaftlichem Gebiet liegen die Verhältnisse viel schwieriger.

Hier wird eines zu berücksichtigen sein: Der deutsche Staat ist ein arischer Rassestaat geworden. Seine Grundidee war immer deutsch und die Aufnahme der Juden in seinen Verwaltungskörper lediglich eine Folge der irrtümlichen Übernahme des Liberalismus und der dadurch bedingten Gleichsetzung von Juden und Deutschen als Staatsbürgern.

Die Wirtschaftsordnung, die der Nationalsozialismus übernommen hat, ist — wenn man überhaupt von einer solchen sprechen darf — eine kapitalistische. Ihre geistige Quelle im jüdischen Geiste und Getto des Mittelalters ist hier aufgezeigt worden. Sie wird, bis eine restlos nationalsozialistische Wirtschaftsordnung sie einmal ablöst, mit dem gleichen Geschick von Nichtjuden wie von Juden gehandhabt. Sie kann als Wirtschaftsmethode von jedem Volk an sich gehandhabt werden. Man ändert an ihr also nichts, wenn man jüdische Träger derselben lediglich durch deutsche Träger ersetzt. Darum kann es sich bei der Umgestaltung der jüdischen Stellung in dieser Wirtschaft lediglich darum handeln, gewisse lebenswichtige Wirtschaftsteile unter zuverlässige nationalsozialistische Führung zu stellen, nicht aber darum, wie es Mißbrauch aus Konkurrenzinteresse

gerne möchte, „schwarze Juden" durch „weiße Juden" zu ersetzen. In der Wirtschaft soll an sich die wirtschaftliche Befähigung gelten. Deshalb ist der jüdische Wirtschaftler, soweit er sich nicht staatsfeindlich betätigt oder staatsfeindliche Betätigung finanziert, an sich zu dulden. Daß die nationalsozialistische Presse sich nicht zur Werbung für jüdische Unternehmen hergibt, folgt aus der Geschichte und aus dem Sinn der nationalsozialistischen Bewegung. Ausschaltungsversuche aber gegen kleine jüdische Kaufleute, Privatangestellte und dergleichen sind vom Standpunkt staatsmännischer Überlegung aus sinnlos. Sie ändern an der wirklichen Lage gar nichts und sind vielfach nur zwecklose Härten.

Zwei Gesichtspunkte sind in dieser Frage ganz klar festzuhalten. Der Staat ist ein nationalsozialistischer Staat, in dem neue jüdische Eindringlinge nicht geduldet werden. Darum werden keine neuen jüdischen Beamten eingestellt. In dieser Frage ist starres Festhalten am Prinzip geboten.

In der Wirtschaft sind lediglich die „Kommandohöhen" in starker Weise in nationalsozialistische Hand gebracht worden, bzw. werden es noch. Eine Ersetzung von Trägern des kapitalistischen Geistes jüdischer Abstammung durch Träger des gleichen Geistes nichtjüdischer Abstammung ist innerlich unbegründet. Ganz allgemein ist dem Judentum die nicht staatsschädigende wirtschaftliche Betätigung nicht zu verbauen. Da eine Abwanderung altansässigen jüdischen Bestandes in Deutschland, der vielfach auch geschichtlich mit diesem Lande sich verbunden fühlt, praktisch gar nicht in Frage kommt, so besteht kein Grund, ihm etwa die Subsistenzmittel zu entziehen.

Andererseits ist mit der Niederlage der marxistischen Parteien und der Flucht ihrer marxistischen Führer und Intelligenz sowie mit der Ausweisung eines großen Teiles der aufdringlichen Ostjuden der unerfreulichste Teil des Judentums sowieso unschädlich gemacht.

Man wird als alter Judengegner nicht in den Verdacht plötzlich durchbrechender Judenfreundschaft kommen, wenn man die Binsenwahrheit ausspricht, daß der jüdische kleine Kaufmann Rosenbaum oder Aron, daß der alte Sanitätsrat Lewi, daß die kleine jüdische Familie in irgendeiner deutschen Stadt an sich durch die notwendig gewordene Trennung des Deutschtums vom Judentum auch menschlich vielfach schweres seelisches Leid getragen haben und noch tragen, mit dem der Neugestaltung an sich in nichts gedient ist. Die Regelung

der Judenfrage ist vom obersten Führer gesetzlich durchgeführt und wird weiter durchgeführt, wo es noch nötig ist, die Aufklärung des deutschen Volkes über die „Hyksos-Herrschaft", die wir überwunden haben, wird so allgemein verwirklicht, daß irgendwie geartete Versuche zur Erneuerung einer Judenherrschaft sogleich im Volk selbst auf heftigsten Widerstand stoßen würde — (dem Zweck dieser Aufklärung dient auch dieses Buch). Zwecklos aber und kleinlich wäre es, die verbliebenen Juden im privaten Verkehr mit besonderer Feindseligkeit odet verletzender Gehässigkeit zu behandeln. Daß sie selbst dem Nationalsozialismus gegenüber so gehandelt haben, ist noch kein Grund dafür, daß wir nach dem Siege als Einzelpersonen ihre Methoden übernehmen. Der besiegte Feind muß gewiß gehindert werden, aufs neue zum Angriff anzusetzen, ihn aber zu verhöhnen und gar für das politische Geschehen gänzlich unbedeutende Juden menschlich zu kränken, wäre nicht der Größe des errungenen Sieges entsprechend. Kleinliche Racheempfindungen, kleinliche Gehässigkeiten einzelner verwischen nur das Bild der großen geschichtlichen Rassenauseinandersetzung, sie sind nicht nur schädlich, sondern auch dumm.

Die Stellung des Judentums in Deutschland läßt sich am besten vergleichen mit der Stellung der Metöken im alten Athen. Sie haben wohl die bürgerlichen Rechte, aber grundsätzlich kein Recht auf Teilnahme an der Staatsleitung (die Ausnahmen für Frontkämpfer usw. ungerechnet). Solange sich keine Möglichkeit einer breiten Aussiedlung des Judentums auf ein eigenes Heimatland als weltweite Lösung des Judenproblems findet, eine Lösung, die für die alte jüdische Generation in Deutschland überhaupt nicht in Frage kommt, besteht kein Grund, sie in dieser Metökenstellung nutzlos zu bedrängen. Das gilt besonders für diejenigen Deutschen, die nach dem mühsam erfochtenen Siege der nationalsozialistischen Bewegung glauben, durch besondere Schärfe in der Judenfrage sich das Ansehen alter Kämpfer zu geben. Diese sehen die Weltbedeutung des Kampfes der beiden Rassen nicht, manchmal möchten sie nur selbst die Geschäfte des Herrn Cohn machen! Für solche Leute aber haben wir die Revolution nicht gemacht!

Viel wichtiger ist die Aufgabe, das deutsche Volk in allen seinen Lebensformen zu befähigen, auf arteigener Grundlage sich zu seinen guten Instinkten zu finden, nachdem es durch seine bösen und minder-

wertigen eigenen Instinkte einmal so tief gesunken war, daß es unter eine Judenherrschaft geriet. Erst wenn diese bösen und schlechten deutschen Instinkte: der Neid, die Profitgier, die Treulosigkeit gegenüber eigenen Werten, der schmachvolle Mangel an „Zivilcourage" überwunden sind, ist jedes Eindringen fremden Geistes ausgeschaltet. Ob der kleine Kaufmann Rosenbaum oder Cohn daneben noch Trikotagen verkauft oder sonstwie sich wirtschaftlich betätigt, bessert oder verschlimmert daran nichts. Das nationalsozialistische Parteiprogramm fordert darum auch, nicht nur den Juden um uns, sondern besonders den jüdischen Geist in uns zu bekämpfen. Hier hat der große „Neubau Deutschland" unter Adolf Hitler eingesetzt. Die schlimmste Stelle fremden Geistes im Deutschtum aber finden wir im marxistischen und im kapitalistischen Geiste völlig gleichmäßig vertreten. Dieser Geist aber lebt noch heute in großen Teilen unseres Volkes.

*

Der große Neubau.

Überschaut man das Werk der nationalsozialistischen Revolution schon nach ihren ersten Monaten, so findet man auf politischem Gebiete ein derartig imponierendes Neuschaffen, wie es die Weltgeschichte in so kurzer Zeit noch niemals erlebt hat.

Zum ersten Mal seit einem Jahrtausend deutscher Geschichte ist eine völlige Einheitlichkeit der politischen Führung erreicht. Nur eine politische Partei entscheidet, die NSDAP. — und diese Partei ist zugleich der Staat! Von der kleinsten Gemeinde im abgelegensten Winkel Deutschlands bis zur Spitze des Reiches herrscht der Nationalsozialismus; ein Wille bestimmt, der Wille des Führers; eine Weltanschauung regiert. Die vielbeklagte deutsche Uneinigkeit hat ein Ende gefunden.

Mit einem staatsmännischen Blick sondergleichen ist die ungeheuer schwierige Frage des Verhältnisses von Reich und Ländern geregelt — beide werden einheitlich vom Nationalsozialismus geführt. Dabei ist jede ungesunde und übertriebene Unifizierung, jede Zusammenballung aller politischen Kräfte der Nation nur in der Hauptstadt — an der das französische öffentliche Leben so schwer krankt — mit Geschick vermieden. Wohl gehen alle Fäden von der Zentrale

aus, aber gerade dasjenige, was der eigentliche Vorteil der deutschen Kleinstaaterei war: die Bildung von vielen kleinen Kulturmittelpunkten, ist in außerordentlich kluger Weise wiederhergestellt. Die Reichsstatthalter, die auf Grund des Reichsstatthaltergesetzes in den einzelnen Hauptstädten sitzen, die ihre Befugnisse vom Reichspräsidenten herleiten, sind nunmehr in der Lage, wirkliche Mittelpunkte für die Entwicklung der deutschen Kultur zu schaffen — eine Aufgabe, zu der die alten parlamentarischen Körperschaften und ihre wechselnden Ministerien gänzlich ungeeignet waren. Der staatsmännische Blick, mit dem hier Adolf Hitler zwischen den beiden Gefahren des Überzentralismus und des Bestehenlassens von Widerstandszentren die einzig mögliche Lösung, die nur er finden konnte, traf, zeigt die ganze Größe dieses deutschen Staatsmannes. Diese völlig einheitliche Gestaltung des deutschen öffentlichen Lebens nimmt zum ersten Mal jedem Gegner des Deutschtums alle machtpolitischen Stützpunkte, in denen er sich festsetzen könnte. Eine Opposition aus irgendeinem einzelnen Land oder einer Gemeinde gegen die Zentralgewalt ist nun nicht mehr möglich — alle separatistischen Möglichkeiten sind damit zerschlagen.

Aber auch alle Widerstandszentren im Volke sind auseinandergesprengt, die alten politischen Parteien haben sich selbst auflösen müssen und sind widerstandslos auseinandergelaufen. Sämtliche größeren Vereinigungen und Verbände des öffentlichen Lebens sind gleichgeschaltet, d. h. ihre Führung ist nationalsozialistisch geworden.

Politisch hat das deutsche Volk einen eisernen Panzer bekommen und nirgends mehr ist Platz und Einbruchsmöglichkeit für den Juden geblieben. Er ist aus dem politischen Leben des deutschen Volkes verschwunden, verschwunden sind die Parteien und Verbände, in denen er dominierte, und wo sie noch nicht verschwunden sind, da sind jedenfalls die Verbände und Vereine einheitlich vom Kraftstrom des Nationalsozialismus durchblutet. Das deutsche Volk hat *einen* politischen Willen.

Die Presse ist in der gleichen Weise vereinheitlicht worden, es gibt keine Oppositionspresse mehr! Es gibt nur noch eine nationalsozialistische Presse und eine Presse, die, ohne zur NSDAP. zu gehören, auf der im allgemeinen von der Staatsführung angegebenen Linie steht. Die Zersetzung des Volkes durch eine gegnerische Presse ist damit unmöglich gemacht.

In der Beamtenschaft ist bewußt ein neuer Geist geschaffen worden. Dabei hat man unnötige Härten vermieden. So sehr man es bedauern mag, daß man Juden in Deutschland im Weltkrieg zu Soldaten machte, weil dadurch die Gleichstellung von Juden und Deutschen unterstrichen wurde, — nun, wo dieses einmal geschehen war, hat der Nationalsozialismus selbstverständlich der Dankbarkeitspflicht gegen Juden, die an der Front standen oder deren Väter oder Brüder gefallen sind, dadurch Ausdruck gegeben, daß diese Juden in ihren Beamtenstellen verblieben sind. Andere Juden allerdings können nicht mehr Beamte werden. Wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Reichsbeamter berufen werden. Reichsbeamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen. Dazu gibt der § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtengesetzes die Möglichkeit, Beamte wegen politischer Unzuverlässigkeit zu entlassen, die aus dem Weimarer Regime übernommen sind und etwa ihre feindliche Gesinnung gegen den neuen nationalsozialistischen Staat zeigen.

Damit ist auch der Beamtenapparat fest in der Hand des neuen Staates. Alle Einbruchsstellen für deutschfeindlichen Geist sind geschlossen.

In der deutschen Jugend ist das gesamte Jugendverbandswesen dem nationalsozialistischen Reichsjugendführer Baldur von Schirach unterstellt; die bedenklich erscheinenden Verbände sind aufgelöst und eine wirkliche Durchdringung der gesamten Jugend mit dem Geiste des Nationalsozialismus ist gewährleistet. Auf den Universitäten ist durch Zusammenfassung des Studententums in der studentischen Reichschaft unter Führung des nationalsozialistischen Studentenführers Dr. Stäbel und durch Übergang der Führung in allen Organisationen an den Nationalsozialistischen Studentenbund auch für das Hochschul- und Fachschulwesen die Zusammenfassung der Jugend unter nationalsozialistischer Führung erreicht.

In der Wirtschaft ist durch einen ganz großen und bewundernswerten organisatorischen Umbau dem alten volkszerreißenden Kampf der Wirtschaftsorganisationen gegeneinander ein Ende gesetzt. In der „Deutschen Arbeitsfront“ sind alle Gewerkschaften und Unternehmerverbände unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt. Damit sind auch alle Banken und Versicherungskassen der verschiedenen

Organisationen unter die gleiche Oberleitung gekommen. Diese Zusammenfassung sehr erheblicher Guthaben und Geldmittel unter nationalsozialistischer Führung in der Hand der organisierten deutschen Arbeit bedeutet auch rein wirtschaftlich eine ungeheure Waffe gegen finanzielle Eroberungszüge des internationalen Finanzkapitals. Niemals war soviel Geldkraft und Geldmacht in der Hand der Arbeit vereinigt wie jetzt!

Die deutsche Landwirtschaft ist unter Führung des nationalsozialistischen Bauernführers Walter Darré genau so wie die Arbeitsfront unter Führung von Dr. Ley, in einer großen Organisation ergriffen und einsatzfähig gemacht. In entsprechender Weise sind auch Handwerk und Mittelstand organisiert.

Der berufsständische Staat bereitet sich so vor; in den gewaltigen neugeschaffenen und auch geistig unter nationalsozialistischer Führung genommenen Organisationen sind seine gewaltigen Grundquadern gelegt. Zugleich erfüllen all diese Organisationen die Aufgabe der Erziehung des Volkes im nationalsozialistischen Sinne, und die rücksichtslose Verfolgung des Marxismus bis in seine letzten Schlupfwinkel hinein nimmt diesem die Möglichkeit, noch einmal sich irgendwo festzusetzen. So schwer und mühsam auch vielfach diese Neuorganisation ist und so sorgenvoll oft ihre Gestaltung war — mit jedem Monat, den sie länger funktioniert und Leben gewinnt, vollzieht sich zugleich im Bewußtsein des Volkes eine Überwindung der alten, zerstörenden Kräfte. Die Wunden, die jüdischer Kapitalismus und jüdischer Marxismus mit Hilfe der durch diese Ideen bis ins Tiefste verderbten „Deutschen“ am Volkskörper aufgerissen und künstlich offen gehalten haben, sind erst einmal verbunden. Mit aller Wucht hat zunächst einmal dieser neue Staatskörper die vordringlichste Aufgabe der Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen. Wenn es ihm bisher möglich war, über 2 Millionen deutsche Arbeiter wieder in die Produktion einzugliedern, so kann er hoffen, daß der Vierjahresplan Adolf Hitlers zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Wiedererstarkung des Bauernstandes zu vollem Erfolg führen wird.

Daneben wird unter dem Losungswort „Arbeit adelt“ ein neues Arbeitsethos zu verwirklichen gesucht. Es entspricht gewiß nicht germanischer und deutscher Lebensauffassung, die Arbeit als einen Fluch anzusehen und als das größte Unglück, das ein zorniger Gott über die Menschen verhängen kann, die Tatsache zu empfinden, daß man

„im Schweiße seines Angesichts sein Brot essen müsse". Im Gegenteil! Gesunde Arbeit und Tätigkeit empfindet der germanische Mensch als eigentliche Lebensaufgabe. Für ihn ist die Arbeit und schöpferische Tätigkeit ein Stück vom Sinn des Lebens selbst. In allen Schichten des Volkes und gerade in den durch den mammonistischen Geist verderbten Schichten die Achtung vor der Arbeit aufs neue zu wecken und besonders in den Herzen der Jugend zu verwurzeln, dient die Organisation der Arbeitsdienstpflicht. In gemeinsamer Arbeit für die Nation Werte schaffend soll hier jedes Jahr ein neuer Jahrgang unserer Jugend den Wert und die Ehre der Arbeit kennen lernen, in kameradschaftlicher Verbindung heranwachsen und die künstlich vom Fremdgeist gezogenen Klassenschranken in sich selbst überwinden.

Eine der allergrößten Taten aber ist die Schaffung des bäuerlichen Erbhofrechtes. Ausdrücklich ist in seiner Einleitung der Trennungsstrich gezogen gegen den händlerischen Geist, der unser Volk wurzellocker gemacht hat. Die Einleitung zu diesem Gesetz sagt:

„Die unlösbare Verbundenheit von Blut und Boden ist die unerläßliche Voraussetzung für das gesunde Leben eines Volkes.

Die bäuerliche Bodenverfassung früherer Jahrhunderte sicherte im früheren Deutschland diese aus dem natürlichen Lebensgefühl heraus geborene Verknüpfung auch gesetzlich. Der Bauernhof war das unveräußerliche Erbe des angestammten Bauerngeschlechtes.

Artfremdes Recht drang ein und zerstörte die gesetzliche Grundlage dieser bäuerlichen Verfassung. Trotzdem bewahrte der deutsche Bauer mit gesundem Sinne für seines Volkes Lebensgrundlage im Wege der Sitte in vielen Gauen des Landes den Bauernhof von Geschlecht zu Geschlecht ungeteilt.

Unabweisbare Pflicht der Regierung des erwachten Volkes ist die Sicherung der nationalen Erhebung durch gesetzliche Festlegung der in deutscher Sitte bewahrten unauflöslichen Verbundenheit von Blut und Boden durch das bäuerliche Erbhofrecht."

Dieses Erbhofrecht macht die Veräußerung der in die Erbhöferolle eingetragenen Höfe von einer Genehmigung des Anerbengerichts abhängig und verhindert durch Schaffung eines Anerbenrechtes die Erbteilung des Hofes. Nur wer deutscher Staatsbürger und deutschen oder stammesgleichen Blutes ist (d. h. nicht jüdischer oder farbiger

Abkunft bis ins zweite Glied), kann Bauer, d. h. Eigentümer eines Erbhofes sein.

Hier ist ein zukunftsweisendes Gesetz geschaffen worden, das zum ersten Male nach den Zeiten der Auflösung wieder anknüpft an das uralte „Odal", das unverkäufliche Lehen des urnordischen Bauern, hier ist eine Fehl- und Fremdentwicklung überwunden, und man wird dem Wunsche aus tiefster Seele zustimmen dürfen, den der „Amtliche Preußische Pressedienst" der nationalsozialistischen Regierung ausspricht:

„Möge es dem gesunden deutschen Bauernstande gelingen, nachdem ihm nunmehr die geschichtliche Grundlage für eine kraftvolle Weiterentwicklung gegeben ist, seiner Aufgabe, Rückgrat der Nation zu sein, gerecht zu werden. Möge der deutsche Bauer auf seinem Erbhofe nicht nur die Ackernahrung für seine Familie gesichert sehen, sondern unter den Sicherungen des Gesetzes diejenige überschüssige Lebenskraft hervorbringen, die ihm und damit dem gesamten Volke die Möglichkeit des Aufstiegs auf allen Gebieten des völkischen Lebens gewährt. Möge aus Blut und Boden ein neuer durch Arbeit für die Nation erworbener Adel sich bilden."

Gewiß liegen auf dem Wege zu dieser vollkommenen Neugestaltung noch ungeheure Aufgaben der politischen Erziehung des gesamten Volkes, der Befreiung vom Fremdgeist auf allen Gebieten, der wirklichen Lösung der sozialen Frage. Aber so verkehrt es wäre, die Schwierigkeit dieser Aufgaben zu verkleinern oder etwa gar in eitler Selbstzufriedenheit bei dem Errungenen nunmehr Feste feiernd verharren zu wollen, so notwendig ist es andererseits auch, in Geduld und vorbehaltloser Mitarbeit an der Verwirklichung der nächstliegenden Aufgaben mitzuschaffen und dem Führer auf jedem Gebiete, und sei es noch so unbedeutend, zu helfen.

Immer wieder muß das eine durchaus klar betont werden: wir Deutschen sind von Natur gewiß keine Engel, wir sind nicht gegen unsern eigenen Willen vom Judentum überfremdet worden, sondern aus schlechtem Instinkt heraus hat eine Schicht unseres Volkes nach der anderen sich aus eigenen schlechten Neigungen dem jüdischen Einfluß ergeben und die Zersetzung unseres Volkskörpers überhaupt erst ermöglicht. Es genügt nicht, den Juden um uns aus den entscheidenden Positionen unseres öffentlichen Lebens zu verdrängen — wir müssen selber erst lernen, im Eigenen ungestört zu ruhen. Wir

müssen selber erst auf allen Gebieten eine arteigene deutsche Lebensform entwickeln. Wir müssen vor allem jenen Geist, den wir als artfremd empfinden, in uns selbst überwinden, ehe wir hoffen können, ihn um uns ganz überwinden zu können.

Ein so straff zusammengefaßtes Staatswesen, wie es Adolf Hitler dem deutschen Volke geschenkt hat, ist eine letzte Chance zur Selbstbehauptung der deutschen Nation. Es kann dem deutschen Volk und seinen Massen Vertrauen auf seine eigene Stärke, festes Zusammenhalten des Deutschtums auch über die Reichsgrenzen hinaus und Unangreifbarkeit gegen jeden fremden Angriff, der es von innen sprengen möchte, geben. Es wäre aber verkehrt, die Gefahren zu verheimlichen, die entstehen können. Derjenige Teil des Judentums, der auf seine Weltherrschaftsziele nicht verzichten will, wird auch noch nach Jahrzehnten ein unversöhnlicher Gegner bleiben. Ihm gegenüber darf man nicht im Volke weich werden, ihn darf man nicht als erledigt ansehen.

Die glänzende Neuordnung aller politischen Körperschaften in Reich, Land, Gemeinde und öffentlichem Leben nach dem Führerprinzip hat auf einen Schlag das unverantwortliche System der Mehrheitsabstimmungen beseitigt und schafft außerordentliche Möglichkeiten zur Entwicklung verantwortlicher Führerpersönlichkeiten. Die Gefahr, die hier auftreten kann, ist gelegentlicher Rückfall in lakaienhafte Unterwürfigkeit, auch gegenüber ganz kleinen Unterführern, Preisgabe auch berechtigter Persönlichkeitswerte des einzelnen. Durch den stark ostischen Rasseeinfluß und die Spießerhaftigkeit, die nun einmal im deutschen Volke da sind, ist diese Gefahr verschärft. Sie würde sehr ungermanische Erscheinungen zeitigen und rasch in äußere Lobrederei und inneres Maulen ausarten. Diese Gefahr kann vermieden werden. Der oberste Führer will immer nur das Rechte, wo also irgendwo von unteren Organen offenbare Mißgriffe gemacht werden, ist jeder vor seinem Gewissen verpflichtet, dagegen Front zu machen, damit die höheren Stellen darauf aufmerksam werden, denn es ist unnordisch und ungermanisch, Unrecht zu leiden und Unrecht zu dulden, wo es geschieht.

Am allerernstesten aber ist die biologische Gefahr, die unser Volkstum bedroht. Es ist erschütternd, wie bereits heute das deutsche Volk auf dem Aussterbeetat der Geschichte zu stehen scheint. Medizinalrat

Dr. Gütt stellt in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ (Heft 38, 1933) die Lage folgendermaßen dar:

„Was wir aber seit der Revolution von 1918 nach dem Weltkriege erleben mußten, war ein Versagen und Niedergang unseres Volkes selbst. Die Folgen waren dieselben wie in Griechenland und im alten Rom, indem als unweigerliche Folge dieses Niedergangs schon heute ein Absterben unseres Volkes eingesetzt hat.

Bezogen auf 1000 Deutsche nahmen die Geburten des Jahres 1872 von etwa 41 a. T. auf 15,9 a. T. im Jahre 1931 ab. Wie gewaltig der Geburtensturz in den letzten Jahren ist, ersieht man daraus, daß wir bereits Frankreich mit 18,1 Geburten auf Tausend unterschritten haben. So wurden bei uns im Jahre 1931 nur 1 030 000 Kinder geboren, während in Polen heute etwa 1 010 000 Kinder, also fast genau so viele Säuglinge wie in Deutschland jährlich geboren werden, obgleich es nur 30 Millionen, also die Hälfte der deutschen Einwohner zählt.

Was bedeutet das nun? Der Rassenforscher Lenz, München, hat ausgerechnet, daß unter Berücksichtigung des Altersaufbaues unseres Volkes heute schon ein Drittel, also rund 300 000 Kinder zu wenig geboren werden, um unser deutsches Volk als Volk im Herzen Europas zu erhalten! Während Deutschland 1910 bei 65 Millionen Einwohnern noch 22 Millionen Kinder unter 15 Jahren hatte, sind es 1931 nur noch 15,8 Millionen; ja, am natürlichen Aufbau unserer Bevölkerung, d. h. zur augenblicklichen Zahl von erwerbsfähigen Menschen und gebärfähigen Frauen, fehlen uns heute bereits 8 bis 8½ Millionen Kinder, die infolge des Krieges und in den Nachkriegsjahren überhaupt nicht mehr geboren sind. Das Zweikindersystem des Jahrzehnts nach dem Kriege ist bereits überholt und der Weg in der Richtung zum Einkindersystem beschritten. Einstweilen sind Ehen mit zwei Kindern noch am häufigsten, aber kinderlose und Einkindehen sind jede für sich bereits häufiger als Ehen mit drei Kindern. Das Wort Burgdörfers muß unterstrichen werden: „Das deutsche Volk treibt biologisch dem Abgrund zu!“ Die um 1960 im Fortpflanzungsalter stehende Generation wird, wenn die Geburtenziffer sich nicht wieder hebt — und dafür besteht einstweilen keine Aussicht — einen Nachwuchs hinterlassen, der nach Lenz nur 44% der um 1930 heiratenden Generation ausmacht. Gegen Ende dieses Jahrhunderts wird das deutsche Volk auf 40 v. H. seines gegen-



Adolf Hitler tröstet die Mutter eines gefallenen SA.-Mannes (im Hintergrunde Dr. Goebbels und Johannes Engel)



Sturmführer Maikowskis letzte Fahrt

wärtigen Bestandes zurückgegangen sein. — Hand in Hand damit geht eine Überalterung und Vergreisung unseres Volkes, d. h. die Zahl der über 65 Jahre alten Leute nimmt prozentual im Verhältnis zur Zahl der Kinder und erwerbstätigen Menschen dauernd zu, was zu einer immer mehr ansteigenden Zunahme der Soziallasten führen muß."

Dazu kommt die ungeheure Gefahr der qualitativen Verschlechterung des Volkes. Im gleichen Heft der „Nationalsozialistischen Monatshefte" schreibt einer der besten Kenner, Dr. Hammesfahr-Magdeburg:

„Es ist eine furchtbare Tatsache, daß alle Minderwertigen sich annähernd doppelt so schnell vermehren wie die Hochwertigen. Besonders auffällig ist dies auf dem Gebiete der geistigen Leistungsfähigkeit. Im Jahre 1926 z. B. wurden in München die Geschwisterzahl und die Schulleistung von 500 Lehrlingen festgestellt. Die Gruppe, welche durchschnittlich Schulnote II hatte, stammte aus Familien von durchschnittlich zwei bis drei Kindern, während die Inhaber der Note V aus sechs bis sieben Kinder habenden Familien kamen. Ähnliche Ergebnisse wurden überall gefunden, wo solche Untersuchungen stattfanden, so in der Schweiz, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Man kann also sagen, daß die Vermehrung unserer Bevölkerung hauptsächlich den geistig Unbegabten überlassen ist. Hier wirft sich nun die Frage auf, warum nicht jetzt schon eine allgemeine Verblödung des Volkes eingetreten ist. Die spärlichen Erhebungen aus den achtziger Jahren zeigen, daß damals die Begabten gerade so fruchtbar waren wie die Unbegabten, und da die Unbegabten eine größere Kindersterblichkeit hatten, war der tatsächliche Nachwuchs der Begabten größer als der der Unbegabten. Der Umschwung der Verhältnisse dürfte wohl etwa um das Jahr 1900 erfolgt sein.

Wir haben bis jetzt nur zwei Tatsachen festgestellt:

1. durch die sich immer mehr verschärfende Gegenauslese des jetzigen Lebens steigt die Zahl der Minderwertigen mit rasender Geschwindigkeit.

2. Die Minderwertigen pflanzen sich mehr als doppelt so schnell fort wie die Hochwertigen.

Angenommen, die Zahl der Minderwertigen und die der Hochwertigen würden sich heute die Waage halten, so daß also die Hälfte

des Gesamtvolkes aus Hochwertigen, die andere Hälfte aus Minderwertigen bestände, so würden nach der bekannten Rechnung von Lenz nach hundert Jahren schon 88,9% Minderwertiger und nur noch 11,1% Hochwertiger vorhanden sein. Nach 300 Jahren hat sich das Verhältnis gewandelt in 99,8% Minderwertiger und 0,2% Hochwertiger und die Hochwertigen wären damit praktisch verschwunden.

Wenn wir uns also nicht bewußt gegen die Überhandnahme der Minderwertigen wehren, sinkt die Wertigkeit des gesamten Volkes immer tiefer und tiefer. Schon jetzt ist ein Teil unseres Volkes körperlich und geistig nicht mehr fähig, seinen Unterhalt selbst zu verdienen oder ganz im allgemeinen als nützliches Mitglied der Volksgemeinschaft zu leben.

Im Jahre 1877 wurden in Irrenanstalten verpflegt 40 375 Personen, im Jahre 1926 waren es 252 793. Hinzu kommt noch das Heer der Landstreicher und der durch angeborene Minderwertigkeit dauernd die Gefängnisse bevölkernden Gewohnheitsverbrecher. Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn man annimmt, daß eine runde Million Menschen schon jetzt als nützliche Mitglieder der Volksgemeinschaft ausscheiden."

Welche Kosten diese steigende Masse Minderwertiger verursacht,, zeigt eine ganz knappe Zusammenstellung. So verausgabte der Provinzialverband Brandenburg schon 1909 für Geisteskranke, Taubstumme und Blinde 5 Millionen Mark, die Stadt Berlin 5 Millionen für ihre Irrenanstalten. Nach einer Angabe für das Jahr 1911 wurden für Preußen an Minderwertigen in Anstalten rund 133 000 gezählt. Allein ihre Verpflegung kostete 33 Millionen Mark. Interessant ist die Gegenüberstellung des Aufwandes des Staates für einen normalen Volksschüler und für einen Hilfsschüler: die Ausgaben für den ersteren betragen 120—130 M. pro Jahr, für den letzteren etwa 250 M., also das Doppelte. Die Kosten für die preußische Fürsorgeerziehung betrugen im Jahre 1909 rund 10 Millionen Mark. Da die Erziehungserfolge meistens ausbleiben, dürfen wir uns nicht wundern, daß Strafverfolgung und Strafvollzug in Deutschland vor dem Kriege auf 100 Millionen Mark gekommen sind.

Die in diesen Zahlen liegende Tragik wird noch durch den Umstand erhöht, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Internierten

wesentlich verlängert ist; in Lippe ist die Erhöhung innerhalb eines Jahrhunderts mit 10 Jahren bemessen.

Hier ist in der Schaffung des Ehestandsdarlehns bereits der erste Schritt zur Hebung der deutschen Volkszahl gemacht worden. Junge Ehepaare erhalten in Bezugsscheinen auf Möbel und Hauseinrichtungen Darlehen, die es ihnen ermöglichen, sich jedenfalls einzurichten. Mit der Geburt jedes Kindes aus dieser Ehe fällt ein Viertel der Darlehnssumme als getilgt weg.

Auf dem Gebiet der Reinigung und Säuberung des Volkes von Degenerierten und Erblichbelasteten ist erst einmal mit dem Abschub von mehreren Tausend Asozialen in Konzentrationslager der Anfang gemacht. Danach wurde die Sterilisation des erblich minderwertigen Volksteiles gesetzlich geregelt. Jeder verbrecherische Erbstamm, der erlischt, bedeutet aber zugleich eine soziale Entlastung für das ganze Volkstum!

Als positive Aufgabe aber erscheint die Schaffung von neuem Bauerntum, die überhaupt erst dem wurzellos und heimatlos gewordenen Teil unseres Volkes die Aufzucht von Kindern ermöglichen kann.

Mischehen mit Juden werden praktisch unmöglich gemacht, damit nimmt die zerstörende Zersetzung unseres Volkstums durch eine fremde Rasse erst einmal für die Zukunft jedenfalls ein Ende.

Alle diese Aufbauarbeiten sind in wenigen Monaten durchgeführt oder in Angriff genommen worden. Die Arbeit am Neubau des neuen Reiches schreitet rüstig vorwärts; es findet eine so starke Rückbesinnung unseres Volkes auf seine eigenen Grundlagen und Werte statt, eine solche Abkehr von der Linie des Verfalles, auf die unser Volkstum seit Jahrhunderten geraten war, daß man ohne Übertreibung sagen darf: der deutsche Verfall ist zum Stillstand gekommen, die Entwicklung der Entartung ist aufgehalten und die Formen eines arteigenen Wesens zeigen sich immer deutlicher und immer kraftvoller. Vielleicht wird einmal unter großen Gesichtspunkten ein Historiker die Periode von der Karolingerzeit bis Adolf Hitler bezeichnen als eine Periode der trotz vieler Großtaten fortschreitenden Fremd- und Selbstvergiftung des Deutschtums und wird den Wendepunkt dieser Entwicklung im Januar 1933 sehen können. —

*

Israel, wohin?

Der Kampf in Deutschland ist entschieden. Es wäre eine ungeheure Vermessenheit und Unklugheit von jüdischer Seite zu glauben, man könne die einmal gefallene Entscheidung rückgängig machen, man könne der nationalsozialistischen Bewegung die einmal verlorene Macht auf irgendeinem gegenrevolutionären Wege entreißen. Mag der nationalsozialistische Neubau mit noch so vielen Schwierigkeiten zu ringen haben, so ist er doch der einzige Weg zur Gesundung Deutschlands.

In Deutschland ist das Judentum ein für allemal geschlagen. Es wird nie mehr dieses Land beherrschen.

Das ist aber nicht der zufällige Verlust nur eines Landes, sondern der Anfang vom Ende der jüdischen Weltherrschaftsträume überhaupt. Die nationalen Erneuerungsbewegungen, die heute in vielen Ländern sich zeigen, sind auch dort nur Vorboten von Bewegungen, die in ganz ähnlicher Weise wie der Nationalsozialismus in Deutschland das Judentum aus den dortigen Volkskörpern politisch ausschalten werden. Trotz aller Gegenwehr ist es nur eine Frage der Zeit, wann auch in diesen Ländern die Stunde schlägt, in der die Völker zwischen sich und dem Judentum einen Trennungsstrich ziehen werden. Das ist auch eine historische Notwendigkeit. Das Judentum ist groß geworden im Schutze der absoluten Fürstenmacht, aber diese ist heute verschwunden und nicht wiederherstellbar. Es hat dann als Schöpfer und Vortrupp des modernen Kapitalismus eine unerhörte wirtschaftliche Vormacht erlangt, aber je größer die Völker geworden sind, desto enger und beschränkter sind die Märkte geworden, desto weniger ist Platz und Neigung für den alten, freien, hemmungslosen Kapitalismus. Die Jugend aller Völker ist antikapitalistisch in ihrer Gesinnung geworden. Das ist der Grund dafür, daß fast überall die freie Macht des Großkapitals eingeschränkt wird, daß in allen Ländern die Hochfinanz auf die Anklagebank verwiesen ist und für schuldig an den wirtschaftlichen Übeln erklärt wird. Im vorigen Jahrhundert konnte sich das Judentum dadurch durchsetzen, daß es als Stimmführer des Bürgertums gegen die alten feudalen und halbfeudalen Mächte auftrat — heute sind diese alten Mächte zur völligen Bedeutungslosigkeit heruntergedrückt und das Bürgertum hat sich,

vom Kapitalismus enttäuscht, in weitestem Maße dem Gedanken einer organisierten Bedarfswirtschaft in irgendeiner Form zugewandt.

Das Judentum hat damit nicht nur seinen Gegner, die feudalen Mächte, verloren, gegen die es stets aufs neue die Massen mobilisieren konnte, — es hat gleichzeitig seine Gefolgschaft eingebüßt, ja diese ist vielfach zu seinem erklärten Gegner geworden. Mißglückt ist auch sein Versuch, die Industriearbeiterschaft für sich zu organisieren. Die marxistischen Parteien überall in der Welt sind in dauerndem Rückschritt begriffen. Mit Ausnahme Rußlands, das der Marxismus durch einen Handstreich erobern konnte, wird ihm wohl kaum ein anderer Staat mehr in die Hände fallen. Das ist verständlich, denn die steigende Anteilnahme der Arbeiterschaft am nationalen Geistesleben verbindet sie immer enger mit ihrem eigenen Volke und löst sie geistig immer mehr von dem Traumbild der Internationale. Auf der anderen Seite wird der Gegensatz zwischen den „gebildeten" und „ungebildeten" Schichten immer geringer, auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Vielfach ist die Lebenshaltung fast gleich geworden. Das hat aber nicht zur Schaffung einer internationalen proletarischen Ideologie in der „gebildeten" Schicht, sondern vielmehr zum praktischen Verschwinden eines großen Teiles der Klassengegensätze geführt. In manchen Völkern, wie dem deutschen, hat sich die Angleichung auf einer durchaus nicht mehr so weit voneinander entfernten Lebensstufe so sehr durchgesetzt und vor allem in der Jugend verwirklicht, daß der alte Gegensatz von „Proletarier" und „Bürger" einem neuen Typ, dem Typ des deutschen „Schaffenden" Platz macht. Der Nationalsozialismus verwirklicht diese Volksgemeinschaft bewußt — aber auch in anderen Völkern bereitet sich sichtbar die gleiche Entwicklung vor. Trotz aller Anstrengungen entgleitet auch das Industriearbeitertum der jüdischen Führung.

Auf geistigem Gebiet vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß. Die moderne Religionswissenschaft nimmt rein sachlich dem Judentum den Nimbus des ersten monotheistischen Volkes; die mit der wirtschaftlichen Neugestaltung verbundene Neugestaltung des Rechtes entzieht dem an die kapitalistischen Formen gebundenen jüdischen Rechtsdenken den Boden; die moderne von der Rasse ausgehende Biologie nimmt auch dem jüdischen Arzt viel an Arbeitsfeld und geistiger Stellung fort. Alle diese Entwicklungen haben erst eingesetzt und gehen weiter. Man kann es geradezu als ein Zeichen

des anbrechenden neuen Weltzeitalters ansehen, daß dem Judentum — drastisch gesprochen — „alle Felle wegschwimmen". Es gleicht darin in etwa dem Fischer in dem Märchen „Der Fischer und seine Frau". Erst wollte er aus der Hütte in den Bauernhof, dann vom Bauernhof in den Gutshof, dann vom Gutshof in das Königsschloß und zum Schluß wollte er der „liebe Gott" sein — und dann saß er wieder in seiner Hütte. Das Judentum wollte erst nur die wirtschaftliche Beherrschung der unteren Schichten, dann gewann es die wirtschaftliche Beherrschung der Fürsten, dann die wirtschaftliche und politische Beherrschung der Staaten in der Zeit des Aufstieges des Hauses Rothschild, schließlich versuchte es die Weltherrschaft zu bekommen, und jetzt ist es drauf und dran, alles zu verlieren, und kann diese Entwicklung kaum aufhalten.

Vielleicht der feinste politische Kopf des modernen Polens und gewiß kein Freund Deutschlands, der alte Roman Dmowski, schrieb unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland im „Kurjer Poznanski" unter der Überschrift „Die Juden im zwanzigsten Jahrhundert":

„Heute ist das ganze Judentum trotz allem, was es von Europa übernommen hat, wegen seiner seelischen Eigenheiten, seiner Stellung zu den europäischen Völkern und der Rolle, die es unter ihnen spielt, namentlich aber wegen des Typus seiner Organisation mindestens ein ausgesprochener Anachronismus geworden. Alle Anarchronismen müssen untergehen. Das ist ihre Bestimmung, von der nichts sie retten kann. Das zwanzigste Jahrhundert wird zu einer Epoche, die das jüdische Kapitel in der Weltgeschichte abschließt."

Die politische Machtstellung geht ihm verloren, die wirtschaftliche Machtstellung folgt hinterher — diese Kämpfe werden bis zu ihrer Beendigung in allen Ländern noch dieses Jahrhundert ausfüllen. Was bleibt? Es wird ein Volk von etwa 12 bis 15 Millionen Rassejuden bleiben, verteilt in der ganzen Welt und von allen mit der Verdrängung aus ihren jetzigen Wohnsitzen bedroht. Man braucht keine große prophetische Gabe dazu, um vorauszusagen, daß die judengegnerische Bewegung, die in Deutschland gesiegt hat, in den gesunden und urwüchsigen slawischen Ländern sich fortsetzen wird.

Vielleicht wird das Judentum bereits so alt und unklug sein, um alle diese Positionen verbissen ringen zu wollen — es wird ihm nichts nützen, aber es kann zu seiner vollkommenen Vernichtung

führen. Wenn es klug ist, wenn es noch gesunde und junge Kräfte in sich fühlt, müßte es erkennen, daß die Zeit aller übernationalen Mächte zu Ende ist. Es müßte dann bereit und willens sein, ehrlich die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Die Assimilation an die europäischen Völker wird ihm mit jedem Tage mehr versperrt; es befindet sich in der Gefahr, eines Tages unter lauter Völkern zu sitzen, die es nicht mehr haben wollen. Wenn es klug ist, müßte es sich unter ehrlichem Verzicht auf Weltherrschaftspläne der werdenden Zeit anpassen. Es müßte sich, da Palästina zu wenig Nahrungsraum für seine Massen bietet, mit dem noch vorhandenen großen jüdischen Vermögen ein Siedlungsgebiet außerhalb Europas beschaffen, das seinem Volke bei normaler Arbeit die Existenz sichert. Die großen westeuropäischen Kolonialmächte, die sich heute aus Unkenntnis der Dinge und aus einer seichten Moral über das deutsche Vorgehen gegen die Juden entrüsten, müßten eigentlich die ersten sein, die dem Judentum ein solches Gebiet zur Verfügung stellen.

Welches Gebiet man dazu auswählen könnte — (der Niederländer van Winghene schlägt Madagaskar vor) —, mag das Judenvolk selbst für sich entscheiden.

Es würde in ein solches Siedlungsgebiet mit seinen ostjüdischen Handwerkermassen immerhin eine erhebliche Zahl an körperliche Arbeit gewöhnter Menschen mitbringen, es würde eine sicher überzahlreiche Intelligenzklasse zur Verfügung und in seiner Jugend, die in ihren Genossenschaftssiedlungen, den sogenannten „Kwuzoth“, in Palästina vielfach landwirtschaftliche Arbeit durchaus erfolgreich verrichtet, sogar den Ansatz zu einem Bauerntum haben. Entgegen manchen allzu pessimistischen Beurteilungen des Judentums glaube ich nicht, daß das jüdische Volk parasitär bleiben muß. Gewiß haben wir dargelegt, wie ungeheuer groß auch rein erbmäßig der Anteil asozialer Elemente bei ihm ist — aber im Verlauf der Befreiungen der europäischen Völker vom Judentum fallen gerade diese Elemente den Auseinandersetzungen am ersten zum Opfer. Daneben ist aber im jüdischen Volkstum — (und dies darf entgegen einem allzu radikalen Pessimismus in der Beurteilung des jüdischen Volkes offen ausgesprochen werden) — sowohl als Erbe der wüstenländischen, dem reinen Arabertum gleichenden Rasse als auch durch eingesprengtes nordisches und mediterranes (westisches) Erbe, endlich durch den zahlreichen Bluteinschlag tartarischen, d. h. türkhaften Blutes im Ost-

judentum als Erbe der Chasaren doch das Blut von Natur produktiver Rassen soweit vorhanden, daß der Versuch, das jüdische Volk in produktiver Arbeit auf eigenem Boden seßhaft zu machen, nicht von vornherein abgelehnt werden darf. Wir haben — bei allem Radikalismus — niemals den Kampf gegen das Judentum geführt, um das jüdische Volk zu vernichten, sondern um das deutsche Volk zu schützen. Auf eigener Erde und ohne den Willen und die Möglichkeit, die deutsche Entwicklung weiter zu stören, haben wir nur allen Grund, dem jüdischen Volke Erfolg für eine ehrliche Volkwerdung zu wünschen. Judenfeindschaft um ihrer selbst willen ist dumm und im letzten wirklich barbarisch. Unsere Judenfeindschaft ist begründet durch den Wunsch, unser eigenes Volk vor einer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Verknechtung durch das Judentum zu retten.

Der Grundgedanke der Zionisten, das jüdische Volk als Volk unter Völkern auf eigenem Boden zu organisieren, ist, soweit sich damit keine Weltherrschaftsideen verbinden, gesund und berechtigt. Statt sich fruchtlos von Jahrhundert zu Jahrhundert das Judenproblem gegenseitig zuzuschieben, täten die europäischen Völker gut, eine wirkliche Loslösung des Judentums aus ihren Völkern und seine Unterbringung in einem ausreichenden und gesunden außereuropäischen Siedlungsgebiet zu organisieren. Das Judentum selber aber müßte soviel politischen Scharfblick, soviel Fingerspitzengefühl für die sich anbahnende Entwicklung in der Welt haben, daß es seinen Weg aus den Ländern, die es vergeblich zu beherrschen versuchte, in ein neues Heimatland nimmt. Es würde damit sich und seinen Kindern nützen — und es würde den anderen Völkern zugleich nützen. Mit Haß und Verbitterung allein läßt sich dieses Problem nicht lösen, sondern lediglich mit dem ernsten Willen, eine positive Lösung zu finden. Israel kann wählen, ob es im Kampf um den Traum einer Weltherrschaft oder um das Phantom eines immer unmöglicher werdenden Verbleibens innerhalb von Völkern, die es nur als störend empfinden können, aufgerieben werden, oder aber den Mut haben will, auf dieser reichen Erde die Forderung zu erheben, zu der jedes Volk berechtigt ist: die Forderung auf ein Heimatland, in dem seine Kinder Raum finden — und dann auch wirklich dorthin abzuwandern. Diese Frage wird zur Schicksalsfrage nicht nur des Judentums, sondern auch jeder ehrlichen judengegnerischen Bewegung.

Wenn Israel Pflug, Hacke und Sense nimmt, wenn es darauf verzichtet, andere Völker sich dienstbar zu machen, statt dessen aber ein freies Volk unter freien Völkern auf eigenem Boden sein will, um seine produktiven Kräfte so zu entwickeln, wie es bisher seine dämonischen Kräfte entwickelt hat, dann wird es aus seinen jetzigen Feinden seine Freunde machen, und über die frisch gezogenen Ackerfurchen hinweg werden sich Israel und die Völker grüßen können ohne Haß. Derjenige aber, der um seines eigenen Volkes willen der schärfste Judengegner war und sein mußte, wird am ehesten bereit sein, seine Kampfschriften gegen das Judentum in der gleichen Stunde, in der das Judentum im großen Rythmus der Weltordnung zwischen Saat und Ernte leben will, im Freudenfeuer zu verbrennen und kein Wort der Feindschaft mehr zu äußern.

Nicht wir verfolgen das Judentum, sondern es hat an unserem Volke grauenhaft gesündigt. Es gibt nur eines, wodurch es sich selbst von dieser Schuld erlösen kann: ehrliche Abkehr und ehrliche Heimkehr zur Mutter Erde, die aller Völker Gebärerin und Mutter ist.

Wird Israel diesen Weg gehen? Wir wissen es nicht — aber es ist auch dem Feinde erlaubt, zu hoffen, daß sittliche Tat die Feindschaft, die uns aufgezwungen ist, enden möge. Wird Israel diese Stimme hören oder in engstirnigem Haß verharren?

Es wäre fürwahr eine sittlich hochwertige Tat, wenn die Juden nach all dem Unglück, das sie angerichtet haben, nunmehr das sozialparasitäre Dasein aufgeben, um in einem neuen Land, unter neuem Himmel zu arbeiten.

Niemand hat die Absicht, ihnen diesen Auszug schwer zu machen. Mögen die alten und fest mit dem Lande verwachsenen Leute dableiben und ihre Geschäfte, soweit sie nicht volksschädlich sind, ruhig zu Ende führen. Niemand fordert, daß Greise und Greisinnen noch auf ihre alten Tage den Wanderstab in die Hand nehmen sollen, vor allem, wenn sie dem deutschen Volke nicht bewußt geschadet haben. Niemand will brutalisieren.

Die jüdische Jugend aber muß soviel Ehrgefühl und Vernunft aufbringen, sich endlich von den Völkern zu trennen, die durch das Judentum unglücklich gemacht wurden und die das Eindringen des Judentums nicht anders verstehen und sehen können. Sie muß wissen, daß seitdem Adolf Hitler in Deutschland regiert, das Juden-

tum Deutschland nie wieder in die Hand bekommen wird, darum täte sie klug, den Kampf aufzugeben. Sicher ist unendlich viel Minderwertiges im Judentum nicht mehr zu retten — wo aber noch gesundes Blut ist, das sich noch zutraut, ein Volk und einen Staat organisch zu bilden, da sollte es lieber diesen Versuch machen, anstatt im Kampf gegen den Nationalsozialismus und seine überall entstehenden Parallelbewegungen für die bösartigen Weltherrschaftspläne rabbinischer Paranoiker zugrunde zu gehen und sich der natürlichen Ordnung der Welt, dem Gesetz vom Blut und Boden, entgegenzustemmen.

*

Die Lehre für die Welt — Weltjudenrepublik oder freie Völker?

Das Bestehen jüdischer Weltherrschaftsabsichten ist unleugbar, und solange das Judentum nicht auf diese Absichten verzichtet oder beim Versuch ihrer Verwirklichung zugrunde gegangen ist, verletzt jeder Staatsmann, jeder ernsthafte Mensch in jedem Volke seine Pflicht gegen Volk und Vaterland, wenn er nicht sein Land vor Zerstörung durch die Juden schützt und unerbittlich dafür sorgt, daß England von Engländern, Polen von Polen, Spanien von Spaniern regiert, verwaltet und wirtschaftlich geführt wird. Alle Völker sind von der Gefahr jüdischer Beherrschung gleichermaßen bedroht, sie werden also gut daran tun, wenn sie den Schlüssel zu ihrem Hause in der eigenen Tasche behalten und ihn nicht gefährlichen Fremden ausliefern.

Deutschland hat die grauenhaften Jahre einer organisierten Judenherrschaft, gestützt auf Mammonismus und Verbrechertum, hinter sich. Es hat darum das Recht, offen alle anderen bedrohten Völker zu warnen.

Noch lange nicht fühlt sich das Judentum endgültig besiegt, noch hofft es, entweder Deutschland wieder in die Hand zu bekommen, oder aber andere Länder sich dienstbar zu machen. Es entfaltet darum jede denkbare Hetze gegen Deutschland. Das Ausland aber muß wissen, zu welchem Zwecke!

Israel will mit dem Blut armer, ahnungsloser französischer, polnischer, englischer, tschechischer Soldaten seine Rache an Deutschland

dafür nehmen, daß das deutsche Volk sich nicht von Juden beherrschen läßt. Noch glaubt das Judentum, die großen Völker der Welt so sehr zu beherrschen, daß sie sich als willenlose Werkzeuge seines Willens mißbrauchen lassen. Wie es selbst verachtungsvoll die anderen Nationen einschätzt, zeigt eine Stelle in dem 1911 beschlagnahmten Roman „Weg von Zion" des jüdischen Schriftstellers Kurt Münzer:

„Nicht nur wir Juden sind so entartet und am Ende einer so ausgesogenen, aufgebrauchten Kultur. Alle Rassen von Europa, vielleicht haben wir sie infiziert, haben ihr Blut verdorben. Überhaupt ist ja alles heute verjudet. Unsere Sinne sind in allem lebendig, unser Geist regiert die Welt. Wir sind die Herren, denn was heute Macht hat, ist unseres Geistes Kind. Mag man uns hassen, uns fortjagen, mögen unsere Feinde nur über unsere Körperschwäche triumphieren. Wir sind nicht mehr auszutreiben. Wir haben uns eingefressen in die Völker, die Rassen durchsetzt, verschandet, die Kraft gebrochen, alles mürbe, faul und morsch gemacht mit unserer abgestandenen Kultur. Unser Geist ist nicht mehr auszurotten." Und an anderer Stelle im gleichen Roman: „Aber innen, tief innen glühte das Herz, fraß ein unsterbliches Feuer, von Haß und Rache genährt. Sie leckten den Speichel auf der Unterdrücker, sie leckten ihre Füße, sie leckten ihren After, krochen höher unaufhaltsam, wuchsen und wuchsen. Die Knie strafften sich, der Kopf hob sich, hob sich über den Unterdrücker, der umschmeichelt erlegen war. Der Jude stand da, die schwere Not jahrhundertelanger Friedlosigkeit in den entzündeten Augen, den Rücken gebeugt von der Erinnerung erlittener Schläge, noch in hündischer Furcht vor jedem Fremden, der verbrieftes Recht hatte, den Vogelfreien zu beschämen und zu treten. Aber hinter allem glühte der Triumph des erschlichenen Sieges. Die Welt war verjudet, in Judengeist und -laster zersetzt. Das war die Rache!"

Die Völker werden sich zu entscheiden haben, ob sie sich für dieses Judentum, das sie so aus tiefster Seele verachtet, einsetzen wollen, oder ob sie zu stolz und zu ehrliebend sein wollen, sich zur Prätorianertruppe des Judentums machen lassen wollen.

Vielleicht lassen sich Kriege unter den Völkern nicht immer ausschließen und unmöglich machen, aber Börsenkriege können unmöglich gemacht werden. Sie werden um des Gewinnes der Börsen,

um der Festigung und Stärkung der Judenherrschaft willen geführt. Arme tapfere Soldaten verbluten hier sinnlos, weil eine kleine Plutokratengruppe sich Vorteile vom Kriege verspricht, oder weil Juda ein Volk, das sich von seinem Einfluß losmachen will, in Blut ersticken möchte. Stets dienen solche Kriege lediglich dem Interesse der Banken und Juden, sie ermöglichen Kriegsverdienste der Rüstungsindustrie, Anleiheverdienste der Banken und zum Schluß noch einmal ein großes Wiederaufbau-Geschäft nebst Reparationsspekulation, Inflationen und Enteignung der Nichtjuden.

Jedes Volk hat ein Interesse daran, solche Kriege unmöglich zu machen! Jedes Volk, das sich vor Mißbrauch durch das Weltjudentum bewahren will und das seine Söhne für zu schade hält, um sie auf einem von der Börse vorbereiteten Schlachtfeld verbluten zu lassen, sollte seine Staatsposten lediglich eigenen Landeskindern übertragen, vor allem aber Juden und Judenstämmlinge ohne jede Ausnahme von den Staatsämtern fernhalten, denn es ist in jedem Falle besser, einen genialen Juden nicht zum Minister zu machen, selbst wenn er wirklich einmal — was kaum anzunehmen ist — nicht seine jüdischen Interessen den Landesinteressen voranstellt, als Gefahr zu laufen, daß der Staatsapparat an die jüdische Weltherrschaft ausgeliefert wird.

Ebenso kann jedem Volke, das sich nicht vom Judentum mißbrauchen lassen will, nur dringend empfohlen werden, seine Presse entweder ganz judenrein zu machen oder aber unter schärfster Kontrolle zu halten, denn die unkontrollierte Schreiberei von jüdischen und in jüdischem Auftrag stehenden Journalisten in der Tagespresse ist für kein Volk nützlich und vielfach eine lebenbedrohende Gefahr.

Die Bankwelt als eigentliche Domäne des Judentums und völlig von jüdischem Geist getränkter Großkapitalisten gehört in jedem anständigen Staat, wenn nicht in direkte Staatsführung, so allermindestens unter schärfste staatliche Kontrolle.

Die Rüstungsindustrie und die Erdölproduktion sind daneben typische Zentralen hochkapitalistischer und stark jüdischer Macht. Beide sind an Börsenkriegen zum Schaden der Volkskraft und zum Nutzen Judas lebhaft interessiert. Schon aus diesem Grunde gehören sie fest in Staatshände. Die Möglichkeit, daß der Opfertod des Soldaten für irgend jemand zu einer Quelle des Gewinnes werden kann, ist überhaupt nur durch Verstaatlichung der direkt der Rüstung

dienenden Industrien zu unterbinden. Jüdische Bankwelt und Weltrüstungsindustrie hängen so eng miteinander zusammen, daß sie beide so rasch wie möglich unter staatliche Kontrolle gebracht werden müssen.

Daneben wird ein Volk, das klug genug ist, aus dem Schicksal Deutschlands zu lernen, dafür zu sorgen haben, daß die durch das Judentum vielfach als Waffe gebrauchte Demoralisierung des Volkes durch Laster verhindert wird. Schon vor dem Kriege erklärte der jüdische Arzt Fernau bezüglich Deutschland: „Wir haben ein enormes Interesse daran, daß die deutschen Geburten weiter abnehmen. Damit wird die deutsche Siegessicherheit im Angesicht der enorm wachsenden slawischen und russischen Volksmassen beizeiten so gering, daß die demokratischen Strömungen und damit wir die Oberhand gewinnen."

Sittliche Zersetzung wendet das Judentum vor allem gegen diejenigen Völker an, die sich unter kraftvollen Regierungen gegen jüdische Beherrschung wehren und sträuben. Vor dem Kriege galt deswegen der tiefste Haß des Judentums Deutschland, weil dort in der Armee und im Beamtentum immer noch der Judenherrschaft ein starker Widerstand entgegengesetzt wurde, und dem kaiserlichen Rußland, das trotz unglaublicher Fehler auf allen Gebieten jedenfalls die jüdische Gefahr richtig erkannte.

Heute haßt — nächst dem Hitlerdeutschland — das Judentum am tiefsten und fanatischsten Japan, das keine gute Presse hat, weil der Jude überall Stimmung gegen es macht. Der bewundernswerte Aufbau des modernen Japan durch den Meiji-Kaiser, der Fleiß des japanischen Volkes, seine reinen und natürlichen Sitten, sein Kinderreichtum und sein natürliches Empfinden für rassische Sauberkeit haben in 60 Jahren eine moderne Großmacht im fernen Osten entstehen lassen, in der kein Jude irgendeinen Einfluß hat, die ganz und allein Werk und Besitz des japanischen Volkes ist. Heute erst, da wir die uralte Symbolik der nordischen Jungsteinzeitkultur kennen, sehen wir, wie nahe der Urgrund der japanischen Kultur dem unseren steht. Eine Sammlung von über 1300 japanischen Familienwappen, die Prof. Rud. Lange einst zusammenstellte (R. Lange: „Japanische Wappen", Schriften des Seminars für Orientalische Sprachen, 1903), zeigt die gesamte urnordische Symbolik in voller Reinheit, Hakenkreuze, Sonnenspiralen, Triskelen, Torshämmer. In der Verehrung des sonnengeborenen Kaiserhauses lebt noch ein letzter Rest uralten

Lichtglaubens. Hier, wo der Kaiser mit religiösem Ernst verehrt wird, wo das „Dobo", das Gefühl für Volksgemeinschaft, nicht erstickt ist, wo Ehre und Pflicht hoch über dem Geldeswert steht, wo der Begriff des Vaterlandes, der religiösen Inhalt hat, kaum zersetzt werden kann, sieht der Jude eine ungeheuere Gefahr. Adolf Hitler schreibt hierzu:

„Nun weiß der Jude zu genau, daß er in seiner tausendjährigen Anpassung wohl europäische Völker zu unterhöhlen und zu geschlechtslosen Bastarden zu erziehen vermag, allein einem asiatischen Nationalstaat von der Art Japans dieses Schicksal kaum zuzufügen in der Lage wäre. Er mag heute den Deutschen und den Engländer, Amerikaner und Franzosen mimen, zum gelben Asiaten fehlen ihm die Brücken. So sucht er den japanischen Nationalstaat noch mit der Kraft ähnlicher Gebilde von heute zu brechen, um sich des gefährlichen Widersachers zu entledigen, ehe in seiner Faust die letzte staatliche Macht zu einer Despotie über wehrlose Wesen verwandelt wird.

Er scheut in seinem tausendjährigen Judenreich einen japanischen Nationalstaat und so kann es kommen, daß, während die britische Staatskunst noch auf das Bündnis mit Japan zu bauen versucht, die britisch-jüdische Presse bereits den Kampf gegen den Bundesgenossen fordert und unter der Proklamation der Demokratie und unter dem Schlachtruf: Nieder mit dem japanischen Militarismus und Kaiserismus! den Vernichtungskrieg vorbereitet" („Mein Kampf", S. 723).

Mit welchen Mitteln das Judentum gegen Japan arbeitet, zeigt ein sehr aufschlußreicher Roman „Asiaten" des Juden Arthur Landsberger, in dem sich folgende Darstellung findet:

„John Adamson aus Amerika setzt seinem Diener seinen Plan der Vereinigung aller örtlichen Geisha-Feste Japans an einem Ort auseinander: „Das Goto-Komitee tagt in jeder Stadt, die mehr als 500 Kurtisanen beherbergt. Wir spannen unser Netz über ganz Japan. Wir haben entscheidenden Einfluß auf sämtliche Liebesinstrumente dieses Landes. Alle werden die Melodie spielen, das Lied pfeifen, das wir angeben. Stellen Sie sich Japan als einen Riesenkörper vor. Jedes Land ist nichts anderes. Wer die Unterleibsfunktionen dieses Körpers reguliert, hat Einfluß auf den gesamten Körper, hat Gewalt über ihn. Sehen Sie endlich, was ich will? Der Kampf um die Weltherrschaft muß zwischen Amerika und Japan ausgefochten werden. Durch einen Krieg? Das wäre grausam. Durch

diplomatisches Feilschen? Das wäre eine beständige Unruhe, verbunden mit fortgesetzten Rüstungen. — Es gibt aber noch eine dritte Methode: Amerika saugt Japan auf. Es verkrustet nicht nur die Liebe. Es faßt das Land bei seinem stärkst entwickelten Instinkt. Hier, wo der Geschlechtsakt eine natürliche Funktion des Körpers wie jede andere ist, wo man daher nicht, wie bei uns, ganze Berge von moralischen Widerständen überwinden muß, um zu ihm zu gelangen, braucht man nur in geschickter Form den nötigen Anreiz zu geben — und das entfesselte Geschlecht entkräftet sich in einem Rausch, dessen Dauer von uns bestimmt wird. — Durch Schaffung immer neuer Reizmittel kann man diesen Rausch in Permanenz erklären und aus diesem Lande die Insel der Besessenen machen."

Nunmehr wird das japanische Volk und seine Regierung wohl begreifen, wer ein Interesse daran hat, in Japan in derartigen Massen geburtsverhütende Mittel zu vertreiben und überall in der Welt Japan als ein einziges Bordell von Geishas und Blumenmädchen darzustellen! Es ist der Jude, der den ihm unzugänglichen japanischen Nationalstaat durch Zerstörung seiner Sittlichkeit, durch Angriff auf die Frau unterhöhlen und für den Bolschewismus reif machen möchte!

Nächst Japan steht das Judentum mit starker Abneigung dem faschistischen Italien gegenüber, das zwar offiziell jede Judengegnerschaft ablehnt, ja manchmal geradezu demütig vor der jüdischen Weltmacht seine garantierte Freiheit von jedem Antisemitismus beteuert, das aber doch durch Ausrottung der Freimaurerei und des Marxismus sich verdächtig gemacht hat. Wie das Judentum zu Italien steht, zeigt ein Manifest der „Intellektuellen", das in der jüdisch-bolschewistischen „Welt am Abend" im Juni 1927 veröffentlicht wurde. Es trägt die Unterschriften von: Henri Guilbeaux (ein Freund Lenins), Henri Barbusse, Madeleine Marx (Jüdin), George Pioch (bolschewistischer Hetzer, forderte das Recht auf Desertion), Henriette Roland-Holst (Jüdin), Joh. Sternheim (Jude), Edo Fimmen (Jude?), A. Freudenthal (Jude, schwedischer Vertreter), Frau Dr. Adler, Dr. Eugen Schönhoff, Dr. Frischauf, Dr. Lucasch, Prof. Grünberg, Katharina v. Oheimb, Dr. Kurt Rosenfeld, Regina Ruben, Frau Dr. Helene Stöcker, Rechtsanwalt Dr. Weinberg, Mitglied des Preußischen Staatsrates, Dr. Artur Wolff, Rechtsanwalt Wieland Herzfeld, Dr. Josef Herzfeld, Georg Davidsohn, Dr. Leo Guttmann, Dr. Richard Fabian, Dr. Boenheim, Dr. Fritz Ausländer, Berta Lask, Johannes

R. Becher, Dr. Adolf Levenstein, Henry Meyer, Erwin Piscator, Artur Segal, Dr. Erich Schottländer, Dr. L. Klauber, Artur Wolff, Karl Siemsen, Erich Baron, Ernst Toller, Frau Meta Kraus-Fessel, Willi Münzenberg, Dr. Kurt Hiller.

Vielleicht erkennt man in Italien, daß der Marxismus und die Freimaurerei legitime Kinder des Judentums sind!

In England wagen sich erst kleine Gruppen an die Erforschung der jüdischen Gefahr. Das sonst so staatskluge englische Volk zeigt in der Judenfrage eine geradezu verblüffende Ahnungslosigkeit. Ob es doch einmal, ehe das Judentum auch die englische Macht zum alten Eisen wirft, die tieferen Hintergründe sehen wird, mag dahingestellt bleiben. Sein so gesunder Rasseninstinkt, der sich gegen jede Vermischung mit Farbigen wehrt, versagt auf politischem Gebiet völlig. Hier hat vor allem die alttestamentlich betonte Christlichkeit Englands viel Schaden angerichtet, gibt es doch sogar ernsthafte und sonst vernünftige Engländer, die sich allen Ernstes für „lost Israel found" (das wiedergefundene Israel) halten!

Einzelne englische Gruppen allerdings scheinen weitsichtiger zu sein, so meldete 1927 die Londoner Zeitschrift „Jewish Chronicle", daß der Mid-Surrey Golf-Club die Aufnahme von Juden konsequent verweigere.

Die südafrikanische Union hat übrigens seit langem die Einwanderung von Juden erschwert und fast unmöglich gemacht.

Trotz mancher richtiger Erkenntnisse ist in Frankreich heute die jüdische Vormacht fast ungebrochen — gerade mit Frankreich rechnet das Judentum besonders stark. Gerade es soll als Judas Mameluk mißbraucht werden. Erst wenn aus dem französischen Volk selbst die Abschüttelung der Advokaten- und Judenwirtschaft in Paris erfolgt ist, wird eine Änderung eintreten.

Während Rußland in den ersten Jahren des Bolschewismus völlig unter jüdischer Kontrolle stand, scheint nunmehr, da die wirtschaftliche Neugestaltung alle Kräfte des Staatswesens in Anspruch nimmt, ein erheblicher Rückgang der jüdischen Macht auf vielen Stellen einzutreten — da der Jude nicht arbeitet und nicht arbeiten will, so ruft er in steigendem Maße Widerstand gegen sich wach. Nicht aus den gänzlich einflußlosen und zum großen Teil charakterlich minderwertigen Kreisen der im Ausland lebenden russischen Emigranten, sondern aus dem gesunden russischen Volkstum, wahrschein-



„Der nationale Sozialismus wird Deutschlands Zukunft sein . . ."

„Die Fahne hoch...!"



Adolf Hitler spricht



Marsch der Fahnen

Pr. Kultusminister Rust, Prinz August Wilhelm und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels



Berlin, 1. Mai 1933

lich noch eher aus den stets judenfeindlichen türkischen und tartarischen Völkern der Union, aus dem Kaukasiertum — Stalin selbst gilt schon nicht mehr als Judenfreund — kann sich einmal eine Entlastung des russischen Staatskörpers vom jüdischen Gift organisch ergeben.

Besonders belastet ist Polen mit jüdischer Bevölkerung, dazu befinden sich 80 Prozent des Vermögens in dem an sich armen polnischen Volke in der Hand der Juden. Der polnische Nationalismus ist darum seit jeher in starkem Maße judengegnerisch gewesen, sein geistig bedeutendster Vertreter Roman Dmowski hat stets die Feindschaft zwischen Polen und Juden aufs schärfste betont. Diese Gegnerschaft gegen das Judentum ist eine der sympatischsten Eigenschaften des polnischen Volkes. Vom deutschen Standpunkt aus bestehen unbestreitbar schwere und ernste Gegensätze zu Polen; die in Versailles gefundene Grenzziehung ist eine unvernünftige und brutale Zerstörung vitaler Grundlagen des deutschen Volkskörpers. Es kann sich aber hierbei immer nur um Land- und Grenzfragen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke handeln. Es handelt sich niemals etwa um die Absicht, dem polnischen Volk die politische Freiheit zu nehmen. Die Gegensätze sind unleugbar — man sollte sich aber gerade auf polnischer Seite davor hüten, daß sie durch das Judentum zur Entfesselung eines Krieges ausgenutzt werden, der weder Polen noch Deutschland nützen, sondern lediglich dem jüdischen Bolschewismus in beiden Ländern eine ungeheure Chance geben würde. Gerade im Falle Polens und Deutschlands sollte es ein stillschweigendes Übereinkommen der anständigen Nationalisten auf beiden Seiten sein, daß man sich in Konflikten zwischen arischen Völkern der Hilfe des Judentums so wenig bedient, wie etwa des Bazillenkrieges. Der jüdische Bazillus hat dazu noch die Eigentümlichkeit, auf denjenigen besonders stark einzuwirken, der ihn gebraucht. Man darf überhaupt feststellen, daß, entgegen der Ahnungslosigkeit, mit der man in den westeuropäischen Ländern teils aus Denkfaulheit und teils aus Angst vor der Macht der Juden und der Freimaurerloge die jüdische Frage ansieht, die großen slawischen Bauernvölker des Ostens und Südostens durchgehend das Judenproblem und die Gefahr der Volkszerstörung durch den Juden viel deutlicher sehen.

Das vorige Jahrhundert hat zum Teil den Unterschied zwischen

Germanen und Slawen übertrieben, es hat aus der Sprachverschiedenheit auf eine allzu große Rasseverschiedenheit geschlossen. Tatsächlich aber sind beide nicht nur Teile der gleichen nordischen Rasse, sondern einerseits hat das Deutschtum nicht unerhebliche Mengen slawischen Volkstums in sich aufgenommen — eine Aufnahme, die entgegen den Darstellungen polnischer Historiker zum großen Teil völlig friedlich geschehen ist —, anderseits lebt gerade in den Slawenvölkern viel germanisches Blut, z. B. in den Kroaten stecken nachweislich sehr erhebliche Reste der Goten, das gleiche gilt vom ukrainischen Volkstum, das sich ja in den alten Sitzen der Goten gebildet hat, und die Abstammung eines erheblichen Teiles des polnischen Volkes, besonders des Adels, von Nachfahren der Burgunden und Vandalen erscheint heute unbestreitbar.

Mögen die Gegensätze noch so heftig sein, die historisch zwischen dem Deutschtum und einzelnen slawischsprechenden Völkern bestanden haben und bestehen — gegen den Juden gehört Bauernvolk zu Bauernvolk, schaffendes Volk zu schaffendem Volke, Scholle zu Scholle! Die jüdische Auflösung bedroht alle Völker — sie haben alle das gemeinsame Interesse daran, daß die jüdische Bedrohung verschwindet, damit der Jude nicht immer wieder ein Volk gegen das andere ausspielen kann. Mit vollem Recht schreibt „Der Weltkampf" (Heft 114) von den Juden:

„Ihre Verstellungskünste sind sprichwörtlich und unübertroffen. Will sie ein Volk auf die ihnen zahlenmäßig zustehenden Rechte beschränken und sein eigenes, angestammtes Landesrecht gegen die fremden Eindringlinge zur Geltung bringen, dann schreit dieses Schmarotzervolk „Gewalt", verleumdet und hetzt die Nachbarn zur Hilfeleistung und zum Kriege auf.

Dieses heuchlerische Ränkespiel spielt das Judenvolk, seitdem wir es geschichtlich nachzuweisen vermögen, und es steigert sich unaufhörlich seit der Zerstörung Jerusalems durch die Römer. Unfähig zur eigenstaatlichen Lebensführung, lebten schon zur Zeit, als sie noch ihr eigenes Staatswesen besaßen, dreiviertel der Juden als Fremdkörper und Parasiten unter anderen Völkern, stets bemüht, deren Besitz an sich zu bringen. Doch nie begnügten sie sich damit, noch mit der Knechtung und Entrechtung ihrer Wirtsvölker. Sie suchten auch deren Staatsgebilde zu zerstören, deren Kultur zu vernichten und deren Einwohner zu versklaven, denn sie allein wollen nicht

nur den Besitz der Nichtjuden an sich reißen, sondern auch die Herrschaft über sie ausüben.

Ihr Endziel ist die uneingeschränkte Herrschaft über alle Völker — somit die absolute Weltherrschaft.

Dieses Ziel deckt sich mit den Verheißungen ihrer Rabbiner und mit der Lehre ihres Talmuds. Dieses Ziel wird immer bestehen, gleich welcher Mittel und Wege sie sich bedienen, wenn die Völker da nicht einen Riegel vorschieben, sich selbst ein gegenteiliges Ziel stecken und einig auf dieses Ziel hinarbeiten.

Den besten Beweis bildet das Kesseltreiben, das die Juden gegenwärtig mit ihrem verleumderischen Feldzug gegen Deutschland veranstalten. Weil die Deutschen endlich darangehen, die unverschämte Begehrlichkeit der Juden einzuschränken, um ihrer bodenständigen Bevölkerung Erwerb und Lebensraum zu schaffen, gebärden sich die Juden wie die Bestohlenen und Unterdrückten, wie Enteignete und Entrechtete, ohne einen Augenblick daran zu denken, daß doch sie die Diebe, die Bedrücker, Enteigner und Entrechter sind.

Und die durch die Hetze in der jüdischen Presse irregeführten Völker schwätzen gedankenlos das maßlos blöde und verlogene Geschwätz nach. Hier muß auf einen grundlegenden Übelstand aufmerksam gemacht werden, der die Beseitigung der Judengefahr so ungemein erschwert. Die Juden besitzen keinen Nationalstaat und sie haben sich stets geweigert, einen solchen wiederzuerrichten. Der Mangel eines jüdischen Nationalstaates ist der Pferdefuß im Bestreben der Völker, sich von der Judenplage zu befreien."

Hier liegt tatsächlich die eigentliche Aufgabe, je eher die anderen Völker sich zusammenschließen in dem einen Willen, den Juden hinauszuschaffen desto besser und desto leichter werden sie die jüdische Gefahr loswerden!

Auch für sie ergibt sich die Notwendigkeit, ein außereuropäisches Siedlungsgebiet für die Juden zu schaffen, ihren Abzug dorthin zu organisieren und in diesem Siedlungsgebiet durch eine Oberaufsicht dafür zu sorgen, daß die Juden dort bleiben und kein Schieberparadies entwickeln, sondern sich normaler Arbeit hingeben. Es werden damit nicht sogleich alle sozialen Schwierigkeiten verschwinden, aber es wird der Bazillus verschwinden, der an allen sozialen Wunden dauernd das Wundfieber wachruft. Es ist müßig, sich lediglich und blos auf die Erkenntnis des Judentums zu verlassen, daß seine poli-

tische Position in Europa zu Ende sein muß — man muß ihm dies auch deutlich zeigen. Darum wäre eine Zusammenarbeit auf sachlicher Basis zur gemeinsamen Wegschaffung des Sozialparasiten und zur Ausschaltung seiner Machtmittel durchaus wünschenswert. Vielleicht stehen nicht alle Fragen in der Welt so eindeutig, wie die Frage der Stellung zum Judentum. Mögen der deutsche, der englische, der polnische, griechische und italienische Nationalist noch so viele Gegensätze untereinander haben, wenn sie es ehrlich mit ihrem Volke meinen, wenn sie nicht bestochen und „beauftragt" sind, werden sie darin übereinstimmen, daß der jüdische Einfluß, daß das Judentum ausgeschaltet werden muß. Das aber ist sachlich und praktisch zu vollenden, das kann, wie die außerordentliche Milde des deutschen Vorgehens zeigt, wirkungsvoll ohne unnötige Härten vollzogen werden — es bedarf dazu nur eines Siedlungslandes außerhalb Europas, einer Verständigung der wirklich national geführten Staaten, und die Polizeifaust der Völker packt den jahrtausende alten Sozialparasiten Juda und schiebt ihn zur Tür hinaus. An diesem Tage werden viele europäische Sorgen, ja, viele Sorgen der ganzen Welt, der ganzen arbeitenden Menschheit ein Ende haben. Und wenn es dann jeder Regierung bei sich gelingt, so wie die Regierung Adolf Hitler in Deutschland es unternimmt, den sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Verwüstungen, die das Judentum in den Völkern angerichtet hat, ein Ende zu setzen und aus eigener Art und aus eigenem Geist aufzubauen, dann ist

Friede auf Erden.

*

Statistik des Judentums in Preußen.

Nach freundlicherweise von Herrn Regierungsrat Schulz übergebenen Unterlagen.

Als nach den Befreiungskriegen die Preußische Regierung im Jahre 1816 die erste vollständige Inventur in Gestalt einer Volkszählung anordnete, ergab sich für den Preußischen Staat eine Gesamtbevölkerung von 10 349 031 Seelen, darunter 123 938 Juden, mithin 1,2 v. H.. Ohne Staatsbürgerrecht waren von diesen Juden 47,2 v. H. Noch im Jahre 1846 — diese Volkszählung machte zum letzten Male den Unterschied zwischen Juden mit und ohne Staats-

bürgerrecht — betrug der Vom-Hundert-Satz der Juden ohne Staatsbürgerrecht 36,7 bei einem Satz von 1,3 v. H. Juden in der Gesamtbevölkerung. Um die gleiche Zeit — 1817 — ergab eine Untersuchung über den ländlichen Anteil der Juden sowie der Gesamtbevölkerung folgendes Ergebnis: Nur 16,6 v. H. der jüdischen Bevölkerung wohnten auf dem Lande, während der entsprechende Anteil der Gesamtbevölkerung 72,5 v. H. betrug. Im Jahre 1925 — um nur ein Ergebnis vorweg zu nehmen — sinkt der Anteil der Juden in den Landkreisen sogar auf 0,34 v. H.

Für sämtliche folgende Ausführungen ist ganz generell die Feststellung zu treffen, daß als Juden nur diejenigen Juden gezählt wurden, die sich zur Zeit der einzelnen Zählungen noch zum jüdischen Glauben bekannten. Es fallen demnach unter die Zahlen der Juden nicht diejenigen Personen, die ihren Glauben gewechselt haben oder sich als Dissidenten bezeichnen.

Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Preußens zeigt hiernach bis zum Anfang der sechziger Jahre im ganzen zunehmende Tendenz, und zwar wesentlich infolge eines vergleichsweise höheren Geburtenüberschusses, der aber in den vierziger und fünfziger Jahren durch den Überschuß der Aus- über die Einwanderung um seine volle Auswirkung gebracht wird. Später aber sinkt der jüdische Geburtenüberschuß unter den Stand derjenigen der Gesamtbevölkerung je länger um so mehr herab, bis zwischen 1905 und 1910 ein Verhältnis von 1,7 v. T. zu 15,0 v. T. jährlich der Gesamtbevölkerung erreicht wird. Dieses Mißverhältnis ist selbstverständlich nicht nur auf biologische Gründe zurückzuführen, wenn auch vielleicht zuzugeben ist, daß die Fruchtbarkeit der rein jüdischen Bevölkerung tatsächlich geringer ist, als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Die Gründe sind sicherlich darin zu suchen, daß gerade in der Vorkriegszeit aus den verschiedensten Gründen

1. Kinder aus jüdischen Mischehen sofort einer anderen Religion zugeführt wurden, darüber hinaus.

2. Kinder aus rein jüdischen Ehen, während die Eltern noch Juden blieben, in einem anderen Bekenntnis oder religionslos erzogen wurden,

3. zahlreiche Übertritte der erwachsenen Juden zu anderen Glaubensbekenntnissen erfolgten, wodurch zwangsläufig ihre Kinder als jüdischer Nachwuchs ausfielen,

4. zahlreiche Juden aus der jüdischen Religionsgemeinschaft austraten, und nunmehr als Dissidenten galten.

In Preußen traten z. B. zum Protestantismus in den Jahren 1900 und 1905 rund je 1,5 pro Mille, im Jahre 1910 reichlich 1 pro Mille über. Die Übertritte zum Katholizismus sind mit 0,5 pro Mille jährlich nicht zu hoch geschätzt, während der Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ohne Übertritt zu einer neuen Religion mindestens mit dem gleichen Satze anzunehmen ist, wie der Übertritt zu vorgenannten beiden Religionen zusammen, also ebenfalls über 1,5 pro Mille.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte würde sich demnach die mittlere Bevölkerungszahl für die Jahre 1905—1910 (412 714), die der Berechnung des oben genannten geringen jüdischen Geburtenüberschusses von 1,7 v. T. zugrunde lag, um 15 v. T. erhöhen müssen, also je Jahr um 3 v. T. Rechnungsmäßig ergäbe sich demnach eine Erhöhung der mittleren jüdischen Bevölkerungszahl um 6190 Köpfe auf 418 904, eine Erhöhung, die zweifellos den nachgewiesenen geringen jüdischen Geburtenüberschuß wesentlich beeinflußt hätte.

Volkszählung vom Jahre	Die jüdische in Tausendteilen der gesamten Bevölkerung Preußens	Volkszählung vom Jahre	Die jüdische in Tausendteilen der gesamten Bevölkerung Preußens
1816	11,98	1858	13,67
1819	12,26	1861	13,78
1822	12,41	1864	13,61
1825	12,24	1867	13,06
1828	12,65	1871	13,21
1831	12,83	1875	13,20
1834	13,06	1880	13,34
1837	13,02	1885	12,94
1840	13,03	1890	12,42
1843	13,35	1895	11,92
1846	13,38	1900	11,38
1849	13,41	1905	10,98
1852	13,40	1910	10,36
1855	13,62	1925	10,58

Nach diesen Feststellungen sollte angenommen werden, daß der Anteil der jüdischen an der Gesamtbevölkerung weiter zurückgegangen sein müßte, zumal für die Zeit nach 1910 die Austritte bzw. Übertritte aus dem Judentum nicht nur beständig geblieben sind, sondern eher noch zugenommen haben. Trotzdem zeigt die vorstehende Tabelle von 1910—1925 einen Anstieg von 10,36 v. T. auf 10,58 v. T. Hier-

bei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß zwischen den beiden Zählungsjahren die Abtretung von äußerst judenreichen Gebieten, z. B. Posen und Westpreußen usw. liegt, wodurch allein 49 101 oder 11,81 v. H. der jüdischen Bevölkerung aus dem preußischen Staat ausscheiden. Es zeigt sich also, daß trotz Über- und Austritten, trotz Bevölkerungsverlust durch Abtretungen eine Zunahme der jüdischen Bevölkerung anteilsmäßig stattgefunden hat. Als Grund hierfür kommt lediglich die während und nach dem Kriege erfolgte Einwanderung von Juden in Frage.

*

Die räumliche Verteilung.

Die letzte Volkszählung vor dem Kriege hatte am 1. Dezember 1910 stattgefunden. Die erste nach dem Kriege, welche wieder vergleichbare amtliche Zahlen in bevölkerungsstatistischer Hinsicht brachte, am 16. Juni 1925. Es erscheint daher angebracht, für die Betrachtungen in diesem Abschnitt in erster Linie Vergleiche zwischen diesen beiden Zählungen anzustellen.

Zunächst ist festzustellen, daß von der gesamten Wohnbevölkerung des preußischen Staates am 16. Juni 1925 in Höhe von 38 120 173 sich 403 969 zur jüdischen Religion bekannten, was einem Verhältnis von 1,06 v. H. entspricht.

Wie bereits die textliche Fassung dieser Feststellung erkennen läßt, sind hier also sowohl bei der letzten Zählung von 1925 wie auch bei allen früheren gleichartigen Zählungen diejenigen Personen als Juden erfaßt worden, die sich ausdrücklich zur jüdischen Religion bekannten, nicht aber diejenigen, die zu einer anderen Religion übergetreten oder, obgleich sie zur jüdischen Rasse gehören, sich als konfessionslos bezeichneten.

Im ganzen preußischen Staat jetzigen Gebietsumfanges hat im Zeitraum von der letzten Friedens-Volkszählung vom 1. Dezember 1910 bis zum 16. Juni 1925 eine Zunahme der jüdischen Bevölkerung von 366 876 auf 403 969, d. i. um 37 093 oder 10,1 v. H. stattgefunden. Die gesamte Bevölkerung Preußens aber stieg im gleichen Zeitraum und auf dem gleichen Gebiet um rund 3 119 000 oder 8,9 v. H., also erheblich weniger stark an, als der jüdische Bevölkerungsteil, und dieses Verhältnis trotz Geburtenüberschuß bei der Gesamtbevölkerung und Sterblichkeitsüberschuß bei den Juden.

Die Tabelle 2 (Anl. IV) gibt einen Einblick in diese gewaltige Verschiebung sowohl innerhalb des Staates als auch der Provinzen und der einzelnen Großstädte. Besonders auffallend sind in diesem Zusammenhang die Provinzzahlen für Berlin, Brandenburg, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, deren allgemeiner Bevölkerungszunahme von 7,8 v. H., 6,7 v. H., 4,7 v. H., 4,5 v. H. eine solche der jüdischen Bevölkerung von 19,9, 14,9, 12,4 und 25,4 v. H. (hauptsächlich auf Altona entfallend) gegenübersteht. Noch aufschlußreicher sind die entsprechenden Zahlen für einzelne Großstädte, die teilweise, wie z. B. Magdeburg, Oberhausen und Breslau eine Verdoppelung, ja sogar Verdreifachung der Zunahme der Juden und gegenüber der Gesamtbevölkerung ergeben.

Die Stadt Berlin, welche seit 1881 selbst als Provinz gilt, steht hiernach sowohl wegen ihres absoluten Zahlengewichts (172 672 Juden) als auch hinsichtlich ihres Verhältnisanteils an der Bevölkerung an außerordentlich bevorzugter Stelle. Sie weist über vier Zehntel der gesamten Judenheit Preußens auf, während die Gesamtbevölkerung Berlins in der Gesamtbevölkerung des preußischen Staates nur ein Zehntel ausmacht.

Ordnet man die Provinzen nach ihrem Anteil an der gesamten Judenzahl des Landes, so ergibt sich folgende Reihe der absoluten Beträge und der entsprechenden Verhältnissätze:

Provinz	Jüdische Wohnbevölkerung Preußens am 16. Juni 1925		
	Absolut	in Tausendteilen der gesamten Judenheit	in Tausendteilen der Provinzbevölkerung
1. Stadt Berlin	172 672	427,4	42,9
2. Rheinprovinz	58 223	144,1	8,0
3. Hessen-Nassau	52 757	130,6	22,0
4. Niederschlesien	29 953	74,2	9,6
5. Westfalen	21 595	53,5	4,5
6. Hannover	14 895	36,9	4,7
7. Ostpreußen	11 337	28,1	5,0
8. Oberschlesien	10 069	24,9	7,3
9. Brandenburg	8 442	20,9	3,3
10. Sachsen	8 341	20,6	2,6
11. Pommern	7 761	19,2	4,1
12. Schleswig-Holstein	4 152	10,3	2,7
13. Grenzmark Posen-Westpreußen	3 437	8,5	10,3
14. Hohenzollern	335	0,8	4,7
Zusammen Preußen	403 969	1000,0	10,6

Wie verhält sich nun das Vorkommen der Juden nach der statistisch gebräuchlichen Ausgliederung der Bevölkerung nach „Stadt" und „Land"? Wie weit die Differenzierung des Vorkommens der Juden in Stadt und Land geht, zeigt sich schon darin, daß im Durchschnitt aller Stadtkreise auf je Tausend der Gesamtbevölkerung 21,5 Juden entfallen, während der Anteil für die Landkreise, die doch auch zahlreiche Mittel- und Kleinstädte umfassen, auf 3,4 herabsinkt.

Scheidet man weiter aus den 118 preußischen Stadtkreisen die 29 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern aus, die in der Statistik als Großstädte gelten, so ergibt sich für sie eine Gesamtbevölkerung von 11 133 124, darunter 294 230 Juden. Ihr Anteil stellt sich somit auf 26,4 v. T., also noch um 5 Promilleeinheiten höher, als im Durchschnitt der Stadtkreise. Mit dieser Summe von 294 230 nehmen die Juden der Großstädte einen Anteil von nicht weniger als 72,8 v. H. ihres Vorkommens im Lande Preußen in Anspruch, während die entsprechende Ziffer für die Gesamtbevölkerung zwar gleichfalls je länger um so mehr angestiegen ist, es aber schließlich doch nur auf 29,2 v. H. gebracht hat.

*

Die Entwicklung des ausländischen Judentums seit der letzten Vorkriegszählung vom 1. Dezember 1910.

Wie bereits ausgeführt, hat im ganzen preußischen Staat jetzigen Gebietsumfanges von der letzten Friedensvolkszählung vom 1. Dezember 1910 bis zum 16. Juni 1925 eine Zunahme der jüdischen Bevölkerung von 366 876 auf 403 969, d. i. um 37 093 oder 10,1 v. H. stattgefunden. Die gesamte Bevölkerung Preußens aber stieg im gleichen Zeitraum und auf dem gleichen Gebiet um rund 3 119 000 oder 8,9 v. H., also erheblich weniger stark an, als die jüdische Bevölkerung.

Rechnerisch und den Tatsachen viel mehr entsprechend dürfte sich jedoch die Bevölkerungszunahme der jüdischen Bevölkerung seit 1910 ganz anders stellen: Berücksichtigt man, daß nach der Bilanz der jüdischen Bevölkerung rein rechnerisch für die Jahre 1911—1924 sich ein Sterbeüberschuß von 18 252 Personen ergibt, die von der Zahl

der im Jahre 1910 im jetzigen Staatsgebiet vorhandenen Juden in Höhe von 366 876 abzusetzen wären, so ergäbe sich für 1925 eine Sollzahl der Juden von 348 624. Diese Zahl verringert sich rechnerisch abermals um 15 408 Juden (= 14 mal 3 pro Mille = 4,2 v. H. Juden, die von 1911 bis 1924 Religionswechsel oder Kirchenaustritte vorgenommen haben) auf 333 212 Juden im Jahre 1925. Da im Jahre 1925 tatsächlich eine Zahl von 403 969 Juden erreicht wurde, dürfte diese Bevölkerungszunahme von 1910—1925 wohl lediglich auf eine Einwanderung von Juden in Höhe von rund 70 700 Personen zurückzuführen sein. Diese Zahl entspricht im übrigen fast genau der am 16. Juni 1925 ermittelten Zahl von jüdischen Reichsausländern.

Von der gesamten jüdischen Wohnbevölkerung Preußens in Höhe von 403 969 am 16. Juni 1925 sind

als Reichsausländer ermittelt	68 114
Staatenlose	7 364
unbekannter Staatsangehörigkeit	909
zusammen:	76 387

Von erheblicher politischer Bedeutung ist es zu wissen, auf welche Nationen diese 68 114 Ausländer entfallen; hierüber gibt Auskunft Anhang V, Tabelle 3.

An der Spitze der Ausländer steht die Republik Polen mit der Summe von 35 385 oder 8,76 v. H. Von den 35 385 polnischen Juden wohnt nahezu die Hälfte — 17 423 — in Berlin!

Mit 9498 oder 2,35 v. H. folgt die Vertretung Österreichs unter den Juden Preußens.

An dritter Stelle steht unter den jüdischen Ausländern Sowjet-Rußland mit 6986, wovon allein auf Berlin 5185 entfallen. Die 6986 bedeuten einen Anteil von 1,73 v. H. der gesamten Judenschaft Preußens.

Die Tschechoslowakei, die bei der Gesamtbevölkerung mit 95 263 oder 0,25 v. H. die zweite Stelle einnimmt, rückt bei der jüdischen mit 3574 oder 0,89 v. H. auf die vierte.

Weiter seien aus den Tabellen hervorgehoben Ungarn mit 2480 Juden, Rumänien mit 2156, Niederlande mit 1791, Litauen mit 1350 usw.

*

Die Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1925.

Als erstes Ergebnis der Berufsstatistik von 1925 ist hervorzuheben, daß die Juden im preußischen Staat an jedem einzelnen der durch die Berufssystematik festgelegten 166 Wirtschaftszweige mehr oder weniger stark beteiligt sind.

Die Gesamtzahl der haupterwerbstätigen Juden Preußens stellt sich auf 190 789, darunter 35 514 = 18,6 v. H. Ausländer.

Weit über die Hälfte, nämlich 58,8 v. H. oder 112 188 Juden leben von der Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft" gegenüber einem Anteil der Gesamtbevölkerung von 17,11 v. H. oder 3 248 145. Die nächststärkere Besetzung zeigt mit 25,85 v. H. oder 49 318 Juden, darunter 31,82 v. H. Ausländer, die Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk einschließlich Bergbau und Baugewerbe". Bei der Gesamtbevölkerung stellt sich der entsprechende Anteil auf 7 771 799 = 40,94 v. H. In der Landwirtschaft sind die Juden nur mit 1,74 v. H. gegen 29,5 v. H. bei der Gesamtbevölkerung vertreten.

Außerordentlich aufschlußreich ist die Verteilung der Juden in der Abteilung D (Öffentliche Verwaltung, Beamte der Rechtspflege, auch Heer und Marine, Kirche, Gottesdienst, Rechtsberatung und freier Beruf). Hier stellt sich der Anteil der Juden mit 11 324 auf 5,94 v. H. gegen die entsprechenden Zahlen bei der Gesamtbevölkerung in Höhe von 921 048 oder 4,85 v. H. Ein Vergleich der beiden Vom-Hundert-Sätze zeigt, daß der Anteil der Juden um über 1 v. H. höher ist als bei der Gesamtbevölkerung: noch krasser ist der Unterschied, wenn man die ausländischen Juden, die 5,13 v. H. der Juden überhaupt ausmachen, aus dieser Berechnung herauszieht. Der Anteil der übrigbleibenden inländischen Juden stellt sich sodann mit 6,12 v. H. gegenüber 4,85 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Abteilung D gegenüber der Gesamtbevölkerung ist allerdings in diesem Falle nur deswegen so verhältnismäßig hoch, weil diese Wirtschaftsabteilung neben der Berufstätigkeit in der öffentlichen Verwaltung sowie im Heer und in der Marine auch den „freien Beruf" umfaßt. Trennt man die im wesentlichen die freien Berufe enthaltenen Wirtschaftszweige (Kulturkomplex) von denen der öffentlichen Verwaltung, so stellen sich die Verhältnisse wie folgt:

In der öffentlichen Verwaltung, als Beamte der Rechtspflege, im Heer und der Marine waren im Jahre 1925 0,81 v. H. tätig gegenüber 2,3 v. H. bei der Gesamtbevölkerung. In der Kirche, im Gottesdienst, in der Rechtsberatung und in den sonstigen freien Berufen waren 4,3 v. H. Juden tätig gegenüber 2,0 v. H. bei der Gesamtbevölkerung. Diese Trennung zeigt also, daß das Übergewicht der jüdischen Bevölkerung gegenüber der Gesamtbevölkerung in erster Linie bei den freien Berufen zu suchen ist.

Wenn das Verhältnis bei der jüdischen Bevölkerung in der Verwaltung gegenüber der Gesamtbevölkerung nicht unerheblich zurückbleibt, so ist gerade hier allerdings zu berücksichtigen, daß in Wirklichkeit die Differenz nicht so kraß sein dürfte in dem Verhältnis bei der Gesamtbevölkerung ein erheblicher Teil getaufter Juden oder Dissidenten ehemals jüdischen Glaubens stecken, der, um eine beamtete Stelle zu erreichen, sein Judentum verleugnete. Betrachtet man die Wirtschaftsabteilung E (Gesundheitswesen und hygienisches Gewerbe einschließlich Wohlfahrtspflege), so stellt sich der Anteilsatz der jüdischen Bevölkerung auf 4,35 v. H., darunter 2,0 v. H. ausländische Juden, gegenüber einem Verhältnissatz bei der Gesamtbevölkerung von nur 1,88 v. H. Der Anteilsatz der jüdischen Haupterwerbstätigen ist also hier 2½ mal so groß als bei der Gesamtbevölkerung.

Setzt man sämtliche Haupterwerbstätigen einschließlich derjenigen Personen ohne Beruf und Berufsangabe = 100, so zeigt sich, daß bei den Juden der Verhältnissatz der Personen ohne Beruf und Berufsangabe mit 15,4 v. H. gegen 10,7 v. H. bei der Gesamtbevölkerung fast um 50 v. H. höher liegt.

*

Die soziale Stellung der Berufstätigen.

Die Statistik unterscheidet die Erwerbstätigen in erster Linie nach Selbständigen, Angestellten und Arbeitern. Unter diesen Gesichtspunkten kommt man zu folgendem Ergebnis:

1. An Selbständigen im Beruf wurden in Preußen rund 3 070 000, darunter 92 164 Juden ermittelt. Dies bedeutet einen Anteil von 16,2 v. H. aller Erwerbstätigen gegenüber 48,3 v. H. der erwerbstätigen Juden. Wesentlich beeinflußt sind diese Verhältnis-

sätze durch die Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, wo sich das Verhältnis allein auf 31,5 v. H. selbständige Juden gegenüber 3,8 v. H. aller Erwerbstätigen stellt.

Gleichfalls erhebliche Unterschiede des relativen Vorkommens der Juden bei den „Selbständigen" beider Kategorien sind festzustellen: in der Abteilung E (Gesundheitswesen usw.) mit 0,5 v. H. aller Erwerbstätigen, jedoch mit 2,8 v. H. aller jüdischen Erwerbstätigen, also fast das Sechsfache.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in den als „Kulturkomplex" bezeichneten Wirtschaftszweigen, wo dem allgemeinen Satz von 0,4 v. H. der jüdischen mit 2,6 v. H. gegenübersteht; also auch hier das Sechsfache.

In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Rechtspflege (soweit in beamteter Stellung), auch Heer und Marine" ist der Anteil der jüdischen Erwerbstätigen in leitender Stellung mit 2,0 v. H. gegenüber 1,3 v. H. fast doppelt so groß. Diese Zahlen werden allerdings nur verständlich, wenn man sich den Verhältnissatz der jüdischen Erwerbstätigen ohne Berücksichtigung nach der sozialen Stellung gegenüber den Erwerbstätigen bei der Gesamtbevölkerung in diesen Wirtschaftszweigen mit 0,81 v. H. gegen 2,3 v. H. vor Augen hält. Es zeigt sich dann, daß der Hauptanteil der jüdischen Erwerbstätigen in diesen Wirtschaftszweigen in leitenden beamteten Stellungen zu suchen ist.

2. Angestellte wurden im preußischen Staat im ganzen rund 3 240 000, darunter 64 469 Juden, gezählt. Damit werden 17,1 bzw. 33,8 v. H. der Erwerbstätigen umfaßt. Die jüdische Anteilsziffer ist also verhältnismäßig fast doppelt so groß, als die der Gesamtbevölkerung.

Mehr als zwei Fünftel der 3,2 Millionen, rund 1,36 Millionen, entfallen auf Handel und Verkehr, während diese Wirtschaftsabteilung bei den Juden 39 661, also mehr als drei Fünftel aller Angestellten aufweist. Im Rahmen der Erwerbstätigen überhaupt entsprechen den genannten Zahlen die Anteilsziffern von 7,2 bei der Gesamtbevölkerung oder von 20,8 v. H. bei den Juden.

In der Industrieabteilung beziffert sich der Anteil der Angestellten

auf 4,7 v. H. aller Erwerbstätigen, bei den Juden auf 7,8 v. H. Hervorzuheben sind ferner als charakteristisch die Wirtschaftszweige der „Öffentlichen Verwaltung usw." mit 2,1 v. H. bzw. 0,6 v. H. bei den Juden und der „Freie Beruf" mit 1,6 v. H. der Gesamtbevölkerung gegenüber 2,4 v. H. bei den Juden.

3. Die Zahl der Arbeiter spielt bei den jüdischen Erwerbstätigen eine sehr untergeordnete Rolle. Wurden im preußischen Staat rund 8,9 Millionen Arbeiter oder 46,9 v. H. aller Erwerbstätigen überhaupt ermittelt, so stellt sich der Anteil bei den Juden mit 16 019 auf nur 8,4 v. H.

Einige absolute Zahlen dürften von Interesse sein. An jüdischen Arbeitern wurden ermittelt:

in der Industrie 11 406,
in Handel und Verkehr 2 220,
in der Landwirtschaft . . . . 726.

*

Der jüdische Anteil an einzelnen typischen Berufen des Kulturkomplexes nach der Zahl ihrer Besetzung bei der Gesamtbevölkerung.

Die nachstehenden Tabellen für Preußen und die Stadt Berlin veranschaulichen den Anteil der jüdischen Haupterwerbstätigen, gemessen an der Zahl der in diesen Berufen überhaupt Erwerbstätigen. Die Zahlen bedürfen an sich keiner weiteren Erläuterungen, sie sprechen für sich selbst. Demnach besteht z. B. die selbständige Rechtsanwaltschaft Preußens zu 27 v. H., die Berlins zu 50 v. H. aus Juden. Der Anteil der jüdischen selbständigen Ärzte in Preußen beläuft sich auf 17,9 v. H., der Berlins auf 47,9 v. H. Diese Zahlen lassen überdies eins erkennen, nämlich den Drang des Judentums zur Selbständigkeit.

In diesem Zusammenhange muß betont werden, daß gerade in den Berufen des Kulturkomplexes im Laufe der Zeit bei den Juden zahlreiche Taufen oder Austritte aus der jüdischen Religionsgemeinschaft stattgefunden haben, so daß ihr Anteil wahrscheinlich nicht unerheblich höher liegen dürfte.

Beruf	Stellung im Beruf	Erwerbstätige überhaupt	davon Juden Grundzahlen	davon Juden v. H.
1	2	3	4	5
Staat Preußen				
Apotheker	selbständig	3 350	231	6,90
	angestellt	6 219	206	3,31
Ärzte	selbständig	20 554	3 670	17,86
	angestellt	8 425	835	9,91
Bildende Künstler	selbständig	5 912	282	4,77
	angestellt	1 068	35	3,28
Rechtsanwälte	selbständig	8 187	2 208	26,97
	angestellt	372	31	8,33
Redakteure	angestellt	4 215	192	4,56
Regisseure, Spielleiter	angestellt	593	65	10,96
Schauspieler einschl. Filmschauspieler	selbständig	412	31	7,52
	angestellt	5 398	368	6,82
Zahnärzte	selbständig	4 805	713	14,84
	angestellt	931	65	6,98
Zahntechniker	selbständig	7 770	286	3,68
	angestellt	5 804	159	2,74
Stadt Berlin				
Apotheker	selbständig	398	128	32,16
	angestellt	1 098	126	11,48
Ärzte	selbständig	4 280	2 049	47,87
	angestellt	2 269	523	23,05
Bildende Künstler	selbständig	2 843	214	7,53
	angestellt	533	27	5,07
Rechtsanwälte	selbständig	2 351	1 179	50,15
	angestellt	202	22	10,89
Redakteure	angestellt	1 865	159	8,53
Regisseure, Spielleiter	angestellt	367	52	14,17
Schauspieler einschl. Filmschauspieler	selbständig	236	29	12,29
	angestellt	2 714	269	9,91
Zahnärzte	selbständig	1 806	170	9,41
	angestellt	1 265	96	7,59
Zahntechniker	selbständig	1 806	170	9,41
	angestellt	1 265	96	7,59

Auch für die nachstehenden Ergebnisse ist hervorzuheben, daß als jüdische Erwerbstätige nur diejenigen Personen erfaßt werden konnten, die sich zurzeit der Erhebung noch zum mosaischen Glauben bekannten. In den Zahlen der Gesamtbevölkerung befinden sich demnach alle diejenigen Juden, die sich haben taufen lassen oder aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgetreten sind.

Unter den 17 Wirtschaftsgruppen, in welche die Industrieabteilung untergeteilt ist, ist in der Gesamtbevölkerung das Baugewerbe mit über 1 Million Erwerbstätigen an erster Stelle zu nennen. Die Zahl der in dieser Wirtschaftsgruppe beschäftigten Juden beider Geschlechter beläuft sich auf 2157 und nimmt damit auch relativ, d. i. im Rahmen aller jüdischen Erwerbstätigen nur etwas mehr als den fünften Teil des Umfanges ein, der bei der Gesamtbevölkerung durch die Ziffer 5,4 v. H. bezeichnet ist. Unter den 2157 befinden sich 450 ausländische Juden.

Die in der Gesamtbevölkerung nächstdem am stärksten besetzte Wirtschaftsgruppe ist das Bekleidungsgewerbe mit rund 950 000 Erwerbstätigen. Hier stellen die Juden mit 21 881 ein verhältnismäßig über doppelt so starkes Kontingent als die Nichtjuden (11,5 gegen 5,0 v. H.). Anteilsmäßig noch stärker ist in dieser Gruppe die Vertretung der ausländischen Juden, welche mit 6223 mehr als ein Sechstel, 17,8 v. H. aller erwerbstätigen jüdischen Ausländer umfaßt, ein Satz, der von ihm in keiner anderen Wirtschaftsgruppe der Industrie usw. erreicht wird.

Nach der Stärke der Besetzung mit menschlichen Arbeitskräften schließt sich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 780 000 oder 4,1 v. H. aller Erwerbstätigen an. Die Gesamtzahl der Juden beläuft sich auf 7854 und stimmt damit verhältnismäßig mit den Nichtjuden fast genau überein; die ausländischen Juden sind hier mit 1090 (3,1 v. H.) beteiligt.

Nach dem gleichen Gesichtspunkt geordnet folgt die Gruppe Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei. Juden sind in dieser Gruppe nur selten anzutreffen, im ganzen 355, darunter 95 Ausländer.

Auch in der Gruppe Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau sind Juden, selbst verhältnismäßig, viel seltener als bei der Gesamtbevölkerung, die rund 714 000 oder 3,8 v. H. aller Erwerbstätigen stellt, gegen 1831 oder 1,0 v. H. aller erwerbstätigen Juden überhaupt. An ausländischen Juden waren 317 vorhanden.

Rund 571 000 Personen oder 3,0 v. H. aller Erwerbstätigen sind in Gruppe „Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren" tätig. Juden sind hier in der gleichen Zahl vorhanden, wie in der vorbehandelten Gruppe des Maschinenbaues.

Als wichtige Wirtschaftsgruppen seien nun noch folgende genannt: Die Textilindustrie weist rund 492 000 und damit 2,6 v. H. aller Beschäftigten auf. Mit 2511 oder 1,3 v. H. sind die Juden vertreten, darunter die ausländischen mit 403 oder 1,1 v. H. der bezüglichen Gesamtzahl.

Es folgt die Gruppe Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik mit 361 000 Beschäftigten (1,9 v. H.) überhaupt. Sehr bemerkenswert ist es, daß hier das Zurücktreten der Juden nicht den gleichen Umfang annimmt, wie in den vorbehandelten Gruppen, da die Zahl der erwerbstätigen Juden mit 2507 einen Verhältnissatz von 1,3, die ausländischen mit 609 sogar einen solchen von 1,7 v. H. in Anspruch nimmt.

Betrachtet man in der gleichen Weise, wie es eben für die Industrieabteilung geschehen ist, die der Abteilung des Handels usw. angehörenden vier Wirtschaftsgruppen in der Reihenfolge nach der Stärke ihres Vorkommens bei der Gesamtbevölkerung, so ist an erster Stelle das sogenannte Handelsgewerbe zu nennen. Ihm gehören rund 1 820 000 oder 9,6 v. H. der erwerbstätigen Personen aller Konfessionen an. An Juden wurden in dieser Gruppe 106 699 oder 56,0 v. H. aller erwerbstätigen Juden ermittelt. Die Spannung ist also hier noch stärker als in der ganzen, das Handelsgewerbe mit umschließenden bezüglichen Wirtschaftsabteilung. An ausländischen Juden sind im eigentlichen Handelsgewerbe 19 300 gezählt worden, denen der Anteil von 54,3 v. H. der erwerbstätigen jüdischen Ausländer, also nahezu der gleiche Prozentsatz wie bei der Gesamtzahl der Juden entspricht.

Im weiten Abstande folgt das Verkehrsgewerbe mit rund 972 000 oder 5,1 v. H. aller Erwerbstätigen im Staate. Die 804 Personen, die sie zu dieser Gruppe stellen, bedeuten noch nicht 0,5 v. H. aller jüdischen Erwerbstätigen und die 65 jüdischen Ausländer noch nicht 0,2 v. H. aller ausländischen jüdischen Erwerbstätigen.

Mit rund 387 000 Beschäftigten folgt bei der Bevölkerung überhaupt sodann das Gast- und Schankwirtsgewerbe, wobei ein Anteil von 2,0 v. H. an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen errechnet

wird. Für die jüdische sowie die ausländische jüdische Bevölkerung stellt sich der Anteil auf gleichfalls 2,0 v. H. aller Beschäftigten. Mit 2511 oder 1,3 v. H. sind die Juden vertreten, darunter die ausländischen mit 403 oder 1,1 v. H. der bezüglichen Gesamtzahl.

Es folgt die Gruppe elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik mit 361 000 Beschäftigten (1,9 v. H.) überhaupt. Sehr bemerkenswert ist es, daß hier das Zurücktreten der Juden nicht den gleichen Umfang annimmt, wie in den vorbehandelten Gruppen, da die Zahl der erwerbstätigen Juden mit 2507 einen Verhältnissatz von 1,3, die ausländischen mit 609 sogar einen solchen von 1,7 v. H. in Anspruch nimmt.

Betrachtet man in der gleichen Weise, wie es eben für die Industrieabteilung geschehen ist, die der Abteilung des Handels usw. angehörenden vier Wirtschaftsgruppen in der Reihenfolge nach der Stärke ihres Vorkommens bei der Gesamtbevölkerung, so ist an erster Stelle das sogenannte Handelsgewerbe zu nennen. Ihm gehören rund 1 820 000 oder 9,6 v. H. der erwerbstätigen Personen aller Konfessionen an. An Juden wurden in dieser Gruppe 106 699 oder 56,0 v. H. aller erwerbstätigen Juden ermittelt. Die Spannung ist also hier noch stärker als in der ganzen, das Handelsgewerbe umschließenden bezüglichen Wirtschaftsabteilung. An ausländischen Juden sind im eigentlichen Handelsgewerbe 19 300 gezählt worden, denen der Anteil von 54,3 v. H. der erwerbstätigen jüdischen Ausländer, also nahezu der gleiche Prozentsatz wie bei der Gesamtzahl der Juden entspricht.

Im weiten Abstande folgt das Verkehrsgewerbe mit rund 972 000 oder 5,1 v. H. aller Erwerbstätigen im Staate. Die 804 Personen, die sie zu dieser Gruppe stellen, bedeuten noch nicht 0,5 v. H. aller jüdischen Erwerbstätigen und die 65 jüdischen Ausländer noch nicht 0,2 v. H. aller ausländischen jüdischen Erwerbstätigen.

Mit rund 387 000 Beschäftigten folgt bei der Bevölkerung überhaupt sodann das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, womit ein Anteil von 2,0 v. H. an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen herbeigeführt wird. Für die jüdische sowie die ausländische jüdische Bevölkerung stellt sich der Anteil auf gleichfalls 2,0 v. H.

Zum Schluß folgt das Versicherungsgewerbe mit rund 69 200 Erwerbstätigen der Gesamtbevölkerung, durch die ein Anteil von 0,4 v. H. aller Erwerbstätigen in Anspruch genommen wird. Höher stellt sich mit 0,5 v. H. die jüdische Anteilsziffer, während die ausländischen Juden immerhin noch mit 0,3 v. H. vertreten sind. Die anschließende Tabelle (Siehe Seite 155) zeigt eine nach abnehmenden

Die Wirtschaftsgruppen in der Ordnung nach der Zahl der erwerbstätigen Juden Preußens am 16. Juni 1925.

Nr.	Die Wirtschaftsgruppe Bezeichnung	Juden überhaupt	darunter Ausländer	Die erwerbstätigen Juden überhpt.	darunter Ausld.	Person. überhpt.
		Grundzahlen		in Hundertteilen		
XX	Handelsgewerbe	106 699	19 300	55,93	54,34	9,59
XVII	Bekleidungsgewerbe . .	21 881	6 323	11,47	17,80	5,02
XXIV 2	Freier Beruf usw. . . .	9 761	1 775	5,12	5,00	2,28
XXV	Gesundheitswesen usw. .	8 297	727	4,35	2,05	1,88
XVI	Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	7 854	1 090	4,12	3,07	4,11
XXVI	Häusliche Dienste usw. . .	6 338	1 147	3,32	3,23	5,75
XXIII	Gast- und Schankwirtschaft	3 742	702	1,96	1,98	2,04
I	Landwirtschaft, Gärtnerei usw.	3 283	326	1,72	0,92	28,95
X	Textilindustrie	2 511	403	1,32	1,13	2,59
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik .	2 507	609	1,31	1,72	1,90
XVIII	Baugewerbe	2 157	450	1,13	1,27	5,39
XI	Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe .	2 133	468	1,12	1,32	1,42
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	1 831	371	0,96	1,04	3,01
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	1 831	317	0,96	0,89	3,76
XIV	Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	1 817	369	0,95	1,04	2,68
IX	Chemische Industrie . . .	1 693	313	0,89	0,88	1,11
XXIV 1	Oeffentl. Verwaltung, Beamte der Rechtspflege, auch Heer und Marine	1 563	46	0,82	0,13	2,57
XXI	Versicherungswesen . . .	943	109	0,49	0,31	0,36
XII	Leder- u. Linoleumindustrie	942	214	0,49	0,60	0,44
XXII	Verkehrswesen	804	65	0,42	0,18	5,12
V	Eisen- u. Metallgewinnung	726	126	0,38	0,36	2,56
IV	Industrie d. Steine u. Erden	507	72	0,27	0,20	1,98
III	Bergbau, Salinenwesen usw.	355	95	0,19	0,27	4,01
XV	Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie . .	220	40	0,11	0,11	0,14
XIII	Kautschuk- und Asbestindustrie	197	21	0,10	0,06	0,25
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung . . .	156	22	0,08	0,06	0,57
II	Forstwirtschaft u. Fischerei	41	14	0,02	0,04	0,52
	zusammen	190 789	35 514	100,00	100,00	100,00

Beträgen der absoluten Zahl der erwerbstätigen Juden geordnete Reihe und gibt somit in übersichtlicher Form einen Überblick über den Anteil der jüdischen Erwerbstätigkeit. Die Gegenüberstellung mit den entsprechenden Ergebnissen der Gesamtbevölkerung ist im vorstehenden Text besprochen worden.

Von 190 789 jüdischen Erwerbstätigen waren selbständig (ohne die Heimarbeiter) 90 695 oder 47,5 v. H. Bei den Nichtjuden ist der Anteil der Selbständigen mit 15,1 v. H. nur ein Drittel so groß wie bei den Juden. Die Angestellten bilden bei den Juden fast ein Drittel aller Erwerbstätigen und weisen eine doppelt so hohe Quote wie die Angestellten bei den Nichtjuden auf, die es nur auf 17,2 v. H. bringen. Arbeiter (einschließlich der Heimarbeiter) gibt es bei den Juden 17 488, die 9,2 v. H. aller jüdischen Erwerbstätigen ausmachen. Ihnen stehen bei der nichtjüdischen Bevölkerung 9 245 040 Arbeiter entgegen, und ihr Anteil an der Gesamtheit der nichtjüdischen Erwerbstätigen ist mit 48,8 v. H. mehr als fünfmal so hoch wie der entsprechende Anteil bei den Juden. Mithelfende Familienmitglieder und Hausangestellte weisen bei den Nichtjuden einen doppelt so hohen Anteil auf wie bei den Juden.

Ein anschauliches Bild dieser Verhältnisse vermittelt uns die nachstehende Aufstellung:

	Bei Juden		Bei Nichtjuden	
Eigentümer und Pächter	44,9		14,4	
Leitende Beamte	2,6		0,7	
Zusammen Selbständige		47,5		15,1
Techn. Angestellte und Beamte	3,9		5,0	
Aufsichtspersonal	0,2		1,3	
Kaufm. Angestellte und Beamte	29,7		10,9	
Zusammen Angestellte		33,8		17,2
Arbeiter mit Berufsausbildung	5,8		32,0	
Arbeiter ohne Berufsausbildung	2,6		16,1	
Heimarbeiter	0,8		0,7	
Zusammen Arbeiter		9,2		48,8
Mithelfende Familienangehörige	7,5		15,5	
Hausangestellte	2,0		3,4	
Zusammen		9,5		18,9
		100,0		100,0

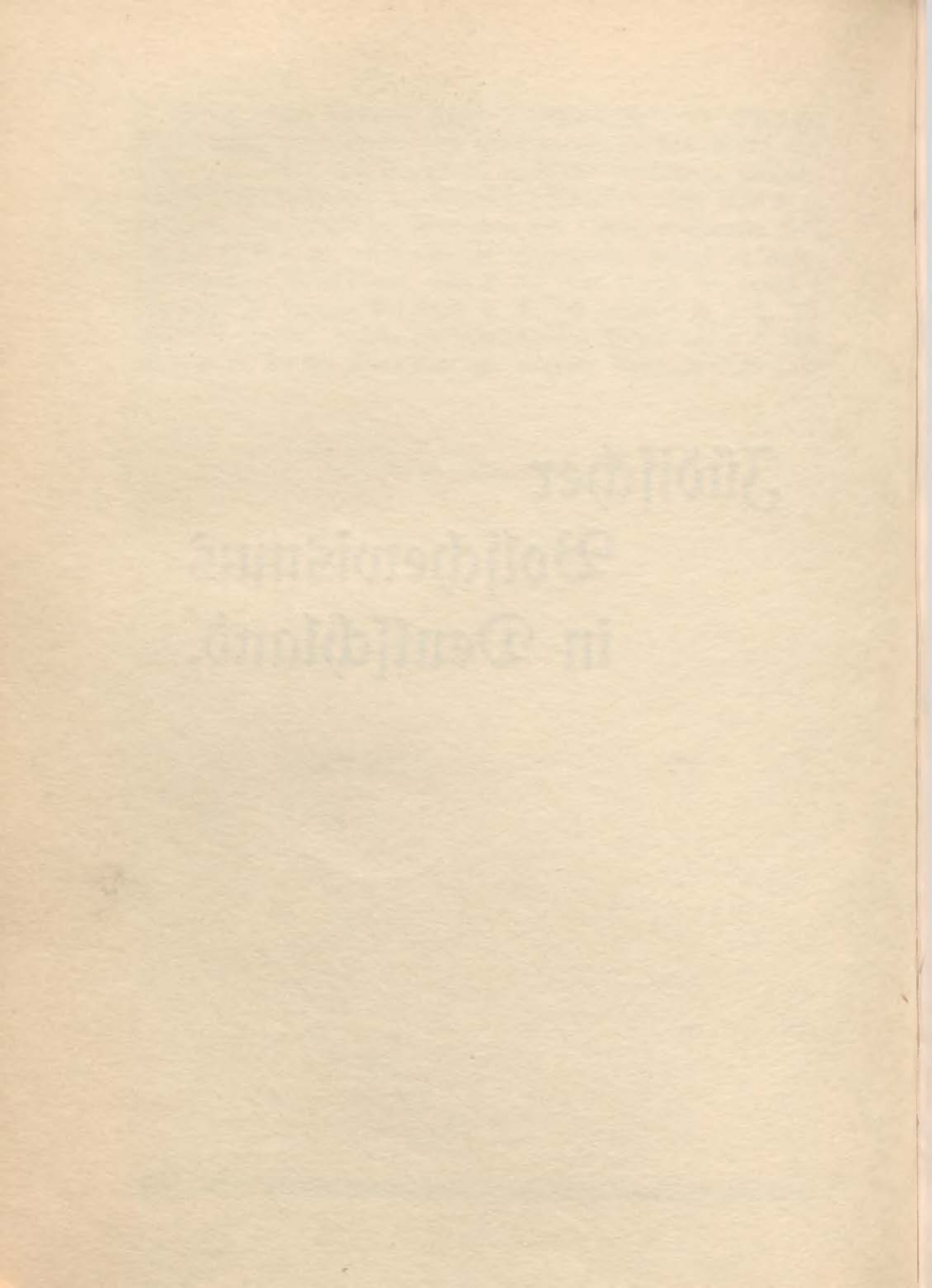
Wie schon ausgeführt, lohnt es sich, über die vorgenannten Zahlen hinab eine Untersuchung in den den Juden ureigensten Gebieten, den Handelszweigen vorzunehmen, und zwar nach der sozialen Struktur der Erwerbstätigen. Die anschließende Tabelle gibt hierüber Auskunft.

Anteil der Juden an den einzelnen sozialen Gruppen verschiedener Handelszweige in Preußen (1925).

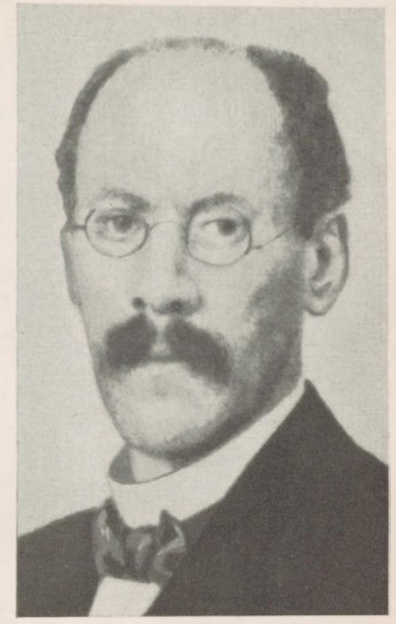
Handelszweig	Gesamtzahl der Erwerbstätigen			Eigentümer und Pächter			Direktoren und leitende Beamte			Angestellte und Beamte		
	überhaupt	davon Juden		überhaupt	davon Juden		überhaupt	davon Juden		überhaupt	davon Juden	
		abs.	%		abs.	%		abs.	%		abs.	%
Waren- und Produktenhandel	1 365 470	85 712	6,28	405 862	43 580	10,74	8 503	1 070	12,58	601 158	30 953	5,15
Vermittlung, Verwaltung und Beratung	88 663	8 367	9,44	51 270	6 786	13,24	902	892	7,76	30 285	1 293	4,27
Bank- u. Börsenwesen	146 235	5 620	3,84	4 385	1 504	34,30	6 118	381	6,23	124 334	3 653	2,94
Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	386 504	3 742	0,97	117 444	2005	1,71	2 356	68	2,89	29 601	573	1,94
Handel mit Tabak und Tabakwaren	41 283	1 902	4,61	24 081	1 311	5,44	200	11	5,50	9 847	345	3,50
Hausier- u. Straßenhand.	38 722	1 796	4,64	33 075	1 601	4,84	1	—	—	241	15	6,22
Verlagsgewerbe	49 100	1 415	2,88	2 333	212	9,09	1 555	117	7,52	28 214	1 001	3,55
Versicherungswesen	69 234	943	1,36	2 611	188	7,20	3 344	132	3,95	60 085	607	1,01
Buch- u. Kunsthandel, Leihbibliotheken	23 017	655	2,85	5 852	289	4,94	127	12	9,45	12 390	316	2,55
Aufbewahrung, Spedition u. Bewachung	51 076	494	0,97	4 363	161	3,69	494	42	8,50	17 438	251	1,44
Immobilienhandel	7 475	479	6,41	2 497	270	10,81	236	36	15,25	2 598	163	6,27
Verleihung u. Versteigerung	6 668	210	3,15	2 561	85	3,32	84	16	19,05	1 676	94	5,61

Um nur einige markante Zahlen herauszugreifen: Von 1 365 470 Erwerbstätigen im Waren- und Produktenhandel sind 85 712 oder 6,28 v. H. Juden. In Preußen sind 405 862 selbständige Handelsgeschäftsleute vorhanden, wovon auf das Judentum allein 10,74 v. H. entfallen. Der Anteil der Direktoren und leitenden Beamten stellt sich auf 12,58 v. H. Im Bank- und Börsenwesen beträgt der Anteil der jüdischen Berufstätigen 3,84 v. H. Der Anteil der jüdischen Bankiers ist dagegen mit 34,30 v. H. fast zehnmal so groß. Im Immobilienhandel betragen die entsprechenden Ziffern 6,41 v. H. bzw. 10,81 v. H., bei den Direktoren und leitenden Beamten 15,25 v. H.

Jüdischer Bolschewismus in Deutschland.



Cohn, Oskar, 15. 10. 1869 in Guttentag geb., mos., Dr., Rechtsanwalt.
Letzte Wohnung: Berlin, Levetzowstr. 16a.



1920. Seit 1909 Stadtverordneter in Berlin. 1912—1918 Mitglied des Reichstages. 1919 Mitglied der USPD.-Fraktion in der Nationalversammlung, dann Mitglied des Preuß. Landtages bei der gleichen Fraktion. Landtagshandbuch. Führer der USPD., soll den größten Teil der 20 Millionen Rubel, die die Bolschewistenzentrale zur Verfügung gestellt hat, in seinen Händen haben. Angeblich Finanzrat bei der Redaktion „Golos Rassii".

1919. Leiter der Finanzgeschäfte seiner Partei, soll Beziehungen zu ungarischen, russischen Banken haben.

1920. Offizieller Rechtsbeistand der russischen Sowjet-Botschaft. Mitglied der sozialen Mission, die in Warschau zur Untersuchung der Judenpogrome in Polen eingetroffen ist.

1921. Hat einen Vertrag mit der Berliner Sowjet-Vertretung abgeschlossen und arbeitet jetzt zwei bis drei Stunden täglich im Büro der Sowjet-Vertretung.

1920. Nennt sich neuerdings auch Dr. Igel.

1922. Leiter des deutsch-russischen Handelsbüros. Hat am Parteitag der USPD. in Leipzig teilgenommen.

1922. Mitarbeiter bei der Handelsvertretung der „RSFSR." in Berlin.

1925. Verteidiger für die „Rote Hilfe".

1930. Gehört zum erweiterten Vorstand der „Hias-Ica" Emigdirect-Emigration-Vereinigung.

1932. Leiter der Konferenz der Liga für Menschenrechte am 4. 10. 1932 im ehem. Herrenhaus in Berlin.



Eppstein, Eugen, 25. 6. 1878 in Simmern, Kr. Kreuznach geb., Dissident, Kaufmann. Letzte Wohnung: Berlin-Klosterstr. 45.

1919. E. wurde als Mitglied der KPD. und zum Generalsekretariat gehörig in Schutzhaft genommen.

Ist mit Köhring Leiter der Bergarbeiter-Union. War bis März 1919, wo er in Sicherheitshaft genommen wurde, Leiter des kommunistischen Büros in Essen; wurde angeblich am 2. 8. 1919 aus Versehen aus der Sicherheitshaft entlassen.

1920. Am 10. 11. 1919 aus dem Gefängnis des Reichs-Militär-Gerichts entwichen. — Erneut Schutzhaftbefehl erlassen.

1920. Eppstein wurde in Lichtenfels wegen Paßvergehens festgenommen und am 5. 2. 1920 nach Werl in Westfalen transportiert. Hält sich in Solingen auf.

Gegen ihn schwebt Haftbefehl des Untersuchungsrichters am Landgericht in Essen wegen Vergehens gegen § 125 I StGB.

1921. E. ist Sekretär der KAPD. in Saarbrücken.

1921. Am 28. 11. 1921 in Köln wegen Landfriedensbruch verhaftet.

1922. Hat am 7. November 1920 bei der Gedenkfeier der russischen Revolution auf dem Burgplatz in Essen gesprochen.

1923. Ist als Delegierter zum 4. Weltkongreß für den Bezirk Mittelrhein in Vorschlag gebracht.

1923. Wurde auf dem Parteitag der KPD. im Januar 1923 in Leipzig für den Bezirk Mittelrhein als Mitglied in den Zentralausschuß gewählt.

1924. Reichstagsabgeordneter der KPD.

1924. Soll militärischer Leiter des Bezirks Nordwest, Niedersachsen und Wasserkante sein.

1924. Wurde am 22. 10. 1924 in Bremen verhaftet.

1924. War am 7. 10. 1924 in Rheydt im Saale des Kaiserparks Referent in einer KPD.-Versammlung und sprach sehr aufreizend.

1924. Wurde für die Reichstagswahl der KPD. als Kandidat aufgestellt.

Erhielt falsche Papiere auf den Namen Leskin, Werner, 25. 8. 1878, Erfurt, von der KPD.-Paßfälscherzentrale.

1925. Landtagsabgeordneter der KPD. für Düsseldorf-Ost gewählt.

1925. Nahm als Vertreter Nordwest am X. Parteitag der KPD. teil und wurde dort in die politische Kommission gewählt.

1925. In der Bezirksleitung Nordwest als Bezirksleiter besoldet angestellt.

1926. Redner der Mitgliederversammlung des Roten Frontkämpferbundes am 26. 1. 1926 in Bremen.

1926. Wurde durch die Berliner Zentrale der KPD. von seinem Posten in Bremen abberufen und wird in der Berliner Zentrale mit dem Zeitungswesen der KPD. im Reich beschäftigt.

1926. Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingestellt.

1926. Mitunterzeichner der Maslow - Ruth - Fischer - Opposition.

1927. Eifriger Agitator der Kommunistischen Partei.

1927. Ihm ist wegen seiner oppositionellen Tätigkeit mit Ausschluß aus der Partei gedroht.

1928. Mitunterzeichner des Aufrufs zum Gründungskongreß des Leninbundes in Berlin.

1928. Seit 13. 1. 1928 Landtagsabgeordneter der Linken Kommunisten.

1928. Bei der Landtagswahl am 20. 5. 1928 nicht wiedergewählt.

1930. Der ObStA. in Essen ersucht um verantwortliche Vernehmung. E. soll im Jahre 1920 in Essen bei den Unruhen als Führer der Roten Armee an der Erstürmung des Wasserturms teilgenommen haben, wobei mehrere Personen der Besatzung des Wasserturms getötet worden sind.

1931. ObStA. in Essen teilt mit, daß das Verfahren eingestellt worden ist.

Strafe.

Im Jahre 1922 von der 4. Strafkammer des Landgerichts Essen wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu drei Monaten Gefängnis.



Eisler, Gerhard, 20. 2. 1897 in Leipzig geb., Dissident, Lektor, Schriftsteller.

Letzte Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Straße 56.

Ehefrau: **Heda,** geb. Tun, 6. 1. 1900 in Wien geb.

1921. Hat sich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Mitteldeutschland nach Berlin begeben. Er ist Kommunist.

1923. Hat am 28. 2. 1923 in Wesel in einer KPD.-Versammlung gesprochen und zum Sturze der Regierung Cuno aufgefordert.

1925. E. soll vertraulichen Nachrichten zufolge ein Bruder der Ruth Fischer sein, der auch häufiger unter dem Namen G. Gerhardt, Berlin, aufgetreten ist.

1925. E. ist auf dem hiesigen EMA. am 1. 12. 1923 unbekannt abgemeldet und seit dieser Zeit nicht wieder zur Anmeldung gelangt. Er soll sich in Wien bei seinen Eltern aufhalten.

1926. Gegen E. ist vom Oberreichsanwalt Steckbrief erlassen. Steckbrief gelöscht.

1925. Die Fahndung auf E. ist bisher ergebnislos verlaufen.

1926. Mitglied des Zentralkomitees der KPD.

1923. Seiner Angabe nach soll Smeral 10—12 Millionen Mark zur Unterstützung der „Tschechischen KP." erhalten haben, welches jedoch unbekannt ist.

1927. Steckbrief ist gelöscht.

1927. Gehört zur Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD.

1927. Hat sich unter dem Namen Dr. Berger von September bis November 1926 bei der Schwester seiner früheren Frau, Ella Thune, 15. 11. 1908 Wien geboren, Barbarossastr. 15, bei Freitag, aufgehalten. Hatte falschen Paß auf den Namen Fritz Mentel.

1927. Hat auf dem Führerkongreß des RFB., der vom 12. bis 19. 7. 1926 in Prenzlau stattgefunden hat, referiert.

1926. Wurde auf dem 11. Reichsparteitag der KPD., der vom 2. bis 7. 3. 1927 in Essen tagte, in das Zentralkomitee gewählt.

1927. Das Reichsgericht hat in der Sitzung vom 9. 7. 1927 das Verfahren gegen E. eingestellt.

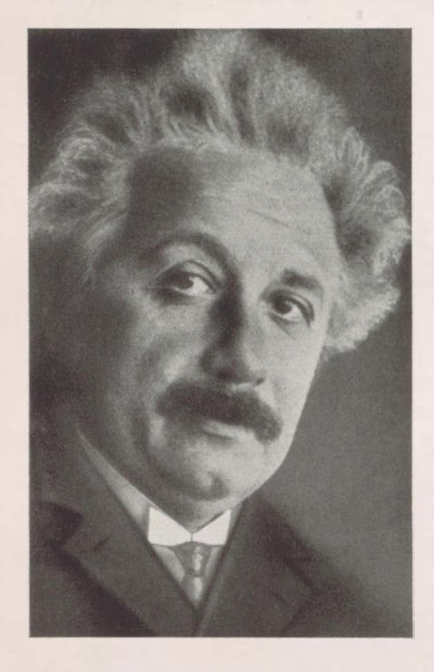
1927. In die Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg auf dem Bezirks-Parteitag am 27. 11. 1927 wiedergewählt.

1928. Ist unter dem Namen „Gerhardt" im Informationsbüro des Zentralkomitees, Kl. Alexanderstr. 28, Zimmer 508, tätig.

1928. Gegen E. schwebt bei der Staatsanwaltschaft in Königsberg i. Pr. wegen des Artikels „Das Doppelspiel der Kommunisten", der in der Nr. 208 des „Echo des Ostens" vom 5. 9. 1928 erschienen ist, ein Verfahren.

1929. Ferner ist ein Verfahren gegen E. eingeleitet wegen des Flugblattes „Kanonen gegen den Krieg". Es wird darin Vorbereitung des Hochverrats erblickt. E. befindet sich in Moskau seit 12. 11. 1928, Hotel „Lux", Zimmer 324.

1929. Auf dem Bezirks-Parteitag Berlin-Brandenburg der KPD. am 16. und 17. 3. 1929 in die Bezirksleitung nicht wiedergewählt.



Einstein, Albert, Prof. Dr. phil. h. c., 14. 3. 79 in Ulm geb., Dissident, Univers.-Prof. Letzte Wohnung: Berlin, Haberlandstr. 5.

Ehefrau: **Elsa,** geb. Einstein, gesch. Loewenthal.

1926. Mitglied des Kuratoriums der Kinderheime der Roten Hilfe.

1927. Gehört dem Präsidium der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" an.

1928. Gehört dem Ehrenpräsidium der Internationalen Arbeiterhilfe an.

1932. Mitgl. der „Deutschen Gruppe" des Bundes „Freier Balkan-Staaten".

1932. Mitgl. des „Deutschen Kampfkomitees gegen den imperialistischen Krieg" und Angehöriger des „Weltkomitees zur Bekämpfung des imperialistischen Krieges".

1933. Mitglied eines sogenannten Initiativ-Komitees, betitelt „Das freie Wort" (begründet von Albert Einstein, Heinrich Mann und Rudolf Olden).

1933. Hält sich z. Z. in Le Caq-sur-mer, Rue Shakespeare, Belgien, auf.

Fichtmann, Leo, 16. 8. 1873 in Elbing geb., mos., Steinmetz-Arbeiter.
Letzte Wohnung: Berlin, Raupachstr. 2, Keller.
Ehefrau: **Klara**, geb. Fuchs, 6. 4. 77 in Neudorf, Kreis Schwerin geb. mos.



1919. Bezieht 700 Stück „Die Rote Fahne", Leipzig.

1919. Verbreiter des „Kämpfer". Führender Genosse in der KPD. (Neumann-Gruppe). Saß während des Krieges vielfach in Schutzhaft, gewalttätig.

1920. Am 16. 11. 1920 der StA. I vorgeführt.

Sein Personalausweis Nr. 119 PM. 21 wurde bei dem bekannten Winkelmann gefunden.

1921. Fichtmann ist nach Stellung eines Strafantrages des Oberbürgermeisters Boeß wegen Einbruchs und Hausfriedensbruchs am 18. 11. 1921 Raupachstr. 2 festgenommen und am 24. 11. dem Untersuchungsrichter StA. I vorgeführt.

1921. Trat in der Vollversammlung der politischen Arbeiterräte bei Voß, Weberstr. 6, für Ausdehnung des Elektrizitätsstreiks und den Generalstreik ein.

1921. Gehört der sog. Finanzgruppe der KAPD. an und ist anscheinend bei 6 Überfällen auf Juweliere beteiligt gewesen.

F. war bis jetzt im Arbeitslosenrat im Metallarbeiter-Nachweis, Wusterhausener Straße 15, tätig. Wegen seiner verhetzenden Reden wurde er durch Magistratsbeschluß aufgefordert, sein Zimmer und seine Arbeitsstelle sofort zu verlassen.

1919. Kommunist. Trat in einer Kommunistenversammlung hervor.

1920. Bezirksführer des I. Bezirks der KAPD. Berlin.

1920. Ist als Vertreter der Baerschen Unterstützungskommission

der Allgemeinen Arbeiter-Union gewählt. Die Kommission gerät immer mehr in das syndikalistische Fahrwasser.

1920. Ist wegen seiner verbrecherischen Neigungen aus der KAPD. ausgeschlossen.

1920. Gruppenführer der Kampforganisation Infanterie.

1920. Forderte in einer Versammlung den Generalstreik über ganz Deutschland. Stellte sich an die Spitze des Demonstrationszuges und führte ihn zum Berliner Rathaus.

1920. Verlangte sofortige Wahl revolutionärer Betriebsräte und Generalstreik.

1921. Festgenommen wegen Vergehen gegen §§ 110, 111, 123, 124, 125, 140 StGB.

Hat die ordnungsmäßige Arbeitsvermittlung gestört.

1922. Sprach als Diskussionsredner in der KPD.-Versammlung und erklärte, daß er nicht als bezahlter Redner auftritt. Vom Staatskommissar Weißmann sei er 10 Monate eingesperrt gewesen.

1922. F. ist aus der KAPD. ausgetreten.

1923. Zog mit einem Demostrationszug von Erwerbslosen nach dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, wo er am Grabe Karl Liebknechts eine Rede hielt. Nach Schluß kam es zu Streitigkeiten. Er wurde festgenommen.

1923. Für Propaganda im Aktionsausschuß der Erwerbslosen.

1923. Am 14. 6. 1923 wurde bei ihm eine Durchsuchung nach einem Brief aus Freithal i. S. vorgenommen. Dieser Brief sollte über Lieferung von Eierhandgranaten an die dortigen Erwerbslosen etwas enthalten. Ohne Erfolg.

1924. Hat am 4. 8. 1924 in der Versammlung der Hand- und Kopfarbeiter in der Königsbank gesprochen.

1925. Sprach im Namen der KAPD. am Sonntag, dem 12. 4. 1925, bei der Berliner Kampfkundgebung in der Siemens-Oberrealschule in Charlottenburg.

1925. Hat eine Beschwerde gegen die Beamten des 82. Polizei-Reviers eingereicht, weil sie ihm im Friedrichshain, wo er Sonntags als Redner auftritt, Schwierigkeiten machen.

1926. Hat gegen den RFB. eine Anzeige erstattet.

Strafen:

Am 14. 8. 1893 wegen Unfugs zu 3 Tagen Haft.

Am 6. 12. 1893 wegen Bettelns zu 7 Tagen Haft.

Am 9. 7. 1894 von der Straßenpolizei in Contrav zu 21 Tagen Haft.

Am 10. 9. 1894 wegen Hehlerei zu 3 Tagen Gefängnis.

Am 17. 9. 1894 wegen Beleidigung zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 19. 8. 1895 wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 7. 10. 1898 wegen Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe evtl. 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 9. 12. 1903 wegen Hausfriedensbruchs zu 3 M. Geldstrafe evtl. 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Am 1. 7. 1904 wegen Vergehens gegen das Krankenkassenversicherungsgesetz zu 20 M. Geldstrafe evtl. 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 28. 6. 1909 wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 27. 11. 1912 wegen Beleidigung und Körperverletzung mit 1 und 2 Tagen, insgesamt zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 29. 12. 1914 wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch zu 25 M. Geldstrafe evtl. 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 27. 4. 1920 wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.



Fichtmann, Max, 22. 11. 98 in Berlin geb., mos., Arbeiter. Letzte Wohnung: Berlin, Raupachstr. 2 oder 27 bei den Eltern.

1919. Roher und brutaler Spartakist. Steht mit der Zentrale der KPD. in Verbindung. War an den Märzkämpfen beteiligt. Vater ist Leo Fichtmann.

1919. Ist des gemeinschaftlichen schweren Raubes und des Raubmordversuches, begangen am 31. 7. 1919 im Walde bei Hirschgarten an dem Kaufmann Orlowski, Carmen-Sylvastr. 132, dem hierbei 1800 RM. geraubt wurden, dringend verdächtig.

Wurde wegen dieser Tat verurteilt.

1920. War wegen Mordes an Inspektor Blau angeklagt und wurde freigesprochen. 1921. Gehört der sogenannten Finanzgruppe der KAPD. an und soll bei Überfällen auf Juweliere mitgewirkt haben. 1926. Die Strafhaft vom Herrn Justizminister unterbrochen und bis 31. 10. 1929 ausgesetzt. 1926. Gehört dem Orts-Arbeitsausschuß der KAPD. des Wirtschaftsbezirks Sachsen-Anhalt an. 1926. Hat sich vom November 1925 bis Februar 1926 in Aue i. Vogtl. beruflich aufgehalten, hat sich aber in Aue nicht politisch betätigt. 1928. Durch Reichsgesetz über Straffreiheit vom 14. 7. 1928 ist durch Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts beim LG. II Berlin vom 25. 10. 1919 anerkannte Strafe von 12 Jahren Zuchthaus, die durch Erlaß des Pr. Staatsministeriums vom 18. 8. 1924 auf 8 Jahre Zuchthaus ermäßigt wurde, um 2 Jahre 8 Monate erlassen.

Strafen:

Am 24. 10. 1919 vom Kriegsgericht beim Landgericht II in Berlin wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes und des Raubmordversuches zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

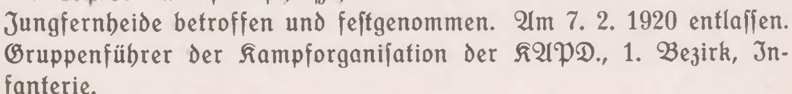
Fichtmann, Hugo, 10. 12. 1902 in Berlin geboren, mos., Arbeiter.
Letzte Wohnung: Berlin-Raupachstraße 2 bei den Eltern.

1919. Roher und brutaler Spartakist. Steht nebst Bruder Max mit der Zentrale der KPD. in Verbindung. War an den Märzkämpfen beteiligt. Vater: Leo Fichtmann.

1919. Wegen Aufruhrs und Waffenbesitzes zu verhaften. Staatsanwaltschaft I.

1919. Ist in Hamburg festgenommen.

1920. Wurde am 1. 2. 1920 in einer Funktionär-Konferenz der KPD. im Parkschlößchen-Jungfernheide betroffen und festgenommen. Am 7. 2. 1920 entlassen. Gruppenführer der Kampforganisation der KAPD., 1. Bezirk, Infanterie.



Von der Funktionär-Versammlung der KAPD. am 5. 8. 1920 zum Mitglied der Paßkommission vorgeschlagen.

1920. Bezirksführer des I. Bezirks der KAPD.

1920. Referent der KAPD. für Landagitation und Arbeitslosenfrage.

1921. Gehört der Finanzgruppe der KAPD. an und soll bei Überfällen auf Juweliere mitgewirkt haben.

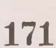
1922. Hielt sich Grünstr. 9 bei Johanna Block unangemeldet auf und wurde am 25. 1. 22 festgenommen.

1922. Am 26. 1. 1922 der Staatsanwaltschaft II zugeführt.

1922. Verfahren mangels Beweisen eingestellt.

1922. Mitglied des Hauptausschusses der KAPD.

1922. Ist bei seinen Eltern, Raupachstr. 2, gemeldet, aber nicht



wohnhaft dort. Er ist arbeitslos. Seine Geliebte war Johanna Block, Grünstr. 9.

1923. Geistiger Leiter der „Erwachenden Jugend", die erst im Entstehen begriffen ist.

1923. Ist wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KAPD. und der Allgemeinen Arbeiter-Union ausgeschlossen.

1923. Aus der „Erwachenden Jugend" ausgeschlossen. Hat sich eine eigene Gruppe von arbeitslosen und arbeitsscheuen Jugendlichen unter der Bezeichnung „Ostpiraten" gegründet.

1923. Ist am 17. 4. 1923 unter dem Namen Dichtermann mit einem Referenten Schubert aus Berlin in Freithal-Döhlen im Gasthaus Krille gewesen.

1923. War Führer eines Trupps der „Erwachenden Jugend" nach Wittenberg, wo dann eine Gruppe der Deutschnationalen Jugend überfallen und verprügelt wurde.

Friedländer, Paul, Dr., 2.7.91 in Baden bei Wien geb., Dissident, Schriftsteller. Letzte Wohnung: Berlin-Charlottenburg, Augsburger Str. 25 bei Rehsa. Ehefrau: **Martha,** geb. Jakob, 16.7.93 in Mösterich geboren.

1919. Führender Internationaler Kommunist. Geldgeber für die spartakistische Zentrale von Nordböhmen in Reichenberg in Böhmen.

1921. Vors. der komm. Rätefraktion Österreichs.

1921. Einreisesichtvermerk zur Teilnahme an den in Berlin stattfindenden Kongreß der „Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland" verweigert.

1923. Hat einen Durchreisesichtvermerk nach Moskau zum IV. Kongreß der III. Internationale erhalten. 1925. Österreichischer Kommunist.

1926. Redakteur der „Internationalen Korrespondenz", Friedrichstraße 225. 1928. Bei der „Inprekorr." im Karl-Liebknecht-Haus tätig.

1928. Besitzt für das Jahr 1928 eine Pressekarte als Vertreter von „The Daily Worker", New-York.

1931. Referierte in der Hasenheide in einer Versammlung der „Roten Hilfe" über den § 218.

1932. In der am 8. 11. 1932 stattgefundenen Funktionärbesprechung der „Roten Hilfe" wurde bekanntgegeben, daß F. Krankenatteste für Delegationen zum Weltkongreß nach Rußland ausgestellt hätte.

1932. Mitglied des illegalen Zentrums des „MOPR." in Deutschland. 1932. Gehört zum Vorstand „Die Junge Volksbühne" e. V.

1933. War Chefredakteur der „Welt am Abend" und betätigte sich als Lehrer der Marxistischen Arbeiterschule.

1933. Soll sich in Prag aufhalten.



Goldschmidt, Alfons, Dr., 28. 11. 1879 in Gelsenkirchen geb., mos., Universitätsprofessor, Schriftsteller.
Letzte Wohnung: Berlin-Grunewald, Douglasstr. 30.

1919. Hat die Leitung des „Bundes für proletarische Kultur" übernommen.

Leiter der Redaktion der „Räte-Zeitung", Luisenstr. 28, woselbst auch täglicher reger Verkehr von Fremden, besonders Juden, stattfindet.

1920. 20. 1. 1920 auf Anordnung des ObKdo. Noske zwecks Inschutzhaftnahme festgenommen.

Am 29. 1. 1920 aus der Schutzhaft entlassen.

1920. Referierte in einer KPD.-Versammlung im „Münchener Kindl-Keller" über die Wirtschaftsorganisation in Sowjet-Rußland.

1922. Befindet sich mit Prof. Nicolai in Argentinien.

1927. Gehört dem Exekutivkomitee der „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit" an.

1927. Sprach im Künstlerhaus zu Dresden vor den Ortsgruppen Dresden der „Intern. Arb.-Hilfe", der „Intern. Frauenliga" und der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands" über die politische Lage aller Länder.

1927. Teilnehmer an der 2. Reichskonferenz des „Bundes der Freunde der Intern. Arb.-Hilfe" in Erfurt.

1927. Mitglied des Reichsvorstandes der „Intern. Arb.-Hilfe".

1928. Gehört zum Vorstand und künstlerischen Ausschuß des „Volks-Film-Verbandes".

1928. Seit dem Erfurter Kongreß 1927 Reichsvorstandsmitglied der „Intern. Arb.-Hilfe".

1929. Referent für die „Intern. Arb.-Hilfe" am 19. 4. 1929 in Essen. 1929. Zum 1. Vorsitzenden der „Intern. Arb.-Hilfe" auf der 3. Reichskonferenz in Dresden gewählt.

1929. Soll Professor sein. An der hiesigen Universität sowie bei dem Min. für Kunst und Wissenschaft ist er als solcher nicht bekannt. Er befaßt sich jedoch nach Vorgängen bei dem vorgen. Ministerium mit der Gründung eines Wirtschaftsinstituts in Latein-Amerika, worüber das „Berl. Tageblatt" vom 30. 1. 1929 einen Artikel brachte.

1929. War am 11. 7. 1929 bei der Kundgebung gegen koloniale Unterdrückung in Kliems Festsälen Referent. 1929. 1. Vorsitzender des Reichsausschusses der „Intern. Arb.-Hilfe", Büro Wilhelmstr. 48.

1929. Teilnehmer an dem 2. Weltkongreß der „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit" am 31. 7. 1929 in Frankfurt am Main.

1930. Mitglied des „Kampfkomitees der Künstler und Geistesarbeiter gegen Reaktion und Faschismus".

1930. Vorsitzender und Reichsleiter der „Intern. Arb.-Hilfe".

1931. Trat bei einer Massenkundgebung der „Roten Hilfe" am 23. 3. 1931 in Köln als Redner auf.

1931. Sprach am 19. 4. 1931 in einer öffentlichen Versammlung der „Intern. Arb.-Hilfe" in Magdeburg über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Amerika, Rußland und Deutschland.

1931. Mitglied des „Zentralkomitees der Intern. Arb.-Hilfe".

1932. Gehört zum Direktions-Komitee der deutschen Gruppe des „Bundes Freier Balkan" mit dem Sitz in Friedenau, Gutsmuthsstraße 10.

1932. Trat am 20. 1. 1932 im Ledigenheim, Pappelallee 15, bei einer öffentlichen Versammlung der „Roten Hilfe" als Redner auf.

1932. Trat am 8. 12. 1931 in einer von der „Intern. Arb.-Hilfe" veranstalteten Versammlung im Nationalhof, Bülowstr. 37, als Redner auf, in welcher er die Neugründung des „Klubs der Geistesarbeiter" verkündete.

1932. Am 23. 5. 1932 auf Reisen abgemeldet und ist bisher nicht wieder zur Anmeldung gelangt.

1932. Referierte in Versammlungen der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung", Ortsgruppe Hamburg.

1933. Tritt für die Freilassung des verhafteten chinesischen Gewerkschaftsführers Huan-Ping ein.



Golke, Elfriede, gesch. Friedländer, geb. Eisler, 11. 12. 1895 in Leipzig geboren, Schriftstellerin.

Letzte Wohnung: Berlin-Britz, Andreasberger Str. 9 bei Maslow.

Nennt sich **Ruth Fischer.**

1919. Sie ist die rührigste und gefährlichste Anführerin der Wiener komm. Partei und verfügt über reiche Geldmittel. Soll Anfang Oktober 1919 nach Deutschland abgereist sein und sich in Hamburg oder Berlin aufhalten.

1920. Ihre Adresse wurde in dem beschlagnahmten Material der Kommunistin Tschemerinski gefunden. Sie ist agitatorisch tätige Kommunistin.

1920. Frau Landsberger, Steglitz, Dijonstr. 1, vermittelt ihre Korrespondenz.

1921. Ist mit Frau Anni Jolles in Wien 10, Grinzinger-Kriegsbaracke, bekannt und hat hier 1919 Steglitz, Pleschkestr. 3 bei Bartels, gewohnt (unangemeldet).

1921. Ist Mitglied des Aktionsausschusses der VKPD.

1921. Soll von der Zentrale als besondere Agitatorin nach Schlesien entsandt sein.

1921. Parteischriftstellerin in der VKPD. Mitglied der Berliner Zentrale der VKPD. und des Aktionsausschusses. Trieb seit längerer Zeit gefährliche kommunistische Propaganda in Berlin unter dem Namen Ruth Fischer. Am 12. 7. 1921 festgenommen und am 15. 7. 1921 der Staatsanwaltschaft wegen Aufforderung zum Mord vorgeführt. Rückführung wegen Ausweisung ersucht.

1921. Sprach auf dem Parteitag der VKPD. in Jena unter dem Namen „Wagner".

1921. Soll sich in Berlin aufhalten und die Absicht haben, sich mit einem Deutschen zu verheiraten, um in Deutschland bleiben zu können. Hat am 21. 10. in einer Versammlung von Parteifunktionären und Betriebsobleuten gesprochen.

1921. Ist am 11. 11. 1921 in einer geheimen Funktionärversammlung der KPD. im Moabiter Gesellschaftshaus unter dem Namen „Dora Müller" als Referentin aufgetreten.

1921. Am 15. 11. 1921 trat die F. in einer Konferenz der KPD.-Zentrale und revolutionären Obleute auf und empfahl den Obleuten, sich nach den von ihr ausgearbeiteten 21 Moskauer Forderungen einzurichten.

1921. Am 20. 12. 1921 erneut festgenommen wegen Bannbruchs.

1921. Ist gegen Kaution aus der Haft entlassen. (!!)

1922. Reisepaß Nr. 355 vom 5. 1. 1922.

1922. Hat an der Konferenz der kommunistischen Metallarbeiter-Funktionäre am 10. 1. 1922 Borussia-Festsäle, Ackerstr. 6/7, teilgenommen und dort ein Referat über die Situation in der KPD. gehalten.

1922. Referierte am 20. 4. 1922 bei der KPD.- und USPD.-Kundgebung im Lustgarten, wurde anschließend daran festgenommen, aber wieder entlassen.

1922. Sprach am 3. 5. 1922 in einer Sitzung der Obleute der Großbetriebe und Fraktionsvorsitzenden der KPD., wobei sie aus Anlaß des Einschreitens der Polizei gegen die Rathaus-Demonstranten am 2. ?. 1922 für einen sofortigen Generalstreik eintrat.

1922. Ist bei der KPD. Bez. Berlin-Brandenburg als Sekretärin mit einem Monatsgehalt von 3000 Mk. angestellt.

1922. Sprach am 3. 9. 1922 beim Frauen-Werbefest der KPD. Saalbau Friedrichshain.

1922. Ist als Delegierte für den 4. Weltkongreß für Berlin und Lausitz in Vorschlag gebracht.

1922. Verheiratete sich am 27. 10. 1922 zu Berlin (StA. XIII. Nr. 1427) mit Gustav Gohlke, 14. 10. 1895 Danzig geb., welcher in der KPD.-Zentrale, Rosenthaler Str. 38, tätig sein soll.

1923. Sprach am 17. 12. 1922 in der Funktionärkonferenz Brauerei Friedrichshain über den Verlauf des 4. Weltkongresses.

1923. Sprach am 16. 1. 1923 in der KPD.-Versammlung im Realgymnasium Ober-Schöneweide über die Ruhrbesetzung.

1923. Sprach am 21. 1. 1923 auf dem Bez.-Parteitag Berlin-Brandenburg über die politische Lage und Reichsparteitag und wurde als Sekretärin für Politik und Bildung gewählt.

1923. Sprach am 26. 1. 1923 in einer Versammlung der KPD. in den Pharussälen, Müllerstr. 142, über das Thema: „Der Feind steht im Lande, und die Ruhrbesetzung".

1923. Wurde auf dem Parteitag der KPD. im Januar 1923 in Leipzig in den Zentralausschuß für den Bezirk Berlin-Brandenburg gewählt.

1923. Ist in dem Frauensekretariat der KPD., Münzstr. 24, tätig und wirkt nach wie vor agitatorisch für die KPD.

1923. Soll mit Brandler und Maslow bereits im Flugzeug nach Rußland abgefahren sein.

1923. Sprach am 19. 10. in der Brauerei Friedrichshain gelegentlich der Konferenz der Gr. Berl. Funktionäre der KPD. über die politische Lage.

1923. Soll sich, wenn sie in Berlin ist, mit Maslow bei Dr. Alexander aufhalten.

1924. Ist auf dem Bezirksparteitag Berlin - Brandenburg am 25. 3. 1924 als Reichstagskandidatin für den Wahlkreis Berlin zur Reichstagswahl 1924 gewählt.

1924. Gegen die Gohlke ist vom Amtsgericht Berlin - Mitte Abt. 128 Haftbefehl erlassen.

1924. Gelöscht.

1924. Wurde auf dem Parteitag der KPD. vom 6.—9. 4. 1924 in die Reichszentrale (Parteilinke) gewählt.

1924. Reichstagsabgeordnete der KPD. für den Wahlkreis II Berlin, gewählt bei der Reichstagswahl am 4. 5. 1924.

1924. Leiterin der konspirativen Abteilung (Kampfausbildung der KPD.). Vertreter ist Scholem und Mostowenko.

1924. Auf dem Weltkongreß in Moskau, 1924, als Kandidatin in das neue Exekutivkomitee und in das Präsidium der Komintern gewählt, hat am 5. Kongreß sich zuerst den Namen Frau Severing zugelegt.

1924. Hat in einer Kommunistenversammlung in London ein Referat gehalten.

1924. Sekretärin im Polbüro der KPD. für Berlin-Brandenburg.

1924. Wurde für die Reichstagswahl am 7. 12. 1924 als Kandidatin der KPD. für die Reichsliste aufgestellt.

1924. Wird im „Deutschen Vorwärts“ Nr. 28 auch als „Seidenstamm“ genannt, und soll auch nicht in Leipzig geboren sein.

1924. Erhielt von der Paßfälscherzentrale der KPD. einen Paß auf den Namen Liliane Boßhardt, 16. 5. 1894, Basel.

1924. Erhielt falsche Papiere von der KPD.-Paßfälscherzentrale auf den Namen Krause, Gertrud geb. Brüning.

1924. Als Reichstagsabgeordnete der KPD. wiedergewählt.

1924. Wurde am 3. 1. 1924 in Wien wegen Falschmeldung verhaftet und wieder entlassen.

1925. Die G. hat ihr Mandat als Landtagsabgeordnete niedergelegt. An ihrer Stelle hat die Genossin Johanna Ludewig das Mandat angenommen.

1925. Decknamen Ruth Fischer, Frau Severing und Oskar.

1925. War am 19. 2. 1925 in der Versammlung der KPD.-Gewerkschaftsfunktionäre im Reichskasino, Neue Königstr. 26, Referentin und stellte zum 18. 3. 25 eine große Demonstration in Aussicht. (Gegen die Lutherregierung.)

1925. War Lehrerin des Zentralkursus der KPD. vom 6. 2. 1925 ab in den Sophiensälen.

1925. Befindet sich gegenwärtig in Moskau.

1925. Als Sekretärin im Polbüro der KPD. für Berlin-Brandenburg für 1925 wiedergewählt.

1925. Nahm als Mitglied der Zentrale an dem X. Parteitag der KPD. vom 12.—17. 7. 1925 teil.

1925. Als Sekretärin in der Bezirkszentrale Berlin-Brandenburg, Münzstr. 24, tätig.

1925. Ist am 19. 10. 1925 nach Moskau abgereist.

1926. Mitglied des Zentralkomitees der KPD.

1926. Ist von Moskau zurückgekehrt. Besuchte zuletzt am 1. Juli 1926 den Kommunisten Maslow in der Strafanstalt Tegel und will

den am 10. Juli 1926 zur Entlassung kommenden Maslow abholen. Ihre Wohnung ist bisher nicht festgestellt.

1926. Das Präsidium des Ekki in Moskau hat beschlossen, wegen grober und bewußter Verletzung der internationalen und der Parteidisziplin die Ruth Fischer von ihren Funktionen in den Komintern zu entheben, d. h. verbietet ihr bis zum Erweiterten Plenum des Ekki jegliches Auftreten sowie jede Arbeit als Kandidatin des Ekki.

1926. Die Gohlke ist aus der KPD. ausgeschlossen worden.

1926. Hat an der erweiterten Ekki-Tagung in Moskau teilgenommen.

1926. Wohnt seit dem 4. 4. 1927 mit Maslow zusammen in Wilmersdorf, Lauenburger Str. 23 bei Greinert.

1927. Hat an der Ekki-Tagung im Dezember 1926 in Moskau teilgenommen.

1928. Unterzeichner des Aufrufs zum Gründungskongreß des Leninbundes am 8. und 9. 4. 1928 in Berlin.

1928. Mitglied des Zentralkomitees der Linken Kommunisten.

1928. Bei der Reichstagswahl am 20. 5. 1928 nicht wiedergewählt.

1929. Seit dem 1. 12. 1928 im Rathaus Neukölln Abtl. Krisenfürsorge als Schreiberin tätig.

1929. Die G. ist auf Veranlassung des Stadtrats Schminke in der Krisenfürsorge angestellt. Sie ist als Aushilfskraft tätig und wird sobald wie möglich zur Entlassung kommen.

1929. Ist im Sommer 1928 aus dem Zentralkomitee des Leninbundes ausgetreten und ist bisher in die KPD. nicht wieder aufgenommen worden.

1929. War Mitglied des KPD.-Maikomitees im Mai 1929.

1929. Gegen G. wurde wegen des Artikels „Nordwestkampf" in der Druckschrift „Das Rote Sprachrohr" Anzeige wegen Gotteslästerung erstattet. Das Verfahren wurde von der Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht I eingestellt.

1930. Die G. soll wieder Antrag um Aufnahme in die KPD. gestellt haben.

1933. Ist einige Zeit in Prag gewesen, anschließend aber nach der Schweiz, wahrscheinlich Basel, weitergereist.

Halle, Felix, Leo, 1. 5. 1884 in Berlin geboren, mosaisch, Professor, Schriftsteller, Kaufmann.
Ehefrau: **Ruth, Emmi,** geb. Kammrich, 15. 1. 1886 in Berlin geboren.
Letzte Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Xantener Straße 5.

1922. Leiter der juristischen Zentralstelle der KPD.

1922. Steht in enger Fühlung mit der hier bekannten Kommunistin Frau Dr. Kraus und war von ihr gelegentlich einer Durchsicht ihrer Wohnung als Zeuge zugezogen.

1923. H. reist viel im Reiche umher, um für die KPD. zu agitieren. Gelegentlich einer Durchsuchung der Jugendinternationale in der Feurigstr. 63, am 11. 1. 23, wurde er herbeigerufen und beleidigte die diesseitigen Beamten in gemeinster Art.

1923. Ist in der letzten Zeit, besonders während des letzten Streiks, eifrig agitatorisch tätig gewesen. Er ist fast täglich in der Berliner Zentrale der KPD., Münzstr. 24, gesehen worden. Im allgemeinen ist er im Landtagsgebäude anzutreffen. Dort befindet sich auch das Büro der Landtagsfraktion der KPD. In diesem Büro ist auch seine Ehefrau tätig. 1924. War am 11. 12. 1923 Teilnehmer an der Sitzung der Strafkammer in Mannheim, wo gegen die Kommunisten Ritter und Weinbrecht verhandelt wurde.

1924. Verhilft Kommunisten, welche gesucht werden, zur Flucht.

1924. Prokurist im „Neuen Deutschen Verlag". Dieser gibt die Zeitschrift „Sichel und Hammer" heraus, außerdem andere kommunistische Zeitschriften. 1924. KPD.-Landtagskandidat für den 7. 12. 1924 — Kreis Potsdam II. 1925. In der Leitung der „Intern. Arb.-Hilfe", Unter den Linden 11, tätig.

1926. Ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde auf Grund des Gesetzes über Straffreiheit eingestellt.

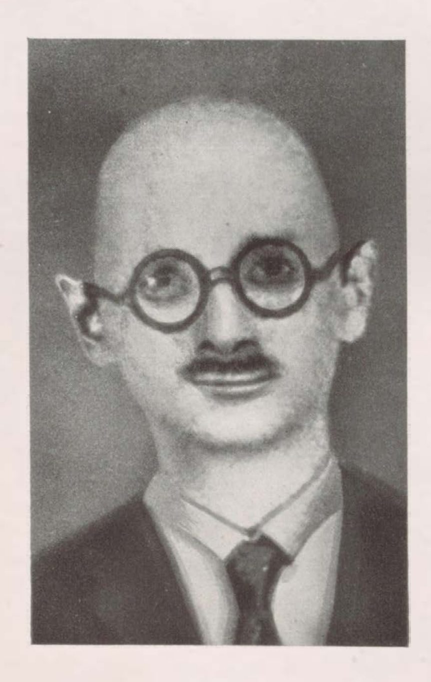
1926. Syndikus der „Juristischen Zentralstelle der kommunistischen Reichstags und Landtagsfraktion". Hat die Broschüre „Der Proletarier als Schöffe und Geschworener" herausgegeben. 1927. Beide Eheleute aus den russischen Heilstätten Krim zurückgekehrt.

1929. Sprach auf der „Reichskonferenz der Roten Hilfe Deutschlands" am 13. 10. 1929 über den Begriff des Hochverrats.

1933. Tritt für die Freilassung des verhafteten chinesischen Gewerkschaftsführers Huan Ping ein. Mitglied der „Internationalen Juristischen Vereinigung", Berlin.

1933. Unterzeichnet Beschwerden gegen Verbotsverfügungen der kommunistischen Zeitung „Die Rote Fahne" als Professor Felix Halle. Er hat angegeben, daß ihm dieser Titel bei der Erteilung eines Lehrauftrages an der Universität Moskau verliehen worden sei. Er soll dies durch Beschaffung von Urkunden nachweisen.

1933. Am 28. 2. 1933 in polizeiliche Schutzhaft genommen.



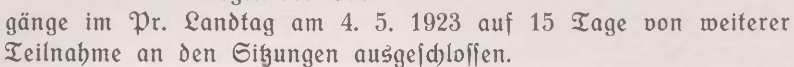
Hirsch, Leon, 2. 10. 1886 in Berlin geb., Dissident, Verlagsbuchhändler.

Letzte Wohnung: Berlin-Schbg., Bozener Str. 10.

1920. Steht mit dem bekannten Kommunisten Ernst Toller, z. Z. im Festungsgefängnis Niederschönfeld, in Verbindung.

1928. War der verantwortliche Verleger und Herausgeber der Broschüre „Revolutionäre Dichtungen" und war angeklagt wegen Beschimpfung der christlichen Kirche. Er wurde jedoch am 11. 4. 1927 freigesprochen. Die beschlagnahmten Stücke werden freigegeben.

1929. Mitgl. des politisch-satirischen Kabaretts „Die Wespen".



Katz, Iwan, 15. 2. 1889 in Hannover geb., Magistratsbeamter.

Letzte Wohnung: Berlin-Karlshorst, Rheinstr. 31.

1921. Landtagsabgeordneter der VKPD. für den Kreis 16 Südhannover.

1921. Ist Hilfsarbeiter beim Magistrat Hannover.

1921. Ist von der Kommunistischen Fraktion als Vertreter in den Landtagsausschuß für Gemeindewesen bestimmt worden.

1922. Sprach auf dem Bezirksparteitag der KPD. in Stuttgart über „Unser Kommunalprogramm und die bevorstehenden Gemeinderatswahlen".

1923. Wurde wegen der Vorgänge im Pr. Landtag am 4. 5. 1923 auf 15 Tage von weiterer Teilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen.

1923. Hat in der KPD.-Versammlung am 3. 7. 1923 in der Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee, nachstehende Äußerung getan: „Genossen, diesmal seid ihr nicht ohne Führer, wir haben auch Waffen und diesmal wird auch viel Blut fließen."

1923. War in der Zentrale (Kommunalbüro) der KPD., Rosenthaler Str. 38, bis zur Auflösung tätig.

1924. Reichstagsabgeordneter der KPD. für den Wahlkreis 16, Südhannover-Braunschweig, gewählt bei der Reichstagswahl am 4. 5. 1924. 1924. Hat am 12. 5. 1924 sein Mandat zum Preußischen Landtag niedergelegt.

1924. Gegen Katz schwebt bei der Oberstaatsanwaltschaft in Cottbus ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. 1924. Der Polizeipräsident in Hannover hat gegen Katz Strafantrag gestellt.

1924. Wurde zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofes gewählt.

1924. Soll oberster militärischer Leiter der Kampforganisation der KPD. sein.

1924. Teilnehmer am Reichsarbeiterkongreß der KPD. in Eisenach.

1924. Soll als Vorsitzender des Rechtsausschusses seinen Posten niederlegen. 1924. Ist wegen Hochverrats zu verhaften.

1924. Wurde für die Reichstagswahl am 7. 12. 1924 als Kandidat aufgestellt.

1924. Fahndungsmaßnahmen sind eingestellt, da K. dem ständigen Ausschuß angehört und somit Immunität genießt.

1924. Erhielt von der KPD.-Paßfälscherzentrale Papiere auf den Namen Tanner, Ulrich, 15. 2. 1899, Basel.

1925. Wurde am 31. 12. 1924 in Wien wegen Falschmeldung festgenommen.

1925. Wurde gegen eine Kaution von 50 Millionen Kronen auf freien Fuß gesetzt, muß aber bis zur gerichtlichen Verhandlung in Wien verbleiben.

1925. K. hat sein Mandat als Bürovorsteher der Stadt Hannover niedergelegt. 1925. Leiter des Ernährungswesens des Rev.-Komm. im Herbst 1923.

1925. Soll sich seit Februar 1925 mit seiner Frau in Rußland aufhalten. Seine Wohnung in Hannover wird von dem politischen Leiter des Bez. Niedersachsen, Wilhelm Bohn, bewohnt. Das Amt als Bürovorsteher hat er niedergelegt. Am 23. 1. 1925 nahm er das letzte Mal an Sitzungen im Reichstag teil.

1925. OStA. Cottbus ersucht in der Strafsache gegen Katz um Feststellung, ob K. in Berlin eine feste Wohnung inne hat. Er besitzt keine feste Wohnung, hat am 16. 1.—21. 1. als Hotelfremder — Hotel Stadt Wien — Dorotheenstr. 46, gewohnt. Jetziger Aufenthalt unbekannt.

1926. K. ist vom Zentralkomitee der KPD. wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden.

1926. Hat sich mit der „Allg. Arbeiter-Union" dem „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe" und der „Opposition der KPD." zu einem „Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen" zusammengeschlossen.

1927. Mitglied der „Reichsleitung des Spartakusbundes".

1927. Soll im Oktober 1926 mit dem Schreiner Otto Grebe aus Kassel im Hotel „Maus" zu Kassel, Bahnhofstr., homosexuellen Ver-

kehr gehabt haben und dem G. den Auftrag gegeben haben, von der Botschaft der Sowjet-Republiken in Berlin wichtige Dokumente abzuholen und zu den Franzosen in das besetzte Gebiet zu bringen. Auch soll er dem G. 300 Mk. zugesandt haben. G. gilt als geistig minderwertig.

1928. Haftbefehl und Steckbrief aufgehoben.

1928. Bei der Reichstagswahl am 20. 5. 1928 nicht wiedergewählt.

1928. Nach Mitteilung des Oberreichsanwalts vom 15. 5. 1928 bestehen keine Fahndungsersuchen in Sachen Katz.

1930. Ist als Magistratsangestellter beim Bezirksamt Wedding — Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene — in der Reinickendorfer Str. 118 beschäftigt. Außerdem betätigt er sich auch schriftstellerisch. Politisch seit längerer Zeit nicht mehr.

Leviné, Eugen, Dr., 9. 5. 1883 in Petersburg geboren, Schriftsteller.

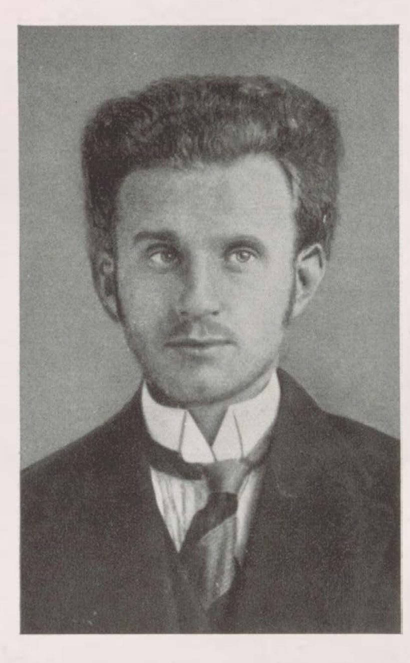
Letzte Wohnung: Berlin-Lichtenrade, Erlanger Str. 44.

Ehefrau: **Rosa,** geb. Broida, 18.5.1890 in Wilna geb.



1919. Gehört seit 1904 der russischen Partei der „Sozial-Revolutionären" an. Hat später an der russischen Arbeiterbewegung teilgenommen und in Diensten derselben 14 Monate Gefängnis verbüßt. Mitglied der deutschen Sozialdemokratie seit 1. 11. 1913. War auch Dolmetscher im russischen Gefangenenlager in Heidelberg. Stand mit Liebknecht in Verbindung, von dem er auch Geld empfing. Spartakusführer während der Märzunruhen in München.

Ist am 4. 6. 1919 in München standrechtlich erschossen worden.



Levit, Samuel, 22. 4. 1898 in Kischinew i. Rußland geb., Student.
Letzte Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Prager Str. 16.

1919. Agitiert in Versammlungen und auf der Straße in der bekannten Spartakusmanier. Am 15. 5. 1919 redete er in hetzerischer Weise unter dem Namen Adler in der Arbeitslosen - Versammlung in den „Prachtsälen des Ostens".

1919. War Kommunistenführer in München und ist dort festgenommen.

1920. Gelegentlich einer Durchsuchung des L. in München am 16. 1. 1920 wurden Militärpapiere des Spartakisten, jetzigen Zuchthäuslers Max Fichtmann, 22. 11. 1898 Berlin geb., vorgefunden.

1920. Geht auch unter dem Namen Kurt Adler. Erhielt von Dr. Bettelheim zur persönlichen Verfügung 30 000 K., die er in ersten Hotels und auf Vergnügungstouren verbrachte.

1920. Am 24. 9. 1920 aus dem Zellengefängnis Nürnberg mit Bewährungsfrist nach Wilmersdorf, Prager Str. 16, entlassen.

1920. Soll sich auf einer Agitationsreise im Erzgebirge befinden.

1921. L. hält sich unangemeldet bei seinen Eltern, Prager Str. 16, auf. Er wird öfters von russischen Genossen besucht, die er auch teils über Nacht dort behält.

1921. War Sekretär der „Kommunistischen Arbeiter - Partei Deutschlands" (Delegation) im Juni 1921 in Moskau und wurde daselbst auf Betreiben der VKPD.-Delegierten festgenommen (samt seiner Ehefrau geb. Krull gen. Zottl) unter der Beschuldigung, die Festnahme des Kommunisten Exelrod nach seiner Flucht aus München veranlaßt zu haben.

1921. Nach seiner eigenen Angabe ist er aus der „Kommunistischen Partei" ausgetreten.

1921. Soll am 11. 9. 1921 mit dem Dampfer „Amot" in Swinemünde angekommen sein und sich dort unerlaubt aus dem Durchgangslager dortselbst entfernt haben.

1921. Ist wegen Paßvergehens vorbestraft.

1922. Beide Eheleute korrenspondierten mit dem holländischen Anarchisten van der Linde, der am 7. 11. 1921 im Haag ein Bombenattentat verübte und hierbei festgenommen wurde.

1922. Ist bei der russischen Handelsvertretung, Lützowufer 1, tätig.

1922. Eifriger Agitator der KPD. und soll Leiter einer illegalen Kurierstelle für den Verkehr mit Sowjetrußland sein.

1922. Ist als Propagandist beim „Westeuropäischen Sekretariat" tätig.

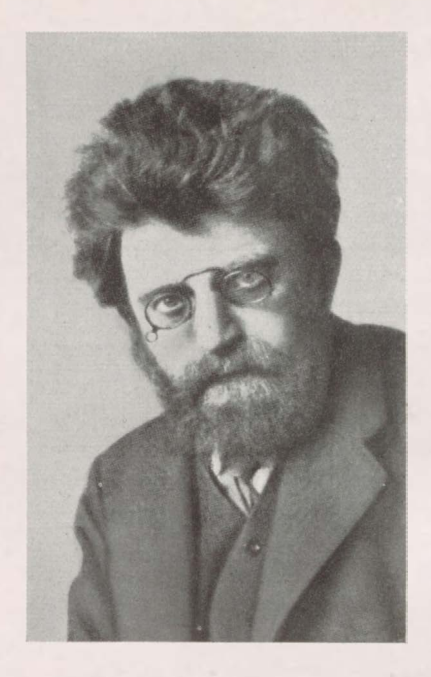
1922. Seine Adresse (Kurt Adler) wurde am 30. 4. 1922 bei dem aus Amerika ausgewiesenen und in Hamburg festgenommenen KPD.-Sekretär Schedel gefunden.

1925. Gehörte mit Kurt Kreß und noch 2 Personen zum Fünfer-Kontroll-Organ des Revisions-Kommandos. Kam später als militärischer Organisator nach Schlesien.

1925. Soll vom Fremdenamt als lästiger Ausländer ausgewiesen werden.

1925. Ist zwecks Ausweisung notiert.

1926. Unbekannt verzogen. Bisher noch nicht ermittelt worden.



Mühsam, Erich, 6. 4. 1878 in Berlin geb., Schriftsteller. Letzte Wohnung: Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Ehefrau: **Kreszentia,** geb. Elfinger, 28. 7. 1884 in Hasloch geboren.

1919. Führer der Spartakisten in München.

1919. 3. 3. Festungsgefangener.

1919. Im November 1919 wegen Beleidigung des bayerischen Justizministers Dr. Müller-Meinigen vom Landgericht Ansbach verurteilt.

1920. Revision vom Reichsgericht verworfen.

1922. Autor und Mitarbeiter des „Malik-Verlags", Halensee.

1924. Soll sich wegen politischer Vergehen in Festungshaft befinden (in Niederschönfeld).

1924. Wurde durch Urteil des Standgerichts München vom 12. 7. 1919 wegen Hochverrats verurteilt.

1924. M. hat Bewährungsfrist und wohnt jetzt seit dem 21. 12. 1924 in Charlottenburg, Am Lützow 10.

1925. M. macht sich hier als kommunistischer Agitator bemerkbar. Die aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte sind ihm vom Standgericht München abgesprochen.

1925. Trat in Amnestie-Kundgebungen, einberufen von der „Roten Hilfe", am 8. 1. in Leipzig, am 9. 1. in Borna und Zwickau als Redner auf.

1925. Um Erich Mühsam ist in der Bewegung der Münchener Syndikalisten ein Streit entstanden. Er wird von den älteren nicht mehr anerkannt, weil er ins Schlepptau der KPD. geraten ist, dagegen sehen die Jung-Syndikalisten in Mühsam ihren Führer.

1925. Hat sich in Chemnitz der Aufforderung zum Hochverrat schuldig gemacht.

1925. Hat am 12. 6. 1925 in Breslau in einer KPD.-Versammlung über Max Hölz und das Los der mehr als 7000 betrogenen politischen Gefangenen gesprochen.

1925. Hatte in einer Versammlung des RFB. Ortsgr. Darmstadt am 19. 5. 1925 das Hauptreferat über die politischen Gefangenen, deren Not und Elend.

1926. In den Wohnräumen herrscht ein reger Verkehr von Kommunisten. Wird in den Durchstechereiversuchen Max Hölz' genannt, und die zweite Ehefrau des Hölz soll bei M. absteigen.

1926. Hat am 3. 11. 1926 in einer Amnestiekundgebung der „Roten Hilfe" das Referat gehalten.

1927. Seine Adresse wurde am 5. 1. 1927 bei dem Anarchisten der „Tatgemeinschaft", Walter Knöfel in Dresden, gefunden.

1927. Nennt sich selbst kommunistischer Anarchist und hat in Stuttgart am 7. 3. 1927 gesprochen.

1928. Verfasser der Druckschrift „Staatsraison — Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti".

1929. Trat am 28. 5. 1929 in einer Protestkundgebung des Komitees „Oktoberrevolutionär" als Redner auf.

1930. Sprach Anfang Oktober 1929 in Versammlungen der Anarcho-Syndikalisten in Gleiwitz.

1930. Teilnehmer am 18. Reichskongreß der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands", vom 25. 5.—1. 6. 1930 in Berlin.

1931. Verleger und verantwortlicher Schriftleiter der anarchistischen Monatsschrift „Fanal".

1932. Mitglied der deutschen Gruppe des Bundes „Freier Balkan".

1933. Am 28. 2. 1933 in polizeiliche Schutzhaft genommen.

1933. Schwebt Strafverfahren beim Oberreichsanwalt wegen syndikalistischer Bewegung.

Strafen:

November 1919 zu Ansbach wegen Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis (Landgericht).

12. 7. 1919 vom Standgericht München wegen Hochverrat zu 15 Jahren Festungshaft.



Rosenfeld, Kurt, Samuel, Dr. jur., 1. 2. 1877 in Marienwerder geboren, Dissident, Rechtsanwalt.

Letzte Wohnung: Berlin-Eichkamp, Lärchenstr. 28.

Ehefrau: **Alice,** geb. Kristeller, 10.10.1878 in Berlin geboren.

1919. Spartakist. In seiner Wohnung Zusammenkünfte. Erhielt am 7. 6. 1919 1000 Mk. von der Zentrale der KPD.

1921. Befindet sich zum 17. Sozialistenkongreß in Livorno (Italien) mit Dittmann zusammen.

1921. Am 29. 8. 1921 erteilte ihm die Paßstelle einen Sichtvermerk zur Teilnahme an einem Parteitage der schweizerischen Sozialdemokratie. Als Reiseziel wurde Luzern angegeben.

1923. R. ist für die „Rote Hilfe" tätig.

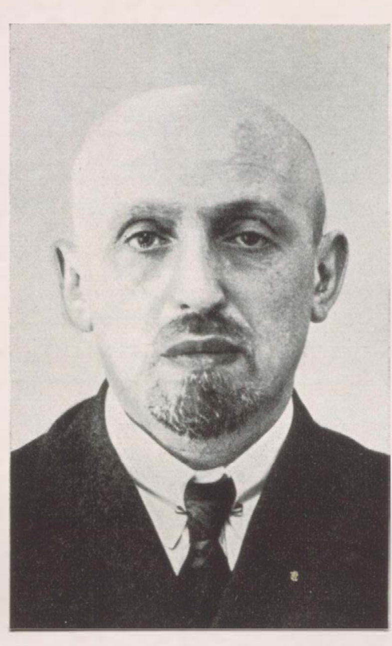
1930. Am 14. 9. 1930 als Reichstagsabgeordneter der SPD. für den Wahlkreis 12 Thüringen gewählt.

1930. Ist von der SPD. zur SAPD. übergetreten.

1931. Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des „Deutschen Kampfkomitees gegen den imperialistischen Krieg".

1933. Tritt für die Freilassung des verhafteten chinesischen Gewerkschaftsführers Huan Ping ein.

1933. Trat am 21. 3. 33 in den „Pharussälen", Müllerstr. 142, in der Versammlung des „Komitees für China gegen den japanischen Krieg" als Referent auf.

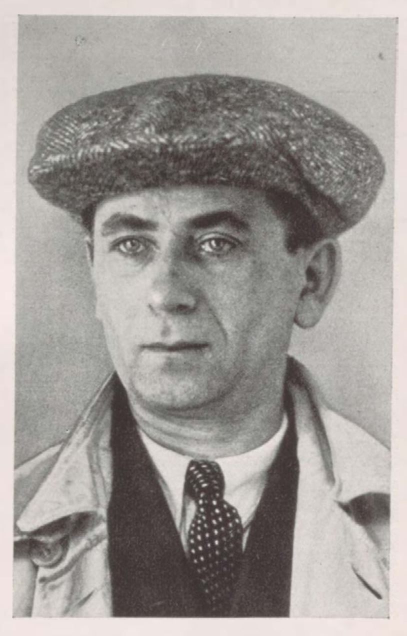


Truskier, Efraim, 12. 9. 1880 in Warschau geb., Schriftsteller.
Letzte Wohnung: Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 26 bei Harz.

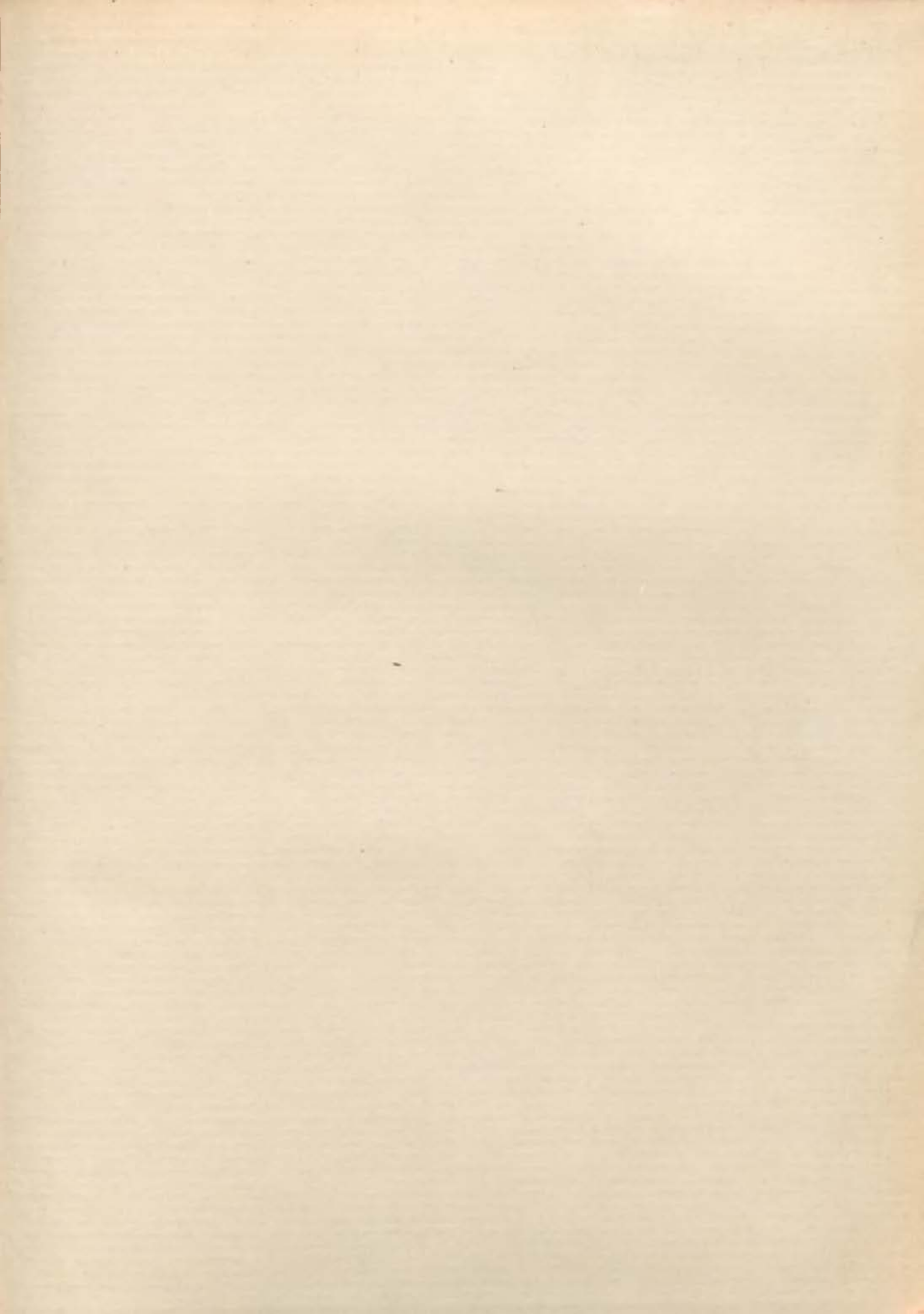
26. 5. 33. Mitgl. des Zentralkomitees der KP. Polens. Flüchtete nach Auflösung der KP. in Polen, da er dort steckbrieflich gesucht wird, nach Deutschland.

Rubinson, Alexander, 28. 7. 98. in Grajewo geboren, mos., ledig, Retoucheur.
Z. Z.: Polizeigefängnis Alexanderplatz.

18. 1. 33. Da sich R. als Mitgl. der kommunist. Partei und beim RFB. eifrig betätigt, wird bestimmt angenommen, daß er von diesen Organisationen als Kurier benutzt wird. Hat sich unter dem falschen Namen Viktor Fröhlich, Arb., 29. 12. 1896 Ilmenau geb., mit falschem österreichischen Paß hier aufgehalten.



Strafen: 28. 10. 32 vom Amtsgericht Berlin-Mitte wegen Paßvergehens und Führens eines falschen Namens zu 4 Wochen Gefängnis und 2 Wochen Haft.



Zu beziehen durch jede Buchhandlung



Verlag Deutsche Kultur-Wacht, Berlin-Schöneberg, Mühlenstraße 9